

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

54. Sitzung vom 23. und 24. Juni 2014 (1. Sitzungstag vom 23. Juni 2014)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Anton Mahdalik	S. 55
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 57
		GR Siegi Lindenmayr	S. 58
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 60
		GR Mag Christoph Chorherr	S. 61
3. 01516-2014/0001-GFW; MA 5, P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshaupt- stadt Wien 2013		GR Wolfgang Irschik	S. 62
Berichterstatterin		GRin Kathrin Gaal	S. 64
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 65
		GR Karl Baron	S. 66
		VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 67
Allgemeine Beratung des Rechnungsab- schlusses Wien 2013		Begrüßung der Wiener Pflege-, Patientin- nen- und Patientenanwältin	
Redner:		Dr Sigrid Pilz	S. 69
StR Mag Manfred Juraczka	S. 10		
GR David Ellensohn	S. 12	Beratung der Geschäftsgruppe Gesund- heit und Soziales	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 15	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 18	GRin Ingrid Korosec	S. 69
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 19	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 71
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 22	StR David Lasar	S. 72
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 24	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 75
StR DDr Eduard Schock	S. 26	GRin Dr Claudia Laschan	S. 76
GR Mag Thomas Reindl	S. 27	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 78
GR Johann Herzog	S. 29	GRin Birgit Hebein	S. 80
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 81
Rednerinnen bzw Redner:		GR Dr Alois Mayer	S. 82
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 31	GR Ing Bernhard Rösch	S. 83
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 33	GR Wolfgang Seidl	S. 84
GR Rudolf Stark	S. 35	Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 85
GR Friedrich Strobl	S. 36	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft	
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 38	Rednerinnen bzw Redner:	
GRin Dr Monika Vana	S. 39	GRin Ing Isabella Leeb	S. 87
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 42	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 89
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 43	GR Mag Gerald Ebinger	S. 91
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 46	GRin Ing Isabella Leeb	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 46	(zur Geschäftsordnung)	S. 94
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 48	GRin Katharina Schinner	S. 94
GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 96
(tatsächliche Berichtigung)	S. 48	GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 97
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 48	GRin Uta Meyer	S. 99
Beratung der Geschäftsgruppe Stadtent- wicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energie- planung und BürgerInnenbeteiligung		GR Petr Baxant, BA	S. 99
Rednerinnen bzw Redner:		GR Christian Unger	S. 101
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 51	Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 102
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 54		
		4. Ordnungsruf an GRin Ing Isabella Leeb	S. 89

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Es gibt in den hinteren Reihen viel zu erzählen, aber ich würde bitten, jetzt den Lärmpegel herunterzuschrauben, und zwar ziemlich kräftig.

An diesem wunderschönen Sommertag stehen zwei Tage Rechnungsabschlussdebatte vor uns. Ich persönlich würde mir wünschen, dass die Intelligenz im Vordergrund steht und weniger die Untergriffigkeit, und ich bin sicher, das wird auch gelingen!

Ich eröffne damit die Sitzung des Gemeinderates.

Entschuldigt sind insgesamt sieben Kolleginnen und Kollegen, die ich jetzt namentlich nicht vorlesen möchte, weil sie der Sitzung heute nur einige Stunden nicht beiwohnen können.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen elf Stück des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2013. Für die Beratung und Erledigung des Rechnungsabschlusses schlage ich folgende Vorgangsweise vor: Nach einem einleitenden Referat von Frau VBgmin Mag Renate Brauner folgt die allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses, im Anschluss daran die Debatte über die Geschäftsgruppen Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Berichterstatterin über die Anträge zum Rechnungsabschluss und zum Inventar abgestimmt werden. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben. – Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Renate Brauner, die Verhandlung über die Postnummer 1 des Rechnungsabschlusses 2013 einzuleiten, wobei ich darauf hinweise, dass ihre maximale Redezeit mit 60 Minuten begrenzt ist. – Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herzlichen Dank. – Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie hier begrüßen zu dürfen! Was kann es an einem strahlenden Sommertag Schöneres geben, als hier gemeinsam im Gemeinderatssitzungssaal viele, viele Stunden verbringen zu dürfen! In diesem Sinne wünsche ich nochmals einen schönen guten Morgen und freue mich, Ihnen auch dieses Jahr im Namen der Wiener Stadtregierung den Rechnungsabschluss, diesmal für das Jahr 2013, vorlegen zu dürfen.

Dieser zeigt, wie Sie sehen werden, dass uns ein Vollzug gelungen ist, mit dem unsere politischen Schwerpunkte umgesetzt und gleichzeitig die strengen Vorgaben des Stabilitätspakts erfüllt werden. Und er beweist auf seinen rund 400 Seiten in Zahlen gegossener Politik anschaulich, dass wir das umzusetzen pflegen, was wir angekündigt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits bisher war unser Haushalt sehr transparent. Alle Informationen sind seit vielen Jahren nicht nur im Grünen beziehungsweise Roten Buch nachzulesen, sondern auch für alle Bürger und Bürgerinnen und natürlich auch für Sie als Mandatäre und Mandatarinnen im Netz zu sehen. Trotzdem haben wir uns als erstes Bundesland gemeinsam dazu entschlossen, noch transparenter zu werden, und das ist eine positive Entwicklung. Ich denke, das sehen wir alle so!

Ich versuche, meine Uhr hierher zu legen, damit ich weiß, wie lange ich spreche. – So, jetzt ist es gelungen.

Ich habe darüber hinaus, sehr geehrte Damen und Herren, mit meinem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, meinem Kollegen Martin Margulies, die Initiative ergriffen, damit Wien nun auch im offenen Haushalt des KDZ vertreten ist. Jeder Bürger und jede Bürgerin finden dort eine einfache Darstellung unseres Haushaltes und können nachsehen, was mit seinem oder ihrem Steuereuro geschieht.

Wie Sie wissen, ist dieser Rechnungsabschluss darüber hinaus der erste, der unter den Vorgaben des von uns im vergangenen Jahr beschlossenen Landesgesetzes zur risikoaversen Finanzgebarung beschlossen wird. Dementsprechend wird ihm heuer erstmals ein neu erstellter Finanzschuldenbericht beigelegt. Darin sind sämtliche Finanzierungsaktivitäten, der Schuldenstand, die Verschuldungsstruktur, der Zinsaufwand, aber auch die damit getätigten Investitionen detailreich dargestellt.

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Ihnen zur Diskussion vorliegende Rechnungsabschluss 2013 zeigt, dass Sozialdemokraten, Sozialdemokratinnen und GRÜNE ihre gemeinsame Verantwortung für diese Stadt wahrnehmen. Diese Regierung kümmert sich nämlich darum, dass unser Wien, das auf der ganzen Welt für seine hohe Lebensqualität bekannt ist, auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Diese Regierung stellt sich ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung. Wir kümmern uns um Kinder, um ältere Menschen, um Lehrlinge, um Gesunde genauso wie um Kranke.

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Diese Regierung steht für sozialen Zusammenhalt, und wir stehen gemeinsam zusammen gegen jene, die unter unseren Bürgern und Bürgerinnen Ausgrenzung predigen und Zwietracht säen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wir stehen gemeinsam dafür, dass sozialer Aufstieg und gutes Leben allen Menschen zugänglich sein müssen, und wir stehen gemeinsam für eine nachhaltige Stadtentwicklung, den Ausbau der Öffis, für die Weiterentwicklung zu einer intelligenten Stadt, einer Smart City, die sparsam mit ihren Ressourcen umgeht.

Ich verstehe schon, dass es nicht Aufgabe der Opposition ist, für jene Dinge Applaus zu spenden, die in dieser Stadt gut laufen. Gelegentlich würde ich mir aber schon wünschen, dass bei aller Kritik wir alle miteinander bei den Fakten bleiben. Und erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu der in den vergangenen Wochen und Monaten wieder einmal aufgewärm-

ten Transparenzdebatte.

Ich kann mich nämlich des Eindrucks nicht ganz erwehren: Wenn man gar keine Argumente mehr hat oder nie welche hatte, wenn man nicht willens oder in der Lage ist, sich mit Fakten zu befassen, oder wenn man so von sich eingenommen und oberflächlich ist, dass Mann/Frau schon alles besser zu wissen meint, bevor man überhaupt noch eine Zehe in die Kommunalpolitik gesetzt hat, dann ist es das Leichteste, sich über zu wenig Infos und Intransparenz zu beschweren.

Daher richte ich an alle „Intransparenz“-Schreier und -Schreierinnen in diesem Raum und außerhalb dieses Raums freundlich aber deutlich die Bitte: Bleiben Sie bei den Fakten! Auf allen Ebenen der Stadt gibt es eine Vielzahl an Informationen. Gerade im Finanzausschuss bekommen alle viele zum Teil auch vertrauliche Informationen, mehr als in vielen anderen Gebietskörperschaften. Die schon zitierten Roten und Grünen Bücher enthalten eine Vielzahl an Fakten und Zahlen wie Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenanzahlen, Haftungen, ja sogar das Inventar ist nachzulesen, und nicht zuletzt gibt es – wie schon erwähnt – auch den neuen detailreichen Finanzschuldenbericht. Alles ist für alle ganz einfach im Internet abrufbar.

Und wenn beziehungsweise weil man das nicht mehr bestreiten kann, gibt es in letzter Zeit auch die beliebte Behauptung, das Budget der Stadt wäre ja in Ordnung und transparent, das könne man überall nachlesen, aber in den städtischen Betrieben und Unternehmungen herrsche totale Intransparenz. Man verstecke heimlich Schulden bei Wiener Wohnen, Wien Kanal sei undurchsichtig und die Gebarung der Stadtwerke und der Wien Holding sei gar unbekannt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Einmal abgesehen davon, dass das Budget und der Rechnungsabschluss von Wiener Wohnen und Wien Kanal von Ihnen hier im Gemeinderat beschlossen werden, darf ich dezent darauf hinweisen, dass die Wiener Stadtwerke und die Wien Holding nicht nur den gesellschaftsrechtlichen Gesetzen und damit strengsten Richtlinien bei der Bilanzierung unterliegen, sondern alle auch eine offensive Informationspolitik betreiben. *(StR DDr Eduard Schock: Da ist nicht einmal eine Bilanz drin!)*

Für alle, die meinen, von den Wiener Stadtwerken hätte man keine Infos, darf ich auf diesen ausführlichen Geschäftsbericht verweisen. *(StR DDr Eduard Schock: Zeigen Sie mir doch die Bilanz im Geschäftsbericht!)* Dasselbe gilt für die Wien Holding. *(Die Rednerin zeigt die beiden Broschüren.)* Darin ist alles enthalten, alle Zahlen, alle Fakten, alle Aktivitäten. Das können Sie hier alle nachlesen. Aber lesen, sehr geehrte Damen und Herren – und das sei auch an jene gerichtet, die in Zukunft diese Reihen so gern rosa füllen wollen! –, muss man schon können, und das muss man auch tun. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung dafür, dass man in der Kommunalpolitik ernst genommen wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

An alle gerichtet, die meinen, ein neues Haushaltsrecht und im Besonderen die Doppik würde alle Probleme der öffentlichen Körperschaften lösen: Mir ist nicht

bekannt, dass die großen Finanzskandale von Lehman Brothers bis Refco von Unternehmen mit einer kameralistischen Haushaltsordnung verursacht wurden!

Ich habe das bereits bei meiner Pressekonferenz zum Rechnungsabschluss betont, ich sage es aber gerne noch einmal: Was wir brauchen, ist ein für Gemeinden und Länder passendes, vernünftiges und modernes Haushaltsrecht, und daran arbeiten wir. Wir verhandeln genauso wie die anderen Bundesländer und mit diesen ein solches neues Gemeindehaushaltsrecht, das auf der Grundlage der Drei-Komponenten-Rechnung beruht, also auch eine sinnvolle Vermögensbewertung beinhaltet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich nun zum vorliegenden Rechnungsabschluss zurückkommen: Der Wiener Rechnungsabschluss weist für das Jahr 2013 bei einem Ausgabenvolumen von 12,471 Milliarden EUR Einnahmen in der gleichen Höhe aus. Das Maastricht-Ergebnis erreicht mit einem Saldo von minus 135,04 Millionen sehr deutlich die Vorgaben des Innerösterreichischen Stabilitätspaktes. Der Schuldenstand erhöht sich um 285 Millionen EUR auf nunmehr 4,635 Milliarden. Darin enthalten sind auch unsere Anleihen- und Darlehensaufnahmen für innovative Finanzierungen im Wohnbau, denen natürlich auch entsprechende Forderungen gegenüber stehen.

Auch im vergangenen Jahr, sehr geehrte Damen und Herren, leisteten unsere Investitionen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wiener Wirtschaft und sicherten tausende Arbeitsplätze. So wurden die Investitionen der Stadt im Vergleich zum Voranschlag um knapp 4 Prozent auf nunmehr 1,79 Milliarden EUR erhöht. Gemeinsam mit den Eigeninvestitionen der städtischen Unternehmungen, Stadtwerke, Holding und Wirtschaftsagentur investierte unsere Stadt im vergangenen Jahr sogar 2,72 Milliarden EUR! Ebenso erhöht haben wir die nachfragewirksamen Ausgaben, und zwar um 94,5 Millionen auf insgesamt beachtliche 4,71 Milliarden EUR. Zudem wurden auch die Ausgaben erhöht, die dem Baugewerbe und dem Baunebengewerbe – wir wissen, das ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ganz besonders wichtig! – zu Gute kommen. Insgesamt sind es nun 1,94 Milliarden.

Diese Investitionen, sehr geehrte Damen und Herren, tragen entscheidend zur hohen Lebensqualität in unserer Stadt bei. So wurden zum Beispiel zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in unserer Stadt im vergangenen Jahr insgesamt 65 Millionen EUR in Instandhaltung und Erneuerung von Rohren und Anlagen investiert. Zentral war dabei die Gürtel-Offensive mit 3,5 km neuen Rohrleitungen um 4 Millionen EUR, und diese Offensive geht – wie Sie wissen – weiter.

Ebenso in Angriff genommen wurde im vergangenen Jahr Europas größtes Kanalbauprojekt. Unter dem Sportplatz Simmering entsteht ein neues Speicherbecken mit einem Fassungsvermögen von mehr als 34 Millionen Liter für Regenwasser.

Um auf die auch im Vorfeld dieser Diskussion wieder einmal geführte kritische Debatte über Gebühren näher einzugehen: Die genannten, sehr geehrte Damen und

Herren, sind nur einige Beispiele für Investitionen, die wir mit diesen zweckgebundenen Einnahmen tätigen, und das ist ein Beweis dafür, dass die Stadt verantwortungsbewusst mit den Gebühren und dem Valorisierungsgesetz umgeht.

Gerade im Zusammenhang mit der Gebührenentwicklung ignorieren manche beharrlich sämtliche Zahlen und Fakten: Belastungen werden gerne ins Unendliche kumuliert, die Entlastungen, für die diese Regierung massiv verantwortlich zeichnet, lässt man hingegen einfach unter den Tisch fallen.

Die Fakten sind klar: Den Gebühren- und Tarifierhöhungen, die notwendig waren, weil ihnen immer mehr und bessere Leistungen gegenüber stehen, stehen viele Entlastungen gegenüber: Günstige Jahreskarte, Gratiskindergarten, künftig auch Gratisnachhilfe an den Schulen. All das überwiegt die Teuerungen für die überwiegende Mehrheit unserer Bürger und Bürgerinnen bei Weitem!

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien erhöht jedenfalls keine Gebühr aus Jux und Tollerei. Sie wissen ganz genau, dass ein sogenanntes Körpergeld gesetzwidrig wäre. Was in Wirklichkeit mit den Einnahmen geschieht, kann man nachlesen und habe ich Ihnen an einigen Beispielen jetzt erläutert.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der Opposition, die sich über die Tarife zum Beispiel unserer Öffis so echauffieren: Ich kann nur davon ausgehen, dass Sie das wider besseres Wissen tun! Oder wissen Sie nicht, dass zum Beispiel im FPÖ-regierten Klagenfurt Mindestpensionisten gerade einmal 15 Buslinien zur Verfügung haben, die im Halbstundentakt fahren, und dafür 420 EUR im Jahr zahlen müssen? Und auch in Graz wurden gerade von einem ÖVP-Bürgermeister unter kräftiger Mithilfe des FPÖ-Verkehrstadtrats die Öffi-Tarife kräftig erhöht.

Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich möchte jetzt nicht mit dem Finger auf andere Kommunen und Bundesländer zeigen. Diese haben es genauso schwer wie wir und versuchen, bestmögliche Arbeit zu tun. Ich möchte im Rahmen meiner Rechnungsabschlussrede nur einer meiner Meinungen nach unangebrachten und unfairen Kritik Zahlen und Fakten gegenüber stellen.

Gerade im Zusammenhang mit der Preisentwicklung ist nämlich absolute Seriosität angebracht. Wissen Sie, ich könnte mich jetzt hierher stellen und Ihnen erzählen, dass ausschließlich mein Druck bewirkt hat, dass Wien Energie ab Oktober eine Strompreissenkung erreicht hat. Das wäre eine gute Geschichte, sie stimmt aber nicht! Deswegen erzähle ich so etwas nicht, weil wir hier seriös sein wollen, müssen und es auch sind.

Tatsache ist, dass das Unternehmen trotz weiterhin schwieriger energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen die gesunkenen Großmarktpreise an die Endkunden weitergibt. – Was diese Senkung aber sehr wohl beweist, sehr geehrte Damen und Herren, ist der verantwortungsvoller Umgang kommunaler Unternehmungen mit ihren Kundinnen und Kunden (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Gerade im Zusammenhang mit der Gebührenentwicklung erschallt oft der Ruf nach Privatisierung. – Nun

frage ich Sie: Kennen Sie einen Privaten, der auch nur in ähnlicher Dimension wie die kommunalen Unternehmungen der Stadt in Qualität investiert? – Wenn ja, dann lassen Sie mich es bitte in Ihren kommenden Aussendungen wissen! Ich warte gerne auf diese Positivbeispiele!

Ich darf Ihnen von einem Fall erzählen, über den ich vergangene Woche in „Guardian“ gelesen habe: Das Unternehmen „Thames Water“, der Londoner Wasserversorger, der aus den Privatisierungen Margret Thatchers hervorgegangen ist, wurde vor Kurzem von Experten und Expertinnen durchleuchtet. Dabei zeigte sich, dass das Unternehmen eher einer Matroschka-Puppe als einem Wasserversorgungsunternehmen gleicht! Eine Holding verbirgt sich hinter der nächsten Holding, dann gibt es wieder eine Holding, und so weiter. Zwischen den Wasserversorgungsunternehmer an sich und die Aktionäre und Aktionärinnen sind nicht weniger als fünf Firmen geschaltet. Dazu kommen noch einige Tochterunternehmen, die ihren Firmensitz mitunter auch im Steuerparadies Cayman Islands haben.

Bei der Überprüfung der Finanzgebarung von „Thames Water“ zeigte sich rasch der Grund für diese Schachtelkonstruktion, und es fanden sich bei der Untersuchung der Experten und Expertinnen vor allem die NutznießerInnen dieser komplizierten Konstellation: In drei von fünf Jahren entnahmen die Aktionäre und Aktionärinnen mehr Dividenden als Gewinne nach Steuern übrig blieben. Die Schulden verdoppelten sich im selben Zeitraum auf 7,8 Milliarden Pfund, also 9,7 Milliarden EUR.

Was war die Schlussfolgerung der Experten und Expertinnen? – Zu Gunsten der privaten Investoren wurde ein Schuldenberg angehäuft, und die Kunden und Kundinnen sehen sich mit schlechter Qualität und einer höheren Wasserrechnung konfrontiert. – Das ist das Ergebnis von Privatisierungen! Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, das wollen! Wir wollen das jedenfalls nicht. In Wien wird es keine Privatisierungen der Daseinsvorsorge geben! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie wissen, stehen wir als Stadt vor großen Herausforderungen, denn auch der Umstand, dass unsere Stadt laut Mercer-Studie bereits zum fünften Mal zur Stadt mit höchster Lebensqualität weltweit gewählt wurde, ist kein Grund, sich darauf auszuruhen. Ebenso wenig dürfen wir uns darauf ausruhen, dass rund 97 Prozent der Wiener und Wienerinnen gerne oder sehr gerne in Wien leben, wie eine Befragung unter 8 400 Personen in Wien zeigt.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass Wien nach den derzeitigen Prognosen im Jahr 2033 wieder über 2 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen haben wird. Während in der Vergangenheit für das Bevölkerungswachstum ausschließlich Zuwanderung aus den Bundesländern oder aus dem Ausland zuständig war, gibt es seit 2004 mehr Geburten als Todesfälle in Wien. In Wien wächst also nicht nur die ältere Bevölkerung, sondern auch die Geburten steigen an. Wien wird älter und jünger gleichzeitig.

Lassen Sie mich kurz den Hintergrund skizzieren, auf dem die politischen Entscheidungen des Rechnungsabschlusses 2013 beruhen, die für uns relevant sind.

Ganz voran erwähne ich den Arbeitsmarkt mit seinen Herausforderungen, aber auch Chancen: Die Bevölkerungsentwicklung versetzt Wien in die Lage, entsprechend qualifiziertes Personal anbieten zu können, was für andere, schrumpfende Regionen in Österreich und außerhalb Österreichs ein riesiges Problem ist. Wir wissen aber auch, dass die Arbeitsmarktentwicklung, obwohl wir mit 800 000 Arbeitsplätzen ein absolutes „All Time High“ haben, trotzdem schwierig ist und dass die Wirtschaftsforscher vorhersagen, dass das in Zukunft nicht besser werden wird und wir vor allem nur mehr qualifizierte Arbeitsplätze haben.

Deswegen ist es mir so wichtig, ins Thema Qualifikation zu investieren. Die Stadt Wien hat mit der Wiener Ausbildungsgarantie und mit dem von mir ins Leben gerufenen Qualifikationsplan 2020 Maßnahmen gesetzt, um die Bevölkerung zu unterstützen. Wir haben mit dem WAFF als einziges Bundesland ein Instrument, das sich um dieses Themas annimmt. 2013 hat Wien 39 Millionen EUR für die Unterstützung von 26 000 Wienern und Wienerinnen und fast 10 Millionen für die Ausbildungsgarantie zur Verfügung gestellt. Kern ist die überbetriebliche Lehrausbildung für 3 000 Jugendliche.

Unser Lehrlingssprecher, Christoph Peschek, sehr geehrte Damen und Herren, hat das vergangene Woche in diversen Medien zum Thema gemacht. Die Zahl der Lehrstellen in der Privatwirtschaft ist von rund 14 600 im Jahr 2000 auf 12 755 zurückgegangen. Das heißt, ohne unsere Anstrengungen stünden viele junge Menschen auf der Straße, und ich werde dieses Problem jedenfalls als wichtigen Punkt in meinen Gesprächen mit dem neuen Präsidenten der Wirtschaftskammer ansprechen, denn Sie kennen mein Credo beziehungsweise unser Credo: Jeder junge Mensch muss in dieser Stadt eine gute Ausbildung bekommen können! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt sind aber nicht die einzigen, vor denen wir stehen. Wien braucht in der wachsenden Stadt Wohnraum. Seit dem Roten Wien sind wir in Wien dieser Verantwortung nachgekommen, und das wird auch so bleiben. So haben wir zwischen 2002 und 2012 rund 59 000 geförderte Wohnungen gebaut. Dazu kommen viele private Um- und Zubauten, sodass zirka 70 000 Wohneinheiten neu dazugekommen sind.

Auch im vergangenen Jahr lief der Wohnbau auf vollen Touren. So wurden im Jahr 2013 für die Errichtung von rund 5 000 Wohneinheiten im Rahmen der Landesförderung etwa 225 Millionen zugesichert. Für 2 500 Wohnungen aus der Wohnbauinitiative 2011 war im Jahr 2013 Baubeginn. Und neben dem Wohnungsneubau hat die Stadt noch 220 Millionen in die Wohnhaussanierung investiert. Im Jahr 2013 konnten anstelle der veranschlagten Wohnbauförderung im Ausmaß von 620 Millionen tatsächlich 632 Millionen zugezählt werden. Die von der Stadt Wien mit Förderungsmitteln angekurbelte Neubau- und Sanierungsoffensive leistet einen unver-

zichtbaren Beitrag zu leistbarem Wohnen, aber auch zur Sicherung vieler, vieler Tausend Arbeitsplätze.

Die von mir bereits erwähnte Studie zur Zufriedenheit mit dem Leben zeigt, dass die Wiener und Wienerinnen das auch zu schätzen wissen. 80 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden mit der Wohnsituation, nur 6 Prozent weniger. Das ist aber kein Ansporn, die Probleme wegzureden. Ich möchte nur dafür werben, dass man sieht, was alles in dieser Stadt geschieht. Etwas ist nämlich klar: Diese hohe Wohnzufriedenheit ist ein Auftrag, weiterzuarbeiten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis für unsere Bevölkerung, und deswegen ist die Initiative des Bürgermeisters, EU-weit den sozialen Wohnbau abzusichern, auch ganz besonders wichtig. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, braucht für dieses Mehr an Einwohnerinnen und Einwohnern aber auch ein Mehr an Infrastruktur, etwa im Bereich der Mobilität bei den Öffis. Ganz besonders wichtig ist mir als für die Wiener Linien verantwortliche Öffi-Stadträtin natürlich, dass das einer der vielen Bereiche ist, in dem wir als rot-grüne Koalition gemeinsam an einem Strang ziehen.

Das wird auch von den Fahrgästen anerkannt. Auch in diesem Bereich gibt es eine Umfrage: Von 2 000 Personen waren 71 Prozent der Meinung, dass sich der öffentliche Verkehr in den vergangenen 4 Jahren verbessert hat, zwei Drittel glauben an eine weitere Verbesserung in Zukunft, und sie haben recht! Die Maßnahmen greifen. Die Jahreskartenverkäufe steigen, und mit 900 Millionen Fahrgästen verzeichneten die Wiener Linien das zweitbeste Ergebnis in ihrer Geschichte.

Das kostet natürlich Geld. Jawohl! Das ist richtig. Ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von 218,9 Millionen findet sich in den Bezug habenden Unterlagen, 163,7 Millionen zusätzlich für den U-Bahn-Ausbau.

Aber das zahlt sich aus. – Als Beispiel darf ich die neuen Busse nennen, die jetzt angeschafft werden, darunter auch Hybridbusse und Elektrobusse, und die Welt kommt nach Wien, um sich anzuschauen, wie das funktioniert.

Ein ebenso wichtiges Beispiel ist der weitere Ausbau der U-Bahn. Ein Höhepunkt war sicherlich die Fertigstellung der U2 Richtung Aspern. Weiters erfolgen eine Modernisierung der U4 sowie eine Intervallverdichtung für die Wiener und Wienerinnen.

Und der Ausbau von U-Bahn, Bim und Bus geht weiter, sehr geehrte Damen und Herren, und zwar von allen dreien, denn da gibt es kein Entweder-oder, sondern wir brauchen alle, und in diesem Sinne führen wir im Moment auch sehr intensive Gespräche zum Thema U2, U5, Straßenbahnpaket und sind hier sehr gut unterwegs, genauso wie die Wiener Linien sehr gut unterwegs sind, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe es schon angesprochen: Wien wird jünger und älter gleichzeitig. Bereits 2016 wird Wien das jüngste Bundesland sein. Das bedeutet aber, dass wir auch in Zukunft Kindergärten und Schulen brauchen. Diese Entwicklung überrascht uns nicht! Seit 1991 haben wir in

Wien 187 neue Kindergärten gebaut. Gerade in diesem Bereich nehmen wir jedes Jahr gewaltige Summen in die Hand.

Ich weiß schon – ich hab es eh schon einmal gesagt –: Es ist für Abgeordnete der Opposition nicht opportun, hier Applaus zu spenden. Aber meinen Sie nicht, dass der Gratiskindergarten diese Stadt ein Stück sozialer und gerechter gemacht hat? Diesen Gratiskindergarten hat Wien im Gegensatz zu anderen Bundesländern beibehalten. Er bringt enorme Entlastungen gerade für die so oft angesprochene Mittelschicht, nämlich Ersparnisse bis zu 3 000 EUR für Familien.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage Ihnen: Das ist keine Selbstverständlichkeit! Und genauso deutlich sage ich: Der Gratiskindergarten bleibt in Wien auch in Zukunft gratis! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich weiß: Bildungsthemen werden in unserem Land immer kontrovers diskutiert. Gerade in den vergangenen Wochen ist zu einer aktuellen Diskussion eine Graphik durch Österreichs Medien gegeistert, welche die Schließtage bei Kindergärten aufgezeigt hat. Nachdem ich meine, dass das aus Sicht berufstätiger Eltern und gerade auch berufstätiger Frauen eine ganz entscheidende Diskussion ist, erlaube ich mir, kurz diese Schließtage aufzuzählen: Steiermark: 60,1, Vorarlberg: 55,4, Tirol: 48,4, Kärnten: 38,2, Salzburg: 35,8, Oberösterreich: 35, Burgenland: 34,9, Niederösterreich: 30,2 und Wien – sehr geehrte Damen und Herren! –: 3,2 Tage. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die restlichen 362,8 Tage, also praktisch fast das ganze Jahr, können sich die Eltern in Wien darauf verlassen, dass ihre Kids gut und pädagogisch hochwertig betreut sind. – Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist Wien. Das macht den Unterschied, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Finden Sie nicht, dass wir auf diese Qualität schon ein bisschen stolz sein können, und zwar alle miteinander? – Ich weiß, es ist nicht alles perfekt, denn wenn es so wäre, könnten wir uns jetzt alle zurücklehnen. Aber nein! Wir stehen vor großen Herausforderungen gerade im Bildungsbereich. Die Anzahl der Kinder im Kindergartenalter in den nächsten Jahren wird um 20 Prozent, also um fast 15 000 Kinder, steigen. Für den Schulbereich gilt das Gleiche: Heute gibt es in Wien 224 700 Schüler und Schülerinnen, 2030 werden es voraussichtlich 247 100 sein. Es sind also zusätzliche Kindergärten und zusätzliche Schulklassen nötig, und das, sehr geehrte Damen und Herren, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Im vergangenen Jahr haben wir für Bildung und Kinderbetreuung rund 2 Milliarden EUR ausgegeben, das sind im Übrigen um fast 10 Prozent mehr, als ursprünglich veranschlagt. So wichtig ist uns dieses Thema.

Jetzt noch ein Vergleich: Im Jahr 2012 haben wir rund 600 Millionen EUR für Kinderbetreuung ausgegeben, 2013 bereits 670 Millionen. Und Sie können mir glauben: Das ist in Zeiten wie diesen wirklich nicht leicht zu finanzieren!

Wien wächst, und der Ausbau wird weitergehen. Das Budget der Wiener Kindergärten wird heuer über 700 Millionen betragen, mindestens 2 000 Plätze werden

damit geschaffen. Und genau so kräftig investiert wird in die Wiener Schulen. So wurden im Jahr 2013 Arbeiten an 160 Standorten weitergeführt und insgesamt 56 Millionen investiert. Mit dem Schulsanierungspaket werden zusätzlich bis 2017 570 Millionen EUR investiert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! 2013 hat es noch einen ganz wichtigen Schritt im Zusammenhang mit der Campusschule, die Sie kennen, gegeben. Der Bildungscampus Hauptbahnhof ist Teil eines Konzeptes, und es wird 11 neue Campusstandorte bis 2023 um 700 Millionen EUR geben. – Das sind Investitionen, die nicht leicht zu finanzieren sind, aber das sind Investitionen in die Zukunft, denn das sind Investitionen in unsere Kinder, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien ist bisher gut durch die Krise gekommen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir eine ausgezeichnete und solide finanzielle Basis haben. Wir konnten im vergangenen Jahr immerhin 84 Prozent unserer investiven Ausgaben aus dem laufenden Budget finanzieren, 16 Prozent aus Nettoneuverschuldung. Das ist übrigens alles im neuen Schuldenbericht im Detail nachzulesen.

Sie wissen, dass das auf Grund des Stabilitätspaktes ab 2016 nicht mehr zulässig sein wird. Sie wissen auch, dass wir in Wien erst seit der Wirtschaftskrise, die wir nicht verschuldet haben und deren Auswirkungen wir leider immer noch bekämpfen müssen, neue Schulden machen und vorher über viele Jahre Schulden zurückbezahlt haben. Und Sie wissen, dass unsere Verschuldung noch immer unter 6 Prozent des Bruttoregionalprodukts liegt. Europäisches Limit sind 60 Prozent. Wir erreichen also nicht einmal ein Zehntel dessen, was in der Europäischen Union als Verschuldungslimit gesehen wird! Trotzdem verunsichern manche wider besseres Wissen, wohl mit gespielter medialer Empörung, immer wieder die Wienerinnen und Wiener. – Nun, das kann ihnen niemand verbieten. Seriös, sehr geehrte Damen und Herren, ist das aber nicht!

Statt eine Rekordverschuldung zu erfinden, die es nicht gibt, wäre es viel wichtiger, eine gemeinsame Debatte zu führen und konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unsere Investitionen und unsere Lebensqualität unter diesen strengen Rahmenbedingungen des Stabilitätspaktes finanzieren können. Es gilt, auf politischer Ebene dafür zu kämpfen, dass Zukunftsinvestitionen weiterhin möglich sind, und darüber müssen nicht nur wir hier reden, sondern das ist eine Diskussion auf europäischer Ebene.

Sehr geehrte Damen und Herren! Damit ja kein Missverständnis aufkommt: Ich bekenne mich zu einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt. Mittel aufzunehmen, um den laufenden Betrieb zu decken, ist auf Dauer nicht sinnvoll, ja, verantwortungslos. Das wird es mit mir ganz sicher nicht geben! Kein Unternehmen kann langfristig überleben, wenn es sich für den laufenden Betrieb verschuldet. Aber ebenso unvernünftig ist es, Investitionen, die Werte schaffen, ausschließlich aus dem laufenden Budget zu finanzieren. Auch das macht kein Unternehmen!

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie argumentieren

manchmal, dass Schulden die künftigen Generationen belasten würden. – Nun, über den Level unseres Schuldenstandes habe ich schon gesprochen. Aber: Ist es nicht wirklich verantwortungslos, den kommenden Generationen keine Werte zu hinterlassen und ihnen das vorzuenthalten, was sie unbedingt brauchen? Ich nenne jetzt Schulen, Spitäler, Öffis beziehungsweise Infrastruktur für die Wirtschaft. In der öffentlichen Debatte geht es immer nur um die Verschuldung. Aber wir sollten doch die Werte sehen, die geschaffen werden! Wir profitieren heute noch vom sozialen Wohnbau und vom U-Bahn-Bau! Das sind Werte, die Jahrzehnte halten, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie wissen: Unser Plan B, wenn es nicht gelingt, hier Veränderungen auf europäischer Ebene zu erreichen, sind PPP-Modelle, also Modelle mit Privaten, denn anders können Projekte sonst nicht finanziert werden. – Ich sage ganz offen: Mehr Spielraum für Investitionen wäre mir lieber, noch dazu, da Sie dem vorliegenden Finanzschuldenbericht entnehmen können, zu welchen günstigen Bedingungen wir uns auf dem Kapitalmarkt finanzieren. Unsere durchschnittliche Nominalverzinsung sank im vergangenen Jahr von 1,41 Prozent auf 1,33 Prozent.

Wir sind bei dieser Diskussion über die Veränderung der Finanzierungsmöglichkeiten nicht allein, sehr geehrte Damen und Herren. In vielen Staaten gibt es solche Diskussionen! Viele europäische Spitzenpolitiker von Olli Rehn bis Martin Schulz haben sie angesprochen. Und auch andere Institutionen, die ziemlich unverdächtig sind, Außenstellen der Sozialistischen Internationale zu sein, haben sich diesbezüglich geäußert. Ich darf Christine Lagarde zitieren, die als Chefin des IWF am Rande der Euro-Finanzministersitzung vergangenen Donnerstag eine Evaluierung und langfristige Weiterentwicklung der Richtlinien des europäischen Stabi-Pakts vorgeschlagen und die Sorge geäußert hat, dass in Europa zu wenig investiert wird. Sie meinte darüber hinaus – und sie hat recht! –, dass die Regeln zu einer Zeit gemacht wurden, als man in Europa von einem weit größeren Wirtschaftswachstum ausgegangen ist und man sich die Bestimmungen rund um die Auslegung des strukturellen Defizits genau anschauen muss.

Der IWF hat vor einigen Wochen auch Deutschland kritisiert, weil dort zu wenig investiert wird. – Ich zitiere: „Die Politik sollte sich auf die Stärkung des Wachstums konzentrieren und damit gleichzeitig den Aufschwung in der Eurozone unterstützen.“ – Das hat der IWF empfohlen.

Ich zeige Ihnen das und zitiere das deswegen, weil Sie sehen sollen, dass wir uns auf europäischer Ebene an einer Diskussion beteiligen, die absolut Sinn macht, und weil der Stabilitätspakt keine heilige Kuh ist. Dieser wurde von Politikern und Politikerinnen geschlossen. Und wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben und andere Wege besser sind, dann sind dieser Stabilitätspakt und die europäischen Richtlinien auch entsprechend zu ändern und anzupassen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie kennen mein – fast bin ich versucht, zu sagen – Mantra: Sparen und

Investieren, und zwar Sparen nicht mit dem Rasenmäher, denn ich bin fest davon überzeugt, dass man damit langfristig mehr kaputt macht, als konkreten Nutzen zu bewirken.

Was wir brauchen, ist eine permanente Verwaltungsreform im Wiener Magistrat unter Einbindung unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Oft werde ich gefragt: Was will du denn da konkret tun? Was ist denn die Lösung in der Verwaltungsreform? – Dann beginne ich mit dem größten Beispiel, nämlich mit der Gesundheitsreform, die meine Kollegin Wehsely gerade federführend umsetzt.

Im Gesundheitsbereich ist es gelungen, gemeinsame Steuerung und Kostenplanung zu erreichen, und das in einem so komplexen und schwierigen Bereich! Jetzt beginnt erstmals der Kostendämpfungspfad, der 2012 zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung vereinbart wurde, zu wirken. Und diese Dämpfung der Kosten ohne Qualitätsverlust für die Patienten und Patientinnen ist nur möglich durch das Herzstück der Wiener Gesundheitsreform, das Wiener Spitalskonzept, das mit einem Bündel von Maßnahmen sicherstellt, dass die Ausgaben im laufenden Betrieb im Spitalsbereich gebremst werden können.

Dasselbe gilt für das Geriatriekonzept, gemäß welchem große veraltete und auch teure Einrichtungen geschlossen wurden. Bis 2015 werden insgesamt elf neue Pflegewohnhäuser beste Betreuung bieten. Wichtig sind bessere Betreuung und effizientere Arbeit in modernen Häusern. – Das ist die konkrete Umsetzung von Reformieren und Investieren, und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein ganz wichtiger Bereich.

Aber es gibt noch viele andere Beispiele. Mir als Wirtschaftsstadträtin ist natürlich vor allem wichtig, dass der Magistrat die Betriebe und Gewerbetreibenden besonders serviceorientiert betreut. Sie werden gelesen haben, dass sich die Wirtschaftsagentur Wien neu ausgerichtet hat. Die Tochterunternehmen ZIT und departure sind in die Strukturen der Mutter eingebracht worden. Alle Maßnahmen haben ein Ziel, nämlich genau diese Reform im Interesse der Wirtschaft. Wir wollen für die Kunden noch transparenter und näher bei der Wirtschaft sein. Es wird in Zukunft nur mehr eine Förderabteilung geben.

Ich darf Ihnen berichten, dass wir auf Ebene der Magistratsdirektion seit dem Frühjahr 2011 in einem institutionalisierten gemeinsamen Dialog mit der Wirtschaftskammer Wien und der Industriellenvereinigung mit dem Ziel der Entbürokratisierung stehen. In diesem Jahr gab es vier Kompetenzzentren für Betriebsanlagenverfahren. Alle legislativen Maßnahmen werden auf Effizienz und Zweckmäßigkeit mit der Wirtschaftlichkeitsverträglichkeitsprüfung geprüft, und ab 2015 wird bundesweit ein einheitliches, effizientes System zur Gewerbeverwaltung eingesetzt. Ein Kooperationsprojekt von Bund, Stadt, Bundesländern und Städten mit eigenem Statut, das die derzeit 14 Register ablöst, ist ein Weg, die Verfahren rascher und effizienter zu machen. Außerdem habe ich im vergangenen Jahr einen Dialog mit der Industriellenvereinigung ins Leben gerufen, was zu einem neuen

Standortabkommen mit rund 50 gemeinsamen Zukunftsprojekten geführt hat, das wir im Frühjahr unterzeichnet haben.

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren: Es gibt nicht die eine Lösung der Verwaltungsreform, sondern viele, viele Beispiele dafür. Es ist dies ein permanenter Prozess. Und vergessen Sie bitte nicht zum Thema Verwaltungsreform: Wien ist seit dem Jahr 2000 sozusagen um Linz gewachsen und wird bis 2030 nochmals um Graz wachsen. Unser Personalstand ist jedoch die ganze Zeit gleich geblieben. Mit 31.12.2013 gab es 56 720 sogenannte Vollbeschäftigungsäquivalente. Mit diesen wurde das genannte Wachstum der Stadt ohne zusätzliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bestens begleitet, und ich denke, das ist wirklich sehr bemerkenswert! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Erlauben Sie mir, noch einen Punkt anzusprechen, der meines Erachtens für die Wirtschaftssituation und für die Situation der Menschen ganz wichtig ist. Gerade als Wirtschaftsstadträtin kämpfe ich für eine gerechte Steuerreform auf Bundesebene. Diese Steuerreform ist nötig, weil wir seit vielen Jahren Arbeit zu hoch und Vermögen zu wenig besteuern.

Auch hiezu bringe ich Zahlen und Fakten: Mit dem Steuersatz auf Arbeit liegen wir mit 41,5 Prozent weit über dem EU-Schnitt, nur in Belgien und Italien ist dieser noch höher. Anders verhält es sich bei den vermögensbezogenen Steuern, da liegen wir mit 0,6 Prozent des BIP im Schlussfeld. Nicht gerade als antikapitalistische Hochburgen gehandelte Staaten wie Großbritannien oder USA liegen weit vor uns. Selbst die Schweiz hat ein drei Mal so hohes Niveau wie Österreich. Da muss man kein Rechengenie sein, um zu sehen: Hier besteht Handlungsbedarf! 5 Prozent der Haushalte haben 49 Prozent des privaten Nettovermögens. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stöhnen unter der Abgabenlast.

Auf Grund dieser extremen Schieflage besteht ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die Pensionisten und Pensionistinnen raschest entlasten, damit mehr Netto vom Brutto bleibt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern das ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, denn eine Steuerreform brächte für die Binnennachfrage und den Konsum rund 3 Milliarden. Dieser Umfang scheint mir realistisch. – Diese Steuerreform ist also nötig, und zwar mit einer höheren Besteuerung des Vermögens. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich darf ergänzend anmerken, dass von dieser Steuerreform nicht nur hunderttausende Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen profitieren, sondern allein in Wien auch 40 000 Selbstständige davon positiv betroffen wären. Es gibt viele Vorschläge, der letzte kam von Herrn Landeshauptmann Wallner, der meint, dass man bei den Stiftungen genauer hinschauen soll. Das ist ein guter Vorschlag, da muss man weiterhin dran bleiben!

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei meinen letzten Punkt geht es um ein mir persönlich großes Anliegen: Ich möchte nämlich zum Abschluss über die hohen Wachstumsraten und das Innovationspotenzial bei Unternehmensgründungen sprechen. – Wie Sie vielleicht den

Medien entnommen haben, gab es vorletzte Woche eine Wirtschaftsreise nach Korea. Mit auf dieser Reise waren die Gründer des Pioneers Festival und andere erfolgreiche Start-ups, die sich dort – ich war ganz stolz auf sie! – sehr erfolgreich präsentiert haben. Wir haben eine Absichtserklärung unterzeichnet, um beim Thema Start-up in Zukunft noch enger mit der pulsierenden internationalen Szene in Seoul zusammenzuarbeiten.

Warum erzähle ich Ihnen das? – Wir wollen aus Wien die GründerInnenhauptstadt Europas machen! Und dazu müssen wir nicht nur für unsere Start-ups selber interessant sein, sondern wir müssen auch das Interesse für unsere Start-ups auf der ganzen Welt erregen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Nicht nur in puncto Start-ups kann sich die Bilanz der Wirtschaftsagentur Wien sehen lassen. Im vergangenen Jahr gab es 40 Millionen für 650 Projekte, und die Unternehmungen haben damit 110,5 Millionen investiert und 3 000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Wirtschaftsagentur verzeichnet gemeinsam mit der Austrian Business Agency einen Ansiedlungsrekord: 133 internationale Unternehmungen wurden gemeinsam angesiedelt. – Das ist übrigens eine Gelegenheit, sich einmal bei den Kollegen und Kolleginnen der Austrian Business Agency für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese wenigen Kennzahlen zeigen, dass wir am Standort Wien auch wirtschaftspolitisch erfolgreich unterwegs sind. Wie Sie wissen – ich habe es mehrfach betont –, arbeiten wir hier Hand in Hand mit der Wirtschaftskammer und unserer Industrie, denn diese Zusammenarbeit im Interesse des Standortes ist mir persönlich ganz, ganz wichtig, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende kommen und zusammenfassen: Ich lege Ihnen einen Rechnungsabschluss zur Diskussion vor, der deutlich zeigt, dass es uns trotz einer wirtschaftlichen Entwicklung, die im gesamten EU-Raum noch immer große Herausforderungen an die öffentlichen Haushalte stellt, durch einen strengen Budgetvollzug und intelligentes Sparen gelungen ist, den Kurs der maßvollen Konsolidierung fortzusetzen. Gleichzeitig haben wir entlang unserer politischen Schwerpunkte Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur investiert.

Der Rechnungsabschluss zeigt aber auch unser ernsthaftes Bemühen, intelligent und strukturell zu sparen und zugleich in Wachstum und Zukunft mit vielen, vielen Projekten im Jahr 2013 zu investieren. Ich nenne jetzt die intensive Bautätigkeit, die zehntausende Arbeitsplätze sichert, die Modernisierung unserer Spitäler und die Errichtung von Pflegeheimen, die allen zu Gute kommen, weiters Qualifizierungsprojekte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Ausbildungsgarantie für Jugendliche, um Zukunftsperspektiven zu schaffen, die Förderungen für unsere innovativen Unternehmungen, die den Wirtschaftsmotor am Laufen halten, den Ausbau der Öffis, die uns allen das Leben in der Stadt erleichtern, neue leistbare Wohnungen in neuen Stadtteilen – Aspern, Hauptbahnhof –, die der wachsenden Stadt Rechnung tragen, aber auch die Vielzahl an

Maßnahmen im Umweltbereich, im Sozialbereich, im Bereich der Kultur und der Stadtentwicklung und nicht zuletzt die Unternehmungen der Stadt.

Wien steht wirtschaftlich auf grundsoliden Beinen, und deswegen kann ich den Wienern und Wienerinnen auch weiter die Unterstützung der Stadt zusichern. Die Stadt passt auf das Steuergeld der Wiener und Wienerinnen gut auf, investiert im Interesse der Wirtschaft und der Menschen in Wien und unterstützt zuverlässig alle in schwierigen Zeiten. Und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Reformieren, Sparen und Investieren gleichzeitig bedeutet gerade für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt eine große Herausforderung. Komplexe Prozesse zu steuern, die Aufgaben der wachsenden Stadt zu bewältigen und dabei immer das Gebot der Effizienz im Auge zu behalten, geht nur mit engagierten und qualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Die Arbeit vieler Monate steckt in dieser roten Mappe, die ich hier habe. Das Ganze würde nicht gelingen, wenn nicht jeden Tag des Jahres die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit großer Sorgfalt ihrer Arbeit nachkommen. An alle Tausende und Abertausende, die tagtäglich und zum Teil rund um die Uhr für und in dieser Stadt arbeiten, ein großes Dankeschön, und wie immer an dieser Stelle ein besonders großes Dankeschön an das Team der Finanz rund um Finanzdirektor Dietmar Griebler! – Herzlichen Dank an alle und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich danke besonders für die Einleitung.

Gestatten Sie mir, bevor ich die Debatte eröffne, drei Hinweise.

Erster Hinweis: Auf der Galerie befindet sich eine Delegation aus Japan, die ich hier ganz herzlich begrüßen möchte. *(Allgemeiner Beifall.)* Ich danke für das Interesse, das wir bekommen.

Zweitens möchte ich auf etwas Persönliches, aber doch sehr Erfreuliches hinweisen: Es gibt eine Namensänderung im Gemeinderat: Frau Mag Anger-Koch hat geheiratet. Sie heißt nun Schneider. Ich gratuliere Ihnen sehr und wünsche Ihnen, dass das Glück, das Sie derzeit empfinden, Ihr Leben lang andauert! *(Allgemeiner Beifall.)*

Der dritte Hinweis beinhaltet einen Dank an die Klubs für die Redezeit, die wir uns für die nächsten beiden Tage gegeben haben. – Wir haben vereinbart, dass die Generaldebatte mit einer Gesamtredezeit von maximal drei Stunden stattfinden wird, wobei entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen die Redezeit begrenzt ist. Ich danke im Besonderen der SPÖ, die auf sehr viel an Redezeitanteil verzichtet hat, ebenfalls aber auch der FPÖ.

Ich eröffne nun die Debatte. Als erster Redner ist Herr StR Mag Juraczka gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Seine vom ihm gewählte Redezeit ist mit 15 Minuten begrenzt.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr

geehrten Damen und Herren!

Zwei Mal im Jahr, beim Budget und beim Rechnungsabschluss, lauschen wir, wie gewohnt, ganz gespannt den Worten der zuständigen Finanzstadträtin, und zwei Mal im Jahr erklärt uns StRin Brauner Dreierlei. Sie hält einerseits fest, wie schön Wien im Generellen sei. – Das kann nicht oft genug betont werden, Frau Stadträtin, das ist unbestritten!

Zweitens erwähnt sie das großartige und segensreiche Wirken der – das hängt immer ein bisschen davon ab, wie das interne Klima im Rathaus derzeit ist – rot-grünen Stadtregierung einerseits oder der Wiener Sozialdemokratie andererseits.

Drittens betont sie, wie vorausschauend, umsichtig und – ich zitiere, was sie vor wenigen Minuten gesagt hat – „solide“ der Haushalt in dieser Stadt bestellt sei.

Kurz: Sie vermittelt den Eindruck dass es sich um eine Stadt handle, in der Milch und Honig fließen.

Ein Blick auf die nackten Zahlen lässt einen aber ganz anderes mutmaßen. Da wähnt man sich zeitweise in einem Film, den viele von Ihnen vielleicht kennen werden, nämlich „The Truman Show“. – Auch dort gibt es den Versuch, eine Scheinwelt durch perfekte Inszenierung einer „Brot und Spiele“-Mentalität langsam, aber sicher zumindest für die Hauptperson zur Realität werden zu lassen, und zwar so lange, bis ein Scheinwerfer krachend zu Boden fällt und jedem plötzlich und schlagartig klar wird: Das, wovon da gesprochen wird, ist nicht die Realität, das ist nicht das wahre Leben! Wir agieren mitunter in einer bizarren Scheinwelt. – Und zwei Mal im Jahr komme ich nach der Rede der werten Frau Stadträtin zu einem ähnlichen Ergebnis. Ich frage mich: Von welchem Haushalt und von welcher Stadt spricht die Frau Stadträtin eigentlich? – Unser goldenes Wien kann es jedenfalls nicht sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ähnlich geht es mir dieser Tage auch, wenn ich mir – die Zeiten des EU-Bashings sind ja jetzt bei der Kampagne vorbei – die aktuelle Kampagne der Stadt-SPÖ ansehe: In mehreren bunten Sujets wird kommuniziert, was denn alles „schlau“ in dem rot-grün geführten Wien sei. Da ist nicht etwa von „intelligent“ oder gar „vernünftig“ die Rede. Nein! Intelligenz hätte sich zwar heute der Herr Vorsitzende zu Beginn dieser Debatte gewünscht. Aber nein! Bleiben wir bei „schlau“. – Müßig zu erwähnen, dass, wenn man das Deutsche Wörterbuch durchackert, als Synonyme für das Wort schlau auch Begriffe wie raffiniert, listig oder gerissen ausgespuckt werden. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Da halte ich es ein bisschen mit Bert Brecht, der Ihnen ja auch durchaus nahe stehen sollte: „Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft.“

Aber ich bin bescheiden. Schauen wir uns jetzt ganz einfach an, wie „schlau“ dieser Haushalt und wie „schlau“ dieser Rechnungsabschluss denn nun wirklich sind!

Frau Stadträtin! Ist es wirklich „schlau“, dass die Schulden der Stadt seit 2008 – ja, ich weiß, das war der Beginn der Krise, aber dennoch –, übrigens seit dem ersten Budget, das Sie zur Gänze als Finanzstadträtin zu verantworten hatten, um satte 318 Prozent angestiegen ist? – Nein, das ist gar nicht „schlau“ und schon gar nicht

vernünftig!

Ist es „schlau“, Frau Stadträtin, dass Sie in den fünf Jahren Ihres Wirkens eine zig-fache Schuldenlast dessen angehäuft haben, was in der Zeit von 1994 bis 2008 in den restlichen 15 Jahren der Ära Häupl alle Finanzstadträte gemeinsam zu Wege gebracht hätten? – Nein! Das ist nicht „schlau“ und schon gar nicht vernünftig.

Ist es „schlau“, dass wir vor 20 Jahren, als Sie, Herr Bürgermeister, Ihr Amt angetreten haben, auf dem Arbeitsmarkt 7 Prozent Arbeitslosigkeit bei einem damaligen Bundesschnitt von 6,8 Prozent hatten, während wir heute 10,2 Prozent Arbeitslosigkeit bei einem Bundesschnitt von 7,6 Prozent haben? – Nein! Das ist nicht „schlau“ und schon gar nicht vernünftig.

Ist es „schlau“, dass einerseits die 365-EUR-Jahreskarte permanent bejubelt wird, andererseits aber beschämt verschwiegen wird, dass diesem Unternehmen, den Wiener Linien, jährlich mit über 700 Millionen EUR unter die Arme gegriffen werden muss? – Nein! Das ist nicht „schlau“.

Ist es „schlau“ – der Herr Wohnbaustadtrat ist ja dankeswerterweise auch anwesend –, wenn die Stadt Wien als größter Wohnungseigentümer der westlichen Welt vernünftigerweise seit 2004 keine eigenen Wohnanlagen mehr baut, aber als überdimensionaler Hausverwalter von immerhin 220 000 Wohneinheiten dennoch jährlich zwei- bis dreistellige Millionenverluste baut? – Nein! Auch das, meine Damen und Herren, ist nicht „schlau“.

Ist es „schlau“, wenn unser Wiener Stadtoberhaupt vor wenigen Tagen vor die Medien tritt und die höchste Verschuldung dieser Stadt seit 1945 – wir alle wissen, dass es mit ausgelagerten Unternehmen fast 8 Milliarden EUR sind – lapidar als läppisch bezeichnet? – Bitte ersparen Sie mir zumindest auf diese letzte Frage eine Antwort meinerseits!

Diese Fragerei ließe sich – wie Sie alle wissen – beliebig fortsetzen. Die Antwort bleibt dieselbe: All das ist weder intelligent und schon gar nicht vernünftig, und es ist – mit Verlaub – nicht einmal im Ansatz schlau!

Aber ich möchte auch ganz konkret positive Inputs geben und Wege zeigen, wie es funktionieren kann.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, wie es gehen kann. Wählen wir eine vergleichbare mitteleuropäische Stadt, die ebenso wie Wien von 2008 an mit einer schweren wirtschaftlichen Situation beziehungsweise mit einer Krise zu kämpfen hatte: Nehmen wir München. – Das Beispiel München gefällt mir besonders, weil dort im Vergleichszeitraum keine finsternen Reaktionäre agiert und regiert haben, die alles kaputt gespart haben und nur Bankenlobbyisten waren, was so gern von der linken Propaganda als Grund für Probleme genannt wird. In München des Vergleichszeitraums hat wer regiert? – Rot-Grün! Schauen wir uns also die beiden Städte einfach einmal an!

Wien hatte 2008 1,46 Milliarden EUR Schulden, 2013 sind es jetzt 4,4 Milliarden EUR. Das ist ein Plus – ich erwähnte es bereits – von 318 Prozent.

2008 hatte München einen Schuldenstand von 2,31 Milliarden EUR – also wesentlich mehr als Wien –, der-

zeit sind es 0,97 Milliarden EUR. Und das in der Krise, und das unter einer rot-grünen Stadtregierung, Herr Bürgermeister. Das ist schlau, nein, mehr, das ist verantwortungsvoll und vernünftig.

München hatte beispielsweise 2005 auch noch eine Arbeitslosigkeit von 7,9 Prozent, 2013, also in der Krise, lag sie jetzt bei lediglich 5,2 Prozent. In Wien hingegen ist sie von 9,7 auf 10,2 Prozent angestiegen; der höchste Wert für Wien in der Zweiten Republik.

Und es sei nebenbei erwähnt, weil Sie es ja auch wieder einmal in Frage gestellt haben, Frau Finanzstadträtin: München hat unter Rot-Grün im Jahr 2009 den Haushalt von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt – eine langjährige Forderung der ÖVP-Wien –, denn in München ist selbst Rot-Grün intelligent genug, danach zu handeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frau StRin Brauner! Sie haben heute eine Passage Ihrer Rede extra der großen Transparenz des Budgets in dieser Stadt gewidmet, auch und gerade im ausgelagerten Bereich. Dass da nicht alles in Ordnung sein kann, haben ja schon Anfragebeantwortungen des Herrn Bürgermeisters aufgezeigt, der selbst von einem systemischen Webfehler spricht, wenn die Opposition sich auf Geschäftsberichte im bunten Vierfarbdruck reduzieren muss, wo nicht einmal eine Bilanz, sondern nur eine sehr abgespeckte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung enthalten ist, und sie darüber hinaus keine Fragerechte, keine Einschaurechte hat. Aber ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, das ist kein systemischer Webfehler, meine Damen und Herren, das ist ein Missstand, der für so eine hochentwickelte Demokratie wie in unserem Land und in unserer Stadt einfach nur unwürdig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme noch einmal auf den Vergleich mit München zurück. Wien hat, ähnlich wie München, kein Einnahmenproblem. Die Einnahmen aus eigenen Steuern, wie es so schön im Rechnungsabschluss 2013 heißt, liegen bei 1,3 Milliarden EUR. Innerhalb von 10 Jahren ist das eine Erhöhung der Einnahmen von rund 44 Prozent. Anders als in anderen europäischen Städten – ich bleibe beim Vergleichsbeispiel München – gibt es aber keinen Willen, und er kann noch so oft herbeigeredet werden, es gibt ihn einfach nicht, den Willen zur Haushaltskonsolidierung, weil im rot-grünen Wien vom Sparen nicht wirklich eine Rede ist. Trotz sprudelnder Einnahmen, meine Damen und Herren, steigen die Schulden munter weiter an. Die einnahmenseitige Budgetkonsolidierung ist wieder einmal, wie so oft unter sozialdemokratischer Herrschaft, eindeutig und massiv gescheitert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dennoch reden Sie, Frau StRin Brauner, reden Sie, Herr Bürgermeister, immer wieder schon jetzt vom Aufschnüren des Stabilitätspaktes, um neue Werte zu schaffen. Ja, Sie haben recht, es macht einen Unterschied, ob man Schulden aufnimmt, weil man in die Infrastruktur investiert, oder ob man Schulden aufnimmt, um den laufenden Betrieb zu finanzieren – unbestritten. Aber legen wir einmal das Sparpotenzial in dieser Stadt offen, dann schaffen wir beides: Investitionen in die Zukunft und kein Schuldenmachen. Und das wäre der richtige

Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich davon gesprochen habe, dass Wien kein Einnahmenproblem hat, dann zeigt sich das auch daran, dass kein anderes Bundesland in dieser Republik den Bürgern so tief in die Taschen greift wie Wien. Jeder Wiener zahlte 2012 im Schnitt 730,60 EUR an Landes- und Gemeindeabgaben. Die Bevölkerung in den anderen acht Bundesländern zahlte an die jeweiligen Gemeinden und das jeweilige Bundesland – damit hier kein Missverständnis entsteht; ich weiß schon, dass wir Land und Gemeinde sind – im Schnitt 502,80 EUR. Anders gesagt: Wiener zahlen um rund 45 Prozent höhere Landes- und Gemeindeabgaben als alle anderen Österreicher.

Ist das sozial? Ist das schlau? Wohl nur dann, wenn man dieses Wort schlau mutwillig mit raffiniert, gerissen oder, wie das Wörterbuch sagt, mit listig übersetzen möchte, was wir natürlich nicht tun.

Kommen wir noch zu einem Thema, das mir ganz besonders wichtig ist, das ist der Arbeitsmarkt. Die Sozialdemokratie, aber auch die grünen Koalitionspartner argumentieren, wenn wir die Arbeitsmarktdaten diskutieren, sehr gerne damit, dass Wien – was auch unbestritten ist – ja sehr gerne auch Menschen aus dem benachbarten Umland Arbeit gibt. Aber ist das wirklich der einzige Grund für diese hohen Arbeitslosenzahlen? Schauen wir uns doch einfach die nackten Zahlen an.

Wiens Anteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung beträgt 20,7 Prozent. Wiens Anteil an den Erwerbstätigen beträgt interessanterweise allerdings nur 19,7 Prozent, und Wiens Anteil an den Arbeitslosen beträgt mittlerweile 31,4 Prozent, meine Damen und Herren. Fast jeder dritte österreichische Arbeitslose ist leider Gottes in Wien zu Hause. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und ich sage Ihnen, das ist weder sozial und das ist schon gar nicht schlau.

Lassen Sie mich mit einem Zitat enden, das manchen, wahrscheinlich gerade von der Sozialdemokratie, vielleicht noch bekannt vorkommen mag, das Zitat lautet: „Sie werden verstehen, dass es auch für mich als Sozialdemokrat in allererster Linie in der wirtschaftlichen Entwicklung darum geht, die Vollbeschäftigung auch in unserer Stadt zu sichern.“ – Bgm Dr Michael Häupl bei seiner Antrittsrede im Gemeinderat im November 1994. Was ist 20 Jahre später Realität? 140 000 Arbeitslose in Wien.

Ich kann daher nur appellieren, meine Damen und Herren, begreifen auch Sie, bevor es zu spät ist: Das beste Sozialprogramm ist eben nicht die Mindestsicherung, sondern das beste Sozialprogramm für diese Stadt ist nach wie vor ein Arbeitsplatz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Bert Brecht wirklich nur recht geben: Kein Vormarsch ist offensichtlich so schwer, gerade in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten der Stadt Wien, wie der zurück zur Vernunft.

Wir werden aus eben diesen Gründen und aus der Verantwortung um die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt diesen Rechnungsabschluss jedenfalls ablehnen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

Seine Redezeit ist auf 15 Minuten gestellt.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das Lieblingstier der Rechnungsabschlussdebatte ist das Murmeltier aus einem anderen Film, den alle hier kennen, den alle schon bemüht haben, wenn sie sich erinnert fühlen an vorhergegangene Diskussionen. Der Truman Juraczka scheint in dem Fall, auf den Film umgelegt, der Einzige zu sein, der nicht merkt, dass er in einer Scheinwelt ist, weil er die Welt draußen nicht akzeptiert. Also ich würde fast sagen, Sie haben jetzt ein wunderbares Beispiel gebracht, Herr Stadtrat, wie dieser Film auch gemeint sein kann, denn Sie haben jetzt einfach all die Rahmenbedingungen negiert, die in der Welt draußen sind. Finanzkrise gilt nicht, alles, was rundherum passiert, gilt nicht.

Ich kenne ein Buch – ich weiß nicht, wer aller hier im Haus das gelesen hat, es wird immer wieder einmal Politikern und Politikerinnen empfohlen –, „Lügen mit Zahlen“. Das besagt – zwar nicht auf hohem Niveau, aber doch –, es gibt keine Welt da draußen, es ist alles wurscht. Wir vergleichen einfach München mit Wien, wir sagen nicht, dass es kein Bundesland ist, wir vergleichen Schuldenstände, sagen aber nicht die Gesamtbudgets dazu. Hat München ein gleich hohes Budget wie Wien? Na, nicht ganz, es hat schon eher ungefähr die Hälfte. Also alle Zahlen werden miteinander verglichen, einmal die Einwohner, einmal das Budget, einmal etwas anderes. Man müsste schon, damit wir überhaupt alle vom Gleichen reden, immer wieder die Zahlen und Fakten auf den Tisch legen.

Wenn man da zwischendurch sagt, es wird nicht gespart – das habe ich ohnehin schon einmal hier gesagt, das brauche ich nicht einmal für Rot-Grün zu reklamieren –: Die SPÖ hat in der Alleinregierung, als noch Hochkonjunktur war und es besser gelaufen ist, tatsächlich Jahr für Jahr die Schulden abgebaut in dem Haus und heruntergeführt. Und jetzt ist die Frage: Ist es intelligent, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, wenn sich die Einnahmensituation ändert, einfach so weiterzumachen und alles kaputt zu sparen? Da braucht man jetzt nicht seitenweise „Financial Times“ zu lesen. Alle amerikanischen Experten und Expertinnen erklären uns, dass wir in Europa insgesamt eher zu wenig investieren und nicht zu viel und dass es eben nicht clever ist, das, was man vorher gemacht hat, fortzusetzen. Man sollte schon zwischendurch, wenn man sich vornimmt, was man in Zukunft machen will, sich die Rahmenbedingungen anschauen.

Vielen Dank an die Finanzstadträtin Renate Brauner, der man immer wieder anmerkt, dass ihr Wien am Herzen liegt. Heute, behaupte ich, habe ich auch gehört, dass sie der Meinung ist, dass Rot-Grün das Beste ist. Ich bin nicht sicher, ob sie glaubt, dass es das Beste ist, denn sie glaubt vermutlich, alleine wäre es noch schöner, aber es hat sich eindeutig so angehört, als ob es unter den jetzigen Rahmenbedingungen das Beste wäre. Sie hat oft genug darauf hingewiesen, worauf es ankommt, nämlich darauf, dass wir die öffentlichen Dienstleistungen nicht privatisieren, nicht verkaufen, nichts

machen, was Blau-Schwarz gemacht hat, nichts machen, was der konservativen Ideologie entspricht. Öffentliche Dienstleistungen wie der öffentliche Verkehr, wie die Spitäler sind für uns nicht zu veräußern. Vom Trinkwasser rede ich erst gar nicht. Das Trinkwasser wird in Wien nicht verkauft! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wir haben – das ist ja eine Bilanz – im vergangenen Jahr mehrere größere Projekt auch im Verkehrsbereich umgesetzt, mit großen begleitenden Diskussionen, die hin und wieder auch sachlich waren sie. Die Mariahilfer Straße ist jetzt in der Umbauphase. Die Meidlinger Hauptstraße ist daneben fast nicht vorgekommen in der öffentlichen Wahrnehmungen, kostet aber auch annähernd 20 Millionen EUR, also die 2 Projekte liegen nicht einmal weit auseinander. Ein Projekt liegt quasi unter der medialen Aufmerksamkeit, aber für die Menschen dort ist die Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße genauso wichtig wie für die Menschen im 6. und 7. Bezirk und anderen die Neugestaltung der Mariahilfer Straße. Der Schwedenplatz, der Südtiroler Platz werden in Angriff genommen.

Das ist eine schwierige Diskussion und da wäre eine Versachlichung notwendig. Wenn wir über den Modal-Split reden, dann doch nicht deswegen, weil jeder Grüne jeden Tag mit dem Rad hierher fährt - ich bin einer, der zum Beispiel nie mit dem Fahrrad ins Rathaus kommt, ich wohne am Stadtrand und fahre jeden Tag mit den Öffis her; das machen mehrere von uns, und manche fahren mit dem Dienstwagen, manche fahren mit dem Auto, alle wie sie glauben –, aber über Verkehrspolitik zu reden, wäre eigentlich eine schöne sachliche Diskussion. Das funktioniert nur nicht. Jetzt sage ich, ich bin gar nicht böse darüber, denn über Sachpolitik zu reden – und das ist der Versuch der GRÜNEN und der SPÖ –, führt offensichtlich dazu, dass andere Parteien in der Wahrnehmung nicht vorkommen. Das schadet nicht. Reden wir über Sachpolitik, reden wir über Mobilität, reden wir über Wohnungen, über leistbares Wohnen, über Bildungspolitik und verkürzen wir nicht die Diskussion, wie es in den vergangenen Jahren immer wieder versucht wurde. Das scheint ja immerhin gut zu funktionieren.

Den Modal-Split treiben wir voran. Da sind große, große Anstrengungen notwendig in einer Stadt, die ungefähr um 20 000 bis 25 000 Personen jedes Jahr wächst. Das reißt nicht ab, und darin sehen viele eine Bedrohung und sagen, uh, da kommen viele Leute, das ist schwierig. Ja, schwierig ist es schon, aber es ist natürlich die bessere Chance, als in einer schrumpfenden Stadt zu wohnen, in Gegenden in Österreich, wo die Bevölkerung zurückgeht, wo Abwanderung stattfindet. Da ist es wirklich schwierig, noch sinnvoll und sozial gerecht Politik zu machen. Das geht besser in einer wachsenden Stadt, denn das schafft Arbeitsplätze, das schafft Investitionsvolumen und das macht eine Menge Arbeit, die intelligent vorgenommen werden muss.

Die 365 EUR sind einmal mehr angezweifelt worden von der Volkspartei, weil es ja geheißsen hat, da ist aber eine Subvention drinnen. Ich frage einmal mehr: Wie teuer sollte es denn sein nach der Meinung der Konservativen in der Stadt? Wenn 365 EUR der falsche Preise

ist und es unsubventioniert sein sollte, dann reicht ja nicht einmal das Doppelte aus. Sie sind also – das muss man daraus ableiten – für eine Jahreskarte, die über 700 EUR kostet.

Was das für Auswirkungen auf den Modal-Split hätte, was das bedeuten würde, das muss man ja glatt den passionierten Autofahrern und Autofahrerinnen sagen. Wenn alle aussteigen aus der U-Bahn, wenn alle aussteigen aus der Bim, wenn alle Radfahrer und Radfahrerinnen das Rad ins Eck werfen und Auto fahren, dann können sie nicht mehr Auto fahren, dann staut die ganze Stadt. Seien Sie froh um jeden, der andere Verkehrsmittel benützt. Ich weiß schon, dass manche mit dem Auto fahren müssen, aber seien Sie doch froh, dass wir in Wien 600 000 Leute haben, die eine Jahreskarte kaufen und die auch nützen. Das ist weltrekordverdächtig. 600 000 erwachsene Menschen haben eine Jahreskarte für 365 EUR. Was für eine Errungenschaft! Das gibt es immer noch. 60 EUR für das Jugendticket. Das sind noch einmal 10 000 Leute, die das in Anspruch nehmen. Das gilt für ganz Burgenland, Niederösterreich, Wien – für die, die das nicht kennen –, für drei Bundesländer für jedes öffentliche Verkehrsmittel 60 EUR. Das sind phantastische Erfolge der letzten Jahre, die – siehe Rechnungsabschluss – immer noch halten und gehalten werden.

Mobilität ist wichtig. Mobilität, wie wir sie zur Verfügung stellen, ist vor allem für die wichtig, die es sich nicht aussuchen können, wie groß das Auto ist, das sie fahren, aber Mobilität ist auch wichtig für diejenigen – und jeder zweite Haushalt in Wien gehört dazu, das vergisst man auch immer in der Diskussion –, die gar kein Auto haben. Die einen, weil sie es sich nicht leisten können, die anderen aus anderen Gründen, aus ökologischen Gründen, weil sie keinen Führerschein haben, weil sie es intelligenter finden, anders zu fahren oder was auch immer für ein Grund vorherrschen mag. Das ist die persönliche Entscheidung.

Wir sind insgesamt froh, dass wir diese 365 EUR halten können. Wie lange wir die 600 000 noch steigern können, weiß ich nicht, denn das sind Zuwachsraten gewesen, die auch wir in der Größenordnung nicht erwartet haben. Ich glaube, irgendwann sind wir am Ende mit den Steigerungen bei den Jahreskarten. Noch steigen sie, und ich bin gespannt, wie sich das im kommenden Jahr entwickelt.

Die ökonomisch größte Sorge und die größten Ausgaben haben die Wiener und Wienerinnen – nicht nur die Wiener und Wienerinnen, sondern auch alle in ganz Österreich – mit den Aufwendungen, die sie für die Wohnung tätigen müssen. Die Zahlen kennen wir alle. Leute, die ökonomisch schlechter dran sind, brauchen nahezu die Hälfte ihres Haushaltseinkommens ausschließlich für die Wohnung, nicht nur für die Miete, aber für alle Wohnungskosten. Deswegen ist es eine zentrale Aufgabe für uns, leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Geht das leicht? Nein, natürlich geht das nicht leicht. Bei der herrschenden Entwicklung der Grundstückskosten geht das nicht leicht. Was muss man auf jeden Fall machen, damit der Wohnungsmarkt nicht explodiert? Genügend Wohnungen bauen. Schaffen wir das? Ja, mit

sehr viel Anstrengungen. Wir haben ein Sonderwidmungsprogramm aufgelegt mit 19 000 Wohneinheiten, das Investitionsvolumen in dem Bereich steigt. Wir sind das einzige Bundesland, das so viel investiert, dass es in der Lage ist, vom Bund – schauen wir, wie viel es dann wird –, von der Bundesregierung Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, abzuholen.

Das heißt, es läuft. Aber obwohl wir 220 000 Gemeindewohnungen haben und noch einmal so viele Genossenschaftswohnungen, obwohl über die Hälfte der Wohnungen in Wien im stark geförderten Bereich liegt, ist es trotzdem eine große Herausforderung, weil am privaten Markt Wohnungen für viele Familien einfach nicht mehr zu bezahlen sind. Wenn junge Leute von zu Hause ausziehen, wenn zwei Leute eine Familie gründen, wenn eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern in einer Wohnung bleiben muss, dann kämpfen die alle mit den Wohnungspreisen.

Da brauchen wir auch von Bundesseite Unterstützungen, das können wir nicht alles alleine hier machen. Wir widmen, wir bauen, wir schauen, dass wir möglichst viele leistbare Wohnungen organisieren in der ganzen Stadt und dazu immer auch das, was es darüber hinaus braucht, nämlich die Infrastruktur, die dringend notwendigen Ausgaben für Mobilität, die dringend notwendigen Ausgaben für Bildung. Du kannst ja nicht nur bauen. Wenn du einen Turm hinstellst, wenn du Wohnungen hinstellst und hast den Rest nicht, dann funktioniert das nicht.

Was wir auch letztes Jahr erreicht haben, ist, dass wir mittlerweile 13 BürgerInnen-Solarkraftwerke haben und somit eine CO₂-Reduktion. Die Bürger beteiligen sich selbst an intelligentem Investieren. Das ist ein Programm, das man massig auflegen kann. Jedes Mal, wenn wir eines auflegen, ist es sofort ausverkauft. Das sind hervorragende Projekte der rot-grünen Stadtregierung.

Die Kinder haben einen größeren Raum eingenommen bei der Rede der Finanzstadträtin. Zu Recht. Wir haben in Wien sehr viele Pluspunkte gegenüber den anderen acht Bundesländern und trotzdem noch sehr viel zu leisten. Wir sind praktisch in jedem Bereich auf dem ersten Platz: „kinderaktivcard“, Gratiskindergarten, Kindermindestsicherung. Wir haben die höchste Kindermindestsicherung – gegen die die ÖVP und gegen die die FPÖ gestimmt haben, das darf man nie vergessen –, nämlich 20 Millionen EUR für die ganz armen Familien. Sie von ÖVP und FPÖ waren dagegen. Sie würden also, wenn Sie was zu sagen hätten in der Stadt, 20 Millionen wieder einkassieren bei den ärmsten Familien. Wirklich ein schlechtes Zeichen. Gut, dass Sie nicht am Ruder sind.

Die größte Errungenschaft von der Menge her ist sicher der Gratiskindergarten, der ein paar der Gebührenrechnungen ad absurdum führt. Zumindest Familien, die Kinder im Kindergartenalter haben – und das kann man dann lang strecken –, sind ja in jedem Bundesland schwer benachteiligt, weil das natürlich nicht die 150 EUR oder die 200 EUR ausmacht, die Sie ausgerechnet haben, sondern ein Vielfaches davon über das Jahr

gerechnet. Jetzt haben wir in Wien nicht nur die beste Kindergartensituation, weil wir bei den Vier- bis Sechsjährigen tatsächlich für jedes Kind einen Platz haben, bei den Null- bis Dreijährigen noch nicht, aber wir haben das Barcelona-Ziel erreicht; fast 40 Prozent sind es mittlerweile. Damit sind wir mit Abstand die Nummer 1.

Jetzt sind wir also die Nummer 1 in all diesen Bereichen, und dennoch muss man sagen, es reicht trotzdem nicht. Das muss man ja zugeben. Weil der Bedarf noch viel höher ist, weil in einer Stadt die Leute anders wohnen, weil die Frauenerwerbsarbeit höher ist, weil die Trennungen schneller gehen, weil wir öfter Leute haben, die alleine Kinder erziehen müssen, brauchen wir noch ein höheres Angebot von Nachmittagsbetreuung und Kindergärten, die ganztägig offen sind – das sind eh fast alle in Wien –, noch mehr Plätze für die ganz Kleinen.

Das ist auch eine ideologische Debatte, weil von konservativer Seite des Öfteren kommt, man enteignet den Familien mehr oder weniger die Kinder. Wir glauben, dass das notwendig ist, und wir machen das ja nicht in erster Linie wegen der Erwachsenen, sondern um die Chancen der Kinder zu steigern. Ein Kind lernt etwas, denn ein Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung. Je früher Kinder – das muss ja nicht gleich ganztägig und fünf Tage sein – in den Kindergarten kommen, desto mehr Chancen haben vor allem die Kinder, die aus bildungsfernen Haushalten kommen, wo man zu Hause eben nicht so viel nachhelfen kann.

Was ist zu tun? Ein Rechnungsabschluss ist eine schöne Sache, um zu sagen, so haben wir es gemacht, aber was ist jetzt zu tun?

Genügend leistbaren Wohnraum schaffen.

Die Bildungsausgaben, die von Bundesseite her nicht passen, anheben. Da tut sich der Koalitionspartner schwer, weil er natürlich die Bundesregierung nicht im gleichen Ausmaß kritisieren kann, wie die GRÜNEN das können, weil wir halt dort nicht dabei sind. Bei den Bundesaussgaben für Bildung, bei der Bildungspolitik in Österreich ist die Volkspartei Hemmschuh seit Jahrzehnten. Da ist viel zu machen, das ist die große Gerechtigkeitsfrage insgesamt. Noch vor den Vermögenssteuern, für die ich auch bin. Natürlich sollen Leute, die viel haben, die im Überfluss leben, mehr beitragen, als sie bisher beigetragen haben. Sagen wir, nur so viel wie im Schnitt in Großbritannien, in der Schweiz oder in den USA oder in irgendeinem anderen dieser Länder, die gar nicht verdächtig sind, dass sie links ausgerichtet wären.

Mobilität und Arbeit schaffen. Arbeit schaffen, Arbeitsplätze schaffen. Da ist auch wieder eine Rechnung angestellt worden. Mein Gott, wenn man die ganzen Pendler und Pendlerinnen abzieht, nur um eine Gegenrechnung zu machen, die auch mehr in die Kategorie fällt, dass jeder seine eigene Statistik hineinbringt, und jeder bleibt in dem Bundesland, wo er oder sie wohnt, und steht dann morgen auf und muss im Bundesland einen Arbeitsplatz finden, dann haben wir morgen die höchste Arbeitslosigkeit vermutlich in Niederösterreich, die zweithöchste im Burgenland oder umgekehrt, weil wir in Wien jeden Tag 200 000 Leute haben, die einpendeln. Das wird nicht dazugesagt. Es wird nicht dazugesagt,

dass in Wien sehr, sehr viele Arbeitsplätze für all jene sind, die von rundherum kommen.

Ist also alles super? Natürlich nicht. 170 000 MindestsicherungsbezieherInnen, das ist nicht lustig. Hat das ausschließlich mit Rot-Grün zu tun? Da werden Sie vielleicht sagen, ich glaube, es hat vielleicht etwas mit der Konjunkturlage, mit Krisen zu tun. In Städten in ganz Europa ist es ähnlich. Das ist ja nichts, was wir hier alleine zu verantworten haben.

Nächstes Jahr wählt Wien. Jetzt nehme ich nicht an, dass genau heuer die sachlichste Debatte hier stattfindet. Wir haben dann mit hoher Wahrscheinlichkeit nächstes Jahr noch einen Rechnungsabschluss, der wird dann noch mehr im Zeichen des Wahlkampfes stehen. Wir arbeiten als GRÜNE in der rot-grünen Stadtregierung für alle, die in Wien wohnen, für alle Wiener und Wienerinnen. Da geht es uns nicht darum, irgendwelche Leute wegen des falschen Passes auszuschließen oder wegen des Bekenntnisses zur falschen Fußballnationalmannschaft – ich musste auch gerade wechseln, weil meine ausgeschieden sind; man sieht es am Leiberl, wo ich heute Abend dabei bin –, wir machen Politik für alle, wir setzen uns für alle Wiener und Wienerinnen ein.

Die höchste Kindermindestsicherung, das ist nichts für die klassische Grün-Klientel. Mit dem Schmäh möchte ich aufräumen. Wir wissen, dass die in erster Linie Leuten hilft, die nicht am nächsten Tag sagen: Danke, liebe GRÜNE, wir wählen euch dafür! Wir machen es trotzdem.

Mobilität ist nicht deswegen ein Steckenpferd der GRÜNEN, weil wir gerne Radwege hätten, weil es lustig ist für uns, sondern weil wir leistbare Mobilität für alle schaffen wollen. Im Jargon, den man uns dann vorwirft, könnte jetzt ich frech sagen, bei den GRÜNEN gibt es tatsächlich im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau und ein nicht einmal so viel höheres durchschnittliches Einkommen. Wir machen die Politik nicht in erster Linie für unsere Klientel – auch die freut sich darüber –, sondern wir machen sie für alle Wiener und Wienerinnen.

Ein Abschlusssatz zu den Vermögenssteuern. Ich habe da ein schönes Transparent gesehen, das muss man vielleicht selbst interpretieren, aber im Wesentlichen steht darauf: „Tax the rich!“ „Besteuere die Reichen!“ Und in Anlehnung an den Film „Eat the Rich!“, hätten wir, weil wir die Reichen am Ende ja nicht essen wollen, gerne vorher einen Beitrag von ihnen. Also: „Tax the rich! We don't want to eat them.“

Dazu passt auch der Slogan, der in letzter Zeit durch Österreich marschiert: „We are unstoppable!“ Die GRÜNEN sind auf einem guten Weg, Rot-Grün ist auf einem guten Weg in Wien.

Ich möchte an dieser Stelle jetzt noch eine Minute für Monika Vana verwenden, die uns verlassen wird in Richtung Brüssel, Straßburg und anderer Städte, damit nicht nachher, wenn sie ihre Abschiedsrede hält, der 17. Redner daherkommt und wieder etwas sagt. Monika Vana ist gleich lange in diesem Haus wie ich. Bis jetzt. Ab 1. Juli bin ich dann einen Tag länger da. Monika Vana hat in diesem Haus sehr viele Aufgaben übernommen. Godwin Schuster wird die alle heute, glaube ich, noch erwähnen,

aber nicht nur von Monika Vana, denn es gibt noch eine zweite Abgeordnete, die aus diesem Haus ausscheidet.

Ich möchte mich an dieser Stelle nur bei der Moni bedanken. Moni, wir zwei haben hervorragend zusammengearbeitet – die letzten 13 Jahre in diesem Haus, ein paar Jahre vorher auch schon –, und wir werden auch weiterhin, wenn du in Brüssel und in Straßburg bist, zusammenarbeiten. Und wir sehen dich nicht das letzte Mal hier in diesem Haus. Weil du intelligenterweise das Rederecht für EU-Abgeordnete miterkämpft hast in dem Haus, wirst du auch weiterhin in diesem Haus Redebeiträge halten. Ich freue mich schon darauf. Danke! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist auf 18 Minuten eingestellt.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke sehr, Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Zwei Mal im Jahr dürfen wir Ihren Ausführungen hier lauschen, sehr aufmerksam lauschen, umso bedenklicher ist es, dass, wenn dann die Opposition am Wort ist, die Reihen der Regierungsabgeordneten leer sind. Das liegt vielleicht auch daran, dass man sich die berechtigte Kritik nicht anhören will, die durchaus vorhanden ist.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, jedes Mal, wenn Sie reden, zwei Mal im Jahr, kommt es mir immer so vor, dass Sie sich steigern. Sie steigern sich jedes Mal, wenn es darum geht, schönzureden, schönzufärben und im Endeffekt die Untaten der rot-grünen Stadtregierung zu verschleiern oder auch unter den Tisch zu kehren. Insofern steigern Sie sich, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und weil von meinem Kollegen Juraczka Zitate gebracht wurden, darf ich mich dem anschließen mit einem Zitat von Friedrich Schiller, der gesagt hat: „Zu schlimmen Taten schön zu reden, ist nicht gut, das heißt, Gerechtigkeit und Tugend höhnen.“ Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Sie höhnen Gerechtigkeit und Tugend. Sie haben heute ganz ausgeblendet, wie es immer mehr Wienern und Wienerinnen auf Grund Ihrer fehlgeschlagenen Politik geht. Sie haben ganz ausgeklammert, wie viele Menschen mehr in Wien, in einem ach so sozialen Wien, unter Armut leiden müssen. Sie haben ganz ausgeklammert, wie immer unleistbarer die Wohnsituation in Wien wird. Sie haben ganz ausgeklammert, wie viele Menschen mehr ohne Beschäftigung am Arbeitsmarkt vorhanden sind. Sie haben auch ganz ausgeklammert, wie viele Wienerinnen und Wiener auf Grund von einer Ostöffnung vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Das ist Ihre Politik, aber nicht unsere. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Das stimmt doch gar nicht! Das glauben Sie doch selber nicht!)*

Es hilft Ihnen auch nichts, sehr geehrter Herr Kollege Schicker, sich dauernd in den Sack zu lügen und Luftschlösser zu bauen. Das haben die Menschen satt, weil sie ja im Endeffekt draußen in ihrer Situation von Ihrer Politik betroffen sind. Das ist auch genau der Grund, warum hier die Reihen der Abgeordneten auf den Regie-

rungsbänken immer lichter werden, weil Sie die Wahrheit nicht hören wollen. Sie wollen die Wahrheit nicht hören, und im besten Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Sie betriebsblind. Im besten Fall sind sie betriebsblind, weil Sie einfach nicht wissen, wie schlecht es immer mehr Wienerinnen und Wienern wirklich geht.

Wenn der Herr Ellensohn, der Pflichtverteidiger der Frau StRin Brauner, heute hier wieder davon gesprochen hat, dass Sie Politik für alle Wienerinnen und Wiener machen, so kann ich nur sagen: Nein, Sie machen Politik für Ihre Klientel, und Sie schließen ganze Gruppen gezielt aus von Ihrer Politik. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie schließen nämlich absichtlich ganze Gruppen aus, denen zwar auf der einen Seite das Geld aus der Tasche gezogen und durch Umverteilungspolitik an Ihre Klientel Geld verschoben wird, damit andere davon profitieren, aber ein Großteil eigentlich überhaupt nichts mehr davon hat.

Wenn die Frau Vizebürgermeisterin heute davon gesprochen hat, der Wiener Haushalt ist sehr transparent, dann frage ich mich, warum Sie, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, mittlerweile einige Volkshochschulen in Wien durchwandern, um in einigen Veranstaltungen mit dem Einmaleins das Wiener Budget zu erklären. Warum ist denn das notwendig, wenn doch das Wiener Budget und der Haushalt in Wien, wie Sie soeben gesagt haben, so transparent und so leicht zu verstehen sind? Abgesehen davon kostet jede einzelne Veranstaltung in der Volkshochschule, die Sie jetzt bis November durchführen, 28 000 EUR. *(Beifall von GRin Uta Meyer.)* 28 000 EUR! Wozu eigentlich? Wie kann es sein, dass eine einzige Veranstaltung, in der Sie das Wiener Budget erklären wollen und bei der dann ohnehin nur 10 bis 20 Leute sitzen, der Großteil wahrscheinlich Statisten von der SPÖ, 28 000 EUR kostet? Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo ist denn hier die Relation? Wo ist hier die Relation, dass eine Veranstaltung in der Volkshochschule 28 000 EUR kostet, aber gleichzeitig den Wienerinnen und Wienern zum Beispiel der Heizkostenzuschuss gestrichen wird? Ich meine, dass man mit den 28 000 EUR oder mit diesen insgesamt 240 000 EUR der gesamten Veranstaltungsreihe vielen bedürftigen Familien den Heizkostenzuschuss finanzieren könnte. Das wäre sinnvoller. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben hier vom Thema Smart City gesprochen. Ich weiß, Sie werden das am Mittwoch noch eingehender diskutieren, und das ist gut so. Sie haben gesagt, Smart City bedeutet, sparsam mit Ressourcen umzugehen. Ja, von welchen Ressourcen sprechen Sie da? Ich glaube, Sie reden nicht von den Gebühren und Steuergeldern im Wiener Budget, mit denen Sie alles andere als sparsam umgehen.

Ich darf hier meine Reihe an Zitaten fortsetzen. Es war kein geringerer als Marcus Tullius Cicero, der schon vor über 2 000 Jahren gesagt hat *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie sollten sich mit Renate Brauner beschäftigen, nicht mit Cicero! Wir sind beim Budget!)*, der vor mehr als 2 000 Jahren gesagt hat, Herr Kollege Schicker: „Die Menschen verstehen nicht, welche große Einnahmequelle in der Sparsamkeit liegt.“ Aber er meint nicht die Menschen, er meint die Regierung in Wien, er

meint die rot-grüne Stadtregierung in Wien. Es kann natürlich nicht sein, dass man kaputt spart, aber wenn Sie effizient sparen würden, dann wären mehr Mittel da, um auch effizient zu investieren, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, um in die Menschen dieser Stadt zu investieren. Und genau das tun Sie nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie sparen am falschen Platz und investieren auch in den falschen Platz. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das zeigen ja auch die letzten Jahre der Finanz- und Budgetpolitik der Frau StRin Brauner, in denen sie den Schuldenstand der Gemeinde Wien um ein Vielfaches vermehrt hat, sodass der Schuldenstand letztes Jahr die 5 Milliarden EUR durchbrochen hat. Wenn man die Schulden von Wiener Wohnen oder von anderen Bereichen dazuzählt, dann sind wir schon längst bei 7 Milliarden oder mehr angelangt.

Paradox und eben auch ein Kunststück an der gesamten Sache ist ja, dass Rot-Grün auf Grund von einer Gebührenexplosion von Jahr zu Jahr mehr eingenommen hat, aber gleichzeitig auch die Neuverschuldung angestiegen ist. Wie machen Sie das, sehr geehrte Frau Stadträtin? Wie können Sie das dem Steuerzahler erklären? Erklären Sie ihm das so, dass durch eine vermehrte Event-, Spaß- und Verschwendungspolitik mehr Geld verschwendet wird? Glauben Sie, Sie können die Leute mit dieser Event- und Spaßpolitik auf Dauer am Schmach halten, sodass sie nicht merken, wie es ihnen in Wirklichkeit am Arbeitsplatz und im Armutsbereich geht? Wie wollen Sie den Menschen überhaupt erklären, dass es in den letzten Jahren zu einer eklatanten Steigerung und Mehrbelastung bei Gas, Abfall, Parken, Wasser und, und, und gekommen ist und die Gebühren laufend weiter erhöht wurden, aber gleichzeitig die Schulden der Stadt Wien angestiegen sind? Wie wollen Sie das den Menschen erklären, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Seit 2010 ist es leider traurige Realität, dass eine Wiener Durchschnittsfamilie weiter belastet wird, dass sie de facto weiter enteignet wird und somit auch eine Gesamtbelastung für eine Durchschnittsfamilie von 550 EUR mehr zu verzeichnen ist auf Grund Ihrer Belastungs- und Gebührenerhöhungspolitik. Aber so sieht eben anscheinend die Politik der SPÖ für den kleinen Mann aus. Das ist die ach so soziale Politik der SPÖ, dass hier der kleine Mann immer mehr in die Armut getrieben wird, dass wir immer mehr Mindestsicherungsempfänger haben, Menschen, die in Abhängigkeit sind vom rot-grünen Wien, dass der Mittelstand immer mehr belastet wird, dass insgesamt die Armut steigt und der Mittelstand ausgedünnt wird, vielleicht bald nicht mehr vorhanden ist. Und das Schlimme daran, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist: Die Aussicht für das nächste Jahr zeigt, wir haben wieder um 300 Millionen EUR mehr Schulden. Das ist die traurige Realität.

Aber werfen wir einmal einen Blick über die Grenzen der Stadt hinaus, wie das heute schon des Öfteren getan wurde. Was sind denn eigentlich die Gründe eines erhöhten Schuldenstandes auch in Wien? Schulden machen, verschwenden, verspekulieren – auch das sind die

Gründe von erhöhten Schulden. Werfen wir zum Beispiel einen Blick nach St Pölten, wo Schulden machen und verspekulieren auch SPÖ-immanent ist oder war, wo ja ein roter Bürgermeister 70 Millionen EUR verspekuliert hat. Werfen wir einen Blick nach Linz, wo ein Finanzstadtrat oder ein Bürgermeister – der SPÖ wohlgeremt – 500 Millionen EUR verspekuliert hat. Oder werfen wir einen Blick nach Salzburg, wo der Schaden bis heute nicht genau beziffert werden kann, aber zumindest mit 250 Millionen EUR Schaden gerechnet werden muss.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es wäre nur allzu korrekt, würden Sie dem Vorbild Ihrer Amtskollegen in Oberösterreich und in Salzburg folgen und zurücktreten. Frau Stadträtin, treten Sie zurück! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben einen extremen Schuldenstand zu verzeichnen. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, zeigen Sie auch Respekt vor den Bürgern und machen Sie das Feld frei für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, machen Sie das Feld frei für eine verantwortungsvolle Budgetpolitik, machen Sie das Feld frei für mehr Transparenz! Das ist auch genau das, was die Menschen wollen, und auch genau das, was wir Freiheitliche seit vielen Jahren einfordern. Aber Ihr Weg ist ja verschleiern, ablenken, niederinsrieren. Niederinsrieren – auch ein wichtiger Aspekt. Hier werden die Tageszeitungen niederinsriert, damit die Wahrheit nicht ans Tageslicht kommt.

Und ich sage schon, erklären Sie uns, Frau Stadträtin, warum Sie einem Transparenzvertrag für Wien auf Biegen und Brechen nicht zustimmen wollen. Was haben Sie eigentlich zu verbergen, dass Sie nicht dazu bereit sind, den Finanzausschuss der Stadt Wien durch einen quartalsweisen Transparenzbericht zu informieren? Warum verhindern Sie die Einbeziehung der ausgegliederten Unternehmen in den von uns geforderten Transparenzbericht und in das Finanzmanagement der Stadt Wien? Warum wollen Sie keine Umstellung von der Kameralistik zur Doppik? Warum nicht? Das bleiben weiterhin fromme Wünsche ans Christkind oder reale Wünsche an eine neue Stadtregierung unter freiheitlicher Führung, die für Transparenz und Budgetsicherheit sorgt. Dann werden es Wünsche sein, die umgesetzt werden, gemeinsam mit vernünftigen Kräften der Sozialdemokratie, denn die sind bei Ihnen auch noch vorhanden. Ja, die gibt es. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube nicht, dass ein vernünftiger Sozialdemokrat – und es gibt auch solche natürlich –, ein vernünftiger Sozialdemokrat mit Verantwortungsbewusstsein all dieser Politik, die Sie hier in den letzten Jahren mit den GRÜNEN veranstalten, etwas abgewinnen kann. Ich glaube es nicht. Es gibt natürlich noch vernünftige Kräfte in der Sozialdemokratie, die die Nase voll haben von der Regierungspolitik mit den GRÜNEN. Es gibt natürlich vernünftige Kräfte in der Sozialdemokratie, die die Nase voll haben von der Budget-, Finanz-, Schulden-, Belastungs- und Verschwendungspolitik der Frau StRin Brauner. Ja, es gibt vernünftige Kräfte, und diese vernünftigen Kräfte müssen und werden sich auch in der SPÖ durchsetzen. Da bin ich mir sicher, denn es geht auch darum, mit uns Freiheitlichen in Zukunft an einem siche-

ren Wien für Jung und Alt zu arbeiten, wo jeder seinen Platz hat, wo nicht die Österreicher ausgegrenzt werden durch eine Politik von Rot und Grün, wie sie jetzt vorhanden ist. Daran müssen wir arbeiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da geht es auch darum, dass es nicht sein kann, dass sich die Sozialdemokratie den türkischen Zuwanderern anbietet, die seit 50 Jahren, seit dem Anwerbeabkommen, nach Wien gekommen sind. Man sieht ja jetzt auch anhand des Besuchs vom Herrn Erdogan, dass anscheinend ein Großteil nicht bereit war und ist, sich hier zu integrieren, nicht bereit war, Deutsch zu lernen, nicht bereit war, den eigenen Kindern den wichtigen Bildungsweg zu ebnet, wiewohl es ja Möglichkeiten gibt, hier für die eigene Zukunft zu arbeiten. Aber das verwehrt man den eigenen Kindern.

Bei dem Besuch von Herrn Erdogan hat man ja jetzt auch gesehen, dass es ein rotes Fahnenmeer auf der Straße gab, aber kein SPÖ-Fahnenmeer, sondern ein türkisches Fahnenmeer, um hier einem Staatschef zu huldigen, der zu Hause Journalisten einsperrt, der zu Hause mit Wasserwerfern und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung losgeht und der nichts anderes lebt als eine Osmanisierung Europas, indem er hier nach Österreich, Deutschland und in andere Länder geht, um die Türken aufzurufen, sich nicht zu integrieren.

Und da bietet sich die aktuelle Sozialdemokratie an. Das kann es ja wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da gibt es genügend vernünftige Sozialdemokraten, die mit diesem Weg nicht einverstanden sind, dass sich die SPÖ hier anbietet und dass am 1. Mai unter den vielen roten SPÖ-Fahnen – vielen unter Führungszeichen, es werden immer weniger – auch immer mehr türkische rote Fahnen zu finden sind. Da sieht man die Koalition zwischen SPÖ und einer türkischen Community, die sich nicht integrieren will.

Und ich sage Ihnen eines: Wenn wir etwas zu sagen haben in Wien *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das werden Sie ohnehin niemals!)*, dann werden wir als erstes den Subventionsdschungel abdrehen. Wir werden ihn durchforsten, wir werden die Förderungen an all die integrationsunwilligen Vereine abstellen und das Geld den Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stellen, die es dringend brauchen. Das wäre der erste Schritt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abgesehen davon ist es meine Empfehlung an die Bundespolitik, dass das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sich einmal all dieser Vereine annimmt, die aus der Türkei und aus Ankara gelenkt werden, wie ATIB und dieser UETD-Verein, die alle nach außen hin ein wunderschönes Gesicht machen, aber nichts anderes im Schilde führen, als die Gesellschaft in Österreich zu unterminieren und zu unterwandern und türkische Interessen durchzusetzen. Das kann es nicht sein! Denen sollte die Staatssicherheit genau auf die Finger schauen

Wenn etwa im 11. Bezirk wieder eine Schule gegründet werden soll, eine Schule, in der auch radikaler Islamismus gepredigt werden soll, und die SPÖ kein Wort dazu sagt, dann ist es bitte nicht fünf vor zwölf, sondern

fünf nach zwölf. Es muss Schluss sein mit der Unterstützung der SPÖ für diesen radikalen Islamismus in Wien! Das brauchen wir nicht, das lehnen wir ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe hier wirklich ernste Worte seitens der SPÖ vermisst in den letzten Tagen, die zum Ausdruck gebracht hätten, dass der Besuch des Herrn Erdogan ein diplomatischer Affront der Sonderklasse ist. Diese Worte habe ich seitens der SPÖ vermisst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend: Lassen Sie mehr Transparenz zu im Wiener Haushalt, im Wiener Budget! Sparen Sie dort, wo es notwendig ist, damit man in andere wichtige Bereiche investieren kann! Seien Sie vor allem für die Wienerinnen und Wiener da! Hören Sie auf die vernünftigen Stimmen in der Sozialdemokratie! Die gibt es auch, immer weniger, aber die gibt es.

Und lassen Sie sich eines sagen: Wir lehnen natürlich den Rechnungsabschluss ab. Überhaupt keine Frage, wir lehnen diesen Rechnungsabschluss ab.

Ich darf abschließend unserer Kollegin Barbara Kappel, die ebenfalls heute ihre letzte Rede hier im Haus halten wird, ganz herzlich gratulieren zu ihrer Arbeit hier im Haus. Sie hat viel weitergebracht, was insgesamt die Anliegen bei Haushaltspolitik, bei Budgetpolitik, für Transparenz, für Effizienz, was Budget- und Finanzpolitik hier im Haus betrifft. Ich darf dir, liebe Barbara, alles Gute wünschen für deine Tätigkeit im EU-Parlament. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Die Uhr steht auf 6 Minuten.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ja, es ist wirklich ein Ritual, das wir hier durchführen, aber Rituale haben durchaus ihren Sinn, weil man sich auf gewisse wesentliche Dinge rückbesinnen und konzentrieren kann. Man darf sich ja auch in der Routine des Alltages nicht den Blick auf das größere Ganze selbst verstellen oder verstellen lassen. Deswegen möchte ich diese Rechnungsabschlussdebatte auch zum Anlass nehmen, Ihnen ein paar grundsätzliche Gedanken aus der Sicht eines bürgerlichen unabhängigen Mandatars mit auf den Weg zu geben.

Wenn die Frau Vizebürgermeisterin von Transparenz gesprochen hat, dann muss ich das doch sehr stark in Zweifel ziehen, ob es Ihnen wirklich um Transparenz oder ob es Ihnen nicht vielmehr um Verschleierung und Verdecken geht. Das Demokratieverständnis, mit dem man teilweise der Opposition und den anderen Abgeordneten gegenübersteht, haben Sie sehr gut dadurch zum Ausdruck gebracht, dass Sie uns gesagt haben, na ja, schaut halt in die Geschäftsberichte. Dazu muss ich Ihnen schon sagen, Frau Vizebürgermeisterin: Gemeinderäte, die hier Beschlüsse zu fassen haben, die eigentlich wie ein Aufsichtsrat agieren sollen, kann man nicht mit Presseaussendungen und mit Geschäftsberichten, die von der eigenen Presseabteilung formuliert und fabriziert werden, abspeisen. Das Niveau einer Rechnungs-

abschluss- und Budgetdebatte muss auch darüber hinausgehen, was man vielleicht einfachen Bürgern in einer Volkshochschule letztendlich mitgibt, aber leider sind Sie nicht über diesen Status hinausgekommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt nicht mehr Transparenz, es gibt ja immer weniger Transparenz. Ich meine, wenn man zum Beispiel die Frage stellt, was ein Manager bei den Vereinigten Bühnen Wien verdient, dann verstecken Sie sich hinter dem Datenschutz, den Sie auf Bundesebene mit dem Amtsgeheimnis abschaffen wollen. Also wenn man so viel Subventionen in einen stadtnahen Betrieb hineinsteckt, und man darf nicht einmal fragen, was die Herrschaften verdienen, die dort tätig sind, und dann das als Transparenz verkauft und sich hinterm Datenschutz versteckt, dann ist das schon eine gewagte Angelegenheit.

Ich bin sehr gespannt, ob das Land und die Gemeinde Wien die von der Bundesverfassung rechtlich vorgegebene Möglichkeit, in diese Luxusverträge und Luxus pensionen einzugreifen, Gebrauch machen wird. Auch da gibt es im öffentlichen und halböffentlichen Sektor sehr viele Residuen, wo mit null Risiko Gagen wie in der echten Privatwirtschaft kassiert werden. Das, glaube ich, wäre etwas, was man auch hier im Gemeinderat nicht nur hinterfragen, sondern auch debattieren sollte. Das ist aber nicht möglich, weil uns hier so gut wie keine Mittel zur Verfügung stehen.

Wenn Sie sich die öffentliche Wahrnehmung auch unserer heutigen Rechnungsabschlussdebatte anschauen, dann schauen Sie auf „ORF.at“. Da lautet der Kurztitel: „Wien debattiert über Rekordschulden.“ Das sagt jetzt nicht die Opposition, sondern das wird im ORF ganz neutral so dargestellt. Es sind wirklich Rekordschulden, es ist ein Defizit, das wir in zwei Jahren abbauen müssen, und noch bevor wir es abbauen, diskutieren Sie schon, offenkundig angesteckt von Ihren Genossen auf Europaebene, ob man den Stabilitätspakt, den man gerade ein bisschen nachgeschärft hat und den man eh noch nie richtig ernst genommen hat, schon wieder aufweichen soll.

Und da darf ich Ihnen schon auch mitgeben: Wenn sich die Griechen, die Spanier und die Portugiesen rechtzeitig daran gehalten hätten, dann wären wir gar nicht in diese Pleitesituation gekommen, an der jetzt halb Europa immer noch kiefelt. Also herzugehen und zu sagen, Rekordschulden mit noch neuen Schulden zu bekämpfen, das ist auch ein ökonomischer Ansatz, der sich in der Vergangenheit als nicht sonderlich sinnvoll erwiesen hat.

Wenn wir Wachstum generieren wollen, dann müssen wir die Kräfte der Wirtschaft, die Kaufkraft der Menschen letztendlich auch stärken, und das kann man nur dadurch tun, dass man den Speck, den man über Jahre und Jahrzehnte angesetzt hat, auch entsprechend abbaut. Davon sieht man gar nichts. Ich meine, dass in allen Quartalen Wien der Inseratenrekordhalter ist, das gibt Ihnen überhaupt nicht zu denken. Dass Sie sich weigern, die Effektivität Ihrer ganzen Subventionen zu evaluieren, muss ja auch zu denken geben. Einfach zu

sagen, wir geben dem WAFF 40 Millionen und haben trotzdem eine Rekordarbeitslosigkeit, da kann ja auch mit der Effizienz etwas nicht stimmen.

Meine Damen und Herren! Die Gratismasche geht auch nicht mehr so einfach hinein. Die Menschen sehen und spüren, dass nichts gratis ist, und es ist schon gar nichts gratis, was von der öffentlichen Hand kommt, sondern die öffentliche Hand finanziert sich von den Menschen. Wir haben eine Rekordsteuerquote, wir haben eine Rekordgebührenbelastung, und daher ist nichts gratis. Das Ganze muss von den Bürgerinnen und Bürgern irrsinnig teuer durch diese ganze Abgabenbelastung aufgebracht werden. Gratisleistungen müssen auch qualitativ entsprechend hochwertig sein. Da habe ich auch meine Zweifel, ob das bei allen privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, die da jetzt wie Schwammerl aus dem Boden schießen, auch wirklich so toll ist.

Und zu guter Letzt, weil Sie da jetzt schon wieder mit den Vermögenden daherkommen: Im Endeffekt zahlt immer die breite Masse und der breite Mittelstand. Und wenn beim Eigenheim, das ohnehin viel zu wenig stark ausgebreitet ist, dann Ihre berühmte Millionengrenze 20 Jahre nicht angehoben wird, was ja zu befürchten ist, weil Steuergrenzen überhaupt nie angehoben werden, dann kommen genau die Leute hinein. Dort wollen Sie sich Ihre Milliarden holen, um dann auf der anderen Seite letztendlich wieder Ihre Wohltaten auszustreuen. Ich glaube nicht, dass das ein guter Weg ist, eine Steuerentlastungsdebatte mit neuen Steuerideen zu beginnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Schicker. Selbstgewählte Redezeit 20 Minuten.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Schlau ist: Wenn man in Wien vernünftige sozialdemokratische Politik für alle Wienerinnen und Wiener macht, sehr geehrte Damen und Herren. Danke vielmals, Herr nichtamtsführender Stadtrat Juraczka, dass Sie unseren Slogan verwenden. Es ist wirklich schlau, was in Wien geschieht, und dafür ganz herzlichen Dank an alle jene, die mitverantwortlich sind, nämlich an vorderster Stelle jene, die für die Finanzverwaltung und für die guten und ausgeglichenen Finanzen in dieser Stadt zuständig sind, nämlich die Frau Vizebürgermeisterin und ihre Beamten in der Finanzverwaltung. Herzlichen Dank für diese Leistungen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz besonders schlau, Kollege Juraczka, ist es, dass wir Erfolg in der Bewältigung der Krise, der weltweiten Krise gehabt haben, für die weder die Staaten etwas dafür können noch die einzelnen Menschen und schon gar nicht die Wienerinnen und Wiener und die Wiener Stadtverwaltung, und dass wir es in der Bewältigung dieser Krise geschafft haben, dass es für die Menschen in Wien kaum spürbar war. Das ist schlaue Politik. Bei diesem Kaum-spürbar-Werden haben ja viele gar nicht geglaubt, dass wir in einer Krise sind, weil es in Wien so

gut bewältigbar war.

Dass dann noch einmal ein großer und gewaltiger Spardruck ausgesprochen wurde, sparen um jeden Preis sozusagen, das ist der Punkt, warum wir noch einmal in einer Situation sind, dass wir bei den Investitionen Beschränkungen in Kauf nehmen müssen, dass wir in Kauf nehmen müssen, dass es dadurch auch nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die öffentliche Hand oder durch die Privatwirtschaft gibt, weil generell zu wenig investiert wird in Europa. Dieses Verhindern des Investierens führt wiederum dazu, dass wir es auch hier in dieser Stadt schön langsam spüren, dass in der Beschäftigungssituation der eine oder andere dazukommt, der nicht so schnell Arbeit findet.

Aber genau deswegen gibt es die Einrichtungen in dieser Stadt, die sich da nennen Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, dafür gibt es die Ausbildungsgarantie in dieser Stadt, damit wir eben genau dort ansetzen, wo es die Schwierigkeiten gibt. Und jeder weiß, dass es ganz genau darauf ankommt, dass wir gezielt unterstützen und nicht mit der Gießkanne, dass wir gezielt schauen, dass Beschäftigung geschaffen wird. Das geht am besten dort, wo das Geld am schnellsten zurückkommt. Das wissen wir von Investitionen, dass von 1 EUR, der von der öffentlichen Hand in Bauten investiert wird, 40 bis 60 Cent sofort über Steuern wieder zurückkommen. Damit kann man etwas anfangen, und daher ist es so ungünstig – um nicht einen schärferen Begriff zu verwenden –, wenn man diese Möglichkeit, fürs Investieren auch Schulden machen zu können, nicht zulässt. Jeder Greißler, der sein Geschäft neu einrichtet, wird einen Kredit dafür aufnehmen, weil er weiß, dass er für die Zukunft investiert, und diesen Kredit dann über die Zeit abzahlen, wo er auch den Vorteil durch das neue Geschäft hat. Das wird bei der öffentlichen Hand auf einmal dann als Schuldenmachen, als Verwirschaften, als Misswirtschaft und Ähnliches dargestellt.

Alles das stimmt ja so nicht. Wenn wir wollen, dass wir in dieser Stadt den Zuwachs an Bevölkerung bewältigen können und den Wohlstand gleichhalten können für die Menschen, die in diese Stadt kommen und sich auch erwarten, dass sie in dieser Stadt dieselbe Situation vorfinden wie alle jene, die schon da sind, dann müssen wir investieren. Wir tun das auch schon bisher, und wir investieren, weil wir wissen, dass öffentliche Leistungen eben nicht gekürzt werden sollen wie in anderen Städten.

Es ist super, dass Sie München anführen, Herr Kollege Juraczka, aber fragen Sie einmal den Familienvater oder die alleinerziehende Mutter, wie sie denn in München zu einer Wohnung kommt. Am besten ist, Sie schenken ihr gleich einmal die Netzkarte, nämlich eine Netzkarte hinaus in die Region – die Schnellbahn funktioniert dort ganz gut –, denn sie kann sich in München keine Wohnung leisten. Sie können sich als Familienvater keine Wohnung in München leisten. Dort ist das einfach zu teuer.

Das ist bei uns in Wien dank der Wohnbauförderung anders. Das ist bei uns auch deswegen anders, weil wir die Wohnbauförderungsmittel in Wien auch wirklich ein-

setzen. Wir verspekulieren sie nicht, wir verkaufen sie nicht, wir geben sie nicht für irgendwelche anderen Zwecke aus, wie zum Beispiel den Güterwegebau, sondern wir geben sie für jene aus, die sie brauchen, die Wohnungen brauchen in Wien. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder wenn Sie das Wort gratis nicht mehr hören können, Herr Kollege Aigner, dann gehen Sie doch in die Steiermark, dann gehen Sie nach Kärnten. Dort sind die Gratskindergärten wieder abgeschafft worden. *(StR Mag Manfred Juraczka: Von wem ist denn der Kaiser?)* Wenn Sie das auch nicht wollen, dass Sie Regress zahlen müssen bei der Pflege Ihrer Mutter oder Ihres Vaters, dann gehen Sie doch einmal in die anderen Bundesländer. Dort zahlen Sie überall Pflegeregress. *(Ruf bei der ÖVP: Wo? Wo? Nur in der Steiermark!)* Das sind die Unterschiede in Wien. Hier in Wien sorgt die Gemeinschaft dafür, dass wir auch für die älteren Menschen sorgen, ohne dass jene Generation die Belastung hat, die es in der wirtschaftlichen Situation zur Zeit sowieso schwer hat.

Wenn Sie zum Beispiel anführen, dass wir im Kultursektor vielleicht zu wenig tun, na, dann schauen Sie doch einmal nach Berlin, dort werden die Theater gesperrt. Bei uns werden sie weiterbetrieben und ausgeweitet. Schauen Sie doch in andere Städte. Wir haben gerade den Städtetag in Graz gehabt. Schauen Sie doch einmal, was dort mit den Tarifen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln passiert, ohne dass es eine Ausweitung der Leistungen gibt. Schauen Sie sich das doch einmal an, wie es in anderen Städten aussieht.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat Klagenfurt angeführt, was die Tarife des öffentlichen Verkehrs betrifft. Wir reduzieren in Wien die Leistungen nicht. Wir setzen Schwerpunkte trotz steigender Bevölkerung, und wir setzen Akzente, damit die stagnierende Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Die stagniert nämlich nicht nur in Wien, die stagniert in Oberösterreich, im Modellbundesland der ÖVP, natürlich genauso wie sie in ganz Österreich stagniert und vor allem europaweit, weil dort diese Überschrift „Sparen um jeden Preis“ drübersteht. In Wien schaut die Welt glücklicherweise noch anders aus. Und darauf können wir stolz sein, dass wir so schlau sind und hier die vernünftigen Sozialdemokraten das Reden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir erneuern in Wien die Busflotte, wir erneuern in Wien die Straßenbahnen, wir bauen das U-Bahn- und das Straßenbahnnetz aus, wir schaffen ein neues Busnetz, wenn die U-Bahn in einem Bezirk groß ausgeweitet wird, siehe 22. Bezirk. Gleichzeitig vermehren wir das Angebot, ein Angebot, das 24 Stunden am Tag zur Verfügung steht. Wir reduzieren die Tarife auf 365 EUR bei der Jahreskarte und schaffen das Jugendticket mit 60 EUR. Wir haben in Wien daher gar nicht das Problem, dass die Jugendlichen in der Nacht dann besoffen mit dem Auto nach Hause fahren müssen. Sie müssen das nicht. Sie können bei uns als Elternteil beruhigt schlafen, weil Sie wissen, dass Ihre Kinder mit dem öffentlichen Verkehr wieder gut nach Hause gebracht werden.

Das ist Wien. Und Wien ist auch, dass die Kindergärten gratis bleiben. Dafür gibt die SPÖ die Garantie. Die

Frau Vizebürgermeisterin hat das vorhin schon erwähnt, in Wien ist garantiert, dass der Kindergarten gratis bleibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dieses erspart bis 3 000 EUR im Jahr für jene, die im Aufbau der Familie sind, die eine Wohnung einrichten müssen, die sich vielleicht auch noch einen kleinen Urlaub leisten möchten. Genau für diejenigen ist das ange setzt, und bei diesen wirkt das auch.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat schon darauf hingewiesen – ich habe die erstaunten Gesichter bei der ÖVP gesehen und frage mich, wieso ihr beide so erstaunt geschaut habt, denn die Statistik wird nicht von Wien herausgegeben, sondern wurde von Bundesseite gemacht: Die Kindergärten haben in Wien 3,2 Schließstage pro Jahr, in Niederösterreich 30 und in der Steiermark 60. Und da schauen Sie erstaunt?! Ja, das ist aber auch Produkt einer falsch verstandenen Familienpolitik, bei der es noch immer darum geht, dass die Frau zu Hause ist, in der Küche und bei den Kindern, vielleicht auch noch in der Kirche. Aber bei uns geht es darum, dass wir den Frauen ermöglichen, auch arbeiten gehen zu können, indem es Ganztageskindergärten gibt, indem diese Kindergärten fast keine Schließstage haben. Das, Herr Gudenus, ist sehr vernünftige sozialdemokratische Politik.

Wohnbau in Wien: 5 000 geförderte Wohnungen im Durchschnitt pro Jahr, 650 Dachgeschoßausbauten und 2 500 Wohnungen aus der Wohnbauinitiative. Das sind über 8 000 Wohnungen, die in Wien entstehen. Wir fahren den Wohnbau nicht zurück, sondern wir schaffen es, dass junge Menschen in Wien sich Wohnen auch leisten können. Das ist der Unterschied zu Graz, das ist der Unterschied zu Innsbruck und das ist auch der Unterschied zum viel gelobten München, Herr Kollege Juraczka.

Beispiel Schulbau: Natürlich kann man sagen, wir bauen jetzt keine Schulen mehr, wir lassen das, weil es zu teuer ist, wir investieren nichts mehr, weil wir kein Geld haben. – Nein, wir investieren sehr wohl in den Schulbau – elf Campusschulen werden bis 2023 gebaut, elf Campus-Schulen, die für den Ganztagsbetrieb und für den Gesamtschulbetrieb hergerichtet sind. Denn wir bauen gleich einmal für die Zukunft, auch wenn bisher diese Zukunft durch Konservative und durch die Freiheitlichen verbaut ist. Dort, wo Sie das Sagen haben und wo Sie das Sagen hatten, haben Sie verhindert, dass es zu einer egalitären Situation in Schulen kommen kann; dort sind Sie weiter für die Elitenbildung, denn das ist das Klientel, das Sie vertreten. Wir vertreten alle. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Aigner, noch einmal, das Wort gratis, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Die Gratisnachhilfe ist ja nicht notwendig, weil die SPÖ das unbedingt so möchte, sondern die Gratisnachhilfe ist notwendig, weil noch immer ein gescheites System blockiert wird. Es ist ein Ganztageschulsystem blockiert und blockiert ist, dass wir auch die entsprechende integrierte Mittelstufe mit Leistungsgruppen schaffen. – Das ist blockiert durch die FPÖ, zu der Sie übergetreten sind, aber auch durch die ÖVP, von der Sie hergekommen sind. Und deshalb müssen wir

den Nachhilfeunterricht gratis geben, weil das für die Kinder jetzt notwendig ist, weil es in dieser Schulsituation jetzt notwendig ist, dass die SPÖ auf die Nöte der Menschen entsprechend reagiert. Das tun wir. Das ist vernünftige sozialdemokratische Politik.

Beispiel Wasserversorgung: Es ist ja wirklich spannend, dass wir heute einen Antrag von den Freiheitlichen bekommen haben, dass man Wasser unter Verfassungsschutz stellen soll. – Super! – Es wäre ganz gut, wenn die Freiheitliche Partei in diesem Gemeinderat auch einmal aufpassen und nicht nur Polemik machen würde: Denn in Wien steht das Wiener Wasser unter Verfassungsschutz. Lassen Sie sich das gesagt sein. Darum ist dieser Antrag ja eine Lachnummer (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann haben Sie die Verfassung gebrochen!*). In Wien ist das Wasser unter Verfassungsschutz, und wir werden das auch nicht ändern. (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann haben Sie die Verfassung gebrochen!*)

Wir können über die Politik des Sparens noch viel reden. Das Hauptproblem, wenn man auf das Thema Sparen und Städte kommt, ist, dass durch das Fehlen von Investitionen schlicht auch Arbeitsplätze fehlen.

Herr Gudenus, Sie haben die ganze Zeit eigentlich nichts zum Rechnungsabschluss gesagt. Sie verwechseln den Gemeinderat hier mit einer Bierbude, wo Sie Ihre Bütenreden halten können. Herr Kollege Gudenus, es macht überhaupt keinen Sinn, wenn Sie beschwörend hier herausgehen und sagen, wenn die Freiheitlichen einmal in dieser Stadt etwas zu sagen haben werden, dann werden wir die Subventionen abschaffen. – Super! – Gleichzeitig stellen Sie sich her und verlangen, dass ein Heizkostenzuschuss wieder eingeführt wird. Herr Gudenus, was ist denn das für eine konzise Politik? (*StR DDR Eduard Schock: Zuhören!*) Sie haben überhaupt nichts als ... (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zuhören!*) ... nur Polemik, Polemik, Polemik. Und Sie wollen hier eine ernsthafte, sinnvolle Diskussion unterbinden. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Lernen Sie zuhören, Herr Kollege!*) Ich kann Ihnen garantieren, Herr Gudenus, Sie werden in dieser Stadt nie etwas zu sagen haben. In dieser Stadt werden die vernünftigen Sozialdemokraten weiterhin den Ton angeben. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich habe gerade etwas gesagt!*) – Ja, Sie haben zum Beispiel verlangt, dass die Frau Brauner zurücktreten soll. (*Beifall bei der FPÖ.*) Den Teufel wird sie tun, Herr Gudenus. Sehen Sie, da folgt Ihnen nicht einmal die eigene Fraktion. So steht es nämlich bei Ihnen: Beim Klatschen sind Sie dann ganz allein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Rahmen des Städtetages in Graz zur Finanzierung der Städte einstimmig einen Resolutionsantrag verabschiedet, der natürlich auch die Finanzierung einer Stadt und eines Landes wie Wien ganz wesentlich betrifft. Wir haben diesen Resolutionsantrag heute gemeinsam einzubringen. Wir wollen ihn für die künftigen Verhandlungen – was die Finanzausstattung der Städte über den Finanzausgleich betrifft – als Unterstützung der Verhandlungsposition des Landes Wien und des Städtebundes und – natürlich hoffe ich – auch des Gemeindebundes

einbringen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich hoffe auf Unterstützung aller Fraktionen, genau wie beim Städtetag.

Wir sind genauso dafür, dass die Lasten, die die Bürgerinnen und Bürger zu tragen haben, durch eine Steuerreform wesentlich umverteilt werden, und dass jene, die viel haben, auch viel zahlen sollen. Dazu sind sie auch bereit. Ich erinnere an die Herren Haselsteiner und andere, die sich sogar in Zeitungen melden und sagen, jawohl, wir sind bereit, Vermögenssteuern zu bezahlen. – Aber dann sollen sie auch die Möglichkeit bekommen, dann darf man sie nicht nur darauf verweisen, dass sie irgendwo Spenden geben können. Da geht es darum, dass wir eine Steuerreform haben, die inkludiert, dass vom Vermögen auch Steuer gezahlt wird, damit sich die Verteilung zwischen Einkommen und Vermögen entsprechend verbessert. Nicht dort wegnehmen, wo die Leistung erbracht wird, sondern dort wegnehmen, wo ohne Leistung viel Einkommen entsteht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich wollen wir als Sozialdemokraten, dass im Jahr 2030, wenn Wien mehr als zwei Millionen Einwohner haben wird, die Qualität der öffentlichen Leistungen so ist, wie sie heute schon ist. Und das setzen wir um, indem wir den Kindergartenausbau betreiben, indem wir den Schulausbau und die Sanierung der Schulen betreiben, indem wir die Universitäten in Wien mit optimalen Forschungs- und Ausbildungsleistungen haben. Das setzen wir um, indem wir Wohnungen bauen und den Bau von Wohnungen über die Wohnbauförderung unterstützen. Wir bauen den öffentlichen Verkehr aus, wir erweitern die Erholungsgebiete, die Parkanlagen und Sporteinrichtungen. Wir optimieren die Standortqualität Wiens, damit wir international konkurrenzfähig bleiben, mit internationalen Verbindungen – Stichwort Hauptbahnhof, der heuer im Dezember eröffnet –, aber auch mit einem positiven Klima für das Wirtschaften in Wien. Wirtschaftliche Aktivitäten finden in Wien bei dieser Finanzstadträtin und bei den Einrichtungen der Stadt, wie der Wirtschaftsagentur, die entsprechende Unterstützung.

Dies alles erfolgt unter dem Aspekt einer smarten Stadt, einer ökologisch bewussten Stadt, die ihr naturräumliches, kulturelles, wissenschaftliches und gesellschaftspolitisches Erbe künftigen Generationen erhalten möchte. Uns geht es um das Paket. Uns geht es darum, dass wir nicht nur auf Ökologie schauen, dass wir nicht nur darauf schauen, dass das bauliche Erbe erhalten bleibt, sondern uns geht es um die Menschen. Und dafür ist das gesellschaftspolitische Erbe dieser Stadt international auch hoch anerkannt, nämlich die soziale und die ethnische Integration, die diese Stadt zustande bringt. Und darauf sind wir stolz.

Wir wollen, dass es gelingt, dass mit einer vorausschauenden Politik und Umsicht der Verwaltung der Leistungswille der Wienerinnen und Wiener, egal, welcher Herkunft sie sind, in dieser Stadt auch unterstützt wird. Und da können Sie noch so noch so falsche Zahlen verwenden, Herr Gudenus. Wir hatten nach dem Fall der Zugangsbeschränkungen einstellige Tausenderzahlen von Zuwanderung. Das ist vom Sozialministerium amtlich festgestellt, da können Sie von den Hunderttausenden

faseln, es stimmt nur nicht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ich habe Zahlen genannt!*) – Ja, Sie haben Zahlen genannt, Sie haben von Hunderttausenden gesprochen, die seit der Öffnung der Ostgrenzen den Wienerinnen und Wienern Arbeitsplätze wegnehmen. Das haben Sie gesagt, ich höre Ihnen ja zu. Sie können nicht richtig zuhören. Und das ist falsch.

Wir haben in Wien eine Integration geschafft, die sich sehen lassen kann. Dafür danke ich sowohl der Verwaltung als auch der Politik in dieser Stadt. Wien hat auch 2013 – für das wir jetzt den Rechnungsabschluss vorliegen haben – bewiesen, dass es eine weltoffene, lebenswerte, gut verwaltete Großstadt war und ist und dies auch künftig sein wird. Und das ist schlau. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor wir zum nächsten Redner kommen, darf ich mitteilen, dass Frau GRin Wurzer den ganzen Tag krankheitshalber entschuldigt ist.

Nächster Redner ist Herr GR Dr Aichinger. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten, Restredezeit der ÖVP 24 Minuten.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wien hat eine hohe Lebensqualität (Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von StR Mag Manfred Juraczka.), das ist richtig. Das bestätigen uns auch Studien, etwa wie Mercer ... – Danke für den Applaus, obwohl die Reihen nicht sehr dicht besetzt sind. Sogar beim Klubobmann der Sozialdemokraten war keine volle Besetzung, aber über das wollen wir ja nicht diskutieren.

Noch einmal: Wien hat eine hohe Lebensqualität, meine Damen und Herren, das ist wichtig. Wir leben alle sehr gerne in der Stadt, aber wir brauchen auch eine wirtschaftliche Stärke, wir brauchen Dynamik, wir brauchen Standortfaktoren, damit wir diese Lebensqualität halten können. Und das ist der entscheidende Punkt, meine Damen und Herren: Wir müssen uns weiterentwickeln, um diesen Standard, um diese Qualität zu erhalten.

Aber diese Qualität scheint im Schwinden zu sein. Und das sehen nicht nur wir so, meine Damen und Herren, sondern das sieht auch das internationale Magazin „Economist“. Es hat eine Studie in Auftrag gegeben und erstellt, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit vieler Metropolen weltweit entwickelt. Und daraus geht hervor, meine Damen und Herren, dass Wien bei der Wettbewerbsfähigkeit stark zurückfällt. Wien wird bis zum Jahr 2025 vom 14. Platz auf den 29. Platz zurückfallen. Wien stagniert in der Wettbewerbsfähigkeit und wird von anderen Metropolen überholt.

Das ist die Hauptbotschaft dieses Journals, meine Damen und Herren. Das sollte uns aber eine Warnung sein und sollte uns zu denken geben, hier etwas zu tun. Interessant ist, dass gerade die skandinavischen Metropolen, die die Notwendigkeit von Reformen frühzeitig erkannt haben, hier andere Zahlen aufzeigen. Stockholm verbessert sich von Platz 13 auf Platz 8, Kopenhagen

von 21 auf 15, Oslo von 34 auf 26. Dort wurde erkannt: Man muss Reformen ansetzen, man muss etwas tun, um unsere Lebensqualität zu erhalten. Meine Damen und Herren, Wien muss sich mehr anstrengen, auch unter der rot-grünen Regierung, hier gibt es einige Probleme. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurde heute schon sehr, sehr viel darüber gesprochen, Wien ist gebirgiger geworden: Ein Berg wird immer höher – und das ist der Schuldenberg, meine Damen und Herren. Wir sind bei 7,9 Milliarden EUR angelangt. Diese stehen alle im Roten Buch drinnen, das sind die Schulden der Stadt im engeren Sinn, das sind die Schulden von Wiener Wohnen, die natürlich dazugehören – das wird auch von uns mitbeschlossen, das war völlig richtig, Frau Vizebürgermeister –, Wien Kanal beziehungsweise dem Krankenanstaltenverbund: 7,9 Milliarden EUR.

In diesem Fall, meine Damen und Herren, erlaube ich mir vielleicht auch noch einmal, das auf Schilling umzurechnen. Es sind derzeit 110 Milliarden Schilling. Ich bin nicht der Typ, der prinzipiell umrechnet und sagt, wir sollten uns ansehen, wie das in Schilling aussieht. Aber das kann man eigentlich nicht mehr als Kleinigkeit oder – wie wir in „News“ lesen – vom Herrn Bürgermeister als „läppisch“ bezeichnen, meine Damen und Herren.

Wien hat auch kein Einnahmenproblem. Die Einnahmen steigen. Es steigen nicht nur die eigenen Steuereinnahmen – das haben wir auch heute schon gehört – um über 40 Prozent in kurzem Zeitraum, sondern es steigen auch die Ertragsanteile: Diese sind innerhalb von 8 Jahren von 3,1 Milliarden auf 5,3 Milliarden gestiegen, das sind 72 Prozent. Das heißt, die Einnahmen sprudeln. Und es gibt einige Beispiele auch bei den eigenen Steuern, bei denen es wirklich sehr, sehr gute Einnahmen gibt – ich spreche da nur von der Parkometerabgabe, um 148 Prozent innerhalb von 8 Jahren, meine Damen und Herren.

Wir haben daher kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem, meine Damen und Herren, und das müssen wir schleunigst in den Griff bekommen, es muss Sparpotenzial gehoben werden.

Lassen Sie mich zum Themenblock Arbeitsmarkt aber auch noch einiges sagen. Sie alle kennen den Satz von Bruno Kreisky, der meinte, dass ihm 1 Milliarde Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten als 100 000 Arbeitslose. Ich habe schon erwähnt, meine Damen und Herren: Wir haben derzeit 110 Milliarden Schilling Schulden, und nicht 1 Milliarde, und wir haben 140 000 Arbeitslose. Das ist, glaube ich, ein Zeugnis, mit dem wir nicht zufrieden sein können und wo schleunigst etwas unternommen werden sollte. Das ist ein Rekord, den es seit 1945 in Wien noch nie gegeben hat: zweistellige Arbeitslosenzahlen. – Schulden sind nämlich kein Medikament und Schulden sind keine Medizin für den Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, sondern sie sind die Krankheit. Hier muss etwas geschehen.

Jetzt auch noch etwas zu dem Wort Rekordbeschäftigung. „All Time High“ – ja, das stimmt, meine Damen und Herren, das ist richtig, aber auch zu diesem Mythos muss man etwas dazusagen: In Österreich wurde in den

letzten 20 Jahren die Anzahl der Arbeitsplätze um 413 000 erhöht. Davon befinden sich 107 000 in Oberösterreich, in Niederösterreich 80 000, in der Steiermark um 73 000. Wien, meine Damen und Herren, hat in diesem Zeitraum die Arbeitsplätze um exakt 3 283 erhöht. Das ist eine Zahl, die Sie im Statistik-Austria-Handbuch finden. Um 3 200 wurde in 20 Jahren die Zahl der Arbeitsplätze erhöht. Ich glaube, das ist keine Bilanz, auf die man stolz sein kann, die muss ganz einfach geändert werden. Da hat Wien am sogenannten Beschäftigungswunder von Österreich nicht mitgewirkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch das Wirtschaftswachstum ist in Wien leider bescheiden, auch dieses liegt an letzter Stelle aller Bundesländer. Wenn wir uns die WIFO-Zahlen der letzten Jahre anschauen, ist das Schicksal, aber leider nicht gottgegeben. Es hat nämlich damit zu tun, dass die Stadtregierung beispielsweise bei den Ansiedlungen Dienstleistungen forciert, aber zu wenig den produzierenden Bereich, und die Industrie stiefmütterlich behandelt, meine Damen und Herren. Der Standort Wien braucht beides für Wachstum. Es muss ein Zusammenwirken von produzierendem Gewerbe und Industrie geben und es muss ein Zusammenwirken von den Dienstleistungen geben. Das ist ganz wesentlich, weil eine Branche von der anderen Branche profitiert beziehungsweise davon abhängig ist. Auch die Dienstleister brauchen produzierendes Gewerbe, um ihre Tätigkeiten ausüben zu können. – Was ist denn passiert, damit wir Coca-Cola in Wien halten konnten? – Es ist wenig passiert. Wir hätten jetzt ein Beispiel, meine Damen und Herren. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ich hoffe, dass uns dieses Schicksal nicht mit der Firma Niemetz mit den Schwedenbomben passiert und auch die von Wien weggehen. Nehmen wir alle Bemühungen in Anspruch und machen wir alles, damit diese Firma hier in Wien bleibt und hier in Wien produzieren kann.

Wie schaut es mit der Seestadt Aspern aus, meine Damen und Herren? – Auch hier gibt es jetzt eine Ansiedlung. Ich habe gehört, dass am 30. Juni, also heute in einer Woche, der Spatenstich der Firma Hoerbiger stattfindet. – Sehr gut, wunderbar, aber das ist eine Übersiedlung innerhalb Wiens, vom 11. in den 22. Bezirk. Das ist gut so, aber sicherlich viel zu wenig, um in Aspern wirklich Wirtschaft, Industrie anzusiedeln und das nicht zu einer Schlafstadt verkommen zu lassen, meine Damen und Herren. Das ist ein ganz wesentlicher Faktor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen daher mehr Betriebsbaugelände und wir brauchen alle Anstrengungen mit der Wirtschaftsagentur und mit dem AWS, um mehr Betriebe herzubringen. Daher möchte ich heute auch einen Vorschlag machen, wie wir vielleicht bei der Konjunktur ein bisschen etwas ankurbeln können, meine Damen und Herren. Es ist mir immer schon ein Anliegen gewesen, auch in den innerstädtischen Bereichen, in den Einkaufsstraßen die Erdgeschoßflächen zu beleben. Sie wissen ganz genau, eine Stadt schaut nicht mehr schön aus, wenn in den Erdgeschoßflächen die sogenannten toten Augen entstehen und die Straße nicht mehr attraktiv ist.

Ich möchte daher heute einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, damit wir etwas unternehmen und wirklich Verwaltungsvereinfachungen, Bauvereinfachungen ermöglichen, um diese Flächen zu sanieren beziehungsweise neu zu gestalten. Ich beantrage daher:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Gestaltung eines Nutzungsplanes für Erdgeschoßflächen aus, der gemeinsam mit der Wiener Wirtschaftskammer erarbeitet wird und sich im Besonderen mit der Erleichterung der Sockelsanierung speziell für die Erdgeschoßflächen auseinandersetzt.“

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen aber auch Reformen, meine Damen und Herren, damit es für Betriebsansiedlungen, bei den Baugenehmigungen schneller geht. Die Verfahren müssen beschleunigt werden, die Verfahren müssen vereinfacht werden, es muss den One-Stop-Shop geben – der in Wien noch immer nicht 100-prozentig erreicht ist –, damit die Unternehmer ihre Leistungen von der Stadt bekommen.

Heben wir die Sparpotenziale, meine Damen und Herren, die wir von EcoAustria schon im Herbst erheben haben lassen, um hier auch Mittel frei zu bekommen und eine Initiative für Investitionen setzen zu können. Reden wir nicht von neuen Steuern, sondern reden wir davon, wie wir wirtschaftliches Potenzial und finanzielles Potenzial heben können. Eine Trendwende muss umgehend eingeleitet werden, der Abbau der Schulden ist wichtig, Impulse für das Wachstum sind wichtig, dadurch gibt es mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslose.

Wien muss die Chancen besser nützen, wir stehen für einen Kurswechsel, meine Damen und Herren: Aufbruch statt Stagnation, Arbeit statt Eigenlob und schwarze Zahlen statt rote Laternen.

Lassen sie mich hier auch noch ein Zitat bringen – nachdem heute schon so viele Zitate erwähnt wurden –, von Marie von Ebner-Eschenbach: „Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört auf, gut zu sein!“ – Meine Damen und Herren, das sollte auch ein wesentliches Motto sein.

Abschließend möchte ich aber auf ein Thema zu sprechen kommen, das in den letzten Tagen und Wochen immer wieder virulenter für die Wirtschaft beziehungsweise – und daher passt das hier zur Generaldebatte – für die Bewohner des 1. Bezirkes wird: Ich möchte einen Resolutionsantrag einbringen, betreffend Runder Tisch zur bewohner- und wirtschaftsfreundlichen Organisation von Versammlungen und Demonstrationen. Hier muss es uns gemeinsam gelingen, eine Ordnung zu schaffen, damit es nicht passiert, dass sich innerhalb von 3 Jahren 300 Demonstrationen am Ring abspielen und damit die Wirtschaft beziehungsweise die Bewohner immer wieder darunter leiden. Das bedeutet nämlich, dass jeden vierten bis fünften Tag in Wien auf dem Ring eine Demonstration stattfindet, dass hier die Geschäfte gestört werden, dass es starke Umsatzrückgänge gibt, aber auch, dass die Bewohner in diesem Bereich immer mehr eingeschränkt werden und hier keinen freien Zugang zu ihren Wohnungen und dergleichen haben. Es ist ganz klar, meine Damen und Herren, es geht nicht da-

rum, das Demonstrations- und das Versammlungsrecht einzuschränken, das ist nicht unsere Aufgabe. Aber es sollte das Anliegen sein, einen guten Willen zu zeigen, alle zufriedenzustellen und Lösungen einzubinden, damit man dieses Recht wahren kann. Ich möchte daher diesen Resolutionsantrag folgenden Wortlautes einbringen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Einberufung eines Runden Tisches unter der Beteiligung der Betroffenen beziehungsweise zuständigen Behörden, der Organisatoren von größeren Demonstrationen, von Vertretern der Politik und der Wirtschaft, der Österreichischen Hochschülerschaft und der NGOs aus, um eine mögliche Lösung des geschilderten Problems, der manchmal für Anrainer und Wirtschaftstreibende problematischen Örtlichkeiten beziehungsweise Verlaufsrouen von angemeldeten Demonstrationen im Rahmen der grundrechtlichen Vorgaben zu besprechen. Der Herr Bürgermeister wird vom Gemeinderat geziemend aufgefordert, eine entsprechende Initiative zu setzen und Einladungen zum Runden Tisch auszusprechen.“ In formeller Hinsicht beantrage ich ebenfalls die sofortige Abstimmung.

Machen wir gemeinsam einen Runden Tisch und schauen wir, dass wir dieses Problem in den Griff bekommen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten, Restredezeit der Fraktion 18 Minuten.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Ein bisschen spiegelt insbesondere das mediale Interesse an der Rechnungsabschlussdebatte wider, was ich mitbekomme, wenn ich mich mit Freunden/Freundinnen über Wien-Politik unterhalte: Das Budget ist den meisten ziemlich egal. Viele andere Punkte, die in der Rechnungsabschlussdebatte angesprochen werden, nicht. Es wird auch immer wieder gesagt, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Ja, Kollege Aichinger – ich gebe Ihnen selbstverständlich recht –, wir werden uns nicht auf Lorbeeren ausruhen. Es gilt in der Politik tagtäglich, darüber nachzudenken, wie man etwas besser machen kann, wenn gleich man sich davon verabschieden soll, dass immer für alle alles besser gemacht werden kann. Denn es gibt Menschen, Personengruppen, für die es wichtiger ist, dass man als Politik eintritt und ihnen hilft, als andere.

Wir als GRÜNEN, aber auch als rot-grüne Stadtregierung sehen und legen einen bewussten Schwerpunkt auf all jene Menschen, bei denen es notwendig und sinnvoll ist, zu unterstützen, zu helfen. Bei denjenigen, die das selbst können, die mit den finanziellen Mitteln ausgestattet sind, um das selbst zu können, finde ich wunderschön, dass sie auch in dieser schönen Stadt leben, aber die brauchen nicht unbedingt unsere direkte Unterstützung. Unsere Unterstützung im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich braucht die breite Masse der Wiener Bevölkerung, und die bekommt das auch. Und da gilt

es – und da gebe ich Ihnen recht –, sich ständig weiterzuentwickeln.

Was jedoch wichtig ist, wenn wir gemeinsam an diesem Projekt weiterarbeiten sollen, ist Folgendes, und dazu hat mein Kollege Ellensohn das Buch „Lügen mit Zahlen“ erwähnt: Kollege Aichinger, ich weiß, du machst das nicht ganz absichtlich. Aber wenn du die Ertragsanteile von 2005 mit 3,2 Milliarden und die Ertragsanteile von 2013 mit 5,4 Milliarden Rechnungsabschluss bezifferst und dabei verschweigst, dass da eine Finanzausgleichsreform dazwischen war, bei der rund 800 Millionen Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen umgewandelt wurden – und zwar 1 zu 1 in Ertragsanteile –, dann ist das wirklich, Äpfel mit Birnen zu vergleichen und bewusst einen Eindruck zu erwecken, der, wenn man es sich realitätsnah anschaut, einfach nicht stimmt. Das, was stimmt, ist: Der durchschnittliche Anstieg der Ertragsanteile und Finanzzuweisungen des Bundes von 2005 bis 2013 – das habe ich jetzt nur über den Daumen kalkuliert – liegt zwischen 2 und 2,5 Prozent. In diesem Zeitraum war die Inflationsrate – und vergessen wir dabei auch nicht den Einbruch in den Jahren 2009, 2010, 2011 – im Sinne eines linearen Anstieges. Wenn man sich ernsthaft mit dem Budget und der Einnahmenseite der Stadt Wien auseinandersetzt, ist immer darauf zu schauen, wie sich das entwickelt, das heißt, wenn man tatsächlich eine ernsthafte Auseinandersetzung sucht, müsste man auch diese Zahlen nehmen und kann nicht einfach Zahlen ohne Umbrüche zitieren.

Der zweite Punkt ist die Frage der Schulden. Man kann nicht immer die Kameralistik bekritteln und eigentlich eine Bilanz haben wollen, und dort, wo es eine Bilanz gibt, die Bilanz bekritteln und eine Kameralistik haben wollen, nur um darzustellen, es ginge der Stadt Wien gut oder schlecht, je nach dem.

Ich beginne mit Wiener Wohnen, ein Unternehmen, das eine Eigenkapitalquote von 60 Prozent ausweist, das ein Anlagevermögen von 9 Milliarden EUR ausweist, bei dem man sagt, der größte Teil dieses Anlagevermögens besteht aus Grund und Boden und Wohnhäusern – das heißt, unter den gegebenen Abschreibungsbedingungen für Wien tendenziell sogar unterbewertet ist –, und dem gegenüber stelle ich die Verbindlichkeiten in der Größenordnung von 3 Milliarden EUR. Und dann sage ich, na, diesem Unternehmen geht es so schlecht!

Hallo! Jedes Unternehmen in Österreich, jedes privatwirtschaftlich geführte Unternehmen auf der Welt wäre glücklich, wenn es sich mit einer Eigenkapitalquote von 60 Prozent darstellen könnte, einem Anlagevermögen von 9 Milliarden EUR – von dem alle wissen, dass es unterbewertet ist – und Verbindlichkeiten in der Größenordnung von 3 Milliarden EUR, bei dem die laufenden Verbindlichkeiten aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können.

Hallo! Dann reden wir doch einmal ernsthaft darüber, was mit dem Vermögen der Stadt passiert ist, dass es die Gemeindewohnungen gibt und dass wir sie nicht verkaufen wollen. Und dass die Stadt Wien sie bislang auch nicht verkauft hat, ist eines der größten Assets, das Wien in allen Städte-Rankings hat, und ist dafür verant-

wortlich, dass Wien im Vergleich mit München, im Vergleich mit anderen deutschsprachigen Städten noch niedrige Wohnpreise hat.

Jetzt kommen wir dorthin zurück, wo die Kameralistik anscheinend gerne durch eine Bilanz abgelöst werden soll. 7,9 – wenn man sich das Geldinventar anschaut und noch ein paar Verwaltungsförderungen durchliest, käme man sogar auf 8,68 Milliarden ausgewiesene Schulden der Stadt Wien – auf der Seite der Passiva. Das sind die Schulden.

Was steht denn da als Aktiva gegenüber? Sie sagen immer, das gibt es alles nicht. Da stehen als Aktiva einmal Ausleihungen 4,8 Milliarden EUR gegenüber. Wenn man von Schulden spricht, die man bedienen muss, dann sollte man auch von Forderungen sprechen, bei denen man davon ausgehen kann, dass man das Geld erhält. Ich gebe Ihnen recht, dubiose Forderungen – wer den Buchhaltungsbegriff kennt – sind nicht zu erwähnen. Wenn man schon weiß, dass man das nicht bekommt, ist es besser, man lässt es nicht in der Buchhaltung drinnen. Sonst kommt das Finanzamt und sagt, das hätte man schon lange herausnehmen müssen. – Aber dabei handelt es sich nicht um dubiose Forderungen, sondern bei diesen Ausleihungen sind größtenteils Forderungen entweder im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft, Wohnbaudarlehen beziehungsweise Investitionsdarlehen et cetera – 4,8 Milliarden EUR.

Wien hatte, wenn Sie das lesen, am 31.12. auch 2 Milliarden EUR Bankguthaben. Da sind wir schon einmal auf 6,8 Milliarden EUR. Und dann nehme ich noch die Beteiligungen und Wertpapiere der Stadt Wien – ja, wir wollen sie nicht verkaufen, aber sie sind trotzdem etwas wert, und zwar 1 Milliarde EUR. Somit sind wir auf 7,8 Milliarden EUR. Und dann gibt es noch weitere ausgewiesene Forderungen von 1,3 Milliarden. Das heißt, die Aktiva, die Forderungen, der Bestand der Forderungen sind höher als die ausgewiesenen Schulden. Ich finde es ja okay, dass Sie über die Schulden der Stadt Wien sprechen, aber bitte mit ... *(GR Mag Alexander Neuhuber: Wir haben ja nicht Überschuldung gesagt!)* – Von einer Überschuldung ist ja noch überhaupt keine Rede, solange Forderungen und Aktiva ... *(GR Mag Alexander Neuhuber: Aktiva!)* – Kollege Neuhuber, jetzt haben Sie mich echt irritiert, denn das würde ja bedeuten, dass wir jedem einzelnen Unternehmen vorwerfen könnten, es ist verschuldet. Denn es gibt keinen Unternehmer, der nicht verschuldet ist, und sei es nur einmal kurz zwischen durch.

Also, ich stelle fest und wir nehmen hoffentlich alle gemeinsam zur Kenntnis: Wiener Wohnen ist ein hochsolventes Unternehmen. Die Stadt Wien selbst hat mehr Aktiva als Passiva. Das heißt, saldiert man Schulden und Forderungen und Guthaben, dann kommt heraus, die Stadt Wien hat im Gegensatz zu anderen Körperschaften ein Plus. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Bilanzieren wir, dann schaut es noch besser aus!)* – Noch viel besser. Wobei dabei natürlich die Schwierigkeit zu Tage treten würde – das wissen Sie, deshalb ist auf Bundesebene ja auch keine Bilanzierung im Sinne des Unternehmensrechtes, sondern eine angepasste Bilanzierung gewählt

worden –, dass natürlich Bewertungsfragen offen bleiben, die sich nicht so einfach lösen lassen und die sich – dass muss man schon dazusagen – auf Gemeindeebene noch viel schwerer lösen lassen als auf Bundesebene. Das ist ja das zentrale Problem.

Die Stadt Wien wird und will und wird und will und wird und will die Wasserversorgung nicht verkaufen. Wie viel ist denn das alles wert, sowohl die Grundstücke, auf denen sich die Quellen befinden, inklusive der Wasserleitungen bis hin zum Endverbraucher? Bewerten oder nicht bewerten? Selbiges gilt natürlich fürs Abwasser, für Wien Kanal. Selbiges gilt – wobei ich nicht verhehle, dass es sich dabei um eine politische Entscheidung handelt, und zwar um eine politische Entscheidung, die wichtig ist im Interesse der Wienerinnen und Wiener – für die Spitäler.

Ja, es zeigen uns andere Länder, andere Städte mit anderen politischen Systemen, anderen Sozialversicherungssystemen, anderen Steuersystemen, dass Spitäler im großen Stil auch privat geführt werden können. Sie zeigen aber auch, dass es in diesen Ländern – und jetzt machen wir einen Blick in die Vereinigten Staaten – ein unglaubliches Auseinanderklaffen gibt zwischen medizinischer Hochleistung, die einigen wenigen zu Gute kommt, und zwischen gar keiner medizinischen Leistung, die bis vor Kurzem vielen US-Amerikanern zuteil wurde. Erst jetzt, nach der sich langsam entwickelten Gesundheitsvorsorge „Obamacare“, die auch noch weit entfernt ist von unserer Sozialversicherung, wird dort die Gesundheitsleistung auch einer breiteren Masse zur Verfügung gestellt.

Vermögenssteuern sind ja für mich überhaupt keine Religion oder so etwas. Ich schicke vorweg, es gibt wahrscheinlich keine gemeinsame Definition von Gerechtigkeit, sonst gäbe es nicht unterschiedliche politische Parteien. Aber in meiner persönlichen Werthaltung, in meiner persönlichen Vorstellung von Gerechtigkeit hielte ich es für sinnvoller, wenn die Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt und dafür Vermögen stärker belastet werden würde. Ich halte das für sinnvoller. Ich halte es auch für gerechter. Wenn, wie bei der jüngsten Studie aufgezeigt wurde, 5 Prozent der Bevölkerung die Hälfte am Vermögen hält, die Vermögenskonzentration also unglaublich hoch ist, und ich nach wie vor der Meinung bin, dass es wichtig ist, öffentliche Dienstleistungen weiterhin öffentlich zu gestalten – so wie man das in Wien auch sieht –, dann braucht man auch eine Steuerfinanzierung.

Und damit komme ich zum letzten Punkt, den ich mir noch aufgeschrieben habe, weil dies ja auch vom Kollegen Aichinger, nein, ganz am Anfang vom Kollegen Juraczka gesagt wurde. Ich will die Zahl überhaupt nicht bestreiten: Abgabenbelastung durchschnittlich 750 EUR pro Jahr für einen Wiener/eine Wienerin, hat er, glaube ich, gesagt, und 500 EUR für alle anderen. – Aber stellen wir dem gegenüber, was man in Wien dafür bekommt. Stellen wir dem gegenüber den Kindergarten – ein Mehrfaches. Stellen wir dem gegenüber die 365 EUR für die Jahreskarte. Stellen wir dem überhaupt die Frage der Finanzierung von Mobilität gegenüber. Stellen wir dem

gegenüber nach wie vor günstigste Tarife, trotz Valorisierungsgesetz und an die Wand gemalten Teufel, günstigste Tarife bei Wasser, Abwasser, Müllgebühren. Die Menschen erhalten ja etwas für ihre in Wien geleisteten Steuern und Abgaben.

Ich glaube – und jetzt komme ich zurück zum Beginn meiner Rede –, das ist der Grund, warum in Wien die Menschen gerne über andere Probleme sprechen, gerne über Wohnungssuche sprechen, teilweise auch über Integration, über Kindergärten, über Schule, über Bildung. Aber sie reden nicht über eine hohe Steuer- und Abgabenbelastung, sie reden nicht über die Budgetpolitik, weil sie mit der Budgetpolitik der Stadt Wien durchaus zufrieden sind. – Ich danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Selbstgewählte Redezeit sind 13 Minuten.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Vielleicht kurz etwas zum Kollegen Margulies, der uns hier heute professoral die Bilanz der Stadt erklärt hat, Aktiva, Passiva aufgezählt hat: Aber, Herr Margulies, Sie haben uns – und das ist bei einer Bilanzanalyse ja der Punkt – die Entwicklung in den letzten Jahren verschwiegen. Die Aktiva, die Sie erwähnt haben, die Sie korrekt erwähnt haben, haben sich nämlich in den letzten Jahren nicht verändert. Die Aktiva sind im Wesentlichen gleich geblieben. Aber bei den Passiva war die Veränderung. Schauen wir uns das an, das kann man ja nicht oft genug wiederholen: Die Frau Stadträtin hat die Finanzen der Stadt mit 1,4 Milliarden Schulden übernommen – 1,4 Milliarden. Jetzt, 2013, bei dem Rechnungsabschluss, über den wir reden, halten wir bei 5 Milliarden, und nächstes Jahr schließen wir bei 5,3 Milliarden. Das heißt, ein Anstieg von 1,4 Milliarden auf 5,3, das ist ein Plus von 4 Milliarden.

Herr Margulies, und dann kommen Sie heraus, reden das alles schön und sagen hier in Ihrer Rede kein Wort über diese besorgniserregende Entwicklung. Dann fragt man sich ja wirklich – ihr wart ja 2007 noch gar nicht dabei, wie die Frau Brauner bei 1,4 gestartet ist –, warum rechtfertigt ihr das eigentlich wirklich. Ihr seid heute die Pflichtverteidiger der Frau Brauner, die Pflichtverteidiger der Sozialisten, und das wird sich rächen, Herr Kollege Margulies, Sie werden sehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Stadträtin, wir schließen jetzt unsere Bilanz mit 5 Milliarden Schulden, und 280 Millionen davon haben wir nur Ihrer Spekulation zu verdanken. Hätten Sie nicht in Schweizer Franken spekuliert, dann hätten wir nicht 5 Milliarden Schulden, sondern um diese 280 Millionen weniger, etwa 4,7 Milliarden.

Schauen wir uns einmal an, wie die Finanzstadträtin damit umgeht, was sie aus all diesen Dingen gelernt hat, welche Lehren sie aus den Spekulationsskandalen zieht, auch aus dem in Salzburg etwa. Da ist im Finanzausschuss, meine Damen und Herren, im Mai ein solcher Antrag zur Transparenz nicht einmal zugelassen worden. Was wir da verlangt haben, war ausschließlich mehr

Transparenz. Wir wollten nämlich einen vierteljährlichen Bericht, und der ist nicht einmal zugelassen worden. In anderen Ausschüssen werden Anträge zugelassen, abgestimmt – etwa im Verkehrsausschuss –, bei der Frau Brauner ist das nicht möglich. Das zeigt ja schon das Demokratieverständnis. Ich frage mich: Was ist denn das für ein Zugang zur Demokratie, wenn es das einzige Bestreben ist, Anträge abzuschasseln?

Aber es ist ja nicht nur das. Die StRin Brauner ist ja nicht einmal bereit, im Finanzausschuss etwa die Akten aufzulegen, die Geschäftsstücke, um die es geht, bei dieser Tagesordnung aufzulegen. Ja, Sie haben richtig gehört! Es liegen dort nicht einmal die Akten auf, obwohl ja in der Geschäftsordnung ganz klar ist, dass die Akten natürlich jedenfalls beim Berichtersteller aufliegen müssen. Meine Damen und Herren, jetzt frage ich mich wirklich: Was ist das für ein Zugang zur Demokratie, wenn hier nicht einmal Bereitschaft besteht, eine Selbstverständlichkeit, die Akten im Ausschuss aufzulegen? Und dann stellt sich die Frau Stadträtin heute Morgen hierher und sagt, bei uns ist alles transparent, wir haben einen offenen Haushalt – ein wörtliches Zitat – und auch im Finanzausschuss ist volle Transparenz gegeben. – Volle Transparenz, sagt sie, und dann ist die Stadträtin nicht einmal bereit, das Mindestmaß zu erfüllen, nämlich die Akten aufzulegen.

Ja, Frau Brauner, merken Sie denn nicht, wie unglaubwürdig Sie sind, wie groß dieser Unterschied zwischen dem Anspruch ist von dem, was Sie uns hier im Gemeinderat erzählen, und dem, was Sie dann tatsächlich im täglichen Umgang, auch mit der Demokratie, mit der Geschäftsordnung machen, wie groß dieser Unterschied ist, Frau Stadträtin? – Und genau das werden wir uns in Zukunft in diesem Gemeinderat, in diesem Haus auch nicht mehr bieten lassen, das lassen wir uns nicht mehr gefallen, Frau Brauner. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns weiter an, wie der Zugang der Stadträtin zur Demokratie ist – der ausgegliederte Bereich. Da wollen wir Freiheitliche, dass die ausgegliederten Betriebe in das Spekulationsverbot, in das Finanzmanagement der Stadt einbezogen werden. Das ist ja nicht nur reine Theorie, sondern ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren: Wir wissen ja, dass genau dort die Spekulationsskandale aufgefliegen sind – in der Wien Holding, beim Twin City Liner, in der Wiener Stadthalle, ganz genau dort. In diesem ganz aktuellen Bericht des Stadtrechnungshofes steht es schwarz auf weiß, Frau Stadträtin und auch Kollege Margulies, hier sind die Spekulationsgeschäfte aufgezählt, die Spekulationsgeschäfte der Frau Brauner im ausgegliederten Bereich.

Da frage ich mich: Wie geht sie um damit? Da wollte ich etwa in der Landesregierung nur eine Liste haben, wer in diesen Firmen für das Finanzmanagement zuständig ist. Und es war nicht einmal möglich, von ihr eine solche Liste über die Kommissionen, Beiräte, Aufsichtsräte zu erhalten. Da fragt man sich: Was ist eigentlich wirklich der Grund? Warum scheut sich eine Stadträtin vor so einfachsten Geboten der Demokratie? Und dann wird einem natürlich klar, meine Damen und Herren, sie mauert in Wahrheit im Eigeninteresse. Im Eigeninteres-

se, weil dann ja klar wird, wovon sie gewusst hat, wo sie überall einbezogen war, weil sie dort natürlich überall drinnensitzt, in diesen Kommissionen, in diesen Beiräten, in diesen Aufsichtsräten – da sitzen ja überall ihre Beamten der Finanzabteilung drinnen. Und dann würde natürlich klar werden, etwa in der Wiener Stadthalle, dass die Frau Brauner von Anfang an alles gewusst hat, wo 2009 – und das ist ja dokumentiert – eine Aufsichtsratsitzung stattgefunden hat, bei der diese Spekulationsangelegenheiten auf der Tagesordnung waren, an der damals ein Beamter der Frau Brauner teilgenommen hat und wo klar ist, dass sie seither davon informiert war.

Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum die Frau Brauner auch Angst vor dieser Transparenz hat – was ja sonst überhaupt nicht einsichtig wäre. Sie hat Angst davor, weil dann nämlich klar wird, dass sie voll informiert war, dass die Wirtschaftsprüfer damals auf die Bilanzierungspflicht hingewiesen haben, dass der Vorstand diese Bilanzierungspflicht ignoriert hat, dass die Frau Brauner das alles gewusst hat, dass sie die Vorstandsmitglieder der Stadthalle trotzdem gedeckt hat, weil es ihre Parteigenossen, ihre roten Freunderln waren, und dass wir von alledem nichts wissen würden, wenn der Stadtrechnungshof, meine Damen und Herren, das alles nicht aufgedeckt hätte. Und das ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren: Die Stadträtin hat uns das jahrelang bewusst verheimlicht und stellt sich heute Morgen hierher und zeigt uns diesen Geschäftsbericht der Wien Holding, hält diesen Geschäftsbericht in die Höhe, Frau Stadträtin, und spricht von offener Informationspolitik in diesem Geschäftsbericht. Ja, Frau Brauner, ich frage Sie (*Der Redner hält ein Dokument in die Höhe.*): Haben Sie diesen Geschäftsbericht überhaupt gelesen? – Da ist gar keine Bilanz drinnen. Da ist keine einzige Zahl drinnen. Da sind nur schöne Worte drinnen. Sie haben ja noch das Schlusswort, Frau Brauner, zeigen Sie mir die Bilanz in diesem Bericht, da fehlen alle Zahlen, alle Ihre Spekulationen, Ihre Derivate, Ihre Swaps in der Wien Holding. Und, Frau Brauner, dieser Geschäftsbericht ist in Wahrheit der Beweis für die Intransparenz in Ihrem Ressort, hier fehlen alle Ihre Finanzspekulationen, und genau das lassen wir uns von Ihnen nicht länger bieten, Frau Brauner. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das dritte Beispiel für die Unbelehrbarkeit der Stadträtin bei der Transparenz ist ja die Bilanz. Wenn es eine Lehre auch aus dem Skandal in Salzburg gegeben hat, dann heißt die einfach Transparenz. Man versucht in Salzburg daher größtmögliche Transparenz walten zu lassen. Man hat in Salzburg als Lehre aus diesen Skandalen auch bereits umgestellt, dort gibt es keine Kameraistik mehr, Frau Brauner, dort wird auf die Doppik umgestellt. Man versucht dort, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen – aber nicht durch Vorträge an den Volkshochschulen, wie Sie das machen, sondern durch ein neues Haushaltsrecht. Man stellt in Salzburg auf eine Bilanz um, bei der eben dann nichts mehr verheimlicht werden kann, Frau Stadträtin, wo Wirtschaftsprüfer mit ihrem Attest dafür haften.

Wir in Wien zählen hier zu den Nachzüglern in der

Diskussion, die Frau Brauner wehrt sich gegen diese Umstellung. Wir sind hier bei den letzten Bundesländern, und da fragt man sich natürlich auch: Warum diese Reformverweigerung? Was treibt die Frau Stadträtin dazu, wovor hat die Frau Brauner in Wirklichkeit Angst? – Die Antwort liegt auf der Hand, meine Damen und Herren, die Antwort heißt schlicht und einfach: In einer solchen Bilanz müsste sie nämlich auch ihre Spekulationsverluste ausweisen, bei der doppelten Buchhaltung, meine Damen und Herren, müsste sie natürlich auch ihre Verluste in Schweizer Franken ausweisen, ihre 280 Millionen EUR Verluste aus der Währungsspekulation, die sie ja bis heute wegdiskutiert, abstreitet und leugnet. Das ist der wahre Grund, warum die Finanzstadträtin dieser Stadt solche Angst vor der doppelten Buchhaltung hat, warum sie solche Angst vor der Doppik hat. Denn in einer Bilanz müsste sie natürlich auch ihre Spekulationen mit Derivaten offenlegen, die misslungenen Swaps in der Wiener Stadthalle, die der Stadtrechnungshof aufgezeigt hat, die Swaps in der Wien Holding, auch die Swaps beim Twin City Liner, die Swaps in Türkischer Lira, die der Stadtrechnungshof ja jetzt alle, Gott sei Dank, aufgedeckt hat. Deshalb, meine Damen und Herren, hat die Frau Brauner Angst vor einer Bilanz. Dann müsste sie nämlich in einer doppelten Buchhaltung ihre Spekulationsgeschäfte ausweisen – 70 Millionen EUR an Spekulationsgeschäften, die der Stadtrechnungshof hier ganz aktuell aufzeigt, 70 Millionen EUR, Frau Stadträtin, die hier im Rechnungsabschluss überhaupt fehlen. Das ist der wahre Grund, deshalb hat die Frau Stadträtin Angst vor einer Bilanz.

Frau Stadträtin, ich meine daher: Hören Sie doch auf, uns Ihre Märchen vom transparenten Budget aufzutischen, und sagen Sie nie wieder, wir in Wien haben ja gar nicht spekuliert. Sagen sie das nie wieder. Da hat Sie ja der Stadtrechnungshof längst widerlegt. Der Stadtrechnungshof hat in diesem Bericht ja längst bewiesen, dass Sie sehr wohl spekuliert haben, Frau Brauner. Ich frage Sie daher: Wenn Ihr Budget so transparent ist, wie Sie das immer behaupten, wie hoch sind Ihre Spekulationsverluste? Sie haben ja heute noch einen Redebeitrag. Kommen Sie heraus und sagen Sie uns das. Wie hoch sind ihre Verluste beim Twin City Liner, in der Wien Holding und auch in der Wiener Stadthalle, Frau Stadträtin? Kommen Sie heraus und sagen Sie uns heute, wie hoch sind Ihre Verluste, legen Sie den Offenbarungseid ab, Frau Brauner. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Von der FPÖ nichts Neues, die üblichen Anschuldigungen, die üblichen Untergriffe, die üblichen Beschimpfungen. Es muss um Sie schon ganz schlecht bestellt sein, wenn Sie keine neuen Einfälle haben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Brauchen Sie ein Taschentuch?!*) – Nein, ich brauche kein Taschentuch. Denn von dem, was

mein Vorredner gesagt hat, kommen mir höchstens Freudentränen, für die nehme ich aber kein Taschentuch.

Sie verwechseln immer wieder Finanzierung, Sie verwechseln die Bilanz, Sie verwechseln, dass Investitionen in Anlagen auch aktiviert werden und daher Bilanz verlängern. Sie verwechseln überhaupt alles. Ich habe das Gefühl, Sie wollen auch gar nicht verstehen, was in der Stadt passiert, und Sie wollen sich auch gar nicht damit auseinandersetzen. Das, was wir heute hier gehört haben, sowohl von Gudenus als auch von Schock, sind Standardreden, die wir permanent hören. Es geht auch im Ausschuss permanent um solche Themen, wo auch permanent offen, transparent geantwortet wird, informiert wird, Unterlagen ausgeteilt werden. Es ist, wie wenn man mit einem kleinen Kind redet, das halt absolut auf nichts hören will und immer wieder auf die heiße Herdplatte greift und sich die Finger verbrennt. Das ist der Eindruck, den die FPÖ im Moment hinterlässt.

Ihre Anbiederung an die SPÖ ist degoutant und genant. Es ist eigentlich unglaublich, wenn Ihr Herr Klubobmann da einzelne Abgeordnete in unseren Reihen anspricht und meint, dass diese mit der FPÖ genau einer Meinung seien. Uns trennt so viel von der FPÖ, wie die Donau von einem Eisberg im Grönland. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Eisbären sind nicht in Grönland!)* – Ich habe nicht Eisbär, sondern Berg gesagt. Einen Eisbären haben wir auch, in Schönbrunn, und da ist er zu Recht hinter Gittern. Das sollten Sie sich überlegen, vielleicht sind sie sowieso Eisbären. – Jedenfalls ist es unglaublich.

Was uns aber interessiert, sind die Wählerinnen und die Wähler. Die Wählerinnen und Wähler haben ein gutes Gehör und verstehen es, warum Sie sich ärgern, dass die Frau Finanzstadträtin in die Volkshochschulen geht und sich dort ernstlich mit den Bürgern auseinandersetzt, weil dann die aufgeklärten Bürger die Lügengeschichten, die da von Ihnen jeden Tag aufgetischt werden, nicht mehr glauben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Demokratie, die Sie meinen, haben wir in einem Bundesland südlich von Wien über zehn Jahre erlebt, die Suppe können wir heute alle miteinander auslöffeln. Es ist eine schmerzhaft Suppe, die die Zukunft Österreichs sehr, sehr viel Geld kosten wird, die unseren Finanzrahmen einschränkt und die eine riesen Bankenpleite zu Folge hat. Das ist eigentlich eine Schande und zeigt genau, wohin es führt, wenn die FPÖ am Ruder ist.

Ich möchte aber jetzt zurück zum Thema kommen, nämlich zum Rechnungsabschluss. Es ist wirklich ein transparenter, offener und auch ein öffentlicher Haushalt, der hier vorgelegt wird. Es liegt alles offen. Die Geschichten, was wir hier verstecken, und so weiter, glaubt ja keiner mehr. Ich weiß schon, dass es Sie ärgert, dass wir als erstes Bundesland den Finanzschuldenbericht aufgelegt haben. Darin können Sie sehr genau nachvollziehen, wie sich die Stadt finanziert, wo die Mittel verwendet werden und woher auch die Finanzierungen kommen.

Und ja, in diesem Bericht ist auch die Schweizer-

Franken-Finanzierung angeführt. Aber Sie wissen genauso wie ich – und das haben wir Ihnen schon 100 Mal gesagt, aber ich sage es gerne ein 101. Mal –, dass die Zinsvorteile, die wir durch diese Finanzierung bekommen haben, uns noch über Jahre tragen werden, gegenüber dem, was die durch die Krise ausgelöste Aufwertung des Schweizer Franken bringt, und dass wir seit 2011 keine neuen Schweizer-Franken-Finanzierungen mehr machen. – Ich sage leider, denn bei hohem Kurs des Schweizer Franken und sehr geringen Zinsen wäre es durchaus ein interessantes Investment. Aber wir haben uns darauf verständigt und stehen auch dazu.

Ich möchte auch erwähnen, dass durch die Bewertung der Frankenkredite, nachdem der Franken gegenüber dem Bilanzstichtag etwas schwächer geworden ist, voriges Jahr auch Zugewinne erfolgt sind. Es hat also nicht nur immer Verluste, wie Sie sagen, sondern auch Zugewinne gegeben, und dadurch ist insgesamt die Finanzschuld weniger stark gestiegen, als es ohne diese Zugewinne gewesen wäre.

Auch die Zinsen, die wir für unsere Euroschulden bezahlen, sind mit 1,33 Prozent hervorragend. Auf Grund des Hypo-Desasters wird der Bund wahrscheinlich leider in Zukunft schlechtere Zinsen als wir bezahlen. Ich möchte auch mit dem Gerücht aufräumen, dass die Bank Austria der Stadt Wien schwer auf der Tasche liegt. Fakt ist, wir haben 2001 hohe Haftungen übernommen, haben am Ende des Jahres noch 6,67 Milliarden EUR an Haftungen gehabt und bis 2016, 2017 wird es überhaupt keine Haftungen mehr für die Bank Austria geben.

Das ist sehr, sehr wichtig in Zeiten wie diesen, wo darüber diskutiert wird, dass Banken wie die Hypo-Banken die Länder als Haftgeber haben, und wo nun auf Grund der Abwertungen, die durch die Hypo Kärnten stattfinden, und durch den Schuldenschnitt, der da angekündigt ist, sich die Refinanzierung maßgeblich erhöht. Tun Sie doch nicht so, als ob die Stadt Wien für die Wirtschaftskrise verantwortlich wäre! Es war eine Bankenkrise, die Banken sind umgefallen auf Grund des großen Wachstums. Das ist von den USA gekommen, wie ich hier schon 100 Mal erklärt habe, auch in kleinen Gesprächen. Die Staaten sind eingesprungen für die Banken, um zu vermeiden, dass die Volkswirtschaften leiden. Die Staaten haben dann natürlich jetzt Schulden angehäuft – nicht nur Wien, sondern alle – und die Krise hat dann letztlich auch die Wirtschaft erreicht.

Die Stadt Wien hat schon sehr frühzeitig und ganz klug – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – auf die Krise reagiert. Wir haben bereits 2007, 2008, als absehbar war, was hier auf uns zukommt, begonnen, in die Wirtschaft zu investieren. Wir haben unsere Betriebe angeregt: Investiert, zieht Investitionen vor, die Stadt finanziert! – Ja, diese Investitionen erfolgten über Schulden, über Neuaufnahmen, auf Pump. Das war erfolgreich, die Krise hat in Wien über lange Jahre nicht so stark aufgeschlagen wie woanders; und das mit Maß und Ziel, denn nicht jedes Investment ist ein gutes, sondern nur jenes, das sich wirklich rechnet. Wir haben das gemacht, um die Arbeitsplätze zu erhalten, die Ausbildung zu garantieren und um eine Zukunft für die Menschen in

unserer Stadt aufzuzeigen. Es ist sehr wichtig, dass wir diesen Schritt getan haben, um in dieser Situation größeres Übel für die Stadt Wien abzuwenden.

Wir haben auch Reformen angepackt. Ich weiß, dass Sie wollen Sie nicht hören, meine Damen und Herren von der Opposition. Die Frau Vizebürgermeisterin hat schon hingewiesen: Wir haben eine Jahrhundertspitalsreform gemacht, indem wir nämlich vor haben, sechs Spitäler zu schließen, einen Neubau im Norden Wiens zu machen, die Standorte im Zentrum, in der inneren Stadt etwas zu stärken, und das alles im Einvernehmen mit den Ärzten, mit den Beschäftigten, mit dem Personal, das dort ist, mit den Bezirken, mit der Bevölkerung.

Diese Reform ist ohne viel Tamtam über die Bühne gegangen, und das ist ein hervorragender Erfolg. Diese Reform spart uns letztendlich sehr viel Geld, denn Sie wissen genauso wie ich, dass die Standorte, die wir zusperren, in Gebäuden sind, die über 100 Jahre alt sind; und was das heißt, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Wir haben auch mit dem Geriatriekonzept eine Maßgabe geschafft, nämlich mit den zwölf neuen Zentren, die wir schaffen. Das stärkt die Wirtschaft, weil die Gebäude gebaut werden, das stärkt die Arbeitsplätze und schafft auch tolle lebenswerte Räume für die Menschen, die dann dort ihren Lebensabend verbringen werden, und auch für die, die dort arbeiten werden.

Wir haben auch in der Stadt die Kraft der eigenen Innovationskraft im Magistrat genutzt und sehr, sehr viele Reformen durchgeführt. Dass Ihnen das alles viel zu wenig ist, weiß ich ohnedies, aber wir können sehr, sehr stolz sein auf die Dinge, die wir gemacht haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Besonders möchte ich nochmals hinweisen – das wurde heute schon erwähnt – auf die Ausbildungsgarantie und auf die Qualitätsoffensive 2020. Da sind wir als Stadt Wien die Einzigen in Österreich, die sich so offensiv und intensiv bemühen, den jungen Menschen in der Stadt eine Perspektive zu geben. Wo die Kraft der Wirtschaft nicht ausreicht, muss eben die öffentliche Hand einspringen. Die Wirtschaft profitiert aber davon, weil auf diese Weise hervorragend ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden können.

Zum Schluss möchte ich mich noch dem Thema Steuerreform widmen. Auch das ist für Wien ein sehr, sehr wichtiges Thema. Da wir eine sehr hohe Beschäftigung haben, bringen eine Steuerreform und eine Entlastung der Arbeitnehmer einen entsprechenden Konsum beziehungsweise eine entsprechende Konsumkraft mit sich. Dass die Arbeit sehr hoch besteuert wird, nämlich mit 41,7 Prozent, und das Vermögen mit nur 0,7 Prozent, haben wir heute schon gehört. Dass es viele Länder gibt, die Vermögen weit höher besteuern, ein günstigeres Einkommenssteuersystem als wir haben und den Faktor Arbeit weniger stark besteuern, ist bekannt. Daher ist es wichtig, um die Beschäftigung anzukurbeln, dass es auch hier auf der Steuerfront einen Beitrag gibt. Ich habe mir hier zwei, drei Beispiele hergenommen, um zu zeigen, wie unser Steuersystem jetzt aussieht.

Finden Sie es gerecht, meine Damen und Herren, wenn jemand im Monat 1 500 EUR brutto verdient und

nur 1 160 EUR netto herausbekommt? Noch einmal, von 1 500 EUR auf 1 160 EUR, finden Sie das gerecht? Finden Sie es gerecht, wenn eine Person, die 1 500 EUR brutto verdient, 100 EUR Gehaltserhöhung bekommt, nämlich auf 1 600 EUR brutto, nur 1 201 EUR verdient? (*GR Mag Wolfgang Jung: Vergleichen Sie es doch mal mit den Nationalbank-Pensionen! Da kennen Sie sich sicher aus!*) Wissen Sie, wie hoch die Erhöhung ist, die man als Beschäftigter auf so einem Gehaltsniveau im Geldtascherl hat, wenn der Arbeitgeber einem 100 EUR draufgibt? 42 EUR und 50 Cent! Und das finde ich genant. Ich finde es wirklich genant, dass jemand, der von 1 500 auf 1 600 EUR geht, 100 EUR brutto mehr bekommt, nur 42 EUR und 50 Cent mehr bekommt. (*Zwischenrufe bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Na, sagen Sie das Ihrer Bundesregierung, Ihrem Kanzler!*)

Ich habe mir auch angeschaut, wie das aussieht, wenn jemand 10 000 EUR verdient. Wenn jemand 10 000 EUR verdient, bekommt er netto 5 441 EUR. Verdient er 10 100 EUR, auch einen Hunderter mehr, dann verdient er 5 492 EUR, sprich, 50 EUR mehr. Das ist ja eigentlich arg, dass in der kleinen Einkommengrenze, wo angeblich ein sehr niedriger Steuersatz ist, die Nettoerhöhung von 100 EUR 42,50 EUR ausmacht und bei jemandem, der 10 000 EUR verdient, 50 EUR ausmacht. Da müssen Sie doch zugeben, dass das ein komplett unfaires System ist! (*GR Mag Wolfgang Jung: Wir müssen gar nichts zugeben! Die Bundesregierung muss das begreifen!*)

Daher treten wir, die Wiener SPÖ gemeinsam mit den GRÜNEN, dafür ein, dass es in Österreich eine faire Steuerreform gibt, die die niedrigen Einkommen maßgeblich reduziert, sodass auch jeder mit niedrigerem Einkommen, der einen Einkommenszuwachs hat, auch entsprechend profitieren kann. Dafür treten wir ein. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Daher bringe ich mit meinen Kollegen Strobl, Wehsely, Ellensohn, Margulies und Hebein einen Antrag betreffend eine Steuerreform in Österreich ein. Wir fordern hier die Bundesregierung auf, möglichst bald ein Konzept für eine Steuerreform in Österreich vorzulegen, durch welche einerseits die ArbeitnehmerInnen entlastet werden, die Kaufkraft, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung gestärkt werden, andererseits aber das Vermögen in Österreich einen gerechten Anteil zum Gemeinwohl beiträgt.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum Rechnungsabschluss sowie um Zustimmung zu dem von mir eingebrachten Antrag. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Herzog zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Selbstgewählte Redezeit 11 Minuten, Restredezeit der FPÖ ebenfalls 11 Minuten.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Reindl! Es ist gar keine Frage, Ihr Interesse an den Wählern und Wählerinnen ist von Wert, umso mehr, wenn man die Umfragen anschaut, die die

SPÖ zur Zeit hat. Bei einer Steuerreform, Herr Kollege, laufen Sie bei uns offene Türen ein. Allerdings sollten Sie diesen Antrag nicht im Gemeinderat stellen, sondern dem Bundeskanzler weiter verweisen, und der Bundeskanzler hätte schon längst eine Steuerreform durchführen können, aber er hat sie nicht gemacht. Klagen allein ist zu wenig. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Nicht das bloße Ansprechen von Problemen, sondern das Lösen durch Ihre Parteien sollte im Mittelpunkt stehen, und genau das geschieht nicht. *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Aber ich möchte das Wort zu etwas ganz anderem ergreifen, noch einmal. Ich glaube, dass der Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Wien eine wirklich ganz interessante Sache gewesen ist, ein Skandal, ein Affront. Es ist eine erstmalige Sache, dass ein ausländischer Regierungschef, dazu noch einer aus einem Drittstaat, der bestenfalls EU-Bewerber ist, nach Österreich kommt und Wahlkampf betreibt. Da demonstrieren 25 000 bis 30 000 Personen für und natürlich auch gegen den Politiker eines Landes, der im Wahlkampf steht in einem Land, das nicht EU-Mitglied, sondern eben Drittstaat ist, und das wird in Österreich zur Kenntnis genommen.

Ich glaube, der Ministerpräsident Erdogan hat in Wien letzten Endes eine Wahlkampfveranstaltung abgehalten, nämlich im Zusammenhang mit seiner Wahl in der Türkei zum Staatspräsidenten. Das ist etwas Neues. Es ist ein erstmaliges Ereignis, dass ein ausländischer Politiker herkommt und massiven Wahlkampf für eine Wahl in seinem Land betreibt. Hier mobilisiert der Ministerpräsident eines Drittstaates in Österreich ansässige Landsleute und verwendet sie für seine Interessen. Etwas anderes ist nicht geschehen. Hier nutzt der Politiker eines Landes wie der Türkei das Recht auf Meinungsfreiheit, ein Grundrecht in Europa, ein Grundrecht in jedem Rechtsstaat, dabei wird dieses Recht in seinem Land mit Füßen getreten. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* In letzter Zeit passieren unglaubliche Dinge in der Türkei, und der Weg hin zu einem autoritären Staat ist von Erdogan bereits beschritten worden. Ein Ereignis wie dieses hat es in dieser Stadt und in diesem Land noch nicht gegeben.

Ich habe die Reaktionen verfolgt, die sich da ergeben haben; und ich bin neugierig, wie zum Beispiel die politischen Parteien reagieren werden, wenn etwa der Ministerpräsident von Ungarn nach Österreich kommt und hier einen Wahlkampf führen will – es wird genügend Ungarn geben, die ihn wählen wollen oder eben nicht – oder wenn zum Beispiel eine nicht unbekannte französische Politikerin vom Front National nach Wien kommt und hier unter ihren Staatsbürgern Wahlkampf betreibt. Wir werden sehen, wie da die entsprechende Handlungsweise seitens der offiziellen Stellen sein wird.

Erdogans Besuch wird als Privatbesuch bezeichnet! Ein Privatbesuch, der sich mit 30 000 Gästen beschäftigt, ist ein sehr interessanter Vorgang! Das zeigt einiges über die Zustände in dieser Republik, eine gewisse Hilflosigkeit und Verblüffung der offiziellen Stabsstellen, auch der Landespolitik im Umgang mit dieser Provokati-

on. Das zeugt letztendlich auch vom Versagen der Integrationspolitik, die einen beträchtlichen Teil der türkischen Bevölkerung offensichtlich nicht erfasst hat. Es ist bedauerlicherweise zu konstatieren, dass ein Teil der türkischstämmigen Bevölkerung und leider auch der Zweit- und Drittgeneration in dieser Republik offensichtlich nicht angekommen ist. Das ist ein Zustand, der bedauerlich ist und letzten Endes von der Unfähigkeit von Rot, Grün und ÖVP in Sachen Integration zeugt, die in diesem Fall letzten Endes verantwortlich sind. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

In der Zeitung „Die Presse“ vom Sonntag schreibt Frau Duygu Özkan etwas Interessantes, nämlich: „Warum sich der türkische Patriotismus vom österreichischen unterscheidet.“ Sie kommt zu folgendem Schluss: „Als diese Woche der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan Wien besucht hat, war dieser Patriotismus – der türkische – „wieder allgegenwärtig. Jugendliche, die in Österreich geboren wurden, haben sich mit Inbrunst zu einem Land bekannt, das sie in seiner Gesamtheit gar nicht fassen können. Das ist nicht nur ein Systemfehler der Integrationspolitik, denn der türkische Nationalismus muss zunächst in der Türkei abgestreift werden.“ – Eine durchaus richtige Feststellung und Bemerkung.

Das stellt auch die Frage nach den Loyalitäten in dieser Stadt und im Land. Es ist die Frage zu stellen, welche Loyalitäten die angesprochene Bevölkerungsgruppe hier in Wien und in ganz Österreich hat, ob zumindest eine doppelte Loyalität vorhanden ist – das Mindeste, das man verlangen könnte. Ein Meer von türkischen Fahnen bei dieser Veranstaltung von Erdogan spricht ja dagegen.

Es ist ein Missbrauch durch einen zunehmend autoritär agierenden Politiker, dass letzten Endes ein türkischer Wahlkampf nach Wien getragen wird. Da soll nicht Schule machen, das gehört verhindert, nämlich durch eine aktive Politik der Bundesregierung, aber auch der Stadt Wien. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Übrigens hat diese Veranstaltung, wenn ich feststellen darf, just nach dem Jahrestag der Gezi-Park-Demonstrationen und deren massiver Niederschlagungen stattgefunden, wobei es wieder Folgedemonstration der ganzen Türkei gab und gegen die diversen Demonstranten mit brutaler Gewalt vorgegangen wurde.

Wenn man sich so anschaut, wie sich diese Entwicklung herauskristallisiert hat, muss man sagen: Der autoritäre Weg des Ministerpräsidenten Erdogan ist, glaube ich, ziemlich eindeutig nachzuverfolgen. Die Verfassung wird von ihm für seine politischen Zwecke instrumentalisiert, die Gleichschaltung und Abschaffung der Unabhängigkeit der Justiz ist erfolgt, die Verfolgung politischer Gegner mittels obskurer Verschwörungstheorien ist eine gängige Methode. Erinnern Sie sich an Ergenekon, diese Affäre rund um Militärpersonen mit Massenverhaftungen als Folge. Laut dem türkischen Menschenrechtsverband sind 42 Prozent der 128 000 Insassen türkischer Haftanstalten nicht Verurteilte, sondern Inhaftierte „Verdächtige“. Ich selbst war einmal in Diyarbakir bei einem Massenprozess gegen kurdische Lokalpolitiker, Stadträte

und Abgeordnete, der unter ausgesprochen stalinistischen Verhältnissen stattgefunden hat: Verbot der Sprache, sie wurden in Käfigen vorgeführt. Es war unglaublich, dass so etwas in einem Land möglich ist, das EU-Mitglied werden will.

Ich möchte übrigens feststellen, dass Peter Pilz eine parlamentarische Anfrage gestellt hat, in der unter anderem steht, dieser Besuch sei „geeignet, die Ordnung und Sicherheit der Republik zu beeinträchtigen“; während zum Beispiel David Ellensohn festgestellt hat, und zwar am 18. Juni 2014, es sei in Ordnung, dass Premier Erdogan hier spricht: „Unsere demokratischen Grundwerte gelten für alle, selbst für jene, die sie in ihrer Heimat mit Füßen treten.“ – Zitat Ende. Er hat also grundsätzlich dem Besuch zugestimmt. Ich bin neugierig, wie er reagieren wird, wenn irgendwann Politiker kommen, deren demokratische Basis unklar ist. Auch Bgm Michael Häupl hat festgestellt: „Wenn es ein Privatbesuch ist, bleibt das privat. Wir schauen uns aber an, dass diese Veranstaltung in geordneten Bahnen verläuft.“ – Ein Privatbesuch mit, wie gesagt, 30 000 Besuchern ist natürlich eine ganz interessante Vorstellung. Ich hoffe, dass das nicht Schule machen wird.

Die weitgehend nicht vorhandene Integration ist nur verstärkt worden durch den Ministerpräsidenten, nämlich durch die Feststellungen, dass die hier lebenden Türken Enkel von Sultan Süleyman I. und Kara Mustafa sind. Damit ist die Integration der türkischen Bevölkerungsteile in Österreich sicherlich nicht verbessert worden. Ich glaube auch, dass ein türkischer Wahlkampf die Frage nach dem Warum stellt. Es ist festzustellen: In Österreich leben zirka 270 000 bis 280 000 Personen türkischer Abstammung oder Herkunft, 114 000 sind türkische, nicht österreichische Staatsbürger. Es ist aber nicht bekannt, wie viele österreichische Staatsbürger türkischer Herkunft auch einen zweiten Pass besitzen, somit auf illegale Art und Weise Doppelstaatsbürger sind, das ist offensichtlich unklar. Schätzungen gehen in den Bereich von 70 000 bis 80 000 Personen. Dieses Problem einer illegalen Doppelstaatsbürgerschaft kann, glaube ich, nicht weiter zur Kenntnis genommen werden, ein Rechtsstaat muss auch rechtliche Konsequenzen setzen. Ich glaube, da sind weitergehende rechtliche, unter Umständen auch strafrechtliche Konsequenzen zu überdenken.

Noch ein Beispiel zur Wiener Integrationspolitik – der Umgang mit der Zwangsehe durch die rot-grüne Regierung: Symptomatisch ist, dass es bis zum Jahre 2005 zum Begriff Zwangsehe einen entsprechenden Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft gegeben hat. Nach 2005 wurde das gestrichen und kommt nicht mehr vor. Mit anderen Worten, es werden die Probleme totgeschwiegen und es ist festzustellen, dass das mit Sicherheit keine Lösung von Integrationsproblemen an sich ist. (GR Senol Akkilic, das Druckwerk „Kinder- & Jugendanwaltschaft Bericht 13“ in die Höhe haltend: Lesen! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.) Nein, denn der Rechnungsabschluss ist, mit Verlaub, eine Generaldebatte zu sämtlichen Themen und man kann ein Mal im Jahr hier ohne Probleme über so etwas reden.

Man soll auch reden, denn die Vorfälle rund um Erdogans Besuch sind etwas, das die Bevölkerung stark beeindruckt. Keine Frage, dass es ein Recht sein muss, hier darüber zu reden, in einem Gremium, das für 1,8 Millionen Bewohner verantwortlich ist. So ist Erdogans Besuch für mich auch ein Alarmzeichen einer verfehlten rot-grünen Integrationspolitik. Wir lehnen den Rechnungsabschluss daher selbstverständlich, wie immer, auch in diesem Jahr ab. (Beifall bei der FPÖ. – GRin Mag Sonja Ramskogler: Wo ist der Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss?)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich darüber informiert wurde, dass in der Präsidielle vereinbart wurde, dass in der Generaldebatte zu jeder Geschäftsgruppe gesprochen werden kann. Ich nehme an, der Beitrag des Herrn GR Herzog gehört zur Geschäftsgruppe Integration, das hat für mich daher Deckung. Im nächsten Punkt, in dem es nämlich direkt um Finanz- und Wirtschaftspolitik geht, würde ich das als Vorsitzender natürlich nicht akzeptieren.

Zur allgemeinen Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Ich erteile es ihm. 10 Minuten ist die selbstgewählte Redezeit. – Bitte.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir haben heute schon Eisbären gehabt in der Debatte, wir haben schon das oft zitierte Murmeltier gehabt. Ich glaube, selbst diesem possierlichen Tierchen, das Endlosschleifen gewöhnt ist, würde bei unserer repetierenden Debatte mittlerweile langweilig werden. Ich meine das nicht in Bezug auf den Inhalt, sondern in Bezug auf die Form. Die Opposition kritisiert, die Regierung verteidigt. In Zeiten der Fußball-Weltmeisterschaft müsste man sagen, die rot-grüne Koalition spielt Catenaccio. Ich glaube, dieser Begriff stammt aus dem Italienischen und steht für hinten hineinstellen und das Tor verteidigen. Bei euch ist es jetzt auf der Torlinie schon ziemlich dicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Da wird eigentlich nur verteidigt, die Selbstkritik kommt nicht vor.

Deshalb fange ich auch mit etwas Positivem an. Ja, ich finde es gut, dass man den Rechnungsabschluss jetzt auf „www.offenerhaushalt.at“ einsehen kann. Ich glaube, das virtuelle Amt auf „www.wien.gv.at“ ist überhaupt etwas durchaus Positives in der Verwaltung der Gemeinde. Damit bin ich aber mit dem Positiven für meinen Debattenbeitrag heute auch schon am Ende, meine Damen und Herren. Tatsache ist – und das kann man auch durch noch so viele Vergleiche und Zahlen nicht weglegen –, die Verschuldung der Stadt Wien steigt kontinuierlich; nämlich um mehr als 300 Prozent seit 2008, fast wieder 300 Millionen EUR alleine im letzten Jahr, meine Damen und Herren. Und das finde ich

gar nicht so paletti, wie das in der Debatte von Rot und Grün ununterbrochen dargestellt wird. Ein derartiger Schuldenzuwachs muss bitte jeden vernünftigen Finanzvorstand – und ich vergleiche das Amt der Finanzstadträtin immer mit dem Finanzvorstand, zum Beispiel in einem großen börsennotierten Unternehmen – beunruhigen, meine Damen und Herren! Da kann man sich nicht hier hersetzen und sagen, es ist eh alles in Ordnung, meine Damen und Herren!

Der Plan ist – das verstehe ich ja noch – wieder einmal gegenzusteuern und in guten europäischvolkswirtschaftlichen Jahren wieder Schulden zurückzahlen, meine Damen und Herren. Nur gibt es da das große „Ja-aber“. Weil wir heute japanische Gäste auf der Tribüne hatten – was ist, wenn auch wir japanische Verhältnisse bekommen? Die haben dort über 20 Jahre kaum Wirtschaftswachstum, sondern Deflation, meine Damen und Herren! Was ist, wenn das auch in Europa passiert? Das Gespenst wird an die Wand gemalt, aber das ist nicht ganz so von der Hand zu weisen. Wie lange wollen wir dann mit dem Schuldenmachen in Wien weitermachen? Wann wird denn wieder zurückbezahlt, meine Damen und Herren? Also ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieser Plan des ununterbrochenen Keynesianistischen Defizites auch wirklich ganz zu Ende gedacht ist.

Wien hat kein Einnahmenproblem, das hat Kollege Aichinger schon ausgeführt. Jetzt können wir darüber diskutieren, Kollege Margulies. Es gibt eine jährliche Steigerung. Kein Wunder, wenn man ununterbrochen Steuern und Gebühren rekordverdächtig erhöht. Da ist übrigens eine Parallelität zur Republik gegeben, wo man es noch besser sieht in den letzten 10 bis 15 Jahren. Die Einnahmen fallen aus der Lohnsteuer, steigen dort frappant, wobei ich sozusagen in Klammern dazusage – Stichwort: kein Wunder bei der kalten Progression. Also weder Republik noch Bundesland Wien haben ein Einnahmenproblem. Was wir allerdings sehr wohl haben, ist ein Ausgabenproblem. Wir haben ein ausgabenseitiges Problem, weil nämlich Sparen für Rot und Rot-Grün ein Fremdwort ist, meine Damen und Herren.

Dann komme ich zu einer sehr grundsätzlichen Feststellung. Da versuche ich auch durchaus, selbstkritisch zu sein, was die Beteiligung meiner Partei auf Bundesebene betrifft, meine Damen und Herren. Diese latente Unzufriedenheit, die es in der Bevölkerung gibt – und das merkt man ja, das merkt jeder von uns persönlich in seinen Gesprächen mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern, das merkt man in den Internetforen, das merkt man in den Kommentaren in den Zeitungen –, diese latente Unzufriedenheit, die sich heute zum Teil schon unter dem Begriff Wutbürgertum sammelt, meine Damen und Herren, geht durchaus auch auf diesen fehlenden Reform- und Sparwillen auf Bundes- und Landesebene zurück.

Die Menschen spüren, dass die aus ihrer Sicht Mächtigen, die Politiker zu wenig bereit sind, heute Reformen durchzuführen. Was ist mit den 599 Vorschlägen des Rechnungshofes? Was ist mit der oft debattierten Bundesstaatsreform, mit einer neuen Aufgabenverteilung

zwischen Bund und Ländern, auch angesichts der heute immer mehr werdenden Gesetze und Aufgaben, die von der Europäischen Union übernommen werden. Was ist mit der Zusammenlegung der Sozialversicherungen? Was ist mit dem Durchforsten des Förderungsdschungels? Was ist mit den Luxuspensionen? Und so weiter, ich könnte da geradezu stundenlang weitermachen, meine Damen und Herren.

Da gibt es in unserem Staat auf Bundes- wie auf Landesebene mehr Baustellen, als ganz Wien in einem Sommer zu bieten hat. Bei uns in Wien heißt es, wie heute in der Früh von der Frau Finanzstadträtin: Eh alles paletti, alles in Ordnung. und auf Bundesebene heißt es, wie Journalisten sie oft zitieren: „Wir sind eh grundsätzlich gut durch die Krise gekommen.“ Ich glaube, das ist ein bisschen eine Abkoppelung von der öffentlichen Wahrnehmung. Das eine ist, wie die Menschen draußen das wirklich fühlen, das andere ist, wie es manche Politiker ausdrücken. Ich fürchte nur, dass diese Beschönigungspolitik schön langsam zu einem Ende kommt, denn schauen Sie sich nur die Umfrageergebnisse letzten Endes auch von ÖVP und SPÖ auf Bundesebene an, meine Damen und Herren.

Ellensohn hat vorhin gesagt – wieder auf Wien bezogen –, Rot-Grün sei auf einem guten Weg. Na ja, wenn ich manche Umfragen anschau, ist das eine gefährliche Drohung für die SPÖ. Ich meine, heute kam natürlich schon eine Gegenumfrage der SPÖ, wobei ich in Klammern dazusage: Viel Spaß, da werden wir ja noch im Wahlkampf einiges sehen. – Aber wenn andere Umfragen stimmen, sind sie bei ungefähr 35 Prozent. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Und Sie?*) Da kann man natürlich einmal überlegen, wem die Politik von Rot-Grün wirklich zu Gute gekommen ist.

Der Begriff Steuerreform ist ja heute schon öfter erwähnt worden. Es war ja ganz logisch, dass das kommen muss. Thema Vermögenssteuern: Da gab es im „profil“ einen interessanten Leitartikel mit sogenannten Millionären großflächig auf der Titelseite, so eine Art Outing der steuermasochistischen Millionäre der Republik. Einiges daran mag ja durchaus stimmen, meine Damen und Herren, aber man soll sich's auch im Detail durchlesen, da kommt nämlich das „Ja-aber“. Ich kenne berufsbedingt relativ viele Vermögende und auch Millionäre. Da sagt jeder, ja, aber ... Es gibt nur ganz wenige, die wirklich sagen, nein, wir sind nicht bereit, noch ein bisschen mehr beizutragen. Aber zuerst muss der Staat sparen, meine Damen und Herren! Zuerst muss der Staat seine Hausaufgaben erledigen (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*), erst dann können wir über zusätzliche Einnahmen reden.

Dann darf nichts tabu sein, und da appelliere ich auch an meine Partei, da bin ich jetzt vielleicht nicht ganz auf Parteilinie: Da soll wirklich nichts tabu sein. Ja, reden wir über Grundsteuererhöhung, aber achten wir darauf, dass das nicht wieder die Betriebskosten erhöht und damit wieder das Wohnen. Ja, es gibt ja überall Fallen. Reden wir über Erbschaftssteuer, aber Achtung, nicht dass das eine Bagatelsteuer wird, wie es zum Schluss unter Lacina war. Reden wir auch von mir aus über Er-

höhung von Finanzerträgen aus Vermögen. Über all dies kann man reden, meine Damen und Herren. Aber wir müssen auch über das Heben der Sparpotenziale in diesem Land reden. Wie ich vorher gesagt habe: Zuerst in der Verwaltung sparen, zuerst einmal die Bundesstaatsreform und dann, wenn es wirklich notwendig ist, werden sich die sogenannten Reichen in diesem Land von sich aus sicher bereit erklären, noch ein bisschen mehr beizutragen.

Ich bin aber kategorisch gegen Steuern auf Vermögen. Das wirft zu viele Fragezeichen auf. Wo fängt es an? Bei 150 000 EUR wie die einen sagen, bei 1 Million EUR? Selbst bei 1 Million EUR werden viele Mittelständler, die Immobilien haben, durch die Aufwertungen der Immobilien und wenn sie vielleicht dann auch noch etwas erben relativ schnell in die Situation kommen, Vermögenssteuern zahlen zu müssen. Beispielsweise eine 100-m²-Eigentumswohnung in Wien ist ja schon 400 000 EUR, 500 000 EUR. Also da kommst du schneller hinein, als man vielleicht glauben würde. Welche Grenze setzt man? Welchen Aufwand bedeutet das Überprüfen dieser Steuer? Welche Neiddebatte löst das aus? Da gibt es so viele Fragezeichen! Da sollen zuerst wir einmal unsere Hausaufgaben machen, meine Damen und Herren, und nicht wieder den Mittelstand belasten. Das ist nämlich das, was ich fürchte.

Zum Kollegen Reindl sei noch gesagt: Dein Beispiel vorhin war ein gutes Beispiel. Nur habe ich eine Frage und eine Anmerkung dazu. Frage 1: Soweit ich mich noch jetzt in meinem zeithistorischen Kurzzeitgedächtnis erinnere, ist die SPÖ mit einem luziden Intervall der Regierung Schüssel schon sehr lange in der Bundesregierung. Na, da wäre unter Gusenbauer und Faymann schon lange die Möglichkeit gewesen, etwas zu ändern. Sich heute quasi als Oppositionspolitiker hinzustellen und zu sagen, ich finde das nicht in Ordnung, ist also ein bisschen kühn. Und das Zweite, Kollege Reindl: Jetzt siehst du, wie sich Unternehmer fühlen, die ihren Mitarbeitern gern pro Monat 100 EUR, 200 EUR, 300 EUR mehr zukommen lassen möchten, die ihren Mitarbeitern eine Gehaltserhöhung gönnen, und sehen müssen, wie der Mitarbeiter selbst, dass das alles letzten Endes nur ins Staatssäckel fließt. Das ist eine Thematik, über die wir reden können, aber dann bitte ohne Tabus auf beiden Seiten.

Ich komme jetzt in wenigen Sekunden noch einmal zurück zum Thema Schuldenbericht und risikoaverses Finanzmanagement. Gut, wenn es so etwas gibt, aber es ist immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich bin da völlig beim Kollegen Schock. Nicht nur, dass diese Bestimmungen durchgereicht werden an die Unternehmungen der Stadt Wien; sie müssen auch dem Gemeinderat und damit uns allen zugänglich sein. Ich finde es nicht nur kühn, ich halte es wirklich für einen Affront, sehr geehrte Frau Kollegin Brauner, wenn Sie sich herstellen und sagen, man kann sich eh den Geschäftsbericht anschauen.

Stellen Sie sich vor – ich bin wieder beim Beispiel großes börsennotiertes Unternehmen, Finanzvorstand –, der Finanzvorstand wird jetzt zu seinen Aufsichtsräten

sagen, was unsere Tochterfirmen betrifft, lieber Aufsichtsrat, schau im Geschäftsbericht nach. Also das halte ich für eine wirklich unmögliche Vorgangsweise! Abgesehen davon, in den Geschäftsberichten findet man nicht so viel – oder ich bin zu blöd zu lesen, aber ich bin an sich des inhaltlichen Lesens einigermaßen mächtig. Zum Thema derivative Instrumente bei der Wien Holding finde ich im Geschäftsbericht gar nichts, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Herr Bürgermeister hat völlig recht. Das kann man nicht oft genug wiederholen, das ist ein schwerer systemischer Webfehler, und dieser muss korrigiert werden. *(Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Dipl-Ing Margulies zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten.

Ich darf einen der Schriftführer bitten, zu meiner Linken Platz zu nehmen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ich komme wieder! – GR Mag Wolfgang Jung: So geht's nicht, Ordnung muss sein! – GR Martin Flicker nimmt Platz am Schriftführerpult.)* Ist schon da, danke. – Bitte.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es freut mich jedes Mal, wenn Kollege Neuhuber vor mir spricht, weil ich mir dann immer denke, eine interessante Debatte. Ich stimme ihm nicht in allem zu, in manchem schon. Ja, auch ich glaube, „www.offenerhaushalt.at“ war der erste Schritt. Es wird weitergehen. Die Zukunft liegt in der Transparenz. Die Bundesregierung soll uns da hoffentlich einmal auch nachfolgen. In manchen Bereichen ist sie auch weiter vorne. Auch Wien wird weitergehen. Wir werden das sicherlich kontinuierlich weiterentwickeln und weiterbringen. Ich sehe da auch überhaupt niemanden, der irgendwie dagegen arbeitet. Aber nicht das ist der Grund, weshalb ich der Meinung bin, dass es immer spannend ist, nach dir zu reden. Schon der Einstieg war interessant. Die Verschuldung der Stadt Wien stieg um 300 Prozent seit 2010. – Jetzt haben wir echt ein Glück gehabt. Wäre die Verschuldung damals nicht bei 1,4 Milliarden EUR gelegen, sondern bei 0,4 Milliarden EUR, dann hätte sie sich fast verzehnfacht, wäre das dann schlimmer gewesen *(GR Mag Wolfgang Jung: Natürlich, in Relation!)* oder weniger schlimm?

Es ist das gute Recht eines jeden, Zahlen so zu verwenden, wie man glaubt, Menschen beeindrucken zu können. Was tatsächlich passiert ist, ist, dass die Schulden, die Mehrausgaben gestiegen sind; nämlich basierend darauf – und darüber haben wir heute schon gesprochen –, dass die Ertragsanteile keine kontinuierliche Entwicklung genommen haben, sondern ein deutliches U und damit sehr wohl ein Einnahmenproblem der Stadt Wien hervorgerufen haben. Mit diesem Weniger an Einnahmen in den Jahren 2009, 2010, 2011 – und ich ersuche Sie alle, das nicht zu vergessen – sind natürlich Mehrausgaben auf die Stadt hinzugekommen, die wir politisch gewollt eingegangen sind. Ja, weil wir zur Mindestsicherung stehen; ja, weil wir zur höheren Kinder-

mindestsicherung stehen; ja, weil wir trotzdem den Gratikergarten wollten; ja, weil wir Mobilität fördern wollten und die Jahreskarte um 365 EUR eingeführt haben.

Die Einnahmen seitens des Bundes sind zurückgegangen. Auf der anderen Seite mussten Mehrausgaben im Sozialbereich getätigt werden, andere Mehrausgaben wollten wir tätigen, wie im Bereich Mobilität, wie selbstverständlich im Bereich Gesundheit und wie selbstverständlich auch im Bereich Bildung. Ich hoffe, dass Sie all diese Ausgaben nicht kritisieren. Genau deshalb ist dieses von Finanzstadträtin Brauner immer wieder erwähnte Delta eine Zeit lang größer geworden, und jetzt wird es wieder kleiner. Was sind denn die 135 Millionen EUR Maastricht-Neuverschuldung im Jahr 2013 im Vergleich zu einem 12 Milliarden EUR Budget? Die Neuverschuldung ist geringer als die Inflation. Was bedeutet es denn, wenn man über die kalte Progression redet? Bei der kalten Progression heißt es dann immer, die kalte Progression frisst das Realeinkommen weg und eigentlich hat man weniger. Das heißt, Realschulden, inflationsbereinigte Realschulden der Stadt Wien sind sogar geringer geworden.

Nur jetzt sage ich, lügen mit Zahlen kann ein jeder. Das ist nicht so schwer, solange man sich auskennt; wenn man sich nicht auskennt, wird man schnell entlarvt. Das war nicht einmal gelogen, sondern das war wahr, dass die 135 Millionen EUR Schuldenzuwachs weniger sind als die Inflationsrate beim Budget von 12 Milliarden EUR. Nichtsdestoweniger ist weder Schuldenmachen noch Sparen Selbstzweck, sondern es geht darum, dass die öffentliche Hand Gelder einnimmt, um sie dann – gemeinsam, wenn es geht, oder letztlich mehrheitlich, wenn es nicht anders möglich ist – bestmöglich im Interesse der Bevölkerung zu verteilen. Und ich will nicht meine Rede von vorher wiederholen. Ich habe das Gefühl, dass die Wienerinnen und Wiener mit der rot-grünen Politik dieser Stadtregierung in den letzten Jahren eigentlich sehr zufrieden sind. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das merkt man!*) Dieses Gefühl habe ich tatsächlich. Ich fühle mich diesbezüglich auch durch die Europawahl ein bisschen bestätigt. Aber wir werden es sehen. Es hat überhaupt keinen Sinn, über Meinungsfragen zu reden. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja!*)

Was mich am meisten beeindruckt hat – ich gebe zu, da habe ich sehr lachen müssen –, ist, dass Kollege Neuhuber dem Kollegen Reindl sagt: Wie ist denn das mit der Steuerreform? – Kollege Neuhuber, du hast ja recht, die SPÖ sitzt in der Bundesregierung seit vielen Jahren; aber kontinuierlicher Bremser, was die Steuerreform, insbesondere eine Steuerstrukturreform, betrifft, ist die ÖVP. Die ÖVP sitzt ja nahtlos die letzten 20, 25, keine Ahnung, viele, viele Jahre in der Regierung und bremst eigentlich bei jeder Steuerreform.

Jetzt komme ich zum Schluss, weil ich nicht glaube, dass der Erkenntnisstand hier in diesem Saal, wenn man möglichst lange redet, sehr viel wächst. Was ich für wichtig halte, und ich hoffe, da stimmen mir alle zu: Wir halten uns in einem Punkt ständig gegenseitig auf, nämlich wir, die Politik – in dieser Verallgemeinerung, die ich ganz selten verwende. Wenn die einen sagen, machen

wir eine Steuerreform, dann sagen die anderen, nein, machen wir zuerst eine Verwaltungsreform. Wenn die einen sagen, machen wir eine Verwaltungsreform, sagen die anderen, machen wir zuerst eine Steuerreform. Hallo! Trennen wir die beiden Dinge! Sagen wir, das eine ist eine Steuerstrukturreform. Ich habe nichts dagegen, wenn die ÖVP sagt, die Steuerstruktur, wie sie jetzt ist, ist aus Sicht der ÖVP gerecht. Das ist ein Standpunkt, mit dem ich leben kann. Aus unserer Sicht ist die Steuerstruktur, so wie sie jetzt ist, ungerecht.

Nichtsdestoweniger, trennen wir diese zwei Sachen! Sagen wir, das eine ist die Steuerstrukturreform. Da reden wir ausgaben- und einnahmenneutral, vor allem einnahmenneutral, wer letztendlich welche Steuern zu bezahlen hat. Das andere ist, ich bin gerne bereit, über die Verwaltungsreform zu reden; und wenn wir dann Einsparungen bei der Verwaltungsreform erzielen, dann überlegen wir uns, wie wir das auf die Steuerstrukturreform umsetzen. Aber nicht gegenseitig lähmen und in Wirklichkeit verhindern, dass in diesen Bereich irgendetwas weitergeht!

Trotz allem, wir alle erkennen: Wien wächst. Wien ist schon gewachsen, nämlich um so viele Menschen wie in Linz, und in den nächsten zehn Jahren wächst Wien um so viele Menschen wie in Graz. Irgendwann werden wir mit demselben Personalstand nicht mehr alles bewältigen können. Im Kindergartenbereich ist ohnehin schon Schluss, im Bildungsbereich ist auch langsam Schluss, aber selbst bei Bereichen wie Müllabfuhr wird irgendwann einmal Schluss sein. Wenn die Stadt um 10 Prozent oder 15 Prozent größer ist, werden dort mehr Menschen arbeiten müssen. Dessen müssen wir uns bewusst sein und dazu sollten wir stehen, denn gut geführte öffentliche Dienstleistungen machen einen der zentralen Bestandteile des Wohlgefühlcharakters der Stadt aus. In diesem Sinne die große Bitte: Trennen wir Verwaltungsreform und Steuerstrukturreform, damit man sich nicht immer auf das eine oder das andere ausreden kann! Das eine hat mit dem anderen zunächst einmal noch überhaupt nichts zu tun.

Ein zweiter Punkt zum Abschluss, für alle, die immer sagen, wie arm die wirklich Reichen sind, weil sie nicht wissen, wie sie ihr Vermögen bewerten sollen: Das muss man sich einmal vorstellen: Jeder Unternehmer/jede Unternehmerin muss alles bewerten, was er oder sie hat. Und das können sie auch. Große Unternehmen bis hin zu kleinen Ein-Personen-Unternehmen, die alle können ihr Vermögen bewerten. Was ich mir aber anhören muss, ist das Beispiel von jemandem, der 2 Millionen EUR oder 3 Millionen EUR hat. Wer so viel Geld hat, weiß nicht einmal, wieso er so viel Geld hat, weiß nicht, wie er es bewerten soll. Und weil dieser arme Mensch, der möglicherweise 1, 2, 3 oder 10 Millionen EUR hat, nicht weiß, wie er sein Vermögen bewerten soll, sagt ihm die ÖVP: Weil du es nicht weißt, sollst du auch keine Steuern zahlen.

Da bitte ich darum, dass wir das irgendwann einmal versachlichen und davon weggehen. Im Zeitalter, wo Computer in Millisekunden Millionen von Rechenoperationen lösen können, wo mittlerweile jeder einzelne Öster-

reicher, jede einzelne Österreicherin, mit wenigen Ausnahmen, aufgefordert sind, ihren eigenen Lohnsteuer- ausgleich, Einkommenssteuerausgleich oder ihre Arbeit- nehmerveranlagung via Computer zu machen – in Zeiten wie diesen ist die Vermögensbewertung durchaus kos- teneffizient vorzunehmen. Das passiert ja auch, denn wenn es immer so ineffizient wäre, Vermögen zu beweren, würde kein einziges Haus verkauft werden. Das ist ja nicht so ineffizient, man kann Vermögen bewerten.

Hören wir mit den Ausreden auf! Es gibt die GRÜ- NEN; die empfinden es als gerechter, wenn Vermögende mehr beitragen als nur Beiträge im Zusammenhang mit Einnahmen aus Arbeit. Die SPÖ sieht dies ähnlich. Bei der FPÖ weiß ich es eigentlich nicht. Wollen Sie, dass die Vermögenden mehr beitragen, oder sollen die Steu- ern auf Einkommen so hoch bleiben, wie sie sind? – Gut, indifferent, kommt nichts. Und bei der ÖVP ist klar, Sie wollen die Vermögenden schützen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen miteinander noch einen schönen Nachmittag. – Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Stark. Die selbstgewählte Redezeit ist 14 Minuten. – Bitte.

GR Rudolf **Stark** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kleinunternehmer sind die Stiefkinder der Wirt- schaft. – Betrachtet man den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 2013, sehr geehrte Frau Vize- bürgermeister, findet sich das leider bestätigt. Die Wirt- schaftsförderung ist in den letzten Jahren massiv gekürzt worden, und diese Kürzungen wirken sich natürlich auch auf die Kleinunternehmen aus. Betrug die Wirtschaftsför- derung für das Jahr 2010 noch 177 Millionen EUR, wa- ren es für das Jahr 2013 nur mehr 110 Millionen EUR. Das ist eine Kürzung der Wirtschaftsförderung innerhalb weniger Jahre um 67 Millionen EUR oder um 34 Prozent, das ist mehr als ein Drittel.

Wie wirkt sich diese Kürzung auf die Klein- und Mit- telbetriebe aus? – Leider fast genau so. Im Jahr 2010 betrug die Wirtschaftsförderung für die KMUs noch 49 Millionen EUR, im Jahr 2013 waren es nur mehr 39 Milli- onen EUR, also um 20 Prozent weniger. Ich möchte die Wirtschaftskraft der KMUs auf Basis einiger Zahlen – sie betreffen das Jahr 2010, aktuellere habe ich nicht – unterstreichen. 2010 waren es Österreich-weit 253 100 KMUs, das sind 99,6 Prozent der österreichischen Un- ternehmen. Diese KMUs beschäftigten 1,6 Millionen Personen und haben 70 500 Lehrlinge im Jahr 2010 ausgebildet. Diese KMUs sind auch Konjunkturmotor in der jeweiligen Region. So wurden im Jahr 2010 von diesen Unternehmen 15,2 Milliarden EUR investiert.

So beeindruckend diese Zahlen auch sind, gibt es leider auch eine sehr bedenkliche Zahl bei den KMUs, und zwar die Eigenkapitalquote. Diese beträgt im bun- desweiten Schnitt 28 Prozent. Über Wien habe ich leider keinen aktuellen Zahlen gefunden, aber aus einer älteren

Statistik, an der sich leider nicht viel geändert haben wird, war Folgendes zu erkennen: Demnach haben 17 Prozent der Wiener Klein- und Mittelbetriebe eine negati- ve Eigenkapitalquote oder Umsatzrendite. Nimmt man KMUs mit niedriger Eigenkapitalquote, 0 Prozent bis 10 Prozent, und niedrigem Gewinn vor Steuern, 0 Prozent bis 2,5 Prozent, dazu, sind 31 Prozent der Wiener KMUs gefährdet.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ich darf auch erinnern: Auch der Herr Bürgermeister hat sich in seiner Regierungserklärung für die Wirtschaftsförderung stark gemacht. Ich darf den Herrn Bürgermeister zitieren, „Die Wirtschaftsförderung wird weiterentwickelt. Eine noch zielgenauere Unterstützung von Klein- und Kleinstunter- nehmen soll positive Effekte mit sich bringen. Wir reden hier von jenen Unternehmen, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen.“ – So der Herr Bürgermeister in seiner Regierungserklärung. Ich wiederhole, Rechnungsabschluss 2010: 177 Millionen EUR, Rechnungsabschluss 2013: 110 Millionen EUR, das sind um 67 Millionen EUR weniger. Das kann doch nicht die weiterentwickelte, zielgenaue Unterstützung des Herrn Bürgermeisters in unserer Smart City sein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber unser Herr Bürgermeister hat vollkommen recht mit der Aussage. „Wir reden hier von jenen Unterneh- men, die den überwiegenden Teil der Wiener Wirtschaft ausmachen.“ Dazu noch eine weitere Schlagzeile: „Un- ser Wohlstand ist ein Erfolg der KMU.“ Dass diese Kür- zung der Wirtschaftsförderung für die KMUs sehr nach- teilig ist, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ist offen- sichtlich. Eine Schlagzeile im „WirtschaftsBlatt“ vor ein- einhalb Monaten lautete: „KMU benötigen häufiger För- derungen.“ Ich habe schon erwähnt, dass 31 Prozent der Wiener KMUs extrem gefährdet sind, damit sind auch fast ein Drittel der Arbeitsplätze in Wien bei den KMUs gefährdet.

Bei Großbetrieben wurden zuletzt 12 864 Arbeitsplät- ze abgebaut. Das hat sich natürlich auch auf die Arbeits- losenquote ausgewirkt. Im Mai 2014 lag Wien mit 10,8 Prozent an schlechtester Stelle. Der Durchschnitt aller anderen Bundesländer betrug 6,7 Prozent. Bei der Ar- beitslosenquote von 10,8 Prozent in Wien sind die in Schulung befindlichen Arbeitskräfte nicht berücksichtigt. Würde man diesen Personenkreis dazurechnen, hätten wir in Wien sogar eine Arbeitslosenquote von 15,2 Pro- zent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ein Denkanstoß: In Wien sind bei den KMUs 285 000 Perso- nen beschäftigt. Würde tatsächlich ein Drittel dieser Arbeitsplätze verloren gehen, wären das etwa 95 000 Arbeitsplätze, und das, sehr geehrte Frau Vizebürger- meister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre doch eine Katastrophe! Da müssten doch sofort Taten gesetzt werden und nicht Förderungen gekürzt werden!

Betrachtet man die Insolvenzstatistik im Bereich Un- ternehmensinsolvenzen, könnte man den Eindruck ge- winnen, dass die Unternehmensinsolvenzen rückläufig sind. Die Unternehmensinsolvenzen sanken in Wien um fast 15 Prozent. Gestiegen sind hingegen die Privatinsol-

venzen. Anzumerken ist, dass es sich bei den Privatinsolvenzen nicht nur um Privatpersonen im Sinne von Nichtunternehmen handelt. Ein wesentlicher Teil dieser Privatinsolvenzen betrifft Unternehmen, bei denen durch den Fristenlauf des Insolvenzverfahrens der Unternehmer den Insolvenzantrag erst einbringen konnte, nachdem der Rollbalken des Unternehmens unten war und somit diese Unternehmensinsolvenz zu einer Privatinsolvenz wurde.

Auf ein spezielles Problem dieser Unternehmen habe ich vorhin schon hingewiesen, nämlich auf die Eigenkapitalausstattung. Mangels Eigenkapital sind die Betriebe auf Fremdkapital angewiesen. Damit kommen wir schon zum nächsten Problem, auch dieses habe ich hier schon mehrmals erwähnt: Es sind die Bestimmungen von Basel II und Basel III. Die Banken haben mit Basel II als Begründung bereits vor mehreren Jahren ein eigenes Rating für die Kreditvergaben geschaffen. Und was bedeutet Rating für diese Betriebe? Nicht nur, dass sich die Kreditkosten enorm erhöhen, bei schlechtem Rating gibt es für viele solcher Betriebe überhaupt keine Kredite mehr, und das bedeutet Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenz. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sprechen Sie bitte mit den Banken, übernehmen Sie aber auch Haftungen für KMUs und gewähren Sie entsprechende Förderungen, anstatt die Wirtschaftsförderung zu kürzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Zuge der Debatte zum Budget 2014 hat Herr Kollege Strobl gemeint, dass die Gemeinde Wien unklug wäre, Haftungen zu übernehmen. Ich zitiere: „das kann doch nicht wirklich der Ernst der FPÖ sein, dass sozusagen, weil die Banken hier restriktiver vorgehen mit den Betrieben, mit den Unternehmungen, das gefälligst die Stadt Wien zu übernehmen hat. Na ja, das würden sich die Banken wünschen, dass wir so eine Vorgangsweise an den Tag legen würden, aber dafür stehen wir ganz sicher nicht zur Verfügung.“ – So deine Ausführungen, Kollege Strobl.

Ich kann mich aber diesen Überlegungen nicht anschließen. Erstens, die Gemeinde Wien trägt gegenüber KMUs eine komplett andere Verantwortung als die Banken, besonders in einer Smart City. Und zweitens: Ohne Rating läuft für KMUs gar nichts. Deine Überlegungen würden ja bedeuten, dass die Banken gegen die Bestimmungen des eigenen Ratings, aber auch des Kreditwesengesetzes verstoßen würden, und das glaube ich einfach nicht. Nur muss Wien das Haftungsrad ja nicht neu erfinden. Lösungen dieser Art gibt es ja schon in anderen Bundesländern. Zum Beispiel in Niederösterreich mit der NÖBEG. An dieser Gesellschaft sind zum Beispiel Land und Banken beteiligt. Einen Teil der Haftungen müssen somit die Banken mittragen. Solch ein Mischsystem müsste doch auch für Wien möglich sein.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, bitte verabsäumen Sie nicht, dem größten Arbeitgeber Wiens, den KMUs, die überlebensnotwendigen Unterstützungen im Interesse aller Wiener zu geben! *(Beifall bei der FPÖ.)* Sprechen Sie bitte mit den Banken, übernehmen Sie aber auch Haftungen für die KMUs und gewähren Sie entsprechende Förderungen, anstatt die Wirtschaftsför-

derung weiter zu kürzen! Denken Sie in Ihrer Smart City auch an die Probleme der KMUs, wobei ich „smart“ als „intelligent“ und nicht als „sparsam“ übersetze. Sparsam muss nicht immer intelligent sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Strobl. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Friedrich **Strobl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beginne jetzt gleich mit meinem Vorredner. Der letzte Satz hat mir sehr gut gefallen, den Du gesagt hast; aber ich möchte vor allem darauf eingehen, was du gesagt hast bezüglich der Haftungen und bezüglich dessen, dass du meinen Redebeitrag aus der Budgetdebatte zitiert hast, damit wir da nicht aneinander vorbeireden. Also, es gibt auch in Wien Instrumente wie zum Beispiel die Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft, wo die Stadt Wien, die Wirtschaftskammer, und so weiter und Banken beteiligt sind und wo es auch Haftungen gibt. Es war zufällig vor etwa zwei Wochen der Geschäftsführer dieser Gesellschaft bei mir und hat mir die Situation geschildert.

Dass es eine Kreditklemme gibt – du hast das Wort zwar nicht ausgesprochen, ich spreche es aus –, möchte ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das ist tatsächlich ein Problem durch Basel II und Basel III, das auf die Wiener Klein- und Mittelbetriebe zugekommen ist; wobei es schon viele Initiativen gegeben hat, um eine Verbesserung für diese Betriebe zu erreichen, unter anderem auch von der Stadt Wien; also da gibt es auch die gemeinsame Kreditaktion, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien.

Ich kann mich erinnern, wir haben zu Beginn der Krise die Förderung und die Möglichkeiten diesbezüglich verdoppelt und haben sehr viel dazu beigetragen, dass vor allem auch die Kleinstbetriebe zu den notwendigen Finanzierungen kommen können. Aber was ich hier wiederhole, ist ganz einfach die Tatsache, dass die Stadt Wien nicht quasi den Ersatz bringen kann, den die Klein- und Mittelbetriebe gegenüber den Banken brauchen würden. Das geht ganz einfach nicht. Das würde sich selbst die Stadt Wien nicht leisten können.

Es wundert mich, dass diese Vorschläge seitens der FPÖ kommen. Aber ich habe, glaube ich, auch das – das hast du natürlich nicht zitiert – 2013 gesagt: Das sind immer diese Vorschläge, die von der FPÖ kommen, nämlich: Wir sollen die Förderung dort erhöhen, auf der andere Seite sollen wir die Abgaben kürzen, und gleichzeitig müssen wir die Schulden abbauen. Das geht nicht, das funktioniert nicht! Wir können nicht auf der einen Seite mehr Geld ausgeben, auf der anderen Seite – was ihr wollt – weniger Geld einnehmen, und gleichzeitig sollen wir die Schulden abbauen. Das funktioniert nicht. Das ist die berühmte eierlegende Wollmilchsaue. Das ist, glaube ich, der Ausdruck diesbezüglich, das gibt es aber leider nicht.

Ich möchte noch einen Satz zur Wirtschaftsförderung sagen, denn – auch das ist mir ein Anliegen – diese

Vergleichszahlen hinken ein bisschen. Das zu vergleichen, wo noch die Garagenförderung drinnen war in der Wirtschaftsförderung, und jetzt zu sagen, dass die Wirtschaftsförderung von der Stadt Wien um ein Drittel gekürzt wurde, ist ganz einfach unfair, daher weise ich das zurück. Die Stadt Wien ist gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung sehr, sehr aktiv, nämlich in Zusammenarbeit, in Absprache mit der Wirtschaftskammer, in der Wirtschaftsagentur. Die Beschlüsse, die dort vorgenommen werden, sind alle einstimmig. Das funktioniert wirklich sehr, sehr gut.

Natürlich muss man sich immer wieder die Förderungen anschauen und evaluieren, ob das noch passt oder nicht. Das passiert auch. Das haben wir erst vor Kurzem gemacht – das ist jetzt, glaube ich, zwei Jahre her – und die Förderungen dementsprechend angepasst, nämlich genau auf die Bedürfnisse der Unternehmerinnen und Unternehmer der Kleinst- und Mittelbetriebe und auch der EPU's.

Wir haben in Wien eine gigantische Anzahl von E-PU's. Weit über 60 Prozent aller aktiven Betriebe in der Wirtschaftskammer sind Ein-Person-Unternehmen. Das ist eine immer stärker wachsende Gruppe, und auch diese Gruppe erfährt durch bestimmte Förderungen der Stadt Wien wirklich hohe Unterstützung.

Wenn wir schon bei der Wirtschaftsagentur sind, dann gehört auch das Thema Betriebsansiedlungen dazu. Ich glaube, die Frau Vizebürgermeisterin hat in ihren Ausführungen heute zu Beginn darauf hingewiesen. Ich glaube, wir haben im letzten Jahr wieder 133 Betriebsansiedlungen von internationalen Betrieben gehabt. Das ist wieder eine wirklich beeindruckende Zahl, wenn man sich das anschaut. In den letzten Jahren sind es weit über tausend internationale Betriebe gewesen, die sich hier in Wien angesiedelt haben, und das spricht nicht gegen den Wirtschaftsstandort Wien, sondern für den Wirtschaftsstandort Wien. Auch das sollte erwähnt werden.

Das führt mich auch zu dem Bereich, den der Kollege Neuhuber zu Beginn seiner Ausführungen angesprochen hat, nämlich was die Unzufriedenheit betrifft, die in der Bevölkerung spürbar ist und die man immer wieder in den Gesprächen bemerkt. Ja, das spüre ich auch, das höre ich auch, diese Unzufriedenheit, das möchte ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber es ist nicht so, dass da einfach vom mangelnden Reformwillen, und so weiter geredet wird. Es trägt schon einen Gutteil dazu bei, dass beispielsweise die Oppositionsparteien in diesem Haus ganz einfach nicht sachlich diskutieren, sondern Dinge herbeireden, die ganz einfach künstlich herbeiredet werden. Das ist ganz einfach so.

Da kommen wir gleich zum Thema Vermögenssteuer, weil auch das ist mir persönlich ein Anliegen, weil ich seitens der ÖVP immer wieder die gleichen Argumente höre. Ich sage Ihnen eines und der Kollege Margulies hat das, glaube ich, erwähnt: Wenn die ÖVP das System, so wie es jetzt ist, gerecht findet, dann ist das ihre Sache. Ich finde es beispielsweise nicht gerecht. Gestern war zum Beispiel der Herr Lhptm Niessl in der Pressestunde und hat das meiner Meinung nach sehr gut erklärt und es

hat jeder nachvollziehen können. Ich wiederhole das jetzt: Wenn Sie ... (*Aufregung bei GR Ing Mag Bernhard Dworak.*) Die 5 000 zum Beispiel, die 5 000 zum Beispiel. Wenn jemand eine Million besitzt, so ist diese eine Million frei. Gibt es eine zweite Million, so wäre für diese 0,5 Prozent an Vermögenssteuer zu bezahlen, und das wären dann 5 000 EUR. Was ist daran so ungerecht oder so schwierig? Überhaupt nichts.

Wenn wir das System so belassen, wie es derzeit ist, nämlich dass Einkommen aus Arbeit steuerlich stärker belastet wird als Einkommen aus Kapitaleinkünften, dann ist dieses System ungerecht und solange werden es die Menschen in diesem Land nicht verstehen (*Aufregung bei der ÖVP.*). Daher muss man das ändern. Das hat nichts damit zu tun, dass man sagt, zuerst muss eine Verwaltungsreform her, weil Sie ganz genau wissen, dass das nicht von einem Tag auf den anderen geht. Die Verwaltungsreform wurde schon in Angriff genommen, aber es dauert seine Zeit. Ja, da gibt es einiges zu tun. Da sind wir übrigens in Wien, glaube ich, sehr, sehr gut unterwegs. Da wird ständig überarbeitet und auch dementsprechend geändert. Das kann sich sehen lassen.

Ein Punkt ist mir wirklich auch persönlich ein Anliegen, das anzumerken, weil seitens der ÖVP, und zwar von den meisten Vertretern der ÖVP, immer wieder in Bezug auf die Vermögenssteuer der Mittelstand ins Spiel gebracht wird, im Übrigen auch von der FPÖ. Da möchte ich jetzt schon einmal eines klarstellen: Den Mittelstand, so wie er von einigen Vertretern der ÖVP und auch der FPÖ gesehen wird, definiere ich halt nicht als Mittelstand, das sage ich ganz ehrlich, weil bei Ihnen ist der Mittelstand offensichtlich bei denen, die eine Million besitzen (*Weitere Aufregung bei der ÖVP.*). Das ist bei uns nicht so der Fall. Der Mittelstand setzt sich aus Personen zusammen, und da sind Unternehmerinnen/Unternehmer und Selbstständige genauso dabei wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durchschnittlich ein Einkommen von, ich weiß jetzt nicht, 1 500 bis 3 500 EUR haben und damit ... (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.*) Und da reden wir nicht über eine Millionärssteuer oder eine Vermögenssteuer. Es geht noch weiter hinauf, Frau Kollegin, über die 3 500 EUR hinaus, wenn Sie bei der Millionärssteuer mitrechnen. Das verstehe ich ganz einfach nicht, aber es ist okay. Es ist die Position der ÖVP. Wir werden darauf hinweisen, dass es seitens der ÖVP und auch der FPÖ nichts anderes ist als ein in Schutz Nehmen der Millionäre. Wir vertreten halt die anderen. Schauen wir einmal, wie das dann bei den Wahlen ausgeht.

Und weil Sie die Umfragen erwähnt haben, Herr Kollege Neuhuber: Sie haben vergessen zu sagen, wo die ÖVP steht. Sie haben sich sehr mit Zahlen beschäftigt, aber die ÖVP haben Sie irgendwo, glaube ich, überlesen oder vielleicht ist sie in der ganzen Auflistung nicht mehr vorgekommen. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Ich habe gesagt „beide“!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um jetzt nicht zu lange zu werden, möchte ich zum Schluss kommen. Ich möchte ganz klar feststellen, dass die Stadt Wien gerade auch im Bereich Finanzen und Wirtschafts-

politik ihre Hausaufgaben sehr gut erledigt hat. Ich möchte mich an dieser Stelle auch beim Finanzdirektor und seinem Team ganz herzlich bedanken und würde mir wünschen, dass auch Sie dem Rechnungsabschluss zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 11 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Von meinem Vorredner habe ich gehört, dass die Opposition Dinge sehr gerne künstlich herbeiredet und nicht sachlich ist. Kollege Margulies hat gemeint, Ziel sollte sein, bei einer solchen Debatte den Erkenntnisstand zu erhöhen. Ich werde versuchen, den Wünschen zu entsprechen, wenn ich mich mit den PPP-Modellen in Wien auseinandersetze und einige Sätze, die ich heute von der Frau Vizebürgermeisterin gehört habe, auf diese PPP-Modelle, die es in Wien gibt, zur Anwendung bringe.

Ich habe gehört, Wien steht für eine risikoaverse Finanzgebarung und dafür, dass auf allen Ebenen alles transparent abläuft, dass es geradezu eine offensive Informationspolitik gibt, dass man absolut seriös und verantwortungsvoll mit Steuergeld umgeht, dass es Schachtelkonstruktionen nur bei privaten Wasserversorgern in England gibt und dass die Opposition schön bei den Fakten bleiben soll.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Das mag schon auf das eine oder andere zutreffen, was Sie in Ihrem Bereich machen und zu verantworten haben. Auf die PPP-Modelle Media Quarter St. Marx und auf das PPP-Modell TownTown trifft das mit Sicherheit nicht zu. Denn was ist bei TownTown risikoavers, wenn die Stadtwerke letztendlich auf Grund der Finanzierung des privaten Partners einen Verlust von 5 Millionen EUR zu verantworten haben? Was ist transparent bei diesen Modellen, wenn Sie mir auf mehrere Anfragen nicht antworten, weil Sie sagen, es tut Ihnen sehr leid, aber bei ausgegliederten Unternehmungen verweisen Sie auf Presseaussendungen und andere öffentlich zugängliche Stellungnahmen und werden dazu aber selbst nichts sagen? Da sind wir beim systemischen Webfehler, den sogar der Herr Bürgermeister schon festgestellt hat, wo man aber nichts davon hat, weil Sie keine Konsequenzen ziehen. Bitte, was ist absolut seriös und verantwortungsvoll, wenn man beim Media Quarter St Marx gar nicht weiß, wer sein wirtschaftlicher Partner ist? Und warum kritisieren Sie so die Schachtelkonstruktionen in England, wenn Sie selbst bei den Stadtwerken wie TownTown und auch beim Media Quarter Schachtelkonstruktionen haben, Treuhandschaften haben und mit Tochtergesellschaften und Enkelgesellschaften arbeiten? Ich darf Ihnen versichern, dass wir als ÖVP auch bei diesem Thema einmal mehr bei den Fakten bleiben. Wir berufen uns nämlich auf Kontrollamtsberichte und darauf, was betroffene Gesellschaften selbst zum Thema

sagen.

Beim normalen PPP-Modell ist es so, dass ein privater Partner eine Aufgabe der öffentlichen Hand übernimmt, weil er das besser kann, weil er besser wirtschaften kann, weil er bereit ist, ein Risiko zu übernehmen. Wie schaut das PPP-Modell á la Wien aus? Leider ganz anders.

Dort übernimmt die Stadt Wien Aufgaben, die normalerweise ein Privater übernimmt und ausführt. Dort übernimmt die Stadt Wien auch das Risiko und glaubt dann, weiter selber wirtschaften zu müssen, und erleidet im Regelfall auf Grund der übernommenen Risiken auch beträchtliche Verluste, so wie das bei den Immobilienentwicklungen immer wieder der Fall ist.

Es gibt zwei idealtypische Formen des PPP-Modells in Wien, die alles andere als ideal sind. Aber es gibt zumindest in der Theorie ein echtes PPP-Modell mit einem tatsächlichen privaten Partner, der auch mehr als 50 Prozent hält und dann im Regelfall sein sehr gutes Geschäft macht, und die Stadt Wien macht ein sehr schlechtes Geschäft. Dafür gibt's Beispiele sonder Zahl, darüber haben wir schon oft genug an dieser Stelle debattiert. Und dann gibt es ein zweites idealtypisches Modell. Das ist jenes, das gar kein PPP-Modell ist, ein sogenanntes Pseudo-PPP-Modell, wo die Stadt Wien weiterhin die Mehrheit hat, wo die Stadt Wien mit Treuhändern arbeitet, die die Interessen der Stadt Wien vornehmen, wahrnehmen, was eigentlich nichts anderes ist als ein In-sich-Geschäft. Das macht aus Ihrer Sicht Sinn, auch wenn es mittelfristig nicht vernünftig ist, denn Sie ersparen sich die Kontrolle durch den Gemeinderat, durch den Stadtrechnungshof, durch den Rechnungshof. Es ist das Bundesvergabegesetz nicht anzuwenden, es ist das Stellenbesetzungsgesetz nicht anzuwenden, und die Ausgaben scheinen nicht im Budget auf. Der Regelfall ist aber eine Kombination der beiden Typologien, nämlich dass dieses Modell sowohl ein schlechtes Geschäft für die Stadt Wien ist, als auch, dass sie mit einem Partner agiert, der nur Treuhänder ist. Diesen Nachweis hat ja der Stadtrechnungshof schon bei der IWS TownTown AG erbracht. Dort haben sich die Stadtwerke dazu entschlossen, eine Immobilie mit der Hilfe Privater zu entwickeln. Die Stadtwerke halten dort 44 Prozent der Anteile und seit dem Jahr 2009 hält die Donau-Finanz dort einen 26 prozentigen Anteil. Das bedeutet, dass man miteinander über der 50-Prozent-Grenze liegt, nämlich bei 70 Prozent. Man hat bei diesem Projekt allerdings einige Fehler gemacht. Man muss sich einmal vorstellen, dass man da ein Geschäft mit einem Privaten machen wollte und gesagt hat, der Private kann diesen 26-prozentigen Anteil nicht finanzieren. Die Stadtwerke haben allerdings eine Lösung: Sie sind bereit, diese 26 Prozent selbst zu finanzieren. Das heißt, man geht ein PPP-Modell mit einem privaten Partner ein und finanziert den Ankauf seines Anteils, im konkreten Fall 9,23 Millionen EUR. Man hat sich dafür Genussrechte einräumen lassen. Die Genussrechte mussten abgewertet werden und ein Verlust in der Größenordnung von 5,47 Millionen EUR ist entstanden. Ich frage mich, wieso die Wiener Stadtwerke eine solche Finanzierung vornehmen, wieso

sie ein solches Bankgeschäft machen, und warum überhaupt die Stadt Wien diesen Partner ausgewählt hat, wenn er seinen Anteil nicht selbst erwerben konnte?

Da gibt es von den Stadtwerken in der „Presse“ vom 1. März 2014 eigentlich eine ganz offene Antwort. Sie sagen tatsächlich: „Die Donau-Finanz erhält für die Anteilsverwaltung lediglich eine Verwaltungsgebühr. Alle darüber hinausgehenden Gewinne und Verluste werden an die Wiener Stadtwerke durchgeleitet.“ Das heißt, sie suchen sich einen privaten Partner, der gar nicht auf eigene Rechnung, sondern auf fremde Rechnung arbeitet, nämlich auf Rechnung der Stadt Wien und auch auf Risiko der Stadt Wien, und das ist ein Treuhänder oder anders ausgedrückt, ein Strohmännchen. Die Donau-Finanz sagt das auch auf ihrer Homepage. Dort steht, dass Ihre Aufgabe bei TownTown die Übernahme der Vertretung der Interessen der Stadt Wien ist. Sie machen das, nicht, weil Sie eine sinnvolle Wirtschaftspolitik betreiben, sondern Sie machen das, weil Sie die Kontrolle durch den Gemeinderat ausschließen wollen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie machen das, weil Sie die Kontrolle durch den Stadtrechnungshof und durch den Rechnungshof ausschließen wollen. Weil Sie nicht wollen, dass das Bundesvertragsgesetz anzuwenden ist. Ja natürlich, bei einer Beteiligung ab 50 Prozent wären alle Aufträge, alle Bauleistungen dort auszuschreiben. Sie wollen aber darauf Einfluss nehmen, wer die Bauleistungen dort erbringt. Es ist auch kein Stellenbesetzungsgesetz anzuwenden, wenn die Beteiligung unter 50 Prozent bleibt. Das Stellenbesetzungsgesetz sieht vor, dass Stellen im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ und in einer bundesweit erscheinenden Tageszeitung öffentlich auszuschreiben sind, dass die Besetzung ausschließlich auf Grund der Eignung der Kandidaten erfolgen darf, dass die Veröffentlichung der Besetzung wieder im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ erfolgen muss und dass beim Gehalt und bei den übrigen Bestimmungen des Dienstvertrages Vertragsschablonen anzuwenden sind. Das wollen Sie ganz einfach nicht. Sie wollen ohne Kontrolle und ohne die Vorgaben durch Gesetze so wirtschaften, wie Sie sich das vorstellen mit Ihren Wunsch Kandidaten, mit Bekannten von Ihnen, mit Freunden. Es wird immer wieder als Freunderlwirtschaft bezeichnet. Ich sage Ihnen, das ist verniedlichend. Ich möchte nicht den Ausdruck Freunderlwirtschaft verwenden. Es ist ganz einfach rechtswidrig, sich irgendjemanden als Käufer oder Partner zu nehmen, nur weil man ihn kennt.

Sie sind verpflichtet, den besten Partner zu finden, und Sie sind verpflichtet, den besten Preis zu erzielen! Beides machen Sie nicht! Sie sind verpflichtet, in einem Bieterverfahren den Besten ausfindig zu machen. Das ergibt sich auf Grund der Wiener Stadtverfassung. Das ergibt sich aus den Empfehlungen der Europäischen Kommission. Das ergibt sich aus den Stellungnahmen und Empfehlungen des Rechnungshofes. Und das ergibt sich auch aus dem Bundesimmobiliengesetz, wo überall ganz klar drinnensteht: „Liegenschaften der öffentlichen Hand sind im Zuge eines Bieterverfahrens zu verkaufen, um sicherzustellen, dass der bestmögliche Preis erzielt werden kann.“

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Bis jetzt haben Sie mir nicht geantwortet. Warum haben Sie den 26-Prozent-Anteil bei der Donau-Finanz durch die Stadt Wien beziehungsweise durch die Stadtwerke beziehungsweise durch die Alpha finanzieren lassen? Warum hat man eine Vereinbarung abgeschlossen, die für die Stadt Wien äußerst nachteilig ist? Und warum ist es letztendlich zu diesem Verlust von 5,47 Millionen EUR bei TownTown gekommen?

Ich habe hier zwei Beschluss- und Resolutionsanträge einzubringen, die eigentlich Selbstverständliches beinhalten. In dem einen steht drinnen, dass die Stadt Wien dafür sorgen soll, dass in Zukunft PPP-Modelle nicht mehr mit Treuhändern eingegangen werden. Und im zweiten steht drinnen, dass Liegenschaftsveräußerungen grundsätzlich nur im Zuge eines Bieterverfahrens erfolgen dürfen. Es ist eigentlich traurig, dass man solche Anträge stellen muss. Das sollte für eine Gebietskörperschaft wie die Stadt Wien eine Selbstverständlichkeit sein. Sie haben es zu verantworten, dass wir solche Anträge trotzdem stellen müssen, und Sie haben es auch zu verantworten, falls sie morgen nicht angenommen werden sollten! Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 12 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana, bitte schön. 15 Minuten.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich hoffe, Sie verzeihen mir alle, wenn ich jetzt nicht im Detail auf meine Vorredner, Vorrednerinnen und den Rechnungsabschluss der Stadt Wien eingehe, der natürlich ein hervorragender ist, Sie können das in meinem Protokoll der letzten Budget- und Rechnungsabschlussreden einlesen.

Es ist ja meine letzte Rede heute in diesem Haus als Gemeinderätin und da überlegt man sich natürlich, wie legt man es an, weil normalerweise hat man zwei Mal in diesem Haus ein bisschen eine erhöhte Aufmerksamkeit: Das erste Mal bei der ersten Rede und das zweite Mal bei der letzten Rede. Das hat sich in den 13 Jahren, in denen ich in diesem Haus bin, auch geändert, aber so ist es halt. Auch das ist manchmal ein frommer Wunsch. Ich kann Sie beruhigen, ich werde nicht zu lange werden, obwohl es verlockend ist, die Redezeit auszuschöpfen, denn die 15 Minuten, die ich heute hier habe, sind Luxus im Vergleich zu dem, was ich in Zukunft im Europäischen Parlament haben werde. Die Durchschnittsredezeit dort ist nämlich ein bis maximal zwei Minuten. Insofern ist es doch verlockend, es auszuschöpfen.

Ich denke, es fällt mir heute natürlich sehr leicht, denn es ist heute eigentlich keine Abschiedsrede. Mein Kollege Klubobmann Ellensohn hat es ja schon vorweggenommen. Wir haben ja das Rederecht in der rot-grünen Stadtregierung eingeführt. Es waren sehr schöne und produktive Koalitionsverhandlungen, die ich mit dem Herrn Bgm Häupl dazu hatte. Ich hab sie in bester Erinnerung. Ich hab mir das Rederecht quasi auf den Leib geschneidert, hab das damals natürlich nicht wissen können, aber manche Ereignisse im Leben kommen

dann doch unverhofft anders, als man denkt, so auch meine neue Funktion im Europaparlament. Es ist dann doch überraschend gewesen, also nicht ganz unvorhergesehen natürlich, ich war ja auf der Liste der GRÜNEN doch auf dem 3. Platz. Aber dann war es letztendlich doch ein überwältigendes Wahlergebnis, das wir bekommen haben, und ich denke, auch eine schöne Bestätigung für unseren Kurs eines Kurswechsels für Europa und für ein anderes Europa. Diese 15 Prozent stärken uns dort auch als Grüne Fraktion und sie erfüllen mir einen Traum, ich sage es ganz ehrlich. Es ist mir bewusst, Brüssel ist für manche ein Albtraum, für mich ist es ein positiver Traum so wie das andere Europa, das soziale, das ökologische und das menschengerechte Europa. An diesem möchte ich weiterarbeiten, auch und zusammen mit Ihnen, denn, wie gesagt, es ist eigentlich keine Abschiedsrede, nicht nur wegen des Rederechtes, das ich hoffe, das eine oder andere Mal ausüben zu können, sofern ich eingeladen werde. Aber auch, weil es eigentlich nur die Ankündigung einer Veränderung ist und ich den kommunalpolitischen Themen doch erhalten bleiben werde und auch eine starke Stimme für Städte im nächsten Europaparlament sein werde. Ich werde voraussichtlich den Regionenausschuss betreuen, auch für meine Fraktion, die GRÜNEN, im Europäischen Parlament koordinieren. Das wird weiterhin eine Verbindung des Europäischen Parlaments zu Regionen und Städten sein, denn ich denke, gerade bei der Aufwertung der Städtepolitik, auch der kommunalen Selbstverwaltung, haben wir mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrages noch Luft nach oben. Wir haben es mit dem Europaausschuss und den Subsidiaritätsrügen ja auch ein bisschen mit Leben erfüllt. Da ist sicher noch mehr drinnen. Meine Aufgabengebiete werden auch weiterhin die Strukturfonds und die Stärkung der städtischen Dimension in den Strukturfonds sein. Insofern werden wir auch hier in guter gemeinsamer Verbindung bleiben. Ich denke ... *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Ja ja, ich komme wieder, ich bin noch nicht weg.

Ich denke, eine der größten Herausforderungen für uns alle gemeinsam in diesem Themenbereich ist der Schutz der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Dienstleistungen. Das betrifft den sozialen Wohnbau, der heute schon von StRin Brauner und anderen angesprochen wurde. Da geht es auch wieder ums Wasser bei TTIP-Verhandlungen, bei TISA. Da geht es um die gesamte Frage der Infrastruktur, der sozialen Infrastruktur, der Bildung, der Gesundheit. Hier gewinnen wir in Brüssel nicht alleine. Da brauchen wir gemeinsame Kraftanstrengungen, ein gemeinsames Lobbying. Die so wichtigen öffentlichen Dienstleistungen sind ja kein Selbstzweck. Sie sind ja eine Dienstleistung im Interesse der BürgerInnen und für die BürgerInnen: Die Frage des Zuganges, die Frage der Leistbarkeit, die Frage der Versorgungssicherheit. Starke öffentliche Dienstleistungen sind eine Stärke und sind auch ein Standortvorteil. Wien macht das hervorragend.

Das bringt mich zu dem zweiten Thema, das ich im Europaparlament mit großer Freude vertreten werde, und das ist das Thema Arbeit und Soziales, wo ich nicht

nur mit meiner Kollegin Evelyn Regner sehr gut zusammenarbeiten werde, sondern auch unschätzbare Erfahrungen aus Wien mitnehme, insbesondere den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Danke auch an Kollegin Wehsely für die hervorragende gute freundschaftliche Zusammenarbeit der letzten Jahre. Das ist schon etwas, was Wien da anzubieten hat, das unterschätzt man hier manchmal. Wien und die Wiener Arbeitsmarktpolitik insbesondere wird als Vorbild in Europa gesehen, sei es die Wiener Ausbildungsgarantie, seien es innovative Dinge, die wir durchgesetzt haben wie die Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung, an Lehrlingsförderung. Das ist nicht nichts, da werden wir beneidet. Ich denke, das könnte man hier manchmal auch ein bisschen mehr sehen. Ich weiß, der Prophet/die Prophetin im eigenen Land zählt oft nichts, aber das ist schon etwas. Und dieser Leitgedanke des rot-grünen Wien ... *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Ein bisschen langsamer, ich muss alles in den 15 Minuten unterbringen. Dieser Leitgedanke „Ein Arbeitsmarkt für alle, niemand wird zurückgelassen, die Bildung als Schlüsselfaktor“ ist schon etwas, das ich auch mit dem guten Geist der Zusammenarbeit der letzten Jahre nach Brüssel tragen will und auch wieder aus Brüssel hier mit diesem Haus verbinden will, so ich im Rahmen des Rederechtes Gelegenheit haben werde, hier zu sprechen.

Mein drittes Thema ist auch ein Herzensthema. Es wird das Frauenthema sein, wo uns im Europaparlament dieselben Themen beschäftigen wie auch hier im Gemeinderat, ein Thema, bei dem man sieht, man kann die verschiedenen Ebenen politisch eigentlich nicht mehr trennen. Europa, nationale Ebene, Gemeindeebene, es sind dieselben großen Fragen, die uns beschäftigen: Fragen der Gleichstellung, Fragen der Frauenbeschäftigung, Fragen des sozialen Schutzes, Väterkarenz haben wir dort als starkes Thema. Ich nehme die positiven Erfahrungen des Papa-Monats und der Einkommens-transparenzberichte mit, die ich die Freude hatte, hier mitzuverhandeln und auch als einen Erfolg der rot-grünen Regierung zu sehen. Ich denke, da wird es sicher auch den einen oder anderen Anknüpfungspunkt für weitere gemeinsame Kontakte geben.

Was nehme ich mit aus den 13 Jahren Kommunalpolitik? Es ist eine verdammt spannende Ebene, diese Kommunalpolitik: Man ist ganz nah an den Bürgern, an den Bürgerinnen. Das ist das Schöne. Es kommt etwas zurück. Man spürt es, wenn man etwas umsetzen kann, wenn ein Projekt gut gelungen ist, wenn man Menschen helfen kann, gerade in der Arbeitsmarktpolitik. Das ist schon was Schönes und das wird mir auch fehlen. Aber es ist ein besonderer Reiz, jetzt auch für das Leben von über 500 Millionen Menschen verantwortlich zu sein und hier Verbesserungen und Veränderungen herbeiführen zu können. Diese Chance hat man nicht alle Tage in Europa und ich behandle diese Chance mit großem Respekt vor einer sehr großen Aufgabe. Ich denke, ich kann hier die Erfahrungen aus der Kommunalpolitik und auch die Erfahrungen und Erfolge mit Rot-Grün sicher entsprechend mitnehmen.

Was ich abschließend vielleicht noch sagen möchte -

ich werde nicht zu pathetisch, das liegt mir nicht, oder ich weiß nicht, vielleicht liegt es mir doch? Keine Ahnung, das müssen die beurteilen, die mich kennen. Ich würde mir wünschen, dass die Europapolitik insgesamt ein bisschen einen höheren Stellenwert in der Kommunalpolitik erhalten würde, auch in der täglichen Arbeit von uns Kommunalpolitikern. Jetzt sag ich noch „uns“. Es stimmt ja, man bleibt immer Kommunalpolitikerin. Also es ist Kommunalpolitik, Europapolitik und vice versa, und ich werde das auch sicher nicht ablegen. Ich würde mir wünschen, dass der Europaausschuss in der nächsten Periode noch ein bisschen aufgewertet wird, auch im Sinne des Internationalen. So heißt er ja auch: „Ausschuss für Europa und Internationales“. Da ist sicher wirklich noch Luft nach oben, den Ausschuss nicht nur auf Subsidiaritätsstellungen zu beschränken, wie wir es eh nicht gemacht haben. Wir haben ja versucht, ihn mit Leben zu erfüllen, meine liebe Kollegin Sissi Vitouch, sie ist jetzt gerade nicht im Raum, und Kollege Woller, mit denen ich im Rahmen des Europaausschusses sehr gut zusammengearbeitet habe. Bitte ihnen auch meinen Dank auszusprechen.

Ich denke, da haben wir eine gemeinsame Verantwortung, die Kommunalpolitik auch immer wieder mit der Europapolitik zu verknüpfen und gemeinsam für ein soziales, friedliches und solidarisches Europa zu kämpfen. Wenn ich sage, gemeinsame Kraftanstrengung, dann meine ich es auch so. Ich meine das auch über alle Parteien hinweg, denn es ist nicht nur der soziale Zusammenhalt gefährdet durch steigende Armut, Working Poor, Ausgrenzung von Frauen, Jugendlichen, anderen Gruppen aus dem Arbeitsmarkt und aus der Existenzsicherung. Es sind auch der Friede und die Demokratie in Europa gefährdet. Und ich glaube, das ist vielen Menschen, auch vielen jungen Menschen vielleicht gar nicht so bewusst. Schauen wir nach Ungarn: Über 20 Prozent Rechtsradikale! Schauen wir in die EU-Parlamente: In über der Hälfte der EU-Parlamente sitzen bereits rechts-extreme und rechtsnationale Parteien. Das halte ich für Europa, für die europäische Idee und für den sozialen Zusammenhalt für eine große Gefahr. Ich denke, da haben wir eine Aufgabe, Frieden und Demokratie zu sichern und sie auszubauen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Dazu bin ich immer gestanden. Ich bin der Überzeugung, dazu müssen wir Europa verändern, um diese gemeinsame Idee zu retten und eine gemeinsame Kraftanstrengung auch üben.

Was ich vermissen werde? Ja, die Redezeit, ich habe es schon angesprochen. Das wird eine Herausforderung mit einer Minute! Ich werde das Rathaus vermissen, das Gebäude. Das kann man sich schwer vorstellen, aber im Vergleich zum Europaparlament ist das Rathaus wohnlich, übersichtlich (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*). Man hat sicher ein gutes Rüstzeug, wenn man sich in diesem Haus zurechtfindet, dass man es auch im Europaparlament tut. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ja, das Abschiednehmen ist ein konstituierendes Element von sozialen Systemen. Das klingt gescheit, gell, den hat mir meine Mitarbeiterin aufgeschrieben, ein schöner Satz, den muss ich bringen. Stimmt ja auch.

Jetzt kommt der unangenehme Teil, das sind die Danksagungen. Unangenehm deshalb, weil sie unangenehm für den Redner/die Rednerin sind, weil man immer wen vergisst und der/die ist dann nachher tödlich beleidigt. Es ist für sie unangenehm, weil sie entweder hoffen, erwähnt zu werden oder enttäuscht sind, erwähnt zu werden oder eben nicht erwähnt werden wollen. Deshalb mache ich es einfach kurz und übe die eine Minute Redezeit. Bitte schauen Sie, Herr Vorsitzender, ob ich das schaffe.

Ich danke meinem Klub für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung in den letzten Jahren und auch für das Verständnis, dass ich mich nicht immer auf die Wiener Kommunalpolitik im engeren Sinn konzentrieren konnte und auch örtlich viel weg war.

Ich wünsche meinem Nachfolger Martin Margulies viel Glück als - ach so, du wirst ja erst gewählt. Aber ich kann dir schon sagen (*Allgemeine Heiterkeit.*), du bist schon vorgeschlagen worden, ich plaudere ja nichts aus, als Vierter Vorsitzender des Wiener Gemeinderates. Ich bin gespannt, wie du das mit den Ordnungsrufen hältst! (*Weitere Heiterkeit.*) Ich wünsche meinem Klubobmann David Ellensohn viel Glück, dass er von meinem Nachfolger Martin Margulies nicht gleich das Wort entzogen bekommt, wenn er das Rednerpult betritt, wie es ja eine nette Anekdote aus meiner ersten Sitzung als Vorsitzende war. Ich wünsche meiner Nachfolgerin als stellvertretende Klubobfrau, Jennifer Kickert, viel Glück. Das ist im nächsten Jahr auch keine leichte Aufgabe. Und stellvertretend auch meiner Nachfolgerin im Gemeinderat, Ingrid Puller, die heute noch nicht hier ist.

Ich bedanke mich beim Koalitionspartner. Ich hatte das Privileg einer ausgezeichneten Zusammenarbeit in allen Bereichen. Ich weiß das zu schätzen und es war eine, wie ich schon sagte, freundschaftliche, sehr respektvolle Arbeit. Ich bedanke mich beim Klubobmann Schicker. Ich bedanke mich beim gerade jetzt nicht anwesenden Bgm Häupl auch für das immer offene Ohr. Ich bedanke mich auch beim Gemeinderatsvorsitzenden Godwin Schuster und bei meinen Kollegen Reindl und Kowarik für die respektvolle Zusammenarbeit, bei allen Stadträtinnen - in dem Fall eigentlich jetzt wirklich mit kleinem i -, mit denen ich enger zusammenarbeiten durfte, den Kolleginnen Brauner und Frauenberger und ihren Büros, wo wir auch immer sehr unbürokratisch Dinge handeln durften. Die GemeinderätInnen Vitouch, Woller, Wehsely, Meidlinger, Krotsch und Ekkamp will ich für jene, mit denen ich etwas mehr zu tun hatte, hervorheben und mich auch bedanken und hoffe, dass wir noch weiter in der einen oder anderen Rolle miteinander zu tun haben werden. Ich bedanke mich beim Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, beim Städtebund, beim VÖWG, die Namen zähle ich nicht alle auf, und bei den anderen Fraktionen, wo ich für Anliegen auch immer ein offenes Ohr gefunden habe und einen respektvollen Umgang trotz unterschiedlicher Auffassungen.

Ich wünsche meiner Kollegin Barbara Kappel alles Gute. Es wird für dich in den kommenden fünf Jahren auch nicht leicht, mal sehen, wie das wird mit oder ohne Fraktion.

Auf ein Wiedersehen! Herzlichen Dank, für ein soziales Wien und Europa! (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit, liebe Monika, war 13 Minuten und 17 Sekunden. (*GRin Dr Monika Vana ist durch eine Blumenübergabe von GR David Ellensohn abgelenkt.*) Monika? Deine Redezeit war 13 Minuten und 17 Sekunden, also für deine Statistik. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Aber die wirst du lange nicht mehr haben.

Ich möchte mich mit einem lachenden und einem weinenden Auge von dir verabschieden, auch persönlich. Mit einem lachenden Auge, weil du eine neue Herausforderung angenommen hast, gewonnen hast, dir das Vertrauen geschenkt wurde und für diese Aufgabe auch immer gearbeitet hast. Ich wünsche dir viel, viel Erfolg!

Mit einem weinenden Auge, weil wir, und auch ich, eine sehr, sehr gute Kollegin verlieren, der das Herz übergeht, was wir auch heute gehört haben, wenn es um inhaltliche Fragen geht, aber auch im persönlichen Umgang. Du bist sicher eine derjenigen im Haus, die bei aller Unterschiedlichkeit bei allen Fraktionen und bei allen Mitarbeitern immer gut angekommen ist, und das nicht, weil du allen recht gegeben hast, sondern auch weil du überall und immer deine Meinung gesagt hast und auch akzeptiert hast, wenn andere nicht immer deiner Meinung waren.

In diesem Sinne wünsche ich dir viel, viel Erfolg. Es sind fünf Jahre. Wer weiß, was nach fünf Jahren passiert. Vielleicht bleibst du, vielleicht kommst du wieder zurück, vielleicht gehst du woanders hin. Danke für deine Arbeit, für deinen 13-jährigen Einsatz für die Stadt Wien und für deinen zukünftigen Einsatz für die Stadt Wien im Europäischen Parlament. In dem Sinn alles Gute, bleib' gesund, hab' weiterhin viel Spaß und genieße das Leben in Europa! Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall.*)

Zum Wort gemeldet ist nun die Nächste, die auch geht, und zwar die Frau GRin Mag Dr Kappel. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Monika!

Besser hätte man das eigentlich nicht koordinieren können, dass wir beide unsere Reden hintereinander halten können. Danke somit den Klubdirektoren beziehungsweise der Präsidiäle, die das in weiser Voraussicht eingeteilt haben, dass zwei, die sich nach Europa verabschieden, hier nacheinander reden können.

13 Jahre warst du da, liebe Monika, ich kann nur auf 4 Jahre verweisen. Das ist natürlich eine ganz andere stattliche Zahl, vier Jahre. Aber in diesen vier Jahren habe ich viel gelernt. Ich bin sehr dankbar, dass ich diese vier Jahre in der Kommunalpolitik verbringen durfte. Mir war am Anfang die Wichtigkeit nicht so recht bewusst. Aber es ist wichtig, denn die Kommunalpolitik ist aus meiner Sicht das Handwerkszeug eines jeden Politikers. Wer die Kommunalpolitik nicht versteht, wer mit Kommunalpolitik nicht kann, der kann auch nicht in höhere Positionen - höher ist das falsche Wort - in andere Positionen hineinwachsen und diese ausfüllen, weil er

die Kommune nicht versteht. Und genau aus diesem Grund bin ich froh und dankbar für diese vier Jahre.

Ich bin auch meiner Fraktion sehr dankbar, die mich vier Jahre lang gut eingewiesen, gut eingeschult und gut getragen hat. In dieser Zeit habe ich auch viele Freunde gewonnen. Gerade im politischen Umfeld ist das nicht selbstverständlich, bei uns war das so. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bei euch bedanken. (*Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.*)

Ich möchte mich aber auch bei den Kollegen der anderen Fraktionen bedanken, insbesondere bei denen, die einen konstruktiven Austausch mitgetragen haben. Sie haben in den letzten vier Jahren sicherlich feststellen können beziehungsweise an meinen Wortmeldungen in den letzten vier Jahren erkennen können, dass ich eine Sachpolitikerin bin, dass es mir immer um die Sache geht. Da gab es viele, mit denen man über die Sache gut reden konnte, großen Dank dafür. Natürlich gab es auch die eine oder andere Kritik. Diese soll und muss man aufnehmen. Ich bin der Überzeugung, man wächst an konstruktiver Kritik. Auch dafür bin ich äußerst dankbar, und das hat mir gut getan. Ich hoffe, dass auch das eine oder andere, das ich hier in diesem Haus angeregt habe, bei Ihnen vielleicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Die vier Jahre, die ich hier verbringen durfte, in denen ich Kommunalpolitik und das Handwerkszeug der Kommunalpolitik lernen durfte, sind eigentlich auch vier Jahre, die zur Vorbereitung für Europa dienten. Zwar habe ich es vor vier Jahren nicht darauf angelegt, für Europa zu kandidieren, aber insbesondere im Europaausschuss habe ich gelernt, dass Kommunalpolitik auch Europapolitik und Europapolitik Kommunalpolitik ist und somit nicht zu trennen ist. Ich hoffe natürlich, dass meine Fraktion im nächsten Jahr an mich denken wird, wenn es um die Europadebatte geht und die Europaabgeordneten der Fraktionen hier sprechen dürfen. Auf jeden Fall würde ich mich sehr freuen, wenn ich 2015 in diesem Haus wieder das Wort ergreifen dürfte, wenngleich nicht als Gemeinderätin, sondern als Mitglied des Europäischen Parlaments.

Meine Ausschüsse, 15 im nächsten Jahr, sind ganz andere als die, die Monika Vana ausgesucht hat. Meinem Aufgabengebiet werde ich treu bleiben, nämlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ich habe mich für zwei Ausschüsse angemeldet. Das ist zum einen der Ausschuss ITRE für Industrie, Forschung, Entwicklung und Energie, wobei ich mich besonders auf die Energiethemen fokussieren möchte. Der zweite ist der ECON-Ausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Währung, wo es um die ganzen großen Themen der europäischen Wirtschaftsagenda geht. Ich denke, dass dies Themen sind, die in den nächsten fünf Jahren zu den zentralen Themen in der europäischen Politik gehören werden, denn Wachstum, Stabilität, Arbeitsplätze sind für die Kommune wichtig, aber auch für Europa, und genau da möchte ich mich einbringen.

Jetzt habe ich die Hälfte meiner Redezeit für meine Abschieds- oder Nichtabschiedsrede verwendet. Doch jetzt würde ich gerne noch auf den Rechnungsabschluss eingehen, denn vier Jahre erlauben es noch nicht, die

gesamte Redezeit der Europadebatte zu widmen. Neben dem Rechnungsabschluss würde ich gerne noch auf ein paar Dinge eingehen, die die Frau Vizebürgermeisterin heute gesagt hat. Einiges war dabei war, das auch mir sehr gut gefallen hat, nämlich der Wunsch, dass Wien eine Gründerhauptstadt wird. Genau das wünsche ich mir auch.

Ich glaube, im Namen meiner Fraktion und all derjenigen, die einen guten Ansatz haben, sprechen zu können, dass sie sich das ebenso wünschen. Nur befürchte ich, dass dies aus Gründen, die heute schon genannt wurden, nicht möglich sein wird. Österreich ist mit 45,4 Prozent Steuerquote ein Hochsteuerland. Das ist der 8. Platz weltweit und wir liegen damit zwischenzeitlich sogar schon vor Schweden! Auch die Lohnnebenkosten sind in Österreich mit 49,1 Prozent extrem hoch. Wir haben die dritthöchsten Lohnnebenkosten in der OECD. Abgesehen von diesen beiden Gründen gibt es auch noch einen dritten Grund: Wir haben keine alternativen Finanzierungsformen. Wir haben kein Crowdfunding. Wir haben diese Formen, die Forscher und Entwickler brauchen, nicht. Gerade wenn man von der Uni kommt, wenn man Start-ups gründen will, haben wir diese Kultur und diese Finanzierungsformen nicht. Wenn sich maßgebliche Rahmenbedingungen in Österreich nicht ändern, befürchte ich, dass es mit dieser Gründerhauptstadt nichts werden wird. Aus diesem Grund ist es wichtig, daran zu arbeiten, dass sich diese maßgeblichen Rahmenbedingungen ändern. Eine dieser maßgeblichen Rahmenbedingungen ist eine Steuerreform. *(Beifall bei der FPÖ.)* Eine Steuerreform, die nicht auf die lange Bank geschoben werden soll, sondern eine Steuerreform, die es jetzt schon geben soll und die in einem ersten und Sofortschritt die Abschaffung der kalten Progression beinhalten soll. Diese kalte Progression, die heute auch schon einmal angesprochen wurde, zieht den Menschen, den österreichischen Arbeitnehmern, seit 24 Jahren das Geld aus der Tasche, weil die automatische Inflationsabgeltung in Österreich nicht gegeben ist. Ich darf Ihnen sagen, in vielen europäischen Ländern ist diese gegeben, bei uns jedoch nicht. Deshalb sollten wir alle gemeinsam, so wie wir hier sitzen, auf die österreichische Bundesregierung einwirken, die kalte Progression sofort abzuschaffen. Alle Fraktionen haben heute gesagt, dass dies ein unhaltbarer Zustand ist. *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Mag Barbara Feldmann und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ein zweiter, ganz wesentlicher Punkt, der auch relativ schnell umsetzbar oder im nächsten Jahr vielleicht im Rahmen einer Steuerreform umzusetzen ist, ist die Absenkung des Eingangsteuersatzes. Es ist nicht einzusehen, dass man bei einem Verdienst von 11 001 EUR im Jahr über 36 Prozent Steuer zahlt. Deshalb sagen wir, der Eingangsteuersatz ist auf 25 Prozent abzusenken, und auch die nächsten Steuergruppen und Tarifstufen sind abzusenken. Erst bei einer Höchstbeitragsgrundlage von 80 000 EUR soll der Höchststeuersatz gelten, bis dahin weniger. Ich meine, es trifft uns ja alle hier. Wir fallen alle in die 50-Prozent-Klasse. Somit sind wir eigentlich alle Bestverdiener in Österreich. Bestverdiener

ist aber nicht gleich Bestverdiener. Deshalb sagen wir, das muss angehoben werden, und gleichzeitig muss der Eingangsteuersatz reduziert werden, um die untersten oder niedrigen Einkommensschichten zu entlasten.

Vermögenssteuer wurde heute angesprochen. Wir sind gegen eine Vermögenssteuer, weil eine Vermögenssteuer mittelfristig eine Mittelstandssteuer ist, denn Sie können Finanzvermögen nicht in Österreich halten, weil Finanzvermögen beweglich ist. Und was bleibt dann zu besteuern? Das sind die Firmen mit ihrer Substanz, die Arbeitsplätze schaffen, welche Sie aber nicht besteuern sollten, weil sonst Arbeitsplätze verloren gehen. Und es wurde heute schon einmal gesagt: Wien hat im letzten Jahr über 12 000 Arbeitsplätze verloren. Wenn Sie heute eine Substanzbesteuerung für Unternehmen einführen, dann erhöht sich diese Zahl, und Wien wird als Standort für Unternehmen unattraktiv. Das wollen wir nicht, ganz im Gegenteil. Wir alle, und das einigt auch alle Fraktionen, wollen, dass die Stadt prosperiert und attraktiv für Betriebsansiedelungen ist. Betriebsansiedelungen bringen Wohlstand, bringen Arbeitsplätze und genau das ist es, was am Ende dieses Land und diese Stadt ausmacht. Dafür wollen wir doch alle gemeinsam einstehen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 9 Minuten.

Frau Dr Kappel! Ich möchte Ihnen auch von meiner Seite für Ihr Engagement im Wiener Gemeinderat danken. Ich habe Sie ja im Finanzausschuss und im Kontrollausschuss - da haben wir enger zusammengearbeitet - immer als eine sehr sachorientierte Politikerin erlebt, auch als Expertin im Finanz- und Wirtschaftsbereich, und möchte mich auch für Ihre Inputs bedanken. Ich wünsche Ihnen in Brüssel im Europäischen Parlament viel, viel Erfolg. Bitte behalten Sie diese sachliche und kompetente Politik bei. Das ist ein wichtiger Beitrag auch für Europa. Vielleicht sehen wir uns nächstes Jahr hier im Haus wieder. Alles Gute, auch viel Gesundheit und viel Spaß bei der neuen Aufgabe! Danke schön. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zum Wort gemeldet ist nun Frau GRin Mag Tanja Wehsely. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten, und sie wird im Gemeinderat bleiben. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, das freut mich sehr, lieber Herr Vorsitzender, wenn das jetzt schon so fix ist!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Bis zur Wahl zumindest.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(fortsetzend)*: Danke *(Heiterkeit bei GRin Dr Monika Vana und GR David Ellensohn.)*, danke vielmals!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zuerst auch von meiner Seite und ich glaube, ich spreche auch für meine Fraktion: Alles Gute, Frau Dr Kappel, in Brüssel! Sie haben ja selber gesagt, Sie sind Sachpolitikerin und ich denke mir, auch in einer Fraktion, so es eine geben wird, von Rechten, Rechtspopulisten, nationalen Kräften in Europa, ist wahrscheinlich die eine

Stimme der Vernunft nicht schlecht. Deswegen hoffe ich, dass Sie die mitnehmen und ich glaube, da kann man durchaus auch auf Sie bauen.

Aber, liebe Monika Vana, ich möchte mich auch ganz, ganz herzlich bei dir bedanken. Ich möchte dir auch wirklich von Herzen alles Gute wünschen. Ich weiß, dass du schon lange sehr hart dafür gearbeitet hast und dir das auch sehr gewünscht hast. Dass wir ein bisschen, nicht enttäuscht sind, das ist falsch, aber schon auch ein bisschen traurig sind, also ich auch im WAFF, über diese Art der Zusammenarbeit, das darf ich auch sagen. Es war nämlich ... (*GRin Dr Monika Vana: Art der Zusammenarbeit?*) Unsere Zusammenarbeit im WAFF. Nein, dass du weggehst. Nein, nein, nein, nein, das natürlich nicht, aber dass es so nicht mehr sein wird. Also ich habe ja schon nachgefragt, ich hoffe auf einen guten Ersatz. Aber oft sagt man, es kommt nichts Besseres nach. Wir werden das sehen. Aber nein, ich bin sozusagen ... (*Zwischenruf von GR David Ellensohn.*) Wie? Herr Klubobmann! Es war eine, glaube ich, Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Es war eine freundschaftliche Zusammenarbeit, eine kollegiale Zusammenarbeit entlang auch durchaus ähnlicher Vorstellungen, was Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik in unserem Rahmen und auch durch Vorgabe der Stadt und Renate Brauner heißen kann. Wir haben auch unsere Vereinbarungen des Koalitionsabkommens abgearbeitet und sind nicht ganz fertig, aber fast. Es ist de facto alles in Vorbereitung. Das heißt, wir haben, so wie es sich für fleißige und man kann durchaus auch sagen kompetente Gemeinderätinnen - mit kleinem i – gezielt, zusammengearbeitet und immer auch darauf geschaut, dass natürlich die Punkte Frauen, Frauen am Arbeitsmarkt, Gleichstellung, Vereinbarung keinesfalls zu kurz kommen und dass insbesondere in Krisenzeiten, wie wir sie jetzt in letzter Zeit auch erleben mussten, dieser Punkt nicht unter den Tisch fällt. Es passiert nur allzu leicht, dass scheinbar Nebensächliches unter den Teppich gekehrt wird, wenn es um größere Dinge geht. Das ist uns, glaube ich, nicht passiert. Wir haben darauf geachtet. Wir haben auch gemeinschaftlich die Vorgabe des Herrn Bürgermeisters erfüllt, dass wir uns lieber um ein paar Straßen streiten als über die wichtigen Dinge wie Arbeitsmarkt, Soziales, Frauenfragen. Und deswegen noch einmal alles, alles Gute und ein großes Danke! Wir haben immer auch die große Aufgabe vorangestellt, sich um Jugendbildung und -beschäftigung in der Stadt zu kümmern, um die Wiener Ausbildungsgarantie und den auch schon angesprochenen Wiener Qualifikationsplan 2020. Wir wissen, dass in Wien die Problematik am Arbeitsmarkt insbesondere das allgemeine Wirtschaftswachstum ist und wir ab ungefähr 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum damit rechnen können, dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Wir haben für die nächsten Jahre Prognosen unterschiedlichster Art gehabt: 1,7 Prozent. Wir wissen daher, es werden noch schwierige Zeiten auf uns zukommen. Aber auch dafür sind wir im Rahmen dessen, was wir in Wien tun können, mehr als gewappnet.

Renate Brauner hat es schon gesagt, man muss die Waage finden und das Zusammenspiel aus Investition,

nötigen Reformen und Beseitigung von Doppelgleisigkeiten, aber gleichzeitig auch wirklich viel an Investition in dieser Stadt leisten. Das haben wir gemacht. Wir haben Milliarden in Soziales, in Bildung, in Unterstützung für Arbeitssuchende und für Beschäftigte investiert. Wir haben mit dem Wiener Qualifikationsplan 2020 eine der, glaube ich, zukunftsweisendsten und interessantesten Strategien im Bereich der Qualifikation und der Arbeitsmarktpolitik in Österreich vorgelegt, wo es darum geht, wirklich kooperative und gemeinsame Strategien zu finden, was die Unterstützung von Geringqualifizierten in unserer Stadt betrifft. Es sind alle darauf committed, Sozialpartner und Sozialpartnerinnen an Bord. Wir haben gemeinsam mit Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer, WAFF, AMS, Fond Soziales Wien, Bundessozialamt, Stadtschulrat, alle maßgeblichen Stellen, schon 2013 ein gemeinsames Memorandum und einen gemeinsamen Plan aus der Taufe gehoben, die da heißen: Die Anzahl der Geringqualifizierten in unserer Stadt zu senken, darauf zu achten, dass Nostrifikationen und Nostrifizierungen, also die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen, besser, früher und schneller anerkannt werden. Wir haben uns einmal mehr und in Wirklichkeit schon kontinuierlich, liebe Frau Vizebürgermeisterin, seit 2007, 2008, für die Wiener Ausbildungsgarantie committed. Das ist, so wie es auch Monika Vana gesagt hat, in Europa sehr, sehr anerkannt. Ich durfte erst unlängst mit einigen Kolleginnen und Kollegen unserer Wiener Produktionsschule Spacelab persönlich darüber sprechen, wie die Dinge so laufen, wie sie mit den Jugendlichen auskommen und welche Unterstützungsleistungen sie ihnen bieten können. Ich gehe davon aus, dass Sie alle unsere Wiener Produktionsschule Spacelab kennen, wo wir hoffentlich heuer noch einen weiteren Standort eröffnen werden können. Diese Kolleginnen und Kollegen, kann ich Ihnen mitteilen, sind sehr, sehr engagiert und sehr, sehr stolz darauf, in einem europäischen Vorzeigeprojekt wie der Wiener Produktionsschule, die ich jetzt als pars pro toto für insgesamt die Wiener Ausbildungsgarantie explizit hervorheben möchte, in so einem Projekt auch arbeiten zu können. Sie sagen, sie sind natürlich auch immer wieder in verschiedenen Konstellationen in Europa eingeladen, um dort über Jugendarbeitsmarktpolitik zu beraten und sich auszutauschen, weil es ja auch stimmt, dass Jugendarbeit, Jugendarbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen eine europäische Angelegenheit ist. Das heißt, man muss sich auch auf Ebene der Projekte in Europa austauschen. Die arbeitslosen Jugendlichen der anderen Länder haben auch uns anzugehen. Wir haben unsere Modelle, die wir fahren, auch in Europa vorzustellen und dort zu unterstützen. Die sind immer wieder stolz, dass sie ein europäisches Vorzeigeprojekt haben. Überall, wo sie hinfahren, wird sehr, sehr interessiert zugehört, dass wir in der Produktionsschule ganz besonders die viel angesprochenen NEETs-Jugendlichen - Not in Education, Employment or Training - ganz besonders fördern, dass wir aufsuchende Arbeit haben, um sie zu finden und aufzusuchen und dass wir in verschiedenen Modulen, auch Bildungsmodulen, Abschlüsse und ein Weiterkommen und eine In-

tegration in den Arbeitsmarkt anbieten. Deswegen ist diese Produktionsschule Spacelab für Jugendliche in unserer Stadt auch ein Maßstab für eine gelingende Ausbildungsgarantie und dafür, dass wir mit unseren Modellen Best Practice in Europa sein können, sozusagen Europa auf uns schaut und unter anderem diese Produktionsschule auch gerne bei sich verwirklichen würde. Es geht um Deutschland, es geht um skandinavische Staaten, auch um südliche Nachbarn, aber wir sind da wirklich ganz, ganz vorne mit dabei.

Wir haben seit 2009 in unserem Einsatz, was Soziales, Bildung und Beschäftigung betrifft, nicht nachgelassen und das nicht nur für Jugendliche. Es wurde immer gesagt, von Renate Brauner genauso wie von der Stadträtin für Soziales und vom Stadtrat für Bildung: Arbeitsmarktpolitik ist Sozialpolitik ist Bildungspolitik. Das hängt alles zusammen. Wir müssen gemeinsam Konzepte erarbeiten. Deswegen hat der ungebrochene und keinen Millimeter zurückweichende Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit Toppriorität in dieser Stadt und auch Toppriorität nicht nur im WAFF, sondern auch in allen anderen Einheiten der Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir wissen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Bildungsabschlüssen immer noch das Heer der Arbeitslosen in dieser Stadt stellen, und dass Menschen mit geringer Qualifikation oder nur Pflichtschulabschluss zu 50 Prozent und mehr davon betroffen sind, arbeitslos zu sein und arbeitslos zu werden. Das heißt einmal mehr, Priorität ist, Abschlüsse nachholen, Umschulen, Aufschulen, Umstieg, Einstieg und jedem Einzelnen helfen.

Wir haben 2013 rund 27 000 Wienerinnen und Wiener bei ihrer beruflichen Entwicklung durch den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds geholfen. Das ist eine ganz erkleckliche Anzahl, wo auch Menschen, Familien, Schicksale, Persönlichkeiten dahinterstehen. Das ist auch ganz, ganz wichtig und es ist auch gut, dass von beiden Gemeinderätinnen, die jetzt nach Europa gehen, angesprochen wurde, dass die Kommunalpolitik und die Hilfe am konkreten Menschen, an der konkreten Person auch der Maßstab einer Politik sein kann und sein soll. Es ist gut, dass ihr das so mitnehmt. Dafür möchte ich mich auch bedanken.

Wir haben aber nicht nur, und das sage ich auch nicht das erste Mal, mit Ausbildungsgarantie, Arbeitsmarktpolitik, aktiver Arbeitsmarktpolitik und Qualifikationsplan Wien 2020 seit Beginn der Krise versucht, Unterstützungsleistung zu geben. Wir haben, es wurde in der Generaldebatte schon angesprochen, auch seit 2009, 2010 den beitragsfreien Kindergarten. Wir haben seit 2009, 2010 die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Das heißt, wir haben auf allen angesprochenen Ebenen Bildung, Beschäftigung und Soziales sofort investiert und gegengesteuert. Das ist auch der Grund, warum wir heute da stehen, wo wir stehen, nämlich in krisenhaften Zeiten durchaus sehr, sehr gut. Es ist wichtig, dran zu bleiben. Es mag schon sein, dass der eine oder andere Kollege hier findet, das ist ein bisschen so wie „Täglich grüßt das Murmeltier“. Nur, es ist nicht Aufgabe der

Politik, populistisch zu sein. Es ist nicht Aufgabe der Politik, sprunghaft zu sein. Es ist Aufgabe der Politik, ordentliche Strategien für die Menschen und für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu schaffen. Und es ist unsere Aufgabe, dran zu bleiben. Vieles, vieles dauert lange in der Entstehung. Es dauert lange, kooperative Systeme aufzubauen. Es dauert einige Zeit, große Einheiten auf besondere Ziele einzuschwören. Aber einmal mehr: Dafür sind Qualifikationsplan und auch die Ausbildungsgarantie, glaub ich, gelebte Beispiele, dass das in Wien mit den hervorragenden Einrichtungen, die wir haben, gelingen kann. An dieser Stelle ein großes Dankeschön auch an „meinen“, an unseren Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, wo ganz, ganz engagierte Kolleginnen und Kollegen tagtäglich Menschen in schwierigen Lebenssituationen helfen, beraten und weiterbringen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz zum Schluss noch einmal, wie auch schon zu Beginn gesagt: Wir können eine ergänzende Arbeitsmarktpolitik in dieser Stadt machen und wir machen das ja auch und beweisen seit 1995, dass wir mit dem WAFF, aber nicht nur mit dem WAFF, aktiv eingreifen, obwohl alle hier in diesem Haus wissen, dass Arbeitsmarktpolitik eine Bundesangelegenheit ist. Wir freuen uns sehr über eine gute Kooperation mit unserem Arbeitsmarktservice, wo sehr, sehr viel investiert wird, wo sehr, sehr gut zusammengearbeitet wird. Aber alle unsere Einheiten und das über unser vorgesehene Betätigungsfeld in Wirklichkeit Hinausgehen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine effektive und vor allem nachhaltige Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht über Arbeitsmarktpolitik eng gefasst funktioniert, sondern nur über ordentliche Investitionspolitik, seriöse Investitionspolitik, Investitionspolitik vor allem von der öffentlichen Hand und eine Beschäftigungspolitik funktioniert.

Darauf müssen wir setzen. Wir müssen vernünftig investieren. Wir werden nicht kaputt sparen. Wir sparen nicht kaputt und wir werden nicht kaputt sparen. Dafür, glaube ich, sind Renate Brauner und Rot-Grün ein Garant. Das ist gut so. Wir werden alles machen und uns auch aktiv in Österreich beteiligen, so wie wir es schon mit unserem Antrag hier gezeigt haben, uns dafür einzusetzen, dass Investitionen sein müssen, weil wir sonst nicht aus der von Finanz, Kapital und Wirtschaft verursachten Krise herauskommen werden. Diejenigen, die sagen, das wurde von Städten gemacht, wissen, dass sie die Unwahrheit sagen. Ich weiß nicht, warum sie es trotzdem sagen.

Ganz zum Schluss, ich kann es Ihnen nicht ersparen, eine Anbiederung an SPÖ, eine Anbiederung an Gezi-Park-Bürgerbewegungsleute, eine Anbiederung an Kurdinnen und Kurden. FPÖ, wer glauben Sie denn, glaubt Ihnen das? Wer nimmt Ihnen diese angebliche Haltung ab? *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Wähler!)* Das nimmt Ihnen niemand ab! Da können wir gerne einmal schauen! Im gleichen Atemzug sprechen Sie Drohungen an Vereine in unserer Stadt aus, die hervorragende Integrationsarbeit im Auftrag dieser Stadt leisten *(GR Mag Wolfgang Jung: Darüber werden wir uns morgen unterhalten!)*, im Auftrag von Rot-Grün leisten! *(GR Ar-*

min Blind: Kommen Sie morgen zur Debatte!) Sie sind nicht glaubwürdig, was Ihre angebliche lupenreine demokratische Haltung betrifft! Wenn das ein Ordnungsruf ist, macht es nichts! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 16 Minuten.

Ob das jetzt ein Ordnungsruf ist oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich habe es nicht genau verstanden. *(GR Mag Dr Alfred Wansch: Weil es die eigene Partei war!)* Ich werde es aber nachschauen.

Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Feldmann. Ihre selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten. Das ist zugleich auch die Klubredezeit, die noch zur Verfügung steht.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Also, selbst gewählt nicht, die übrig bleibende Redezeit. *(Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Wir haben bei der EU-Wahl gesehen, dass der Informationsbedarf bei den Bürgerinnen und Bürgern betreffend Europäische Union, betreffend Europa sehr hoch ist und dass wir hier noch vieles zu tun haben und bürokratische Hürden abbauen müssen. Es war eines der wesentlichsten Themen, dass sich die Stadt Wien noch stärker als Hauptstadt Mitteleuropas und als Innovationszentrum positionieren muss. Als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort muss Wien noch internationaler und europäischer werden. Wir brauchen eine verbesserte Forschungs- und Headquarter-Strategie, die auch forschungsintensive Unternehmen anspricht.

Es ist jetzt so, ich wünsche dir, liebe Monika, und dir, liebe Barbara - ich sehe euch jetzt zwar nicht -, in euren neuen Funktionen sehr viel Freude und Glück und habe wie mit weiser Voraussicht und hellseherischer Kraft zwei Anträge, die sowohl dem Wunsch der einen als auch der anderen entsprechen.

Monika Vana, du wünschst dir einen höheren Stellenwert Europas in Wien und eine Aufwertung des Ausschusses. Ich bringe einen Antrag unserer Fraktion hierzu ein, um Europa in den Namen der Geschäftsgruppe aufzunehmen, weil ich glaube, es ist ein logischer Schritt, die europäische Dimension auch in die Bezeichnung der zugehörigen Geschäftsgruppe des Magistrats einfließen zu lassen. Ich bringe einen Antrag ein, der die „Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke“ in „Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Europa und Wiener Stadtwerke“ umbenennt, wobei ich persönlich für eine eigene Geschäftsgruppe eintrete, ob der Vielfalt und auch Wichtigkeit dieser Thematik. *(Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)* - Danke vielmals, Herr Jung! Ich wusste nicht, dass ich mich einmal offiziell bei Ihnen bedanken werde! - Auf jeden Fall glaube ich, das wäre wesentlich und wir sollten die vielen zersplitterten Thematiken in einer Geschäftsgruppe zusammenfassen, wo wir auch einen budgetären Überblick haben und Projektförderungen besser einreichen können. So bringen wir also diesen Antrag ein. Das ist einmal der eine.

Der zweite Punkt ist ein Europabüro der Stadt Wien.

Betriebsansiedlungen, die Wohlstand und Arbeitsplätze bringen, sind nicht nur der Wunsch von dir, Barbara, sondern auch unser Wunsch und mein Wunsch im Speziellen. Ich will das jetzt nicht ewig ausführen, wo es von der MA 27 angefangen über die EU-Förderagentur GmbH oder die EuroVienna EU-consulting und -management GmbH doch sehr viele Stellen gibt, die etwas anbieten. Aber zum Beispiel muss ein Unternehmen, das mit den Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds Arbeitsplätze schafft, sich wieder an den ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds wenden und hin und her, und so weiter. Es ist, wenn man kein Superprofi ist, der sich damit monatelang beschäftigt, nicht ganz übersichtlich. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger Wiens und auch Unternehmen, die sich hier einbringen möchten und das auch brauchen, um eben diese heißersehnten Arbeitsplätze zu schaffen, eine einheitliche Anlaufstelle für EU-Förderungen, Projektanträge, Antragshilfen, Auskünfte et cetera bezüglich EU-Gelder in Wien brauchen. Das kann das Haus der Europäischen Union in dem Sinn nicht übernehmen, weil das wieder für andere Bereiche zuständig ist. Das heißt, das kann am besten die Stadt Wien selbst in die Hand nehmen. Es gibt aber derzeit kein zentrales Europabüro, das die Summe dieser Leistungen vollbringt. Daher bringe ich einen Antrag ein, dass eben so ein Europabüro der Stadt Wien als einheitliche Anlaufstelle für EU-Förderungen, Projektanträge, Antragshilfen und Auskünfte geschaffen wird, das als zentrales Europabüro der Stadt Wien eine serviceorientierte Hilfestellung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bei Auskunftsverlangen und auch Projektanträgen leistet. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 7 Minuten.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, wir haben noch elf Minuten Rest, mit der Restredezeit eingerechnet.

Ich wollte an sich rein das Thema Europa ansprechen. Meine Vorrednerin, Kollegin Wehsely, veranlasst mich aber doch dazu, einige Anmerkungen zu machen.

Sie hat großes Kopfzerbrechen über unsere Probleme in Brüssel. Wir haben Probleme, weil wir gewachsen sind. Sie haben die Probleme, weil Sie schrumpfen, meine Damen und Herren, und weil Sie es in Brüssel halt noch immer nicht zusammenbringen, dieses Pseudoversprechen zu halten, das Sie eigentlich gar nicht geben konnten, dass das Europaparlament darüber bestimmen wird, wer der neue Chef des Ladens ist. Es schaut nicht ganz so aus, dass es so würde, meine Damen und Herren. Sie haben, wie gesagt, die Probleme eher mit dem Schrumpfen. Sie können langsam anfangen zu überlegen, wie Sie eine Regierung mit einer Dreierkoalition in Zukunft bilden werden, weil zu zweit werden Sie es nicht mehr schaffen, wenn Sie so weitermachen!

Die Kollegin Wehsely hat sich auch darüber Sorgen gemacht, dass wir dort Rechtspopulisten, wie Sie es

genannt haben, und Nationalisten haben. Diese sind immerhin gewählt. Sie holen sich über Ihre Jugendorganisationen die linksradikalen Anarchos nach Wien! Darüber machen wir uns Sorgen und machen wir uns Sorgen mit den Wienern! Das kann ich Ihnen sagen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben es heute schon gehört, über 250 Demonstrationen in einem Jahr in Wien. Die letzte Demo ist in Wien in der Josefstadt vor knapp drei Stunden zu Ende gegangen. Wieder für den Josef, dieses seltsame Bürschchen, das jetzt vom Bürgermeister von Jena, einem Sozialdemokraten, gerade einen Demokratiepreis erhalten hat! Seltsame Vorstellungen, die Ihre deutschen Kollegen von Demokratie haben! Aber Ihre Jugend ist ja dafür! Ich habe da den Brief Ihrer Jugend an den Herrn Bundespräsidenten, wo man die Freilassung dieses Gewalttäters fordert. Machen Sie sich einmal Sorgen im eigenen Haus, meine Damen und Herren, und zerbrechen Sie sich nicht unseren Kopf! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt zum Europaausschuss: Der Europaausschuss wird wiederum in diesem größeren Rahmen behandelt, weil er keinen eigenen Bereich bekommt. An sich schon bezeichnend für sich. Er wurde mit viel Pomp im Roten Salon gegründet. Heute handelt er sich mühsam von Absage, über geradezu schrullige Tagesordnung mit zwei Punkten bis zur nächsten Absage und zur übernächsten Absage, meine Damen und Herren. Und selbst diese Tagesordnungspunkte, die wir bekommen, sind meistens sehr dürftig besetzt.

Der Bürgermeister hat bei der ersten Sitzung große Sprüche über die Wichtigkeit und die Aufgaben dieses Gremiums geschwungen. Es war heiße Luft oder vielleicht auch nur ein heißes oder lauwarmes Lüftchen. Auch die zuständige Stadträtin zeigt sich zunehmend nur noch sporadisch. Nicht so, dass wir sie so sehr vermischen würden, aber es zeigt den Stellenwert, den dieser Ausschuss trotz aller, und das muss man dazusagen, gut gemeinten Bemühungen der Ausschussvorsitzenden in Wirklichkeit bei der SPÖ besitzt. Zwei Mal im Jahr dürfen wir etwas Besonderes - in Anführungszeichen - machen, einmal gibt es ein Fachseminar, das aber leider überwiegend nur von Beamten besucht wird und einen an sich recht guten, aber leider nur Insidern bekannten Bericht, eine Broschüre, die herauskommt.

Der so groß als Rederecht der Abgeordneten angeführte Punkt ist da, aber Sie wissen selbst, dass es jedes Jahr ein Gerangel und Geraufe ist, ihn durchzusetzen und umzusetzen. Auch heuer haben wir es nur mit Biegen der Geschäftsordnung, dass sie in alle Richtungen geknackst und geknarrt hat, hingebraht.

Jetzt einige Beispiele über diese Europathematik, die da eigentlich besteht:

Zum Beispiel das sehr stark inszenierte Theater um den Ausverkauf unseres Wassers durch Brüssel. Das ist ein typisches Beispiel für Blenden und Täuschen um Europa. Befürworter des Verkaufs gibt es in Österreich ohnehin kaum, also wäre es sinnvoll gewesen, in erster Linie auf die Regierung einzuwirken, dass sie in Brüssel Druck macht, dass ein solcher Verkauf endgültig in den Sternen stehen wird, weil er sozusagen verboten wird.

Das hat man sich aber nicht getraut. Dieses Europäische Bürgerbegehren mit 1,8 Millionen Stimmen hätte an sich ein Erfolg sein sollen, wurde aber in Brüssel einfach abgelegt. Es gibt keine rechtlichen Regelungen, weil man Angst hat, bei den TTIP-Verhandlungen vielleicht hineinzupfuschen und die Banken und die Amerikaner zu verprellen. So schaut es in Wirklichkeit aus, Bürgerbelehrung statt Bürgerbegehren! Das steht in Brüssel auf der Tagesordnung! Duschkopf, Staubsauger, Toilettenaufhängbecken werden mit E-NORM reguliert. Auch das Gleichschalten des Denkens mittels politischer Correctness ist schon in Arbeit. Der Gesinnungskommissar geistert bereits, und da gibt es schon erste Vorstellungen, in Ansätzen herum.

Die Subsidiarität, die für uns wichtig wäre, die Verlagerung von Kompetenzen nahe an den Bürger, bleibt Phrase zum Augenauswischen. Auch die steigende Arbeitslosigkeit, die höchste, die wir seit Jahrzehnten haben, mit Wien als Spitzenreiter, als eine Folge der Eurokrise - keineswegs überwunden -, wird wieder zusätzliche Mittel fordern. Sie wird sich nach der erzwungenen weiteren Öffnung des Arbeitsmarkts für Bulgaren und Rumänen noch mehr verschärfen. Wir werden im Verlauf der nächsten Tage noch darauf zu reden kommen.

Besonders betroffen sind wie immer die schlecht Qualifizierten, meist aus Drittstaaten oder ohne ausreichende Sprachkenntnisse. Wer daher noch immer die Öffnung des Arbeitsmarkts für weitere Gruppen, wie zum Beispiel Asylwerber und Wirtschaftsflüchtlinge, fordert, wie es in den letzten Tagen von Caritas und anderen Bereichen gekommen ist, verschweigt dafür, wem für die Finanzierung dieses Bereichs etwas weggenommen wird. 50 000 sind es ungefähr, die hier in Wartestellung sind.

Um die aus all dem resultierenden höheren Defizite zu schönen, haben sich übrigens in den letzten Tagen die Eurokraten ein neues Instrument ausgedacht. Es ist, glaube ich, die EU-Richtlinie 2010. Künftig sind ins BIP auch Umsätze aus der Schattenwirtschaft einzurechnen. Diese sind explizit Drogenhandel, Zigarettenschmuggel und Prostitution. So rechnet die EU Budgets der Länder schön. Zigarettenschmuggel, Drogenhandel und Prostitution werden als neue Erwerbszweige mit eingerechnet! Ob der Menschenhandel schon berücksichtigt ist, ist mir nicht bekannt. Es wird aber interessant, weil wenn der Altmetalldiebstahl und der Autodiebstahl auch dazukommen, dann werden einige Staaten doch eine Entlastung ihres Budgets um 1 bis 2 Prozent erhalten. Darüber gibt es schon Berechnungen, wie hoch sie sein werden. Auch die Wirtschaft in meinem Bezirk wird dank der Brunner Straße besser dastehen. Aber das ist nicht die EU, die wir haben wollen, meine Damen und Herren!

Andere Souveränitätseinschränkungen von regionaler Wichtigkeit, wie Schienenverkehrsrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie, und so weiter, kommen dafür höchstens am Rande vor. Wenn man darüber etwas wissen will, muss man die ausgezeichneten Unterlagen des VÖWG studieren.

Frau Vorsitzende, ich sehe gerade, es läuft auf 13.

Ich glaube nicht, dass das schon meine Zeit ist, die hier abläuft.

„Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ - Die Worte des abgetretenen Mister Euro und Möchtegern-Eurobosses Jean-Claude Juncker werden hier zum Teil anscheinend zum Motto für die Europapolitik.

Wir sind jedenfalls mit dieser Entwicklung des Ausschusses alles andere als einverstanden. Die Stadtaußenpolitik, die auch in die Kompetenz des Ausschusses fallen sollte, schlägt sich in den Tagesordnungen ohnehin kaum nieder. Daher muss ich leider sagen, unsere lange Zeit vorsichtig positive Stellungnahme zur Arbeit des Ausschusses muss, gemessen an der praktischen Umsetzung der letzten Jahre, leider revidiert werden. In der jetzt praktizierten Form ist der Ausschuss sinnlos und reine Zeitvergeudung. Das muss leider gesagt werden.

Abschließend noch einige Worte zu den beiden scheidenden Ausschussmitgliedern, die uns Richtung Brüssel verlassen werden:

Liebe Barbara, du warst immer ein verlässlicher, kompetenter und wichtiger Teil unseres Ausschusses, eine echte Stütze für mich. Du und dein großes Sachwissen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, werden uns wirklich fehlen, aber du hast dir deine künftige Verwendung mehr als verdient und erarbeitet! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch an die Kollegin Vana ein Dankeschön, nicht weil wir in den Meinungen und Auffassungen so übereinstimmend gewesen wären, aber sie hat schon in der Opposition mit der ÖVP und uns gemeinsam dafür gekämpft, dass die Kommission ein Ausschuss wurde und letztlich das Ganze umgesetzt. Sie war auch maßgeblich dahinter, dass jetzt - wahrscheinlich ein verfrühter Lobbyismus - das Rederecht der Europaabgeordneten immerhin zumindest in unseren rechtlichen Möglichkeiten besteht. Vor allem aber auch ein Dankeschön für etwas anderes, nämlich trotz aller unterschiedlicher Positionen und sehr deutlicher Auffassungsunterschiede, die sie mit durchaus dem ihr eigenen Temperament vertreten hat, war sie dabei nie untergriffig oder hat persönlich ausgegrenzt. Das ist leider nicht immer selbstverständlich. Danke dafür!

Beiden Kolleginnen geht ein Herzenswunsch in Erfüllung. Ich kenne den Betrieb im Europaparlament aus eigener Erfahrung. Mögt ihr nach der jetzt sicher berechtigten Freude vom Trubel und der Anonymität und auch von der Realität der Arbeit, die sich mit einem wirklichen Parlament nur sehr begrenzt vergleichen lässt, nicht zu sehr enttäuscht werden! Alles Gute, viel Glück! Und vergesst nicht, dass ihr gewählt wurdet, um österreichische Interessen zu vertreten! Ein anderer wird es nicht tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der FPÖ beträgt 1 Minute. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es ihm. Die Restredezeit der GRÜNEN sind 3 Minuten.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte KollegInnen!

Noch einmal, liebe Frau Vorsitzende, ich habe mich

jetzt nur gemeldet, um mich sowohl seitens der GRÜNEN, als auch ganz persönlich bei dir für fast zwei Jahrzehnte politischer Zusammenarbeit zu bedanken. Seit unserem Einzug in den Wiener Gemeinderat und Landtag sitzen wir vis-à-vis, bekommen gemeinsame Höhen und Tiefen mit. Es hat mich wirklich über alle Maßen gefreut, als ich am Wahlsonntag erstmals gesehen habe, nicht nur das dritte Mandat, auch mit den Vorzugsstimmen aus Niederösterreich geht es sich nicht aus, dein Herzenswunsch wird in Erfüllung gehen, du wirst für uns im Europäischen Parlament sitzen.

Ich erlaube mir dazu eine ganz kleine politische Bemerkung in Anlehnung an den Kollegen Jung. Du wirst als Europäerin in diesem Parlament sitzen, nicht, um österreichische Interessen zu vertreten, sondern um die Interessen der europäischen Bürger und Bürgerinnen zu vertreten. Da soll es unterschiedliche Meinungen geben, aber ich glaube, dass wir uns in Europa nicht auseinanderdividieren lassen sollten. Und da gäbe und gibt es keine Bessere als Monika Vana.

Selbstverständlich wünsche ich auch Ihnen, Frau Barbara Kappel, alles Gute auf dem Weg nach Brüssel, aber meine Herzensangelegenheit, und dass ich mich so gefreut habe, liebe Moni, alles Gute, nicht nur von den GRÜNEN, sondern auch von mir ganz persönlich! - Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Vielen Dank an dieser Stelle für die zahlreichen Glückwünsche. Das tut schon sehr gut.

Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Vitouch zu einer tatsächlichen Berichtigung.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur berichtigen, weil der Kollege Jung unseren Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten so downgegradet hat, das, denke ich, ist nicht der Fall, denn ein Ausschuss kann nur so gut sein wie seine Mitglieder. Ich freue mich wirklich aufrichtig, dass sowohl Frau Dr Kappel als auch Frau Dr Vana jetzt ins Europaparlament einziehen. Ich denke, das ist auch ein Beweis für die Qualität dieses Ausschusses. Ich wünsche ihnen viel Glück und freue mich, sie dann im Rahmen des Rederechts wieder hier begrüßen zu dürfen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau VBgmin Mag Brauner. Ich erteile es ihr.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Debatte hat erfreulicherweise damit begonnen, dass die Slogans der Bildungskampagne der Wiener Sozialdemokratie sozusagen nicht nur zitiert wurden, sondern auch als eine Art Leitfaden durch die Diskussion geführt haben. Dem schließe ich mich sehr gerne an.

Kollege Juraczka - ich sehe ihn jetzt im Moment nicht - hat ein paar Fragen gestellt, was denn so schlau wäre und hat ein paar Dinge hinterfragt. Nun, das ist sein gutes Recht, aber ich glaube, es gibt auf die vielen Fragen sehr klare Antworten.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, es ist schlau, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben und die Menschen in der Krise nicht allein zu lassen.

Jawohl, es ist schlau, keine einseitige Sparpolitik zu machen, denn wo diese hinführt, zeigen die Beispiele von Spanien und Griechenland. Ich möchte die Konservativen jetzt an ihren eigenen Zielen messen, gar nicht über die Jugendarbeitslosigkeit reden, obwohl mir das sehr schwer fällt, von einem Land, wo mehr als 50 Prozent der jungen Menschen keine Arbeit und keine Ausbildung haben. Aber ich blende es jetzt aus. Messen wir es doch an den eigenen Zielen! Ist die Verschuldungsquote von Spanien gesunken? Ist die Verschuldungsquote von Griechenland gesunken? Nein, natürlich nicht! Wie soll denn das auch gehen, wenn Menschen keine Arbeit und junge Menschen keine Ausbildung haben, wenn die Wirtschaft darniederliegt, weil es keine Investitionen mehr gibt. Das kann nicht funktionieren! Deswegen ist es sehr wohl schlau, diese einseitige Sparpolitik kritisch zu hinterfragen.

Jawohl, es ist schlau, öffentliche Infrastruktur, im Besonderen die Wiener Linien, zu finanzieren. Schauen wir uns den Modal-Split an. Ich kann es kurz machen. In der Diskussion sind viele Argumente gekommen. Schauen wir uns an, wie die Menschen entlastet wurden. Schauen wir uns an, was für ein dichtes Angebot wir hier in dieser Stadt beim öffentlichen Verkehr haben. Jawohl, es ist schlau, hier Geld in die Hand zu nehmen und entsprechend zu investieren.

Es ist auch schlau, nur sollte man es auch sagen, wenn man darüber diskutiert, dass Wien eine Metropole ist, wenn über Arbeitslosigkeit gesprochen wird, dann vergisst man immer, darauf hinzuweisen, dass täglich in diese Stadt 250 000 Menschen einpendeln, dass diese Stadt Menschen mit Arbeit versorgt, nicht nur in Niederösterreich, nicht nur im Burgenland, nein, bis weit in die Steiermark, zum Teil, wenn man sich allein anschaut, welche Menschen beim U-Bahn-Bau beschäftigt sind, bis nach Vorarlberg. Jawohl, das ist schlau.

Es wäre aber auch schlau, wenn man seriös über Wirtschaftspolitik diskutiert, diese Tatsachen nicht einfach zu ignorieren, sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte kurz, nur kurz, weil eine sachliche Diskussion hat leider wieder nicht stattgefunden, auf die Wortmeldungen aus dem freiheitlichen Eck eingehen.

Herr Gudenus hat irgendwie gemeint, es wäre bei mir sozusagen ein Rekord gewesen, von dem, was ich gesprochen habe. Das Kompliment kann ich leider nicht zurückgeben. Er hat seinen Rekord nicht eingehalten. Es hat ungefähr 15 Sekunden gedauert, bis wir wieder einmal gehört haben, wer an allem schuld ist, nämlich die Ausländer. Es hat schon Reden gegeben, da war es kürzer als 15 Sekunden, wo man wieder den Sündenbock gefunden hat. Insofern kann ich das Kompliment mit dem Rekord nicht zurückgeben. Aber eigentlich ist das kein Thema zum Scherzen, sondern traurig, wenn die Diskussion so unsachlich und vor allem, wenn sie wieder mit Sündenböcken geführt wird, noch dazu mit, wie unser Klubobmann sehr deutlich gesagt hat, ganz falschen Zahlen!

Da kann man jetzt noch so böse argumentieren und Zahlen herumwerfen, wie völlig ungerechtfertigte Kritik an dem Budget-Einmaleins, das sehr erfolgreich läuft, das anstrengend und mühselig ist. Dort kommen keine 500 Leute hin. Damit hat auch keiner gerechnet. Aber die Menschen, die sich interessieren, kommen in die Volkshochschulen, setzen sich mit dem Budget auseinander. Es ist natürlich völlig ungerechtfertigt, die Gesamtsummen dieser Initiative einfach auf die Veranstaltungen aufzuteilen, weil da sehr viel mehr dahintersteht, Internet, Websites, die eigene Broschüre, die wir gemacht haben, und vieles andere mehr. Aber wenn man es böse sehen will, weil man vielleicht so einen Charakter hat, dann kommen halt solche Ergebnisse heraus. Da kann man noch so schön Cicero zitieren, das ändert nichts daran, dass da keine fachlichen und sachlichen Argumente dahinterstehen.

Verantwortungsbewusste Budgetpolitik wird hier, sehr geehrte Damen und Herren, von der rot-grünen Stadtregierung gemacht. Wie Budgetpolitik aussieht, wenn die Blauen in der Regierung sind, brauchen wir nicht zu phantasieren. Das haben wir alles erlebt. Wir leiden heute unter dem, was in Kärnten passiert ist. Wir haben nicht vergessen, was unter der schwarz-blauen Bundesregierung passiert ist, Massenbelastungen für die Menschen, Verschlechterung bei den Pensionen, schlechte Entwicklungen für die Wirtschaft. (*GR Ing Bernhard Rösch: Heizölkostenzuschuss!*) Die Einzigen, bei denen Arbeit geschaffen wurde, waren die Gerichte. Die Gerichte sind nämlich heute noch damit befasst, zu schauen, was in Kärnten und von den Blauen in der Regierung passiert ist! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Schlau, sehr geehrte Damen und Herren, ist, wenn Gudenus & Co in unserer Stadt nichts zu reden haben! Wir werden dafür sorgen, dass es so bleibt! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Kollege Schock hat leider scheinbar die falsche Rede erwischt. Er hat theatralisch geendet mit: „Kommen Sie heraus!“ - Ich bin schon da! Das war die falsche Rede vom letzten Mal, Herr Kollege! Macht nichts! (*StR DDr Eduard Schock: Wie hoch sind Ihre Spekulationsverluste beim Twin City Liner, bei der Wien Holding, bei der Wiener Stadthalle?*) Sie haben die Rede vom letzten Mal erwischt! (*StR DDr Eduard Schock: Wie hoch sind Ihre Spekulationsverluste? Sie können nicht alles weglegen! Sagen Sie eine Zahl!*) Nachdem Sie aber eh immer dasselbe sagen, immer dieselben Kalauer, immer dieselben Unwahrheiten, macht das ohnehin keinen Unterschied! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - StR DDr Eduard Schock: Ihre Märchen nimmt Ihnen keiner mehr ab! Sagen Sie eine Zahl! Sie verschweigen!*)

Sie ignorieren Tatsachen! (*StR DDr Eduard Schock: Ich rede von Ihren Spekulationsverlusten beim Twin City Liner!*) Sie ignorieren, dass es so etwas wie eine Wirtschaftskrise gibt! (*StR DDr Eduard Schock: Wie hoch ist Ihr Spekulationsverlust?*) Außer Sie meinen, an dieser bin ich auch schuld! (*StR DDr Eduard Schock: Sagen Sie eine Zahl!*) Das halte ich für eine gewisse Selbstüberschätzung. (*StR DDr Eduard Schock: Das nimmt Ihnen kein Mensch mehr ab!*) Ich finde es schon gut, wenn man

mich für einflussreich hält, aber das halte ich in gewisser Weise für übertrieben. (StR DDr Eduard Schock: Sie beantworten keine einzige Frage!) Sie ignorieren Tatsachen! (StR DDr Eduard Schock: Wie hoch ist Ihr Verlust in der Wien Holding?) Wenn Sie an diesen Tatsachen nicht mehr vorbeikommen, dann erzählen Sie einfach Unwahrheiten, wie zum Beispiel, dass ich in irgendwelchen Aufsichtsräten sitzen würde, was nicht der Fall ist! (StR DDr Eduard Schock: Wie hoch ist Ihr Verlust beim Twin City Liner?) Eine Unwahrheit nach der anderen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - StR DDr Eduard Schock: Sagen Sie eine Antwort! Weichen Sie nicht aus!)

Sie widersprechen sich! Da können Sie jetzt noch so hysterisch herauskreischen! (StR DDr Eduard Schock: Sie weichen aus, Frau Stadträtin!) Sie widersprechen sich! (StR DDr Eduard Schock: Sie sprechen an der Frage vorbei! Sie weichen aus!) Auf der einen Seite sagen Sie nämlich, wir bräuchten ein neues Haushaltsrecht. (StR DDr Eduard Schock: Jeder kann sich ein Bild machen!) - Kann bitte jemand dafür sorgen, dass ich reden kann?

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (unterbrechend): Herr StR DDr Schock, Sie haben nachher noch genügend Möglichkeiten, sich zum Wort zu melden. Jetzt ist die Frau Stadträtin am Wort.

VBgmin Mag Renate **Brauner** (fortsetzend): Es ist nämlich nur wegen Ihrer Zeit, nicht wegen meiner!

Sie haben sich an dieser Stelle völlig widersprochen. Sie haben auf der einen Seite behauptet, diese angeblichen Spekulationsverluste, wie Sie sie bezeichnen, die natürlich völlig falsch sind, sondern es geht um die Bewertung, die noch nicht realisierte Bewertung der Fremdwährungsdarlehen, wären viel niedriger, wenn sie nicht in dem Schuldenstand drinnen wären. Gleichzeitig sagen Sie aber, wir verstecken sie und sie sind im Schuldenstand nicht drinnen! Das ist so offensichtlich falsch! (GR Ing Bernhard Rösch: Was ist daran falsch?) Sie widersprechen sich mit jedem Satz, den Sie sagen! Die Wahrheit ist, dass wir die Bewertung selbstverständlich drinnen haben und nicht, wie Sie fälschlicherweise behaupten, dieses nicht tun und jetzt herauskreischen: „Sagen Sie eine Zahl! Sagen Sie eine Zahl!“ - Sie steht hier drinnen! Sie brauchen nur entsprechend zu lesen, wie die Situation aussieht. Es ist alles da, ist im Schuldenbericht bis ins letzte Detail drinnen. Aber, ehrlich gesagt, vorlesen tue ich es Ihnen nicht! Das ist zu viel verlangt! Das müssen Sie schon selber machen. Auf der anderen Seite sagen Sie, dass diese Dinge nicht da sind! Das stimmt nicht! Das passt nicht zusammen! Da muss ich Ihnen sagen, mit diesen Argumenten kommen Sie nicht durch! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn von der FPÖ das Thema Anbiederung in den Mund genommen wird, wenn hier über Anbiederung gesprochen wird, hat man in den letzten Tagen in den Medien schon über Anbiederung gelesen.

Da hat man in den Medien von Anbiederungen an russische Oligarchien, an Ideologen von eurasischen Kreisen, an nationalbolschewistische Initiativen gelesen, die gegen Liberalismus auftreten, Veranstaltungen, wo die Freiheitlichen vertreten waren. So liest man es zu-

mindest in den Medien. Ich habe noch kein Dementi gehört. Das ist eine Anbiederung, sehr geehrte Damen und Herren, die mir und auch vielen Wienern und Wienerinnen Sorge macht! Das finde ich nämlich demokratiepolitisch bedenklich! Das macht mir Sorgen, wenn hier solche Sachen passieren und wenn man sich mit Menschen trifft, die zum Beispiel über die „satanische Schwulenlobby“ in Europa reden. Da nutzt es dann auch gar nichts, wenn man nachher heuchlerisch und scheinheilig Conchita Wurst bejubelt. Da geht es darum, um was es in dieser Gesellschaft wirklich geht, um Demokratie, um Liberalität, um Freiheit, um Werte, die für eine entsprechende Weltoffenheit stehen. Für diese stehen wir und Sie leider nicht! Das ist unser Unterschied! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Aber ich möchte mir jetzt doch das Privileg nehmen, auf einige sachliche Punkte einzugehen, die in der Diskussion erfreulicherweise von anderen angesprochen wurden.

Kollege Aichinger, ja, Wien muss sich anstrengen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe zumindest versucht, aber vielleicht nicht deutlich genug, das auch in meinem Beitrag zu sagen. Wir haben einen internationalen Wettbewerb. Wir haben schwierige Rahmenbedingungen. Wir können als Stadt viel nicht bestimmen, was wir gerne würden. Jawohl, das ist richtig. Das bestreitet niemand. Gerade, wenn man mit der Wirtschaft spricht, ist es auch oft so, dass Förderungen eingefordert werden. Da möchte ich schon auf einen Widerspruch aufmerksam machen. Allein wenn ich mir anschau, was in dieser Diskussion alles an Förderungen vorgeschlagen wurde, da sollen wir unterstützen, die neue Ansiedlungsförderung. Das machen wir auch. Aber wir können es nicht ins Unendliche machen. Das ist schon ein Widerspruch. Auf der einen Seite sagt man, man soll Förderungen kürzen, auf der anderen Seite wird danach geschrien. Das ist die Quadratur des Kreises, die nicht immer leicht entsprechend zu beantworten ist.

Wenn hier wieder einmal, zum x-ten Mal, über das MQM diskutiert wurde und man so tut, als ob irgendwelche Geheimsachen abgelaufen wären: Wieso fragen Sie eigentlich nicht? Ich glaube, es waren Sie, Herr Kollege Ulm. Wieso fragen Sie eigentlich nicht Ihre Nationalratsabgeordnete Jank? Sie wird Ihnen das alles sicher ganz genau erklären können. Sie war bei jeder Sitzung dabei. Es ist alles einstimmig beschlossen worden. Sie wissen genau, dass sie im Präsidium der Wirtschaftsagentur sitzt. Also, wenn Sie noch genauere Fragen haben, dann würde ich doch wirklich bitten, sie zu fragen. Denn hier solche Anschuldigungen in den Raum zu stellen, finde ich, dass einem Vertreter Ihrer Wirtschaftspartei nicht würdig ist! (Beifall von GR Petr Baxant, BA.) Denn wenn Sie zum Beispiel völlig ignorieren, dass der Verfassungsgerichtshof in demselben Urteil, in dem er geklärt hat, dass diese Gesellschaft der Stadt mit ihrer Einrichtung - die Stadt selbst ist es gar nicht, es ist auch nicht die Wirtschaftsagentur, sondern die Tochter der Wirtschaftsagentur, weil sie eben für Mediensachen zuständig ist, eine Minderheitsbeteiligung (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Man kennt sich nicht mehr aus mit den ver-

schiedenen Schachteln!), keine Schachtel-, sondern eine ganz normale Tochter mit Schwerpunktsetzungen, die es jeweils gibt, und die wir ebenfalls gemeinsam mit der Präsidentin Jank beschlossen haben - geprüft werden kann, hat er im selben Urteil, und das wissen Sie ganz genau, ebenfalls festgestellt, dass sich die Wirtschaftsagentur rechtens verhalten hat. Sie hätte gar nicht anders agieren können. Das sollten gerade Sie als Jurist meiner Meinung nach entsprechend respektieren!

Sehr geehrte Damen und Herren, eine sehr ernsthafte Frage ist gestellt worden: Was tun wir, wenn auch in den nächsten Jahren das Wirtschaftswachstum nicht anspringt? Das ist nicht die, aber ganz sicher eine der entscheidenden Fragen, vor denen wir stehen. Da muss man schon auch einsehen, Wirtschaftswachstum ist nichts, was irgendwo im Himmel herumschwebt. Das hat auch damit zu tun, welche Maßnahmen wir setzen. Welche Maßnahmen setzt die Wirtschaft? Welche Maßnahmen setzt die Politik? Welche Maßnahmen setzt die Europäische Union? Das ist genau mein Ansatz, nicht nur meiner, wie man an der Kritik des IWF sieht. Hier geht es eben genau darum, dass man investiert, damit es zu Wirtschaftswachstum kommt. Denn wenn es zu keinem Wirtschaftswachstum kommt, dann haben wir ein Problem, aber nicht nur wir. Dann haben auch die vielen Arbeitslosen ein Problem, die Jugendlichen, die keine Ausbildung haben, ein Problem. Das heißt, unser Ziel muss sein, alles zu tun, damit die Wirtschaft wieder anspringt und hier entsprechend zur Seite zu stehen. Das, was wir als Kommune tun können, ist, zu investieren. Wir können qualifizieren, aber damit schaffen wir noch keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Das muss man ganz ehrlich sagen. Was wir tun können, ist, zu investieren. Genau diese Investitionsfähigkeit brauchen wir. Um diese kämpfen wir. Das ist das, wofür ich stehe und wofür ich werbe.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann es ganz kurz machen, weil es Kollege Margulies schon sehr gut und, wie es halt so seine Art ist, sehr pointiert argumentiert hat. Zu sagen, die Vermögenssteuer scheidet daran, dass wir nicht sagen können, wie viel Geld wer hat, es wäre zu viel bürokratischer Aufwand, während wir gleichzeitig darüber diskutieren, ob wir die Hundesteuer jetzt täglich oder in einer Woche abrechnen und was ist, wenn der Hund stirbt und drei Tage später ein anderer Hund kommt und das sollte die Stadt dann auch entsprechend berücksichtigen, ist zumutbarer Verwaltungsaufwand? Ob einer eine Million oder weniger als eine Million hat, ist nicht zumutbar? Sehr geehrte Damen und Herren, dafür fehlt mir das Verständnis! Ich glaube, das ist zumutbar. Ich glaube, das ist gerecht und im Sinne des Ankurbelns der Wirtschaft mit stärkerem Konsum auch wirtschaftspolitisch absolut sinnvoll, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Damit zum Schluss: Ich freue mich, dass wir zum Schluss unserer gemeinsamen Arbeit auf kommunaler Ebene hier eine Gemeinsamkeit gefunden haben. Ich glaube auch, dass eine Steuerreform für GründerInnen, für JungunternehmerInnen, Frau Kollegin Kappel, wie Sie gesagt haben, eine wichtige Unterstützung ist. Es

geht nicht nur um Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Es geht auch um viele Ein-Personen-Unternehmungen. Ich finde, dieses Ziel, GründerInnenhauptstadt, ist eines, um das es sich zu kämpfen lohnt, glaube aber auch, dass Start-ups noch sehr viel mehr brauchen. Viel auch von dem, wofür ich hier stehe und was ich mit diesem Rechnungsabschluss vertrete, was wir vertreten. Start-ups brauchen eine gute Infrastruktur. Sie brauchen viele Studierende. Sie brauchen gute Ausbildungseinrichtungen. Und sie brauchen Internationalität und Weltoffenheit. Das ist auch ganz wichtig für diese Entwicklung.

In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Spirit der Internationalität, der Weltoffenheit auch von den beiden EU-Abgeordneten in Europa vertreten wird. Ich verhehle nicht, dass ich vermute, dass es ideologisch bei Moni Vana leichter sein wird. Aber ich bin sicher, dass Sie beide versuchen werden, Ihr Bestes zu geben. Ich möchte mich auch bei beiden Kolleginnen bedanken. Natürlich ganz besonders bei dir, Moni Vana, denn wir haben im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, glaube ich, wirklich exzellent zusammengearbeitet und auch wirklich vieles gemeinsam weitergebracht.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien steht gut da. Unsere Schwerpunkte sind die Zukunftsfragen, vor denen sich auch viele andere Städte sehen. Ich glaube, dass Wien diese Fragen gut beantwortet. Nicht alles friktionsfrei, nicht alles hundertprozentig richtig, viel ist noch zu tun, sonst müssten wir nicht da sitzen, alle arbeiten und uns bemühen. Aber ich denke, die Umfragen der Menschen bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden uns jedenfalls nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern im Gegenteil Kraft schöpfen, um weiterzuarbeiten und werden auch weiter, da bin ich sicher, trefflich darüber streiten. Das gehört nämlich auch dazu. Seien wir froh, dass wir in einer Demokratie leben, wo wir das können! - Danke vielmals. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Werte Damen und Herren!

Ehe ich zur Geschäftsgruppe spreche, möchte ich auch namens meiner Fraktion die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei jenen beiden Damen, die in Richtung Europaparlament wechseln werden, für die Zusammenarbeit sehr herzlich zu bedanken. Als jemand, der oft in Brüssel ist, weiß ich, dass es im Europäischen Parlament oft viel sachlicher und viel weniger ideologisch zugeht. So gesehen glaube ich, ist es sehr wichtig, diesen Input, den man aus dem Gemeinderat der Stadt Wien mit nach Europa nimmt, dort auch entsprechend einbringen zu können. Ich wünsche auch namens meiner Fraktion dir, liebe Monika, und dir, liebe Barbara, alles Gute für eure neue Tätigkeit in einem ganz großen Haus

mit 700 Abgeordneten. Vielleicht sehen wir uns da und dort auch in Brüssel. Alles Gute! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun zum Rechnungsabschluss, und zwar zur Geschäftsgruppe Verkehr:

Eine Debatte um den Rechnungsabschluss ist immer wieder auch geeignet, Rückschau und Bilanz miteinander zu verknüpfen. Das Budgetkapitel Verkehr ist dazu ein mehr als dankbares Thema, weil Sie es seitens der Verkehrspolitik dieser Stadt letztendlich auch so angelegt haben. Ehe ich das im Einzelnen analysiere, erlauben Sie mir, ein bisschen auf die politische Stimmungslage einzugehen und diese zu analysieren.

Das Ergebnis zeigt eindeutig, dass Sie es mit Ihrer Verkehrspolitik geschafft haben, diese Stadt zu polarisieren, die Bevölkerung in zwei gleiche Lager zu spalten, selbst im Bereich der Verkehrsmodalitäten Unruhe zu stiften und auch dort einfach den Spaltpilz hineinzutreiben, und zwar zwischen solchen Menschengruppen, die Sie in Ihren Augen als verkehrspolitisch rückständig erachten und solchen, die nach Ihrer Ideologie in dieser Stadt der Zukunft der GRÜNEN passen. Sehr geehrte Damen und Herren, nicht nur die Mariahilfer Straße hat diese Stadt in zwei Teile geteilt und Stadtteile voneinander getrennt, Sie tun das auch mit Ihrer gesamten Verkehrspolitik!

Das lässt sich anhand der Entwicklungen rund um die Mariahilfer Straße sehr einfach aufzeichnen. Vorweg sei auch gesagt, Fußgängerzonen sind Geschmackssache. Sie können von dem einen positiv beurteilt werden, der andere mag sie vielleicht weniger. Der eine möchte Rad fahren und skaten, der andere sieht darin eher ein Element, das wirklich für den Fußgänger die Priorität haben sollte. Das alles ist auch kein Thema. Es ist eine Sache, die Menschen einzubeziehen. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, eine Bürgerbefragung in diesem Bereich umzusetzen. Mit viel Widerstand gegen vor allem Grün, aber Rot-Grün in Summe, ist es uns gelungen, diese Befragung zu erreichen. Wir akzeptieren das Ergebnis. Es ist vollkommen okay, wenn die Menschen so entschieden haben, wie sie entschieden haben, auch wenn man bedenken muss, dass natürlich wesentliche Bevölkerungsgruppen, die dort von der wirtschaftlichen Situation besonders abhängig sind, für diese Abstimmung überhaupt nicht zugelassen waren. Das ist auch ein Zeichen der Art der Demokratie, wie sie in dieser Stadt gelebt wird. Darauf wird sich jeder, vor allem jene, die hier nicht gefragt wurden, in Zukunft seine Gedanken und seinen politischen und letztendlich auch wahlpolitischen Reim machen!

Aber es geht nicht darum, allein das zu analysieren. Ich nehme an, es wird dann mein Nachredner besonders wieder auf eine Lobhudelei dieser Sache eingehen. Ich möchte nur sachlich festhalten, wenn ich eine knappe Mehrheit von nur 53 Prozent in den 2 Bezirken mit der größten Grünmehrheit in ganz Österreich habe, würde ich mir Gedanken machen, ob das wirklich der beste Ansatz ist. Denn in Summe haben Sie bei den Wahlen 70 Prozent erhalten, beide Parteien gemeinsam. Mit 53 Prozent Erfolg ist es, glaube ich, etwas, was man natürlich auch respektieren soll, weil es eine knappe, aber

doch eine Mehrheit ist, aber es ist kein Grund zum Jubeln. Es zeigt einmal mehr, wie stark das Chaos, das Grün und Rot-Grün hier gemeinsam verursacht haben, diese Menschen in der Umgebung der Mariahilfer Straße verärgert hat. Aber nicht nur diese, letztendlich wird in der ganzen Stadt bereits über die Verkehrspolitik gewitzelt.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht nicht nur darum, welche Pläne man hat. Es geht vor allem darum, wie man sie umsetzt. Bei der Umsetzungsfähigkeit sind die GRÜNEN, bekanntermaßen nicht autochthon, sozusagen Weltmeister. Da haben sie immer gezeigt, dass es ihnen nicht darum geht, wirklich etwas gut zu machen. Das ist offenbar auch gar nicht der große Ansatz gewesen. Die SPÖ hätte da ruhig gewarnt sein können, als sie damals ihren Koalitionspartner gewählt hat. Ich erinnere an das Projekt 2001 - so weit ist das noch nicht her -, als das größte verkehrspolitische Floppprojekt von den GRÜNEN induziert worden ist, damals noch in der SPÖ-Alleinregierung, aber man hat damals schon ein bisschen eine Bande geschmiedet und Projekte gemeinsam gemacht. Es ging um das sogenannte Stadtrad, das erste Leihradsystem der Stadt, wo die damalige SPÖ-Alleinregierung von den GRÜNEN ein Projekt aufs Auge gedrückt bekommen hat oder sich aufs Auge hat drücken lassen und wo sich die gesamte europäische Presse über die Umsetzungsqualität der GRÜNEN in Wien lustig gemacht hatte, bis hin, dass wir solche Räder aus dem Canale Grande fischen mussten oder dann noch ganze Anhänger solcher Räder in Rumänien gesichtet worden sind, heute natürlich vollkommen vergessen.

Aber eines sei schon gesagt, Umsetzung ist nicht eine Sache der GRÜNEN. Alles, was sie in die Hand genommen haben, vom Parkpickerl angefangen bis hin zur Mariahilfer Straße und anderen Projekten, ist danebengegangen. Und was sagen sie darauf? Letztendlich, so die gesamte Argumentation, warum man die Dinge nicht so negativ sieht, heißt es von den GRÜNEN ganz locker, sie sind halt erfolgreich gescheitert. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir sind nicht gescheitert!*) Sehr geehrte Damen und Herren, erfolgreich zu scheitern ist kein Konzept, das wir in diesem Haus akzeptieren können, kein Konzept, das die ÖVP mittragen kann und wird! Das ist auch das, was wir in Zukunft mit besseren Ideen machen können. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir haben gute Ideen!*) Es geht nicht um die Ideen! Ich weiß, dass das unangenehm ist! Es geht nicht nur um die Ideen, Herr Kollege Maresch, es geht vor allem um die Umsetzungskompetenz! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir sind nicht gescheitert! Das ist falsch!*) Da hilft es nicht, immer nur vorne zu stehen wie ein Lehrer und gescheit zu reden, sondern man muss es auch machen können! Das ist etwas, was offenbar nicht ganz gut funktioniert!

Ich sage deshalb, schlau oder smart, wie auch immer Sie wollen, ist es, zuerst nachzudenken, bei den Bürgern nachzufragen, was sie wollen und erst dann erfolgreich und sparsam umzusetzen, sehr geehrte Damen und Herren! Smart ist es nicht, herumzudoktern! Smart ist es, eine Verkehrspolitik zu veranstalten, wie sie die ÖVP seit Langem fordert, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall*)

bei der ÖVP.)

Dass Steuergeld bei den GRÜNEN nicht wirklich eine Rolle spielt, haben wir schon in vielen anderen Punkten kennen gelernt. Sie haben auch gleich Abteilungen gegründet, am Beginn, als Sie in die Regierung gekommen sind. Hören tut man immer nur dann etwas von diesen Abteilungen, wenn sie wieder Budget bekommen. Aktivitäten habe ich zum Beispiel von der MA 20 keine wahrgenommen. Ich habe mir deshalb gedacht, um wieder einmal ein bisschen in Erinnerung zu rufen, dass wir so etwas wie eine Abteilung für Klimaschutz, angesiedelt bei der Frau Vizebürgermeisterin, haben, dass diese wieder etwas zu tun bekommt, bringen wir einen Antrag ein, der Ihnen sehr bekannt ist, wo ich aber enttäuscht bin, dass Sie trotzdem für nachhaltige Mobilität eintreten, diesem immer noch nicht nachgekommen sind, nämlich für die Wiedereinführung der Förderung von Elektromobilitätsfahrzeugen. Ich denke, diese Förderung, die in dieser Stadt schon einmal Platz gegriffen hat, ist eine gute Sache.

Gemeinsam mit meiner Kollegin Karin Holdhaus und meinem Kollegen Bernhard Dworak bringe ich diesen Antrag ein, der auf die Wiedereinführung der Förderung von Elektromobilen abzielt. - In formeller Hinsicht beantragen wir die formelle Abstimmung.

Aber bleiben wir bei der Mobilität und beim Fahrrad. Sinnvolle Ergänzungsalternative ist natürlich der Fahrradverkehr. Das ist keine Frage. Das Fahrrad ist ein von vielen geliebtes Verkehrsmittel. Es soll auch sinnvoll sein. Dazu bedarf es aber auch Radwege. Radwege braucht man natürlich auch flächendeckend. Sehr geehrte Damen und Herren, es hilft nichts, sich einen Prestige-Ring-Rundradweg zu bauen, wenn man in vielen Bezirken, vor allem in Außenbezirken, noch Riesenlückenschlüsse zu finanzieren hätte. Ich verstehe nicht, warum Sie eigentlich nicht dieses Thema, das absolut viele Lobbyisten aus dem Radbereich von Ihnen fordern, nicht aufgreifen, anstatt sich ein Prestigeprojekt nach dem anderen gönnen, auch wirklich in die Fläche zu gehen, in die Außenbezirke zu gehen. Auch dort haben Sie vielleicht den einen oder anderen Grünwähler oder können ihn vielleicht gewinnen, um das zu machen.

Es sei Ihnen auch gesagt, dass Ihr Projekt Hasnerstraße in der Zwischenzeit in der Community als ein sehr großes Floppprojekt gehandelt wird. Es hält sich der Erfolg mehr als in Grenzen. Auch da zeigt sich Umsetzungsschwäche par excellence bei dieser Chaospartei der GRÜNEN, sehr geehrte Damen und Herren!

Nächstes Kapitel, öffentlicher Verkehr: Auch hier wird in den Ausbau nichts oder viel zu wenig investiert. Wir hören von der Frau Vizebürgermeisterin, wie viel die Wiener Linien bekommen. Das meiste geht übrigens in den Betrieb. Nur ganz wenig geht wirklich in die Investition. Da geht viel mehr in die Reparatur und nicht wirklich in den Neubau. Das ist der eigentliche Skandal.

Aber wenn man Richtung U5 denkt, dann ist dieses Thema immer wieder aufpuschend vor Wahlen. Liest man genauer nach, wird wieder alles relativiert. Jetzt gibt es offenbar die Ankündigung, bis 2025 - das muss man sich einmal vorstellen, welcher Zeithorizont das ist - die

U5 zu erstrecken und dann vielleicht zwei, drei Stationen irgendwie zwischen dem 9. Bezirk und dem Rathaus fahren zu lassen. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein Affront gegen alle, die sich in überfüllte und sich leider auch immer wieder durch technische Mängel auszeichnende öffentliche Verkehrsmittel hineinzwängen müssen!

Ich möchte Sie deshalb gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak und Norbert Walter sowie Martin Flicker motivieren, mit einem Antrag betreffend Schaffung einer U5 in Ergänzung zum Wiener U-Bahn-Netz dahin gehend wieder tätig zu werden. Der Antragstext liegt Ihnen vor. - In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In weiterer Folge möchten wir auch in Richtung Park-and-ride-Anlagen motivieren. Auch das wird das einzig sinnvolle Element sein, um den Einpendlerverkehr entsprechend abzufedern und umzulenken, die rasche Umsetzung eines Ausbauprogramms für Park-and-ride-Anlagen, auch gegen den Wunsch der GRÜNEN. Sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ, Sie haben die Mehrheit in diesem Haus. Es ist keine ideologische, es ist eine Sachfrage. Sollten Sie das nützen, würde ich Sie einladen, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Norbert Walter und Martin Flicker bringe ich diesen Antrag auf eine rasche Umsetzung des Ausbauprogrammes von Park-and-ride-Anlagen ein. - In formeller Hinsicht auch hier die sofortige Abstimmung, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, schlaue beziehungsweise smart wäre es, den U-Bahn-Ausbau aktiv anzugehen, den fehlenden S-Bahn-Ring in Wien fertigzustellen und nicht in der Stadtregierung zwischen den Koalitionsparteien darüber zu streiten, ob die U-Bahn oder die Straßenbahn das bessere Verkehrsmittel ist. Denn budgetiert haben Sie für beide keine Mittel. So werden wir wahrscheinlich noch über Jahre oder Jahrzehnte keinen wirklichen infrastrukturellen Ausbau haben, sehr geehrte Damen und Herren.

Eigentlich könnte uns das egal sein, weil Sie treiben damit die Wählerschaft hin zu anderen Parteien, vor allem zur ÖVP, die für eine sachliche Verkehrspolitik eintritt. Aber da kommt unser Verantwortungsbewusstsein durch. Letztendlich ist das, was Sie machen, wirtschaftsschädlich, es ist standortschädlich. Es ist etwas, wo sich viele Menschen in der Zwischenzeit in Wien nicht mehr wohlfühlen, Betriebe absiedeln. Man sieht es an den Statistiken. Da geht es darum, dass Sie hier wirklich an die Substanz gehen.

Wenn wir uns diese Zahlen des Rechnungsabschlusses genauer anschauen, spiegeln sie genau diese Politik wider. Deswegen lehnen wir die grüne Verkehrspolitik genauso ab wie ein Budget, das dieser Politik Vorschub leistet, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 17 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte

Redezeit sind 8 Minuten.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich für die viele schöne Zeit bei der Monika Vana bedanken, unglaublich viele gute Diskussionen. Auf der einen Seite finde ich es schade, dass du nach Brüssel gehst. Auf der anderen Seite freue ich mich unglaublich für dich. Gratulation!

Frau Kappel wird uns auch verlassen. Ja, so ist das Leben! (*GR Armin Blind: Das war sehr charmant!*)

Jetzt einmal zu den interessanten Dingen, die uns die ÖVP auf den Weg mitgegeben hat, bevor ich dann auf verschiedene Dinge näher eingehe:

Lieber Herr Kollege Stiftner, betreffend rasche Umsetzung des Ausbauprogrammes für die Park-and-ride-Anlagen haben Sie etwas nicht mitgekriegt. Es gibt einen Vertrag mit dem Land Niederösterreich, wobei es immer vernünftig ist, Park-and-ride-Anlagen außerhalb Wiens zu bauen. Wir bauen demnächst auch ein paar innerhalb Wiens, eine im 23. Bezirk. Das müssten Sie wissen. Also, wir machen das, was Sie verlangen. Wir werden den Antrag ablehnen. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Wie überraschend!*)

Betreffend die Schaffung einer U5 zur Ergänzung des Wiener U-Bahn-Netzes werden Sie demnächst von den beiden Vizebürgermeisterinnen etwas dazu hören. Danke für den Hinweis. Wir wissen, dass Sie das gerne haben.

Optimierung des Baustellenmanagements: Das gibt es, würde ich einmal sagen. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Baustellenchaos!*)

Jetzt zur FPÖ: Ich finde es interessant, die FPÖ war da schon ein bisschen weiter als Sie. Sie sagen in Wirklichkeit, wir sollen die Mittel aus der Mobilitätsagentur und die 1,2-Millionen-EUR-Subvention für die Walk21 in bessere BürgerInnenbeteiligung oder was auch immer hineinstecken und das Baustellenmanagement soll effizienter werden. Wie das eine mit dem anderen zusammengeht, weiß ich nicht ganz genau. (*GR Mag Wolfgang Jung: Vielleicht können Sie das nicht!*)

Aber jetzt komme ich zum nächsten FPÖ-Antrag, weil ich habe nur wenig Zeit, nämlich nicht einmal mehr sieben Minuten. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sieben Minuten sind lange!*) Da gibt es den Antrag vom Kollegen Seidl aus dem 2. Bezirk. Darin geht es um die Touristenbusse im Karmeliterviertel. Falls er es nicht weiß, es hat bereits einen Runden Tisch gegeben. Dieser hat schon einmal getagt. Die nächste Sitzung ist während der Sommermonate, eingeladen wurde schon. Also, das gibt es schon. Da brauchen wir nicht extra zuzustimmen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Aber der letzte Antrag, den ich da im Moment vor mir liegen habe, hat es echt in sich. Er geht an die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, aber auch Umwelt. Da geht es interessanterweise um die Förderung zur Errichtung von Hagelschutznetzen und die Anmietung von Hagelfliegern. Hagelflieger haben möglicherweise etwas mit dem Verkehr zu tun. Aber das ist

schon ganz schön skurril. Ich würde einmal sagen, das ist in Wirklichkeit Nummer 1 bei der Skurrilität, wirklich Nummer 1!

Dann habe ich noch eine nette Geschichte zu sagen. Wenn die ÖVP jetzt zu uns kommt und sagt, wir sind erfolgreich gescheitert - das war, glaube ich, der Ausdruck -, dann ist der Unterschied zwischen der ÖVP und den GRÜNEN, dass wir erfolgreich sind und Sie gescheitert sind! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, bei der Parkpickerldebatte haben Sie die Parkpickerlauseinandersetzung hochkant verloren! (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Dort, wo abgestimmt worden ist, haben wir gewonnen! Ihr habt es nicht abgestimmt! Wie ist es im 13. Bezirk ausgegangen? Wie ist es im 18. Bezirk ausgegangen?*) Dann sind die NEOS aufgetaucht. Sie haben sich deren nicht erwehren können! Bei der Mariahilfer Straße haben Sie hochkant verloren! Dass Sie sich jetzt herausstellen und sagen, es geht abwärts! Bei wem? Sie verwechseln die Parteinaamen! Bei der ÖVP geht es abwärts! Sie sind die Nummer 1 bei der Einstelligkeit! Sie sind die erste ÖVP-Landespartei, die sich in Wirklichkeit einstellig weiterbewegen wird! Die Meinungsumfragen sehen Ihre Konkurrenz, nämlich die NEOS, in der Zweistelligkeit. Ich finde es wirklich völlig absurd, sich hier herauszustellen und zu sagen, es geht mit den GRÜNEN abwärts! Ich glaube, Sie verwechseln in Wirklichkeit etwas! Die ÖVP ist gescheitert, und zwar ziemlich gescheitert!

Noch einmal, es geht uns eigentlich darum, dass wir, Rot-Grün gemeinsam, eine ganz andere Verkehrspolitik machen oder gemacht haben, als Sie sich jemals vorstellen konnten. Dass Sie sich darüber ärgern, glaube ich Ihnen schon. Aber Faktum ist, wir haben das Ticket um 365 EUR eingeführt und 200 000 mehr verkaufte Jahreskarten. Das bringen Sie nie zusammen!

Das Zweite ist, in Wirklichkeit gibt es mehr Passagiere, wenn man die Wiener Linien und die ÖBB zusammenrechnet. Sie reden davon, dass es weniger geworden sind. Das stimmt nicht!

Wenn das Parkpickerl ausgedehnt ist, ist weniger Verkehr in der Stadt und wir haben ein Garagenkonzept. Das Garagenkonzept heißt nicht, wie es Herr Kollege Tiller aus Döbling gerne hätte, hinter jeder Hausecke und hinter jedem Park eine Garage. Nein, dort, wo wir sie brauchen! Das machen wir auch so! In Ottakring kann man sich das anschauen, demnächst in Hernals und in anderen Bezirken.

Letztendlich bauen wir die Mariahilfer Straße um. Die Mariahilfer Straße wird im August 2015 fertig sein. Sie werden sehen, dass Ihre ganzen Unkenrufe umsonst sind! Sie sollten sich der Realität widmen! Was ist im 6. Bezirk passiert? Die ÖVP hat sich in Befürworter und Gegner gespalten. (*GRin Ing Isabella Leeb: Was ist passiert?*) Was schließt die ÖVP aus dieser Geschichte? Wir machen einfach weiter! Freud bezeichnet das als Todestrip! Wunderbar, ich werde Sie nicht aufhalten! Da kann man eventuell auch noch kleiner als 5 Prozent oder 4 Prozent werden! Das geht sich schon noch aus! Wenn die ÖVP so weitermacht, wunderbar! (*GRin Ing Isabella Leeb: Sie sitzen selbst im Glashaus!*) Wir wollen das

nicht, liebe ÖVP! Reißt euch endlich einmal zusammen, macht konstruktive Politik!

Zum Schluss, weil die Zeit rennt mir davon, brauche ich noch ein bisschen etwas zum Replizieren. Ich möchte mich eigentlich bei all den vielen Dienststellen und Mitarbeitern bedanken. Wenn ich die Liste aufzähle, die MA 18, 19, 20, 21, 28, 29, 33 - dass ich niemanden vergesse -, 41, 46, 65 und 67 und auch die MitarbeiterInnen aus der Baudirektion. Alle waren sehr unterstützend für Rot-Grün. Ohne die MitarbeiterInnen in diesen Dienststellen und auch in der Baudirektion wäre eine rot-grüne Verkehrs- oder Planungspolitik, so wie wir Sie machen, nicht möglich gewesen! Deswegen wirklich ein ganz großes Dankeschön! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Die zweite große Danksagung gebührt eigentlich den MitarbeiterInnen des Büros der Frau Vizebürgermeisterin. Da fühle ich mich sehr unterstützt in vielen Dingen. Ich darf diesmal allerdings niemanden aufzählen, muss ich dazusagen. Aber noch einmal, es war eine sehr angenehme Arbeitsatmosphäre und ich bin ganz stolz darauf, mit so einem Büro zusammenarbeiten zu dürfen! Das ist mir ganz wichtig! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Allerletzter Punkt: Diese Woche werden wir den STEP 2025 verabschieden. Der STEP 2025 setzt sich mit einer wachsenden Stadt auseinander. Wir kriegen jedes Jahr 25 000 zusätzliche Wiener und Wienerinnen oder BewohnerInnen von Wien herein. Wir werden bald die 2-Millionen-Grenze überstreiten. Mit der Agglomeration rund um Niederösterreich werden es 3 Millionen sein.

Das ist eine Herausforderung, die Rot-Grün gemeinsam mit vielen WienerInnen bewältigen wird. Da ist natürlich auch die Opposition eingeladen, mitzuarbeiten und mitzutun, und vielleicht schafft es die ÖVP doch, beim nächsten Mal im Gemeinderat vertreten zu sein. - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 20 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was der Schatten- oder Leider-nicht-Stadtrat Rüdiger Maresch jetzt an dem Antrag bezüglich Förderung von Hagelnetzen nicht verstanden hat, ist mir schleierhaft. Denn erstens gehören Hagelflieger zum Flugverkehr, und da ich wahlweise Flugverkehrs- oder Fluglärmsprecher bin, ist der Zusammenhang leicht herzustellen.

Wenn er sich die Begründung auch noch durchgelesen hätte, wäre er auch etwas schlauer gewesen. Denn „schlau“ hören wir ohnehin schon bis zum Erbrechen: schlau, schlau und schlau, und smart, smart und smart. In Wien ist eigentlich überhaupt nichts schlau, sondern in Wien ist etwas gescheit. Ich weiß nicht, wo ihr euch das hergeholt habt. Ich tippe ja (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist von den Demonstranten!*) auf Christoph Chorherr, weil bei dem seit Jahren alles schlau ist, was er sagt, oder Projekte, wo er jetzt als Pflichtverteidiger für die SPÖ vorgeschickt ... (*GR David Ellensohn: Wird?*) wird.

(*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Dazu kommen wir aber später noch.

Gescheit wäre es zum Beispiel, wenn sich die GRÜNEN bei Monsterprojekten nicht dafür hergeben würden, bei ortsbildzerstörenden, gewinnmaximierenden, anrainerfeindlichen Monsterprojekten, Bauprojekten wie zum Beispiel den Danube Flats, Steinhof, jetzt im 22. Bezirk vor der Tür stehend sind Berres- und Dittelgasse, wenn sich die GRÜNEN da ihre Argumente für die Zustimmung nicht von der SPÖ bei einer, so habe ich den Eindruck, Klausur in Taschowitz eventuell vielleicht abkaufen lassen würden und weiter, so wie in Oppositionszeiten, auf der Seite der Bürger gegen solche Monsterprojekte aktiv werden würden.

Projekte wie die Danube Flats, Steinhof, Dittelgasse, Berresgasse und viele andere mehr wären früher, zu Oppositionszeiten, bei euch gleich nach einem Burschenschafterkommers gekommen. Ihr hättet euch am nächsten verfügbaren Löwenzahn, mit Knoblauchzehen bewaffnet, im Fair-Trade-Jutehemd angekettet. (*Heiterkeit bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Nicht lustig!*) Jetzt verrätet ihr eure Politik - was es dafür gibt, parteipolitisch natürlich, haben wir schon gesehen.

Es gibt zum Beispiel - und da sind wir schon beim Thema Radverkehr - etwa 15 Millionen EUR in der gesamten Legislaturperiode für die Bewerbung des Radverkehrs, aber nicht für den Radwegneubau. 15 Millionen für Posten, Pöstchen, Feste und Festln, jetzt zuletzt 4,5 Millionen EUR, 1,2 Millionen EUR für die Walk21-Konferenz. Die Velo-city Konferenz haben wir schon erfolglos hinter uns gebracht. Sie hat sich nicht wirklich in unser Gedächtnis eingebrannt, außer dass sie viel Geld gekostet hat.

Die GRÜNEN machen eines beim Thema Radverkehr, eben viel Geld in die Versorgung von Parteigängern zu stecken, mit Zustimmung der SPÖ. Dafür machen sie ihr den Pflichtverteidiger von monströsen Bauprojekten, die keiner will, außer dem Bauträger (*GR Mag Wolfgang Jung: Na, der Chorherr vielleicht!*) und ein paar, die sich dort Vorsorgewohnungen kaufen oder sonst wie davon profitieren.

Wenn mehr Geld in den Radwegausbau gesteckt würde - das ist eine Forderung, die sich von den Freiheitlichen aus eurer Sicht vielleicht etwas skurril anhört. Aber wir fahren weit mehr mit dem Radl und machen weit mehr Bewegung als ihr. Das wissen wir, zumindest, was den Rathausklub betrifft.

Darum wissen wir auch, woran es im Wiener Radverkehr hakt, und darum ist es auch kein Wunder, wenn heuer nicht die offiziell angegebenen 4 Millionen EUR in den Radwegneubau gesteckt werden. Das stimmt ja bei Weitem nicht, weil 90 Prozent der neu hergestellten Radfahranlagen Mehrzweckstreifen sind, wo der Kilometer höchstens 30 000 EUR kostet. Ihr baut heuer, nein, ihr pinselt 16 km neue Radwege auf die Straßen, das kostet 700 000 bis höchstens 900 000 EUR. Im Gegensatz dazu gehen auch heuer wieder 1,52 Millionen EUR - beziehungsweise ein bisschen mehr, auf die Legislaturperiode gesehen - in die Versorgung von Parteigängern und in Festln.

Hier fordern die Freiheitlichen einen Paradigmenwechsel: Mehr Geld für den Radwegausbau, weniger Geld für grüne Parteigänger!

Wo es auch hakt, da bin ich schon bei einem sehr ernstesten Thema, beim öffentlichen Verkehr, nämlich einem aktuellen Thema. Die Tat hat schon vor einiger Zeit stattgefunden. An diesem Beispiel kann ich gleich auch illustrieren, dass wir gar nicht so böse sind, wie immer alle tun, und dass wir sehr wohl differenzieren.

Ein Kebap-Standler hat am 16. Mai - jetzt sind die Fahndungsfotos veröffentlicht worden - einen 20-jährigen Wiener davor gerettet, sich ernstere Verletzungen von drei Kulturbereicherern aus der bunten Vielfalt, aus aller Herren Länder zuzuziehen, weil die ihn nämlich bei einer Station abgepasst haben, ihn brutal niedergeschlagen haben und, als er schon blutend auf dem Boden gelegen ist, noch hingetreten haben, Watsche mit Fuß wahrscheinlich. Ein Kebap-Standler, der wahrscheinlich auch nicht in Österreich geboren ist, hat beherzt eingegriffen und hat ihn vor ernstere Verletzungen bewahrt.

Jedes Mal, wenn man sich ein Fahndungsfoto anschaut, weiß man - also weiß man, man kann es mit 102-prozentiger Sicherheit annehmen -, dass diese Jugendlichen, die brutalst vorgehen, Handys rauben, vergewaltigen, versuchen zu vergewaltigen, alle miteinander nicht bei uns geboren sind. Das ist die bunte Vielfalt, die von Rot und Grün immer beschworen, bejubelt wird. Wahrscheinlich waren die drei auch bei der Erdogan-Demonstration. Dort waren ein bisschen viel Leute, sonst hätte die Polizei sie sich herausfischen können.

Wie gesagt, 99 Prozent aller dieser Überfälle in den Öffis, wenn es brutal hergeht, werden von Ausländern oder neo-österreichischen Jugendlichen verübt. Daher sagen wir, die Bereitschaftseinheit ist gut und schön, sie macht Schwerpunktaktionen, das hilft zeitweise, an dem Tag und vielleicht zwei Tage darüber hinaus. Aber wir brauchen eine eigene Polizei, eine Polizeitruppe für die öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem für die U-Bahn, im Endausbau 450 Mann stark, die jeden Tag unterwegs ist. Denn die Bereitschaftseinheit fehlt ja wieder in den Polizeiinspektionen, die sind sowieso personell massiv unterbesetzt. Aber dazu werde ich heute zur Abwechslung keinen Antrag einbringen, sondern zu anderen Themen, wofür mir noch genügend Zeit bleibt.

Nach dem Radverkehr und den öffentlichen Verkehrsmitteln - Kollege Irschik wird dann genauer auf die U-Bahn-Planungen eingehen - möchte ich noch den motorisierten Individualverkehr streifen, wo ja die GRÜNEN medial, was sie nachher abgestritten haben, auch schon in Aussicht gestellt haben beziehungsweise ihren Plan ventiliert haben, auf Sicht 50 Prozent der Parkplätze in Wien zu streichen, zu vernichten, wegzuwidmen mit Radlständern, wo dann kein Radl steht, quasi den Autofahrern wegzunehmen, die zwar dafür zahlen dürfen mit dem Parkpickerl, mit den Kurzparkscheinen - alles wird immer teurer, das Parkpickerl wird ausgeweitet -, wo aber das Angebot laufend gekürzt wird. Das ist auch keine sittliche Geschäftsgebarung und fällt für mich vielleicht schon unter den Titel „Versuchter Betrug“, denn man kann den Leuten nicht immer mehr abknöpfen und

immer weniger dafür anbieten.

Diese geplante, abgestrittene, aber aus unserer Sicht den GRÜNEN natürlich zuzutrauende Absicht, dass 50 Prozent der Parkplätze vernichtet werden, weil ja dann alle Leute zu Fuß gehen, mit der U-Bahn fahren, auch wenn die U5 noch nicht einmal annähernd finanziert ist, oder dann mit dem Radl fahren, ist natürlich eine Milchmädchenrechnung, wie ich sie auch anstellen könnte. Natürlich können wir diese Milchmädchenrechnung fortsetzen, denn 50 Prozent der Parkplätze weniger bedeuten aus Sicht der Grünen - wahrscheinlich auch der Roten, aber denen wird es wurscht sein, weil sie beim nächsten Mal vielleicht eh nichts mehr zu reden haben - auch 50 Prozent mehr Stau, wenn es ein Milchmädchen nachrechnet.

Jetzt schon kommen die Staukosten für jeden Wiener und jede Wienerin im Jahr auf 2,2 Milliarden EUR, ganz zu schweigen von der massiv gesteigerten Stickstoff- und Lärmemission und der Abgasbelastung. Diese Belastungen würden sich bei Vernichtung von 50 Prozent der Parkplätze natürlich verdoppeln. Dann hätten wir 4,4 Milliarden EUR an Staukosten für die Wiener Bevölkerung pro Jahr! Das können wir natürlich brauchen, wir stehen eh gut da.

Unsere Frau Vizebürgermeisterin erzählt, obwohl wir Rekordschulden, Rekordarmut und Rekordarbeitslosigkeit in Wien haben, wir stehen blendend da. Das kann sie normal noch in der Sektion 43 erzählen, aber sie erzählt es uns immer wieder. Da können wir natürlich eine Verdoppelung der Staukosten brauchen wie einen Kropf. Auch die Feinstaubbelastung würde von 5 auf 10 Tonnen pro Tag steigen, der Stickstoffausstoß von 3 auf 6 Tonnen täglich, die CO₂-Emissionen von 2 300 auf 4 600 Tonnen.

Also auch dieser Plan, dieser ventilierte Plan ist alles andere als schlau, ist überhaupt nicht gescheit. Gescheiter wäre es, der motorisierte Individualverkehr, der nicht mit ideologischen Anträgen oder ideologischer Politik weggezaubert werden kann, sondern der einfach notwendig ist für den Wirtschaftsverkehr, aber auch für den Privatverkehr, weil zum Beispiel die U5, wenn sie kommt, erst irgendwann kommen wird, und da sehr viele Leute beruflich oder privat auf ihr Auto angewiesen sind oder die Fahrt vom und zum Arbeitsplatz einfach zu lang dauern würde - also auch hier wäre es gescheiter, ihr gestaltet den Verkehr flüssig, als dass ihr die Autofahrer mutwillig behindert und mit einer massiven Parkplatzvernichtung noch eins draufsetzen wollt - vielleicht.

Aber jetzt zu den Anträgen, für die ich noch vier Minuten Zeit habe.

Wir haben ja auch in der letzten Woche ein Musterbeispiel nicht vorhandenen beziehungsweise miesen Baustellenmanagements erlebt, volksanwaltlich auch schon festgemacht, der Westeinfahrt, wo natürlich die Frau Vizebürgermeister auch wieder nicht schuld ist. Die Baufirma ist auch nicht schuld. Denn die Frau Vizebürgermeister hat gesagt, ja, sie hat sich nicht daran gehalten, es ist nur eine Spur frei geblieben. Und die Baufirma, eine respektable, große Baufirma, sagt, das ist alles mit dem Stadtratsbüro aus- und abgesprochen.

Fazit war: massive Staus, massive Zeitverluste für die Pendler, für die Wirtschaft, massiver Anstieg bei den Belastungen von Lärm, Stickstoff und so weiter, habe ich alles schon gesagt. Und alles deswegen, weil es kein, zumindest kein funktionierendes Baustellenmanagement in Wien gibt!

Wir haben das Problem seit vielen, vielen Jahren. Ein kurzes Beispiel vielleicht aus dem 22. beziehungsweise 2. Bezirk: Vor ein paar Wochen war auf der Reichsbrücke am Schluss, bevor es in die Lassallestraße übergeht, eine Spur weggenommen, es wurde verengt. Auf der anderen Seite war auch ein Teil der Lassallestraße beim ersten Haus abgesperrt.

Nach einer Woche, nachdem sie dort nichts getan haben, habe ich bei der MA 28 beziehungsweise bei der 46er angerufen und habe gefragt, ob dort vielleicht irgendetwas passiert. Denn es hat dort jeden Tag Stau gegeben, obwohl zu der Zeit nicht sehr viel Verkehr war, durch Unfälle und sonstige Gegebenheiten. Die haben nur gesagt, na ja, da hätte der Kran schon längst stehen müssen, aber der wird demnächst aufgebaut. Das war auch zwei Tage später der Fall, aber eine Woche war sinnloser Stau.

Das hätte die Bezirksvertretung regeln können, oder das hätte das Stadtratsbüro regeln können: nachschauen! Es gibt genug Beamte, qualifizierte Beamte, die werden dann hingeschickt, wenn eine Baustelle eingerichtet wird. Schaut, ob dort etwas passiert! Wenn nicht, macht ihnen Beine. Oder lasst die Baustelle wieder auf! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Darum sind wir dafür, dass mehr Mittel ins Baustellenmanagement gesteckt werden - bis jetzt dürften überhaupt keine investiert werden -, und fordern in einem Beschlussantrag die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung und so weiter auf, sie möge die restlichen jener in dieser Legislaturperiode vorgesehenen Mittel für die Mobilitätsagentur und die 1,2-Millionen-EUR-Subvention für die Walk21-Konferenz umwidmen und für die Einrichtung eines effizienten Baustellenmanagements aufwenden. - Wir verlangen hier die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun zum zweiten Antrag, den der Schatten- oder Leider-nicht-Stadtrat nicht verstehen konnte oder wollte: Die Weingärten sind eine uralte Kulturlandschaft, die im Zusammenspiel mit den Winzerdörfern - das eine kann ohne das andere nicht existieren - natürlich sehr sinnstiftend für die Identität Wiens sind, seit vielen, vielen Hundert Jahren, kann man sagen, und das auch weiter bleiben sollen. Wenn - wie in den letzten Jahren öfters vorgekommen, und auch heute wieder - durch Hagel massive Schäden entstehen, werden zahlreiche Betriebe in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gefährdet. Die sperren dann zu, und ihr baut wieder irgendeinen unpassenden Glasklotz hin, damit sich ein Bauträger eine goldene Nase verdient.

Wir sagen, die Stadt soll hier 50 Prozent der Kosten übernehmen, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsagentur, die Umweltstadträtin ist natürlich auch aufgefordert, mit der Landwirtschaftskammer *(GR Mag Wolfgang Jung: Aktion „Rettet den Spritzwein“!)* und der Wirt-

schaftskammer, damit diese Hagelnetze, die pro Hektar 15 000 EUR kosten und für viele nicht zu finanzieren sind, zu 50 Prozent gefördert werden. Und nicht nur das: Es soll auch wie in Niederösterreich angedacht werden, die Anmietung von Hagelfliegern, wenn ein Unwetter droht, zu 50 Prozent kofinanzieren.

Ich glaube, das kostet nicht sehr viel Geld, aber der Wiener Heurige, der Wiener Wein, der G'mischte Satz - das haben wir in der vorigen Sitzung auch bemerkt - sind auch dem Wiener Bürgermeister sehr wichtig. Darum hoffe ich hier auf einstimmige Annahme dieses Antrags, den wir sofort abgestimmt haben wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist mit 5 Minuten 30 begrenzt.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Eine sehr umfassende Geschäftsgruppe, die man in fünf Minuten natürlich nur ganz unzureichend bearbeiten kann! Ich möchte aber doch die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen, ein paar persönliche Gedanken anzubringen.

Zum Ersten muss ich wirklich den GRÜNEN gratulieren - ich meine das jetzt gar nicht so sarkastisch, wie es sich vielleicht anhört -, dass es ihnen gelungen ist, als Kleinpartei jahrelang die Agenda zu setzen. Das ist aus der Parteisicht sicher etwas sehr Gutes. Aus der Sicht der Nicht-Grünen - und das ist ja die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger - ist es eigentlich etwas sehr Dramatisches, dass in sehr vielen Bereichen die GRÜNEN hier ihre Duftmarken in allen möglichen Politikbereichen begeben haben.

Ich fange mit der Stadtentwicklung an. Grüne Kernpolitik sollte es eigentlich sein, den Grünraum zu erhalten. Seitdem Sie in der Regierung sitzen, können wir uns das Hohelied auf die Verdichtung, auf das Zubetonieren, auf das tolle Größerwerden der Stadt anhören! Das ist eigentlich ein direkter Anschlag auf unser aller Lebensqualität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es findet in keinster Weise eine Debatte darüber statt: Ja, wollen wir eigentlich so groß werden? Ist das wirklich wünschenswert? Bleibt das noch das gleiche Wien, das wir haben? Sondern so, als ob sich von irgendwo die Schleusen vom Himmel öffnen würden: Wenn mehr Leute kommen, kommt auch mehr Geld. Ich glaube, das muss doch mittlerweile schon dem Naivsten klar geworden sein: Es gibt nicht mehr Geld! Es gibt im Zweifel weniger Geld, das auf immer mehr Leute aufgeteilt werden muss. Ich weiß wirklich nicht, warum es so wünschenswert ist, wenn die Stadt Wien immer größer werden soll.

Das Nächste: Grünraum in den ohnehin schon dicht verbauten Gebieten wird gnadenlos zubetoniert! Das Sesselweis-Areal - ich meine, man hat sich überhaupt keine Gedanken gemacht, was man dort eigentlich hinmachen könnte. Nebenbei bemerkt: Das Krankenhaus Nord wird, wenn es wirklich so ist, wie es jetzt in vielen Zeitungen steht, gar nicht so schnell aufsperrt. Da wird

man noch froh sein, wenn man dort ein paar Pavillons in Betrieb halten kann.

Am Heumarkt einen Riesen-Wohnturm hinzuklotzen, der das Weltkulturerbe in Zweifel zieht, und so weiter, und so fort, das hat doch eigentlich mit einer lebenswerten, mit einer smarten Stadt nichts zu tun. Das ist nicht smart, das ist retro! Das ist irgendwie der Zuckerbäcker-Baustil, der halt auf Wienerisch irgendwo ein bisschen moderner ausschaut. Aber smart ist eigentlich etwas anderes.

Im Bereich der Verkehrspolitik, auch wenn es heute in der Generaldebatte anders dargestellt worden ist, ist es eine beinharte Klientelpolitik, das Ausspielen der verschiedenen Gruppen gegeneinander, das überhaupt nicht erkennt, dass ja jeder von uns in vielen verschiedenen Rollen am Verkehr teilnimmt. Einmal als Fußgänger, der auf dem Gehsteig nicht von den Radfahrern über den Haufen gefahren werden möchte, auch dann nicht, wenn sie „T'schuldigung!“ sagen. Ich darf Ihnen nebenbei sagen: Die wenigsten entschuldigen sich, sondern finden es fast schon als Affront, wenn man auf dem Gehsteig noch das tut, wofür er da ist, nämlich einfach friedlich zu Fuß gehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Den Autofahrern wird alles vermiest. Es fährt ja keiner zum Vergnügen herum! Aber muss man wirklich in der Westeinfahrt massiv ein Chaos provozieren, stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen, Baustellen, die den ganzen Tag und die ganze Nacht über verwaist sind, wo die ASFINAG es uns vormacht, wie man eine hochfrequentierte oder die am höchsten frequentierte Straße wie die A23 bei laufendem Betrieb saniert? Es gibt ja das Know-how, auch in dieser Stadt. Ist das wirklich notwendig?

Die Garagenbaumittel werden zweckentfremdet. Das Geld von dem Parkpickerl sollte eigentlich in einen vernünftigen Garagenbau hineingesteckt werden. Auch das findet nicht mehr statt.

Im Endeffekt wollen Sie Ihre pseudoalternative Lebensform allen anderen Wienerinnen und Wienern aufs Auge drücken, so nach dem Motto: Pfercht euch in eure U-Bahnen hinein, dass wir mit den Dienstwagen flotter von dannen ziehen können! Das ist etwas, was man eigentlich ablehnen müsste.

Es geht ja dann weiter im Bereich der Energie. Jetzt werden hocheffiziente Gaskraftwerke von unseren Energieversorgern eingestellt, eingemottet und können nicht mehr sinnvoll weiterbetrieben werden. Gleichzeitig bläst man in Europa immer mehr Kohle hinaus! Was das mit CO₂-Reduktion zu tun hat, weiß ich auch nicht. Ein Teil der Verluste unserer Wien Energie resultiert ja daraus, dass man die ohnehin sauberen Gaskraftwerke nicht mehr vernünftig betreiben kann. Also auch da stimmt es hinten und vorne nicht.

Völlig zur Farce wird das, was Sie auch in Ihrer Geschäftsgruppe haben: die Bürgerbeteiligung. Ich kann mich noch erinnern, solange die GRÜNEN in Opposition waren, ist es immer darum gegangen, mit mehr oder weniger demokratischen Mitteln alle mehr oder weniger sinnvollen Projekte zu verhindern. Seitdem Sie in der Regierung sitzen, degeneriert BürgerInnenbeteiligung

eigentlich nur noch so nach dem Motto: Wir erklären euch, wie es ist; wenn ihr gescheit seid, versteht ihr es, und wenn nicht, seid ihr zu blöd, dann fahren wir über euch drüber!

Meine Damen und Herren, das hat mit Bürgerbeteiligung eigentlich gar nichts zu tun! Das ist auch nicht Demokratie. Das ist auch nicht Mitbestimmung, sondern das ist bestenfalls demokratischer Sozialismus, von dem sich ja, zumindest offiziell, die SPÖ in ihrem Namen schon verabschiedet hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist mit 15 Minuten begrenzt.

GR Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wien ist die Welthauptstadt der Lebensqualität! Ich betone das deshalb so ausdrücklich, weil man, wenn man nicht in Wien oder nicht in Österreich wohnt und der Opposition zugehört hat, sich dann eigentlich zu fürchten anfangen müsste. Daher möchte ich das ein klein wenig korrigieren, dieses Bild, das man haben könnte.

Also: Wien ist die Welthauptstadt der Lebensqualität, und das ist durch mehrere Studien abgesichert. Natürlich muss ich, auch wenn das die Opposition nicht so gern hört, mit der Mercer-Studie beginnen. Zum 5. Mal in Folge ist Wien auf Platz 1 bei 223 Großstädten im - so heißt es genau - „Quality of Living Ranking“, eben bekannt als Mercer-Studie. Wesentliche Aspekte sind dabei immer einerseits die Umweltqualität und vor allem auch die Verkehrsqualität in einer Großstadt. 39 Faktoren sind es insgesamt. Bevor wir auf Platz 1 gekommen sind, waren wir mehrere Male unter den ersten 3.

Dann gibt es noch die aktuelle Studie der UN-Organisation UN-Habitat. Wien ist im Vergleich von 70 internationalen Städten die erfolgreichste Stadt, speziell auch im Hinblick auf Lebensqualität und Infrastruktur, auch der Verkehrsmittel.

Dann gibt es den Innovation Cities Global Index der australischen Innovationsagentur 2thinknow. Weltweit 445 Städte, 162 Kriterien: Hier liegt Wien hinter San Francisco, New York, London, Boston und Paris auf dem 6. Platz.

Dann gibt es noch das Smart Cities Ranking von dem US-amerikanischen Klimastrategen Boyd Cohen. Hier hat Wien im Vergleich mit internationalen Metropolen eine führende Position.

Dann gäbe es noch einige andere. Es gibt eine Internet-Ranking-Plattform list25.com, da ist Wien im August 2013 auf Platz 1 von 25 Städten gereiht worden. Da ginge es also noch weiter und weiter. Aber mir war es wichtig klarzustellen, wie Wien im internationalen Ranking wirklich ist. Wien ist nämlich tatsächlich die Hauptstadt, die Welthauptstadt der Lebensqualität! *(GR Mag Wolfgang Jung: ... Ranking haben!)*

Wien ist eine wachsende Stadt. Derzeit haben wir - mit Jahresende 2013, es ist ja der Rechnungsabschluss 2013 - 1,765 Millionen Einwohner, und bis 2030 rechnen wir damit, dass wir 2 Millionen Einwohner erreichen

werden. Wien hatte schon einmal 2 Millionen Einwohner, über 2 Millionen Einwohner, das war im Jahr 1910. Wenn man die Geschichtsbücher nachliest, wie hier die Lebenssituation der Menschen war, speziell jener Menschen, die wir in dieser Stadt vertreten, dann muss ich sagen: Der Vergleich macht sicher! Wir arbeiten kontinuierlich daran, dass diese zwei Millionen Menschen in Wien gut leben können und sich auch gut fortbewegen können. Da steckt harte Arbeit dahinter! Zuerst die der roten Regierung, und jetzt die der gemeinsamen rot-grünen Stadtregierung.

Etwas näher beschäftigen möchte ich mich mit der MA 18, mehr wird sich in der kurzen Zeit nicht ausgehen. Da bleibe ich gleich international. Internationale Delegationen haben Wien besucht und wurden von der MA 18 betreut, insgesamt fast eintausend BesucherInnen. MitarbeiterInnen der MA 18 sind auch gefragte Vortragende bei internationalen Kongressen.

Die MA 18 nimmt auch an Dutzenden EU-Projekten teil. Beispielsweise SETA, Entwicklung eines Verkehrskorridors von Wien bis zur Adria; dann BRAWISIMO, es untersucht Verkehrsverhaltensdaten in der Grenzregion zur Slowakei; RAILHUC für verbesserte Verkehrssysteme in transnationalen Intercity-Verbindungen. Dann gibt es noch zwei Smart-City-Projekte der MA 18, die sich mit Klimaschutz und Mobilität beschäftigen.

Die Walk21 wurde heute schon erwähnt, sie findet aber erst nächstes Jahr statt. Im Berichtszeitraum hat die Velo-city stattgefunden, und die Velo-city war die größte internationale Konferenz zum Thema Radverkehr. Ich sage immer wieder, auch wenn das Geld gekostet hat - ich sage dann gleich, was das an Umwegrentabilität bedeutet -, ist es sehr, sehr wichtig zur Bewusstseinsbildung. Es freut mich sehr, dass in der Zwischenzeit auch die FPÖ - das habe ich ohnehin schon mehrmals gesagt - nicht mehr generell Radwege ablehnt, sondern uns vorrechnet, was wir statt der Konferenz für Radwege bauen könnten. Daher finde ich, dass das gut in die Bewusstseinsbildung investiertes Geld ist, weil das jetzt sogar bei der FPÖ durchgedrungen ist.

1 400 TeilnehmerInnen waren bei dieser Velo-city Konferenz und 330 Vortragende. Insgesamt gab es 400 Diskussionsrunden und Workshops. Es war damit die erfolgreichste internationale Radkonferenz, seitdem es Radkonferenzen gibt. Vier Tage lang sind die neuesten Entwicklungen auf dem Sektor Radverkehr diskutiert worden.

Was bringen Konferenzen? Es ist hier ja auch gesagt worden, das würde so viel Geld kosten. Wien ist die Kongressstadt und liegt auch in vielen Statistiken zwischen den Plätzen 1 und 3, je nachdem, welches Institut, welche Organisation die Erhebungen macht.

Die durchschnittlichen Tagesausgaben eines Konferenzbesuchers liegen bei 483 EUR pro Gast. 2013 gab es in Wien insgesamt 3 389 Veranstaltungen, davon waren 1 221 Kongresse. Einer der Kongresse war eben die Velo-city. Insgesamt hat das eine Wertschöpfung von 832 Millionen EUR ausgelöst. Wien profitiert mit 28 Millionen allein an den Steuereinnahmen.

Mir war es also wichtig, auch das ins richtige Lot zu bringen: Was kosten Konferenzen, und was bringen sie in der Umwegrentabilität, sogar auch finanziell? Also nicht nur an Bewusstseinsbildung, sondern auch finanziell.

Die Velo-city möchte ich auch dazu benützen, kurz auf die Entwicklung des Radverkehrs einzugehen. Denn es wird hier immer so dargestellt, wir würden die Menschen polarisieren, wir würden die Menschen auseinanderbringen. Das machen andere Parteien in diesem Haus. Uns ist das wichtig: Wir stellen immer Gesamtinteressen vor Einzelinteressen!

Gerade bei der Entwicklung des Radverkehrs gibt es eine kontinuierliche Entwicklung. Nur als Beispiel: 1970 gab es 11 km Radnetz, 1986 168 km Radnetz, das war also schon eine Verhundertfächung. Ende 2007 hatten wir 1 090 km Radnetz, also eine Verhundertfächung. Heute haben wir 1 246 km, also eine Verhundertfächung des Radnetzes seit dem Jahr 1970. 55 Prozent davon sind Radrouten. 21 Prozent sind bauliche Anlagen, Radweg, Geh- und Radweg, also nicht nur Mehrzweckstreifen. 24 Prozent sind markierte Anlagen, hier kommen die Radstreifen und Mehrzweckstreifen dazu.

1993 haben wir Leitlinien zum Wiener Verkehrskonzept beschlossen. Hier war der Wunsch, der Radverkehrsanteil möge auf 6 Prozent steigen. 1994 haben wir ein Hauptradwegenetz erstellt, und 1998 gab es zwei Radwegmusterbezirke. Einer davon war der 9. Bezirk, was mich ganz besonders freut, weil ich damals in der Bezirkspolitik tätig war.

Im STEP 2005 beziehungsweise im Masterplan Verkehr 2003 stand bereits eine Steigerung auf 10 Prozent drin. Man sieht also, das ist eine Erfolgsgeschichte bis heute. Es ist kein Paradigmenwechsel in dieser Stadt, sondern das ist eine kontinuierliche Entwicklung, zuerst unter einer roten Stadtregierung und jetzt sehr, sehr erfolgreich unter einer rot-grünen Stadtregierung.

Der Stadtentwicklungsplan selbst - ich habe jetzt den von 2005 erwähnt - war auch Schwerpunkt der MA 18. Dazu sage ich heute aber nichts, denn das wird ja Schwerpunkt am kommenden Mittwoch hier in diesem Haus werden.

Aber der wesentlichste Punkt des STEP ist die intelligente Mobilität, und gerade in einer wachsenden Stadt ist das ganz besonders wichtig. Ein Beispiel: Allein durch den Bevölkerungszuwachs - ich habe ja gesagt, bis zum Jahr 2030 rechnen wir damit, rechnen die Demoskopien damit, dass wir die Zwei-Millionen-Grenze erreichen. Würden wir sonst nichts machen, würden wir all das beibehalten, was wir jetzt haben, würde allein dadurch der motorisierte Individualverkehr um 12 Prozent ansteigen. Also selbst wenn wir keine Maßnahmen setzen, ergibt sich nur durch das Bevölkerungswachstum ein Plus von 12 Prozent. Das zeigt schon: Wenn wir vorausschauend arbeiten, wenn wir vorausschauend Politik machen - was wir ja immer schon gemacht haben -, müssen wir Maßnahmen setzen.

Aktuell beträgt der Modal-Split 27 Prozent beim Autoverkehr, 1993 waren es 40 Prozent. Der Fußgängeranteil war gleich, mit etwa 28 Prozent. Der Fahrradanteil

beträgt jetzt 6 Prozent, 1993 waren es 3 Prozent. Der Öffi-Anteil beträgt 39 Prozent und war 1993 bei 29 Prozent, das bedeutet also eine Steigerung von 10 Prozent beim Anteil der Öffis. Das zeigt uns - und das sagen wir auch immer wieder -, Wien ist die Stadt des öffentlichen Verkehrs! Vermutlich ist das auch ein großer Beitrag dazu, dass wir die Welthauptstadt bei der Lebensqualität sind.

Die MA 18 hat sich auch mit der Evaluierung der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung befasst; das lasse ich jetzt aus. Ich finde aber auch, dass die Geschichte der Parkraumbewirtschaftung eine Erfolgsgeschichte ist, die wir gut begonnen haben. 1974 sind die ersten kostenpflichtigen Kurzparkzonen, damals noch linear, in Wien geschaffen worden. Die letzten Änderungen hatten wir im Jahr 2013, und jetzt, im Jahr 2014, wurde es evaluiert.

Wien ist Weltmeister bei der Lebensqualität, so habe ich begonnen. Dass das im Bereich der Mobilität so bleibt, nicht nur im Berichtszeitraum, sondern auch in Zukunft so bleibt, dafür sorgen die rote Öffi-Stadträtin, die Vizebürgermeisterin Renate Brauner, und die grüne Verkehrsstadträtin, die Vizebürgermeisterin Maria Vasilakou! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wird auf 12 Minuten eingestellt.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): 12 Minuten! - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Die Entwicklung der Stadtplanung unter den GRÜNEN lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: Stillstand durch Konzeptflut. Wir werden diesen Mittwoch noch mehr Gelegenheiten haben, über STEP und Smart-City-Konzept, über diese textlichen Ergüsse zu diskutieren. Aber so viel vorweg: Anstatt Projekte voranzutreiben, Frau Stadträtin, haben Sie viel Papier produzieren lassen. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Umsetzungskompetenzen in anderen Ressorts liegen, meine Damen und Herren!

Es gibt in dieser Periode kein Projekt, das von Ihnen originär und konkret umgesetzt beziehungsweise übergeben werden wird. Alles, was jetzt entsteht, stammte noch von Ihren Vorgängern. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Bitte?)* Erinnern wird man sich allerdings *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Und die Mariahilfer Straße?)* an die Mariahilfer Straße, das Chaos rund um die Mariahilfer Straße - das ist nämlich originär, dieses Chaos um die Einführung der Fußgängerzone -, aber an Sie als Stadträtin für die Gestaltung dieser Stadt, glaube ich, sicher nicht. Das nächste Chaos, meine Damen und Herren, rund um die Mariahilfer Straße kündigt sich bekanntlich schon an: Der Lieferantenverkehr klagt!

Aber im diesjährigen Rechnungsabschluss gibt es kaum Ansätze, die extrem verbessert worden sind, mit einigen kleinen Ausnahmen. Es ist der Sammelansatz, der im Rechnungsabschluss 2010, also vor Eintritt der GRÜNEN in die Koalition, 69 Millionen betrug, auf 85

Millionen EUR erhöht worden. In diesem Posten, der um rund 16 Millionen erhöht worden ist, erfolgt dies vor allem durch diverse Agenturen, neu geschaffene Magistratsabteilungen und Abteilungen für die berühmten Fahrradfeste und sonstige politische Repräsentationsausgaben, mit denen Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, durchaus nicht geizen.

Was aus Ihren Zahlen nicht ablesbar ist, wäre die von mir schon erwähnte bessere Ausgestaltung dieser Stadt, damit die Stadtentwicklung diesen Namen verdient. Schlau wäre es nämlich, meine Damen und Herren, zuerst die Menschen zu fragen, bevor man ihnen unsinnige Projekte umhängt beziehungsweise sie mit unsinnigen Projekten beglückt. Aber Sie akzeptieren ja nicht einmal Ihre eigene Volksbefragung zum Thema „Zusätzliche Querung in der Mariahilfer Straße“! Es hätte eigentlich mindestens zwei neue Querungen geben sollen, aber es gab nur eine.

Alle in der STEKA präsentierten Projekte sind mehr oder weniger durchgeplant, es sind aber sicherlich keine wegweisenden Zukunftsprojekte darunter. Es sind großteils jene Projekte, die in der Ära von Rudi Schicker mit den 13 Zielgebieten entwickelt worden sind. Vor allem endet fast jede Präsentation mit dem Satz: „Projekt wird weiter bearbeitet.“ Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen! Oder: „Die Erstellung des Flächenwidmungsplans erfolgt im Laufe der nächsten Zeit.“ Wann genau es losgeht, das können wir eben nicht sagen. Oft sind die Anrainerinnen und Anrainer sogar froh, dass es noch länger dauert, weil sie mit den vorgelegten Entwürfen einfach nicht einverstanden sind, weil Sie es eben verabsäumt haben, sie ausreichend über den Sinn der Projekte zu informieren.

So gibt es eben bei jedem zweiten Projekt Verstimmung über Bauhöhen, Baufluchtlinien, Baudichten, erwartetes Verkehrsaufkommen. Die Bürger werden immer unzufriedener, statt dass Sie hier überzeugend arbeiten.

Es ist eigentlich ein Widerspruch in sich, dass Sie sich Stadträtin für BürgerInnenmitbeteiligung nennen, denn Sie sind jene Stadträtin, die am meisten mit ihren Bauprojekten aneckt. Wir fragen uns schon, ob ebendieser Titel „Stadträtin für BürgerInnenmitbeteiligung“ von Ihnen nicht besser abmontiert werden sollte, solange es Ihnen nicht gelungen ist, die unzähligen umstrittenen Bauprojekte mit Hilfe der Bürger in die Tat umzusetzen.

Wiens Bevölkerung wächst weiter, daher brauchen wir mehr Wohnungen. Das ist hier schon einige Male andiskutiert worden. Sozial verträgliche Planungen sind Voraussetzungen hierfür, und genau diese werden derzeit eben nicht im ausreichenden Maße von Ihnen umgesetzt.

Am Anfang der Periode haben Sie gesagt, Sie haben sehr viele stadtplanerische Altlasten aus der vorherigen Periode übernommen. Aber Sie hatten hier bereits vier Jahre Zeit, diese abzarbeiten. Beispielsweise war St Marx kein sehr gut aufgestelltes Projekt. Ich denke an den ORF, der nicht dort hingekommen ist, und viele Dinge, die in St Marx zusätzlich passiert sind.

Vielleicht können Sie nichts für dieses Projekt, aber es gibt auch andere Projekte wie den Franz-Josefs-

Bahnhof, der zu Beginn der Periode, noch unter der GRin Gretner, sehr stark forciert worden ist, die Umgestaltung des Franz-Josefs-Bahnhofs. In der Zwischenzeit hört man gar nichts mehr. Sie hatten in einer OTS noch vollmundig behauptet, dass das Areal eine Chance hätte, viele Wohngebiete Alsergrunds mit dem Erholungsgebiet entlang des Donaukanals zu vernetzen, und neue Querungen könnten geschaffen werden. All das ist nicht passiert.

Dann gibt es ein Gustostückerl in diesem Regierungsabkommen: die Stiftskaserne umzunutzen. Das ist interessant, denn gerade dort liegt die Kommandozentrale Österreichs, und zwar nicht nur die der Landesverteidigung, sondern auch jene des Zivilschutzes. Dass Sie ihn dort ausquartieren oder dass Sie die Kommandozentrale umquartieren wollen, ist schon ein besonderes Stück.

Oder eine andere Geschichte ist der Donaukanal. Da hat die ÖVP auch eine Reihe von Vorschlägen angeboten. Es ist eigentlich nicht sehr viel passiert, außer dass eine ganz interessante Lokalszene entstanden ist. Diese Lokalszene wäre auch sozusagen ohne das Zutun des Stadtplanungsressorts entstanden.

Das Gleiche gilt für den Wienfluss und die Kennedybrücke: Da ist auch nicht sehr viel weitergegangen. Selbst beim Fahrradfahren ist der Fahrradweg bis zur Kennedybrücke nicht weiter entwickelt worden. Gerade im Westen Wiens, wir wissen es, hat sich in den letzten paar Tagen das Baustellenmanagement der Stadträtin nicht besonders gut hervorgetan.

Ich bringe mit meinem Kollegen Roman Stiftner einen Antrag betreffend die Optimierung des Baustellenmanagements ein. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei den Ankündigungen blieb es auch in dieser Legislaturperiode, was die Realisierung des Nordwestbahnhof-Projekts betrifft, und derzeit auch im Hinblick auf den Nordbahnhof. Hier ist das Papier einfach geduldig, und es passiert relativ wenig.

Wirklich weitergegangen ist - und das habe ich schon beim Donaukanal erzählt -, nämlich trotz des Stadtplanungsressorts, dass sich Wirtschaftsbetriebe in interessanten Gegenden angesiedelt haben. Das wäre durchaus auch ohne die Stadträtin und ihr Ressort möglich gewesen.

Bei den bei der STEKA in der letzten Zeit vorgelegten Planungsentwürfen, die ja relativ schwierig sind, fällt uns immer auf, dass hier ein einziges politisches Credo, nämlich den Autoverkehr mit allen Mitteln zu verhindern, durchkommt. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie betreten hier nicht den besten Weg. Sie reduzieren nämlich die Straßenquerschnitte, Sie verändern Straßenführungen. Sie machen mit Ihren Wohngaragenprojekten zum Teil weite Wege für die Wohnbevölkerung, Sie machen bei den Sammelgaragen neue Gegenden einfach unattraktiv. Sie entsprechen hier nicht den Wünschen und Bedürfnissen der zukünftigen Nutzungen.

Meine Damen und Herren! Wir hoffen, dass die vier verlorenen Jahre der Stadtplanung der GRÜNEN glimpflich für die Zukunft der Stadt vorübergehen werden. Wir

werden deswegen diesem Budget, diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wird auf 8 Minuten eingestellt.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Der Versuch, ein bisschen eine Replik und eine Begründung dessen, was insbesondere im Planungsressort die enorme Herausforderung ist. Wenn ich mich kurz noch einmal wiederholen darf: In der gesamten Geschichte Wiens ist noch nie so viel gebaut worden wie derzeit. Das ist keine Errungenschaft der GRÜNEN, auch nicht der Koalition, das hat einfach mit einem beträchtlichen Bevölkerungswachstum zu tun. Das wurde bereits gesagt.

Offensichtlich trotz dessen, was die Opposition hier beschreibt, wollen viele Menschen, sehr viele Menschen nach Wien ziehen. Ich verhehle nicht als jemand, der bei der Stadtentwicklung mitgestalten darf: Manchmal denke ich mir, wenn es ein bisschen ruhiger zuginge, ein bisschen weniger wäre, wäre es auch nicht schlecht. Wir sind aber a) in Europa und b) findet ein Austausch mit dem Umland insofern statt, als zunehmend Menschen mit Kindern nicht mehr, wie noch vor 20 Jahren, ins Umland ziehen, sondern gerade aus Sicht der Kinder, wegen der Kinderbetreuung, auch wegen der veränderten Qualitäten in Wien bleiben.

Wenn Sie manchmal, Herr Dworak, oder für Sie alle, YouTube schauen, wenn wir alle vergessen haben, wie Wien früher ausgeschaut hat: Es gibt - ich bin erst neulich darüber gestolpert - einen ORF-Film aus den 70er Jahren, der auf YouTube zu finden ist, einen Film mit dem Helmut Qualtinger, der sozusagen verschiedene Wiener Typen präsentiert. Ich mache hier nicht Werbung für den Qualtinger, aber das muss man sich anschauen. Ich war damals ein später Teenager mit 18, 19 Jahren. Man vergisst es, wie Wien damals ausgeschaut hat! Wien hat sich wie viele europäische Städte enorm belebt, ist enorm attraktiv geworden, und das ist der Grund.

Lassen Sie mich nur noch einmal die Dimension darstellen, dann will ich mich sehr ernsthaft mit dem Begriff der sogenannten Monsterbauten auseinandersetzen. Was 25 000 Leute jedes Jahr - das ist das Wachstum Wiens der letzten 2 Jahre - bedeutet, will ich noch einmal festhalten. Ich glaube, ich habe es hier schon einmal gesagt, aber weil es mir so wichtig ist, sage ich es noch einmal. Fahren Sie mit der U2 in die Seestadt, steigen Sie dort aus und sehen Sie, was dort jetzt in Bau ist. Multiplizieren Sie das mit fünf: Das ist die bauliche Entwicklung Wiens in einem Jahr! *(GR Mag Wolfgang Jung: Na, beim Krankenhaus Nord geht das nicht!)* Ich habe mich bemüht, unzynisch und unhämisch zu sein. Darum erlauben Sie mir, dass ich auf das jetzt nicht eingehe.

Das zeigt, wir haben da zwei Möglichkeiten, und jetzt komme ich zu dem Begriff der sogenannten Monsterbauten. In der gesamten Geschichte der Entwicklung jeglicher Stadt, auch bei dem Sprung vom Biedermeier-Wien ins Gründerzeit-Wien, gab es Größenordnungssprünge!

Das Biedermeier-Haus ist zweigeschoßig, und daneben stand der Monsterbau des fünf-, sechsgeschoßigen Gründerzeit-Hauses.

Wir haben jetzt zwei Möglichkeiten, und ich bitte Sie nur, die Größenordnungen ein bisschen im Gefühl zu haben. 10 bis 15 Jahre Bevölkerungswachstum wie derzeit heißt, die Stadt Graz innerhalb von 10 bis 15 Jahren mitten nach Wien zu bauen! Nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Schulen, die Kindergärten, die Verwaltungseinrichtungen, die Sozialeinrichtungen, die Wirtshäuser, die Kinos, das heißt das.

Das können wir entweder flach verdichtet machen. Nehmen Sie nur eine Karte von Wien her und projizieren Sie Graz darauf: Dann bleibt vom Grün nichts übrig. Oder Sie verdichten! Entlang von U- und S-Bahnen, dort, wo Transformation stattfindet. Ich meine jetzt insbesondere ebenerdige Verkaufsareale, wo jetzt sehr viele Parkplätze zu entwickeln sind. Wir waren in der STEKA mit dem Projekt Franzosengraben, wo jetzt ein großer Parkplatz ist. Dort sollen und, da bin ich sicher, werden auch einige Menschen, vielleicht auch verständlich, dagegen protestieren. Dort kommen drei Hochhäuser hin.

Wir wollen verdichten, um eben für gewisse Bereiche, große Bereiche der Stadt Grün frei zu halten, und zusätzlich auch dort, wo verdichtet wird, dazwischen begrünen. Ja, wenn ich sage, das, was jetzt ist, ist sakrosankt, dann muss ich es kritisch sehen, dass es da zu höheren Verdichtungen kommt. Aber zwei Dinge gehen nicht zusammen - und ich wende mich jetzt bewusst sozusagen an eine dialogfähige Partei -: Man kann nicht einerseits sagen, das Wiener Stadtwachstum wird unterstützt und wir müssen Wohnungen bauen, und gleichzeitig sagen, ja, aber haltet es unten!

Agiert man in einer Regierung anders als in der Opposition? Ich enthülle ein Geheimnis: Ja, man agiert in einer Regierung anders als in Opposition. Ich will jetzt gar nicht groß auf die Regierungszeit der ÖVP verweisen. Es ist einfach so, es sind andere Perspektiven, es sind auch andere Rollen. Das heißt nicht, dass man Prinzipien über Bord wirft, aber dass man auch die Komplexität einer Stadtentwicklung versteht. - Das ist das eine.

Etwas Zweites will ich jetzt ganz allgemein sagen, weil das wirklich eine Herausforderung ist und ein bisschen vom Prinzip her auf die Verkehrspolitik eingeht. Wenn wir eine Stadt in der Größenordnung von Graz nach Wien bauen, werden wir eines nicht tun: dasselbe Autobahn- und Straßennetz in jenem Ausmaß bauen können und wollen, wie es in Graz ist! Es gibt eine autobahnähnliche Straße, die auch umstritten ist, die kommen wird, die wichtig ist. Jetzt will ich das gar nicht groß differenzieren, die wird kommen, das ist die Stadtstraße im 22. Bezirk. Aber große weitere Autobahnen und große Schnellstraßen wird es nicht geben.

Das heißt, wir können nur dann diese neue Stadt, die kommt - und noch einmal: hallo, die zweitgrößte Stadt Österreichs innerhalb von 15 Jahren! -, realisieren, wenn es zu einem signifikant anderen Verkehrsverhalten kommt. Das ist eine Herausforderung. Aber das ist nicht

etwas, was in Wien allein so passiert - ob das Paris ist, ob das New York ist, ob das Madrid ist, ob das sehr viele andere Städte sind, ob das witzigerweise viele US-amerikanische Städte sind, die auch redimensionieren, auf Light Rail gehen und verstehen, dass man das mit dem Autoverkehr nicht lösen kann.

Meine letzte Minute für den Vorwurf vor allem an Maria Vassilakou: Nun, wie ist das mit der Bürgerbeteiligung? Bürgerbeteiligung heißt nicht Bürgerkonsensbeteiligung! Das will ich einmal ganz laut und deutlich sagen. Es ist klar, das ist das Wesen der Demokratie, und da bin ich glücklich und stolz für uns alle, in Wien zu leben, wo Konflikte so ausgetragen werden, wie sie ausgetragen werden: transparent, aber in einer gewissen Grundhaltung der Wertschätzung.

Ich bin mir dessen auch ganz bewusst angesichts der Weltlage. Ich bin zwar Kommunalpolitiker und bin froh, dass ich damit beschäftigt bin und mich nicht mit dem Irak, mit Syrien, mit Libyen, mit all den Dingen auseinandersetzen muss, die vor unserer Haustür sind. Da wird mir nämlich ganz schön schwummrig. Sollen wir stolz sein, dass wir es haben, wie wir es haben!

Das heißt aber nicht, dass wir das im Konsens abwickeln. Ja, zu jedem einzelnen dieser Projekte wird es Proteste geben! Die Frage ist: Wie gehen wir darauf ein? Letztendlich wird es Kompromisse geben. Diese Kompromisse werden nicht alle zufrieden machen, sind aber ein Weg des Ausgleichs und sind ein Weg einer Wiener Kultur des Ausredens, auf die ich stolz bin. Wir werden da noch sehr viel in den nächsten Jahren zu tun haben, diesen Herausforderungen des wachsenden Wiens in diesem Bereich gerecht zu werden. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Irschik. Seine Redezeit wird auf 10 Minuten eingestellt.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

2013 erreicht also die Stadt Wien erstmals einen Schuldenstand von mehr als 5 Milliarden EUR! Das bedeutet einen neuen Schuldenrekord. Trotzdem hat die rot-grüne Stadtregierung der Wiener Wirtschaft insgesamt 201 Millionen EUR an beschäftigungswirksamen Investitionen entzogen.

Wir haben heute einiges gehört, auch von der Frau Finanzstadträtin oder vom Klubobmann Schicker, man möge doch den U-Bahn-Bau forcieren. Na ja, wenn man sich die Zahlen anschaut, stimmt da irgendetwas nicht. Denn der Rechnungsabschluss 2010 weist noch eine Summe von 288 Millionen EUR aus, und der von 2013 nur mehr 164 Millionen EUR. Da fehlen dann also 124 Millionen EUR an Investitionen für den U-Bahn-Bau. Wie das dann forciert werden soll, das wissen nur der Herrgott und die rot-grüne Stadtregierung.

Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir zum U-Bahn-Ausbau. U6: Gehen wir ein bisschen in die Vergangenheit, bis 2010. Bis 2010 hatte ja die SPÖ hier im Wiener Gemeinderat, hier in Wien die absolute Mehrheit,

und auch in meinem Heimatbezirk Floridsdorf. Da hieß es damals, 2012 wird die Verlängerung der U6 nach Stammersdorf zum Rendezvousberg fertiggestellt sein. Das heißt, wie im U-Bahn-Grundliniennetz von 1976 vorgesehen, wird die Stadtbahn, die U6, an den Stadtrand geführt, und es ist gut, dass das 2012 fertiggestellt wird, denn 2013 geht das Krankenhaus Nord in Vollbetrieb.

Tatsache ist - zum Krankenhaus Nord werden dann einige noch sehr gut sprechen -, wenn überhaupt, dann gibt es Teilbereiche, die im Krankenhaus Nord 2015 geöffnet werden. Das schaut dann vielleicht so aus, dass irgendwer das Licht dort einschalten wird, das ist dann die Inbetriebnahme eines Teilbereiches. Ob tatsächlich schon Patienten behandelt werden, das steht in den Sternen.

Die U6, meine Damen und Herren, das schaffen wir nicht, dass wir sie zum Krankenhaus verlängern. Das heißt, von der derzeitigen U6-Endstelle Franz-Jonas-Platz sind es vielleicht 1 000 m, sind es 1 500 m; mehr als 1 500 m sind es nicht. Das heißt, die Wendeanlage, die es natürlich jetzt gibt und geben muss, dort weiterzubauen in Tiefbauweise, das sind zirka 150 bis 200 m. Dann ginge es schon nach oben, und dort sind die Gleise vorhanden. Das heißt, Brünner Straße 68-70, Krankenhaus Nord, war ja die ehemalige Zentralwerkstätte der ÖBB. Daher könnte man das Krankenhaus kostengünstig an die U6 anbinden.

Interessant ist, dass es da einen verbalen und medialen Schlagabtausch zwischen VBgmin Brauner und VBgmin Vassilakou gegeben hat. Ein Bruderzwist in Habsburg, könnte man vielleicht sagen, denn Finanzstadträtin Brauner spricht sich da für den Bau der U5 aus. Da wird ein bisschen herumphilosophiert, vielleicht auch phantasiert, und da, sehr geehrte Frau VBgmin Vassilakou, sind wir Freiheitliche durchaus an Ihrer Seite, denn Sie haben völlig richtig gesagt: Bevor wir da spekulieren und phantasieren über eine U5, bitte, ist es doch viel wichtiger, dass wir die U6 ans Krankenhaus Nord führen. Also ein ernst gemeintes Kompliment an Sie, Frau VBgmin Vassilakou: Da haben Sie unsere volle Unterstützung! Hoffentlich wird es auch gemacht, denn das brennt unter den Nägeln. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir schon über eine U5 sprechen und phantasieren, verweisen wir auf das U-Bahn-Grundliniennetz von 1976 - einstimmig beschlossen -, wo die U-Bahn-Linien festgeschrieben waren. Spätestens zur Jahrtausendwende, das wäre 1999/2000 gewesen, werden alle bis zum Stadtrand geführt. Alle bis zum Stadtrand geführt - na, in Wahrheit ist es nicht so!

Da könnten wir, bevor man jetzt überhaupt an eine U5 denkt, da könnten wir Floridsdorfer, wir Donaustädter durchaus ein bisschen egoistisch sagen: Da stand auch eine U7 drin, als wichtigste Querverbindung zwischen zweien der bevölkerungsreichsten Bezirke Wiens, Floridsdorf und Donaustadt.

Bevor wir jetzt überhaupt an eine U5 denken, könnten wir Floridsdorfer und die Donaustädter durchaus ein bisschen egoistisch sagen: Damals war auch von einer U7 als wichtigster Querverbindung zwischen zwei der

bevölkerungsreichsten Bezirken Wiens, Floridsdorf und Donaustadt, die Rede. Das wäre die U7. – Nichts ist damit! Dort fährt der 26er, und seit Kurzem fährt dort auch der 25A. Der Bau der U7 war jedoch im U-Bahn-Grundliniennetz 1976 vorgesehen.

Wofür wird Geld ausgegeben? – Mein werter Kollege Toni Mahdalik hat es schon angesprochen: Für die Mariahilfer Straße wird Geld ausgegeben, meine Damen und Herren, und zwar die Kleinigkeit von 25 Millionen EUR.

Jetzt komme ich jetzt nicht umhin, Herrn Vorsitzenden Godwin Schuster ein Kompliment zu machen, und zwar ein ernst gemeintes.

Die Zeitung „Österreich“ schreibt am 10.6.2014 unter „Fehlplanung und Parkplatzvernichtung“ – das möchte ich Ihnen schon bringen beziehungsweise präsentieren – „SPÖ kritisiert massiv die Mahü-Einbahnen. Rote Attacke gegen neues Einbahnlabirynth sowie Grün- und Parkplatzvernichtung. Mariahilf/Neubau. Am Wochenende wurde die einzige Querstraße über die verkehrsberuhigte Mariahilfer Straße geöffnet, Schottenfeldgasse/Webgasse. Damit ist auch ein neues Einbahnlabirynth in Neubau und Mariahilf wirksam, um Autofahrer abzuschrecken.“ – Das gefällt uns gar nicht!

Und was sagt jetzt Godwin Schuster? – Er sagt, dass er sich für die GRÜNEN schämt! – Ich zitiere: „Heftige Schelte an dieser Planung vom Büro Vassilakou kommt jetzt von der SPÖ: ‚Ich schäme mich wegen des rücksichtslosen Vorgehens der GRÜNEN bei Umsetzung dieser Maßnahmen ohne Rücksichtnahme auf Bewohnerinteressen.‘ – So der Gemeinderatsvorsitzende Godwin Schuster von der SPÖ auf ‚Facebook‘.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich zitiere weiter aus „Österreich“: „Denn die Einbahnen würden den Anrainern mehr Verkehr, Lärm und höhere Umweltbelastung bringen. Parkplatzvernichtung. Zusätzlich ärgert Schuster, dass Parkplätze gestrichen wurden, wo Stellplatznot herrsche. Grüne Blumeninseln wurden zu Gunsten von Radständern zubetoniert, außerdem seien die Anrainer erst mit der Umsetzung – ‚feige, weil im letzten Moment‘, so Schuster – informiert wurden.“ – Viel besser hätten wir Freiheitliche das auch nicht bringen können! Kompliment, Herr Vorsitzender des Gemeinderates! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eigentlich hätten wir Freiheitliche den Pressedienst auch nicht besser machen können. Nicht einmal unser Toni Mahdalik hätte das besser machen können, und das heißt etwas! – Das ist wirklich eine geniale Geschichte.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch sagen: Ein Kompliment an das Land Steiermark! Ein Kompliment an die Republik Österreich! Es gibt wieder einen Formel 1 Grand Prix nach mehr als elf Jahren. 270 Dauerarbeitsplätze wurden dadurch geschaffen. An diesem Wochenende wurden 70 Millionen EUR eingenommen. – Das sind die Unterschiede zwischen der Steiermark und Wien: Die Steiermark hat wieder einen Formel 1 Grand Prix bekommen. Und was haben wir? – Wir haben die Mariahilfer Straße.

Das ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren! –

Wir lehnen den Rechnungsabschluss 2013 ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Ich erteile es ihr. Ihre Redezeit wird auf 15 Minuten eingestellt.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wien ist eine moderne, lebendige und sich immer weiterentwickelnde Stadt. Vor allem aber ist Wien eine wachsende Stadt, und zwar die am schnellsten wachsende Stadt im deutschsprachigen Raum. Natürlich stellt uns dieses Wachstum vor große Herausforderungen, ganz besonders im Hinblick auf Flächenwidmungen, auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, auf das Verkehrsnetz und ganz besonders auf die soziale Infrastruktur.

Für vieles davon ist unsere Geschäftsgruppe zuständig: Hier wird geplant und gestaltet, Ideen werden geboren, weiterentwickelt und schließlich auch umgesetzt.

Es geht um die Gegenwart, aber es geht vor allem, meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Zukunft unserer Stadt. Und dass dem so ist, kann man auch aus den Berichten der Abteilungen herauslesen: Sie bestätigen die Vielfalt dieser Geschäftsgruppe und die erfolgreiche Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. – Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei den Damen und Herren der einzelnen Abteilungen sehr herzlich für ihre kompetente und engagierte Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bedanken. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wie gesagt: Wien wächst, und das nicht nur ein bisschen. Ich möchte jetzt am Beispiel der zwei größten Entwicklungsgebiete Wiens zeigen, wie intensiv und erfolgreich die Arbeit der Geschäftsgruppe und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist.

Die Seestadt Aspern entspricht der Fläche des 7. und des 8. Bezirkes und wird in Zukunft zirka 20 000 Menschen leistbares Wohnen bieten. Es wird dies vor allem ein Ort sein, der alles hat, was ein modernes Arbeits-, Wirtschafts- und Privatleben ausmacht.

Der neue Hauptbahnhof in Favoriten ist mehr als nur ein Bahnhof. Ein neuer, moderner Stadtteil entsteht, und es kommt in diesem Teil des Bezirks Favoriten zu einer Aufwertung und Belebung durch zirka 5 000 Wohneinheiten und 20 000 Arbeitsplätze.

Herr Kollege Irschik! Die Seestadt kann man bereits seit Oktober 2013 mit der U2 problemlos erreichen, und das ist mit ein Grund, warum sich dort schon jetzt viele Großbetriebe angesiedelt haben.

Der Hauptbahnhof und das dazugehörige Sonnwendviertel werden in Zukunft durch die U1, durch Schnellbahnen, durch Straßenbahnlinien und Buslinien erreichbar sein, sind also sehr gut an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Außerdem wird die U1 derzeit auch zur Therme Wien verlängert. Das ist eine ganz wichtige und dringende Verlängerung für den mit zirka 185 000 Menschen einwohnerstärksten Bezirk in dieser Stadt. Die Endstation „Therme Wien“ wird in Zukunft auch den Gesundheits-

und Wellness-Standort Wiens optimal an das öffentliche Verkehrsnetz anbinden.

Diese Verlängerung hat, wie jeder U-Bahn-Ausbau, auch einen doppelten Effekt: Einerseits gibt es ein besseres Angebot für die Kundinnen und Kunden der Wiener Linien, und andererseits werden im Falle der U1 damit auch 16 000 Arbeitsplätze abgesichert.

Klar ist auch, dass die Investition in den öffentlichen Verkehr wichtig und richtig ist, denn in den vergangenen Jahrzehnten – wie man schon sagen muss – hat die Öffnung in Wien stark zugenommen. Der öffentliche Verkehr ist jetzt das Verkehrsmittel in Wien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bei der MA 28 standen die Planungen ganz im Zeichen dieser zwei Großbaustellen, denn es geht um die Mobilität aller Menschen, die Mobilität der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner, der Nutzerinnen und Nutzer der Büroviertel, aber auch der Kinder und Jugendlichen des Schulcampus. Daher wird es viele neue Verkehrsverbindungen geben. Und ganz besonders wurde der Ausbau der Fuß- und Radwege forciert.

In der Seestadt ist die Errichtung der Stadtstraße von zentraler Bedeutung, und ich möchte diese hier unbedingt erwähnen. Sie soll in Zukunft einerseits die A23 und die S1 verbinden und neben der Erschließung des neuen Stadtteiles vor allem die derzeit stark durchfahrenen alten Ortskerne wesentlich entlasten.

Bei beiden neuen Stadtteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren, spielen die Grün- und Erholungsflächen für die Lebensqualität eine zentrale Rolle. In der Seestadt bieten in Zukunft 80 000 m² Grundfläche direkt vor der Haustüre Erholung pur. Und der Helmut-Zilk-Park, der inmitten des Sonnwendviertels liegt, wird eine 7 Hektar große, moderne, vielseitige Parkanlage werden. – Beide Parks sind wichtige Bestandteile des Vorhabens der Stadt Wien, in den kommenden Jahren neue Grün- und Erholungsflächen für das wachsende Wien zu errichten.

Der Bildungscampus für die Jüngsten unserer Gesellschaft wird in der Seestadt bis zum Schuljahr 2015/2016 fertiggestellt sein. Er bildet eine ideale Kombination von Kindergarten und Schule und bietet die optimalsten Lernbedingungen. Der Bildungscampus Sonnwendviertel, wie er jetzt auf Initiative des Bezirkes heißt, wird eine multifunktionale Bildungseinrichtung von Kindergarten, Volksschule und Neuer Mittelschule sein und geht schon dieses Jahr, nämlich im Herbst 2014, in Betrieb.

Auch die MA 19, die zu dieser Geschäftsgruppe gehört, beschäftigte sich im vergangenen Jahr intensiv mit dem Wiener Campusmodell sowie mit den Schulerweiterungsbauten, denn auf Grund der stark ansteigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern ist auch ein hoher Bedarf an Schulraum gegeben.

Mindestens genauso wichtig ist das Schulsanierungspaket. Bis Ende 2013 konnten für 172 Wiener Schulen Sanierungsmaßnahmen geplant beziehungsweise durchgeführt werden. Dabei geht es um die Sanierung von Fassaden, um die Erneuerung von Fenstern, aber auch um Maßnahmen für mobilitätseingeschränkte

Personen.

Ganz wesentlich war die MA 19 auch bei der Entwicklung der baukulturellen Leitsätze für Wien beteiligt, die wir hier im Gemeinderat im April beschlossen haben. Diese Leitsätze werden in Zukunft als Grundlage bei der Planung und bei der Umsetzung von Projekten dienen: Alle Bauvorhaben sollen nämlich die Grundprinzipien Lebensqualität, Nutzbarkeit und Beteiligung verfolgen.

Als zuständige Wiener Brückenbauabteilung, meine sehr geehrten Damen und Herren, betreut die MA 29 über 800 Brücken und Stege in dieser Stadt. Diese müssen sorgfältig erhalten und gewartet werden und allen Nutzerinnen und Nutzern zuverlässig und sicher zu Verfügung stehen. Darunter werden sich in Zukunft auch die barrierefreie Fuß- und Radwegebrücke in der Seestadt, aber auch die Brücke über den Hauptbahnhof als barrierefreier Fuß- und Radweg zwischen dem 10. und den 3. Bezirk befinden. Außerdem plant die MA 29 derzeit die Wiental-Terrassen als Erweiterung innerstädtischer Freiflächen, und auch eine Brücke als Verbindung zwischen dem 5. und 6. Bezirk ist geplant. Außerdem befindet sich bereits der Holubsteg über den Handelskai und die Donauländebahn in Bau.

Die MA 33 bringt unsere Stadt zum Leuchten und sorgt für ein sicheres Gefühl und Wohlbefinden, und nicht umsonst gehört Wiens Beleuchtung zu den besten Beleuchtungen weltweit. Natürlich war die MA 33 auch damit befasst, die öffentliche Beleuchtung und die vielen Verkehrslichtsignalanlagen in den neuen Stadtteilen wie dem Hauptbahnhof und der Seestadt zu errichten. Außerdem wurden im gesamten Stadtgebiet sehr viele Leuchten auf moderne energiesparende LED-Leuchten umgetauscht, da diese ökologisch wesentlich besser verträglich sind. Besonders erfolgreich war 2013 auch die Infokampagne „Räumphase ist LEO“ der MA 33, die wesentlich zum Sicherheitsgefühl der Fußgängerinnen und Fußgänger beigetragen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fakt ist: Diese Regierung garantiert den Wienerinnen und Wienern eine lebenswerte Stadt mit Leistungen auf höchstem Niveau, und wir werden diesen erfolgreichen Weg in Zukunft weiter gemeinsam gehen und verantwortungsvoll für unsere Stadt arbeiten. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr. Ihre Redezeit wird auf 8 Minuten eingestellt.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde – was niemanden verwundern wird – auf den Aspekt BürgerInnenbeteiligung in den Beratungen zum Rechnungsabschluss dieser Geschäftsgruppe eingehen und bedaure es zwar nicht gerade wahnsinnig, aber doch ein bisschen, dass Kollege Aigner nicht da ist, denn er hätte dann vielleicht eine Möglichkeit gehabt, ein bisschen in Erfahrung zu bringen, was im Zusammenhang mit BürgerInnenbeteiligung allein im letzten Jahr geschehen ist.

Fangen wir einmal mit einem durchaus zentralen und

Wien-weit bedeutenden Projekt an, nämlich mit der Umgestaltung Schwedenplatz/Morzinplatz. In Bezug darauf war, ausgehend von den Grundlagen Sozialamt, Raumanalysen und Ähnlichem mehr, ein Teilnahmeverfahren seit Mitte 2012 im Laufen. Dieses endete mit der Unterzeichnung eines fertigen Leitbildes im Herbst 2013.

Das Spannende an diesem Projekt war, dass nach einer sehr breiten Einbeziehung der Bevölkerung – und zwar nicht nur rund um den Schwedenplatz und Morzinplatz, sondern aus ganz Wien – Abgeordnete der beiden Bezirke, also aus dem 1. und 2. Bezirk, Bezirksrätinnen und Bezirksräte, Fachleute aus den diversen Abteilungen und Abgeordnete der Stadt noch über die wesentlichsten Punkte im Zusammenhang mit dieser Beteiligung diskutiert haben und eine gemeinsame Zusammenfassung der wichtigsten Qualitäten in diesem Leitbildprozess festgehalten haben. – So viel zu Schwedenplatz/Morzinplatz.

Wesentlich war aber auch – darüber war vor Kurzem auch in den Medien zu lesen – die Neugestaltung des Südtiroler Platzes. Es gab eine sehr spannende Freiraumanalyse, ergänzt durch BürgerInnenbeteiligung, wobei herausgefunden wurde, was die wesentlichsten Qualitäten für die Anrainer und diejenigen sind, die diesen Platz nützen. – Der Südtiroler Platz ist übrigens zu vergleichen mit dem Schwedenplatz, weil es nicht nur um AnrainerInnen geht, sondern um Menschen, die diesen Platz und seine sehr zentrale Funktion als Verkehrsknotenpunkt nützen.

In irgendeiner der Reden meiner Vorredner – ich glaube, in der Rede des Herrn Dworak, ich bin mir jetzt aber nicht ganz sicher – wurde der Nordbahnhof erwähnt. – Dazu möchte ich ihm sagen: Das kann man auch gut nachlesen. Nach der ersten Bauphase und dem Wettbewerbsergebnis ist ein zusätzlicher Prozess mit einer Art Konkretisierung und Aktualisierung des städtebaulichen Leitbildes eingeleitet worden, an dem die neu zugezogenen AnrainerInnen ebenso begeistert mitgemacht haben wie die AnrainerInnen, die dort schon länger ansässig sind. Es gab eine Reihe von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung und mit der Gebietsbetreuung. – Das ist ein Prozess, den Sie sich alle anschauen sollten, denn ich glaube, solche Prozesse, die sozusagen mehrstufig laufen und bei welchen eine Entwicklung über mehrere Jahre verfolgt wird, sind ein Beispiel dafür, wie Stadtentwicklung in Zukunft vor sich gehen kann.

Das Gaswerk Leopoldau möchte ich auch erwähnen, und zwar vor allem deswegen, weil dort im Gegensatz beispielsweise zum Formel 1-Ring in der Steiermark nicht 200 Arbeitsplätze, sondern 4 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Projekt befindet sich zwar noch in Planung, aber selbst wenn nur die Hälfte dessen, was jetzt in Planung ist, realisiert wird, sind das 10 Mal so viele, und dazu kommen auch noch 5 000 Wohnungen.

In diesem 13,5 Hektar großen Gebiet gab es auch eine sehr breite Einbindung von Grätzinitiativen, AnrainerInnen, Fachleuten und Interessengruppen, und was dabei erarbeitet wurde, ist jetzt Grundlage einerseits für den Flächenwidmungsplan, andererseits aber auch für einen zweistufigen Bauträgerwettbewerb. – Auch das ist

ein Beispiel, wie aus meiner Sicht mit großen, zum Teil auch denkmalgeschützten Gebieten vorgegangen werden kann.

Der Partizipationsprozess rund um das Donaufeld ist ebenfalls richtungweisend und betrifft auch einen sehr großen Bereich. Im Jahr 2013 haben hauptsächlich die Vorbereitungen dazu statt gefunden, und der Prozess selbst beginnt jetzt.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, weil das heute auch schon in anderem Zusammenhang erwähnt wurde, den Abschluss des Testplanungsverfahrens in Bezug auf das Otto-Wagner-Spital. Abg Mahdalik hat das als sogenanntes Monsterprojekt bezeichnet, was ich sehr interessant finde, und zwar vor allem deshalb, weil ich ja darauf hinweisen darf, dass der Abgeordnete derselben Partei 2006 einem Flächenwidmungsplan zugestimmt hat, der ungefähr das Drei- bis Fünffache an Volumen ermöglicht hat. Inzwischen wurde unter Beteiligung von AnrainerInnen- und Interessentengruppen das Bauvolumen um zwei Drittel reduziert, Herr Mahdalik spricht aber immer noch von einem „Monsterprojekt“. Wahrscheinlich bekommt er das Bild, das er 2006 von den verschiedenen Möglichkeiten hatte, nicht mehr aus seinem Kopf. – Aber das ist letztlich auch egal.

Ebenfalls im Jahr 2013 wurden die Vorbereitungen für den „Masterplan Partizipation“ bei Stadtentwicklungsvorhaben begonnen. Vor Kurzem sind wir damit in die erste Phase der öffentlichen Diskussion gegangen: Es geht jetzt darum, Eckpunkte zu erarbeiten, wie die Bevölkerung bei zukünftigen Stadtentwicklungsprojekten und vor allem auch bei allen Flächenwidmungsverfahren rechtzeitig, das heißt, sehr frühzeitig, informiert werden soll und welche partizipativen Möglichkeiten es dazu gibt. – Ein Kollege von Ihnen war auch dabei, soweit ich mich erinnern kann: Ich habe Kollegen Wansch dort getroffen.

Das waren in einem schnellen Überblick die wesentlichsten Projekte in Sachen BürgerInnenbeteiligung im Jahr 2013. Ich möchte nicht, wie Kollege Irschik, bis 1976 zurückgreifen. Ich meine, es reicht eine Rückschau auf ein Jahr, vor allem dann, wenn es um den Rechnungsabschluss geht, um sagen zu können: Ich bin stolz darauf, an der Zukunft Wiens mitzuarbeiten und gemeinsam mit Rot-Grün eine Zukunft für diese Stadt zu gestalten, mit der wir zufrieden sein können und im Hinblick auf welche wir wissen, dass wir unseren Kindern eine Perspektive für eine sehr lebenswerte Stadt mitgeben. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Baron. Ich erteile es ihm. Die Gesamtzeit wäre 7 Minuten und 30 Sekunden.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wien wächst. Es kommen nicht nur tausende Menschen jedes Jahr, um für immer zu bleiben, sondern auch der Städtetourismus nimmt rapide zu. Es kommen ebenfalls tausende Menschen, die sich die Stadt anschauen, jede Menge Geld ausgeben und dann wieder nach Hause fahren.

Dieser Städtetourismus hat allerdings auch seine Problematik, und zwar im Zusammenhang mit den Reisebussen. Wir haben in der Innenstadt mittlerweile mit den Bustouristen ein großes Problem, nämlich speziell nicht mit den Touristen, sondern mit den Bussen. Seit diese vom Stephansplatz mehr oder weniger verbannt wurden, kreisen sie konzeptlos in der Umgebung, und speziell der Karmelitermarkt und die Gegend um den Karmelitermarkt sind stark in Mitleidenschaft gezogen.

Wir fordern daher ein Konzept für diese Touristenbusse, damit die Stadt ein bisschen verschont und der Verkehr etwas reduziert wird. Die riesigen doppelstöckigen Busse fahren nämlich zum Teil durch viel zu enge Gassen und kreisen quasi im Minutentakt in der Gegend umher, weil diese Geräte einfach kaum abgestellt werden können. Man braucht sich in diesem Zusammenhang, wie gesagt, nur den Karmelitermarkt anzuschauen. Ich stelle somit folgenden Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung auf, schnellstmöglich ein Touristenbuskonzept zu erstellen und die Durchfahrt der Touristenbusse durch das Karmeliterviertel auf den derzeitigen Strecken zu untersagen.“

In formeller Hinsicht wird eine Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Nicht nur im innerstädtischen Bereich haben wir Probleme mit dem gestiegenen Verkehrsaufkommen. Rufen wir uns in Erinnerung: Noch vor wenigen Jahren waren Staus fast die Ausnahme beziehungsweise wurde die Tangente eher an Freitagen vor schönen Wochenenden oder an verlängerten Wochenenden in Mitleidenschaft gezogen. Mittlerweile ist es jede Woche beziehungsweise quasi jeden Tag so: In der Früh und am Abend steht der Verkehr auf der Südosttangente oder auf den Wiener Stadtautobahnen.

Das ist im Großen und Ganzen eine unzumutbare Situation! Wenn man bedenkt, dass eine Südostumfahrung vor Jahrzehnten begonnen und auch fertiggestellt wurde, diese aber mittlerweile in der A4 endet, fragt man sich: Wozu hat man dafür so viel Geld hinausgeschmissen, wenn das Ganze am Knoten Prater wieder zusammengeführt wird und alle Autos dort praktisch zu einem gemeinsamen Stillstand kommen?

Im Hinblick darauf ist es mehr als notwendig und Gebot der Stunde, dass auch unter der jetzigen Stadtregierung dafür gesorgt wird, dass bald eine Donauquerung und somit eine Südnordumfahrung kommt, damit diese Südosttangente-Stauerei endlich beendet wird!

Wien ist ein Transitknotenpunkt geworden, was die Stadt früher nicht war. Gewissermaßen war früher die westeuropäische Welt in Wien aus. Das ist seit 20 Jahren anders: Wien ist eine Transittangente, von allen Seiten fährt man hinein, und von allen Seiten fährt man hinaus, und es gibt kaum Umfahrungsstraßen. – Das ist keine Smart City! Wir sollten aber daran arbeiten, dass Wien irgendwann zu einer Smart City wird. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäfts-

gruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz liegt mir nur noch eine Wortmeldung vor, nämlich jene der Frau VBgmin Mag Maria Vassilakou. Ihre Redezeit ist mit maximal 15 Minuten begrenzt.

VBgmin Mag Maria Vassilakou: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Debatte zum Jahr 2013!

Ich möchte im Rahmen meiner Replik einerseits auf jene Teile der Debatte eingehen, die zumindest für das Jahr 2013 relevant sind, ich möchte meine Redezeit aber auch dazu nutzen, um eventuell auf das eine oder andere hinzuweisen, was im Rahmen des Ressorts auch geschehen ist, was auch sehr viel Arbeit bedeutet, aber für gewöhnlich unerwähnt bleibt, weil im Schatten medialer Ereignisse ganz einfach niemand die Möglichkeit hat, je davon zu erfahren. Dabei handelt es sich aber auch um wichtige Arbeit, die ebenfalls wertgeschätzt gehört.

Es war zweifelsohne ein sehr spannendes Jahr für unser Ressort, nicht zuletzt wegen der Mariahilfer Straße. Wir haben dieses Projekt auch hier im Rahmen des Wiener Gemeinderates in einer Vielzahl von Debatten erörtert. Ich werde darauf aber jetzt, genauso wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, nicht besonders eingehen, weil ich denke, dass das Thema, wie gesagt, schon eingehend besprochen wurde.

Es war aber in Summe, wie gesagt, ein sehr spannendes Jahr, weil im Laufe dieses Jahres eine Vielzahl an Weichenstellungen vorgenommen wurde und viele Projekte in die Wege geleitet wurden, die übrigens jetzt Früchte tragen und auf die ich noch zu reden kommen werde.

Ich möchte mit dem Stadtentwicklungsplan beginnen, denn wir dürfen nicht vergessen, dass das Jahr 2013 jenes Jahr war, in dem der Stadtentwicklungsplan maßgeblich erarbeitet wurde.

In der Debatte ist der Vorwurf gekommen, man würde den Bereich Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung nicht ernst nehmen. – Das Gegenteil ist der Fall! Ich rufe in Erinnerung, dass der Stadtentwicklungsplan eigentlich als Ganzes das Ergebnis von Partizipation und eines Beteiligungsprozesses ist, an dem mehrere Tausend Menschen mitgemacht haben. Der Stadtentwicklungsplan ist nicht in einem kleinen Kammerl von einigen wenigen Beamtinnen und Beamten sozusagen unter „Beziehung“ der jetzt regierenden Parteien erarbeitet worden, sondern er wurde in einem Prozess erarbeitet, der mehrere Monate lang gedauert hat. In diesem Prozess hat es nicht nur Arbeitsgruppen quer über alle Ressorts hinweg im Rahmen des Hauses gegeben, sondern es haben auch viele Institutionen, namentlich die Wirtschaftskammer selbst oder die Industriellenvereinigung, um jetzt einige Beispiele zu nennen, daran teilgenommen.

Selbst im eigenen Wirkungsbereich wurden Arbeitsgruppen beziehungsweise Labors eingerichtet, die ebenfalls Ergebnisse erarbeitet haben. Es hat dabei Kamingespräche mit einer Vielzahl von interessierten Expertinnen und Experten gegeben, es gab einen Bürgerinnen- und Bürgerbeirat, es gab die Möglichkeit, sich übers Internet einzubringen, es gab die Möglichkeit, in mehre-

ren Veranstaltungen auch die Zwischenergebnisse zu diskutieren. – All das sind Beispiele dafür, wie ein Jahr lang nicht nur intensiv diskutiert wurde, sondern auf welchen verschiedenen Ebenen Inputs geleistet wurden.

Das Ergebnis liegt nun vor, und es kann sich mehr als sehen lassen. Ich denke, das ist ein Ergebnis, mit dem die Stadt sehr wohl die nächsten zehn Jahre sehr gut bestreiten kann!

Beim Stadtentwicklungsplan handelt es sich im Wesentlichen um jene zentrale Strategie, mit welcher sich die Stadt vorgibt, wie sie wachsen möchte, wie sie dieses immense Wachstum, mit dem wir konfrontiert sind, bewältigen will und wie sie zukunftsfit werden will, wenn Wien in etwa zwei Jahrzehnten ab jetzt wieder eine Zwei-Millionen-Stadt sein wird. Und nicht nur Wien wird wieder eine Zwei-Millionen-Stadt sein, sondern gleichzeitig wächst auch das Umland, sodass wir davon ausgehen können, dass die gesamte Metropolregion rund um Wien drei Millionen Menschen umfassen wird, und diese Menschen wollen wohnen, und zwar gut und leistungsfähig wohnen, sie wollen nicht stundenlang mit dem Auto unterwegs sein, um ihren Arbeitsplatz oder die Schule zu erreichen, sondern sie haben ein Recht darauf, in unmittelbarer Nähe eine Schule, einen Kindergarten, gute Infrastruktur, gute Nahversorgung, soziale Einrichtungen und kulturelle Einrichtungen vorzufinden. – Das ist jetzt nur ein Teil der Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

Ich denke einmal mehr, dass der Stadtentwicklungsplan eine gute Basis dafür darstellt. Wir werden am Mittwoch noch Gelegenheit haben, eingehender darüber zu diskutieren. Insofern möchte ich an dieser Stelle nicht mehr weiter darüber sprechen, sondern ich will Sie nur wissen lassen, dass der Stadtentwicklungsplan – wie gesagt – auf alle Fälle eine Basis darstellt, und damit wird auch eine sehr, sehr zentrale Festlegung für die Stadt vorgenommen, und zwar: Wo wollen wir wachsen, und wo wollen wir nicht wachsen, weil wir – um jetzt Beispiele für Gebiete zu geben, die sehr stark unter Druck kommen – Grünraum schützen wollen, weil wir Landwirtschaft schützen wollen, weil wir den Weinbau schützen wollen?

Kollege Dworak! Ich muss sagen: Ich vermeide es, persönlich zu werden, aber in diesem Fall kann ich Ihre Kritik überhaupt nicht nachvollziehen! Mir scheint, dass Sie die Ebenen des Stadtentwicklungsplans, der Zielgebiete und der städtebaulichen Leitbilder, das heißt, die Ebene der Themen, die in der Stadtentwicklungskommission besprochen werden, und die Ebene der konkreten Widmungen, das heißt das, was wir dann im Ausschuss erarbeiteten, durcheinander bringen und verwechseln. Mir scheint es so zu sein, denn anders kann ich mir die Art und Weise, wie Sie hier Ihre Kritik angebracht haben, ehrlich beim besten Willen nicht erklären!

Ich bin gerne bereit, Ihnen in einem Gespräch in Ruhe diese unterschiedlichen Ebenen zu schildern und Sie davon zu überzeugen – vielleicht glauben Sie es mir dann! –, dass es sich um unterschiedliche Ebenen handelt. In Anbetracht Ihrer Kritik kommt bei mir aber – ehrlich! – in bestimmten Momenten eine gewisse Art von

Bekommenheit auf, das muss ich zugeben, weil ich nicht weiß, wie ich damit umgehen soll. (*Zwischenruf von GR Ing Mag Bernhard Dworak.*)

Ich könnte es nachvollziehen, wenn Sie Kritik üben, indem Sie beispielsweise sagen: Ihre Widmungen, Frau Stadträtin, gefallen mir nicht, weil es meiner Meinung nach zu wenig Möglichkeiten für Tiefgaragen unter den Bauten gibt oder zu wenig Augenmerk auf die Erdgeschoßzone gelegt wird, weil ich der Meinung bin, dass es zu viel Grünraum oder zu wenig Grünraum in der Anlage gibt, weil ich der Meinung bin, dass der öffentliche Verkehrsanschluss schwach ist. – Das sind jetzt einige inhaltliche Beispiele. – Aber wenn Sie hier allen Ernstes behaupten, es gäbe keine Widmungen von uns, dann rufe ich ehrlich: Gnade! Gnade! Wo sind Sie in den letzten vier Jahren gesessen? (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Beispiele: Hauptbahnhof, neu überarbeitetes Quartier: 1 500 Wohneinheiten gewidmet; Jedleseer Bahnhof: 600 Wohneinheiten gewidmet; Hoerbiger-Werke: 300 Wohneinheiten in dem Ausschuss gewidmet, in dem Sie sitzen; Ödenburger Straße: 800 Wohneinheiten gewidmet; Gaswerk Leopoldau: 1 000 Wohneinheiten, das kommt dieser Tage in die öffentliche Auflage; Grundäcker Ost: 750 Wohneinheiten, öffentliche Auflage fertig.

Einmal mehr: Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, solche Behauptungen von sich zu geben! Ich bin gerne bereit, mich mit Ihnen über die Qualitäten unserer Planungen, über die Qualitäten unserer Leitbilder, über die Qualitäten unserer Widmungen inhaltlich auseinanderzusetzen, aber auf einer solch unqualifizierten Ebene tu ich mir zugegebenermaßen verdammt schwer!

Kollege Mahdalik! Zu Ihnen auch kurz ein paar Worte. – Ich verstehe das schon! Es ist relativ einfach, im Ausschuss und in der Stadtentwicklungskommission ganz einfach immer alles abzulehnen, und zwar, nebenbei bemerkt, ohne Begründung. Sie lehnen einfach alles ab, ohne dass wir eigentlich wissen, warum Sie etwas ablehnen und was wir anders oder besser machen könnten, um Ihre geschätzte Zustimmung zu bekommen.

Das verstehe ich ja! Das ist eine Strategie, mit der man sich auch jede Menge Arbeit sparen kann. Aber wenn Sie versuchen, der Bevölkerung einzureden, dass alles, was über zwei Stockwerke hoch ist, einen Monsterbau darstellt, dann muss ich Ihnen sagen, das ist eine Vorgangsweise, die wirklich sehr verantwortungslos ist! (*GR Mag Wolfgang Jung: Sieben Stockwerke!*) Ja! Manchmal sind es 7 Stockwerke, manchmal sind es 10 Stockwerke, manchmal sind es 20 Stockwerke, manchmal sind es 50 Stockwerke, aber manchmal sind es nur 2 Stockwerke, und manchmal ist es nur 1 Stockwerk. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jedenfalls höher als die Kirche daneben!*)

Was man aber sehr wohl in dieser Stadt diskutieren muss, ist, dass wir die Verpflichtung haben, künftigen Generationen leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und wenn wir das nicht tun, dann tun wir dreierlei: Erstens arbeiten wir nur Spekulanten in die Hände. Das können Sie gerne tun! Das scheint Ihre Strategie zu

sein! Machen Sie Spekulanten reich! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung. – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Machen Sie Spekulanten reich! Machen Sie Wohnraum knapp, und machen Sie Spekulanten reich! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sie scheinen sowieso, wie gesagt, deren Interessen zu vertreten!

Zweitens: Das ist unsozial. Das macht die Bevölkerung arm.

Und drittens ist das schlecht für die Wirtschaft. Wenn man nämlich mehr als die Hälfte des monatlichen Einkommens für die Miete ausgeben muss, dann bleibt sehr wenig übrig fürs Einkaufen, für die Wirtschaft hier vor Ort und für die Stärkung des Handels, also für all das, was eigentlich wesentlich ist.

Ich meine daher, dass Sie vielleicht die Strategie, die Sie in diesem Bereich verfolgen, überdenken sollten! Jedenfalls fällt es mir sehr schwer, in diesem Zusammenhang auf inhaltliche Kritik einzugehen, denn – voilà! – diese gibt es nicht, sie ist mir nicht bekannt! Wenn Sie das nächste Mal Ihre Zeit eventuell dazu verwenden, mich wissen zu lassen, was Ihnen genau an den Widmungen der GRÜNEN nicht passt, dann können wir sehr gerne inhaltlich darüber diskutieren! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! 2013 war auch ein Jahr, in dem man sich sehr viel zur Stärkung des zu Fuß Gehens vorgenommen hat. Nicht unerwähnt möchte ich die Festlegung von sechs bis acht Wegstrecken oder – anders ausgedrückt – strategischen Fußstrecken oder Flaniermeilen lassen, mit denen wir sehr wohl dafür die Weichen stellen wollen, dass Menschen, die gerne in der Stadt zu Fuß unterwegs sind, dabei unterstützt werden.

Es handelt sich hierbei – wie gesagt – um strategische Wegstrecken, die in den nächsten Jahren umgestaltet und mit wesentlich breiteren Gehsteigen, mit Sitzgelegenheiten, mit Schatten und mit Wasser ausgestattet werden sollen, um nur ein paar Beispiele dafür zu bringen, was die Bevölkerung schätzt und dazu bringt, die Entscheidung zu treffen, vielleicht die eine oder andere Strecke zu Fuß zurückzulegen. – Es gibt Gespräche mit Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern der betroffenen Bezirke, und wir sind auf einem sehr guten Weg, vielleicht sogar schon in diesem Sommer die ersten Strecken in Angriff zu nehmen.

2013 war auch ein Jahr, in dem der weitere Ausbau der Radinfrastruktur vorangetrieben wurde. Es war dies ein Jahr, in dem mit der Velo-city Konferenz und den vielen Veranstaltungen drum herum ein Höhepunkt gesetzt wurde. – Übrigens war die Velo-city Konferenz in Wien die am besten besuchte Velo-city Konferenz aller Zeiten! Und es war eine Konferenz, bei der wir sehr viele Erkenntnisse, sehr viele Anregungen und Inspirationen auch für die nächsten Jahre gewonnen haben.

Wissen Sie das? – 2013 war ein sehr erfolgreiches Jahr für den Radverkehr! Wenn man sich nämlich anschaut, wie viele jetzt mit dem Rad unterwegs sind, dann stellt man fest, dass es in den vergangenen Monaten bereits – lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen! – bis zu 80 Prozent mehr waren an verschiedenen Zähl-

stellen als im Jahr zuvor! Das heißt: Die Radstrategie der Stadt Wien geht auf, sie trägt Früchte. Das ist gut so.

Und wer glaubt, dass dies irgendetwas mit Klientelpolitik der GRÜNEN zu tun hätte, der träumt einen bösen Traum, aus dem es ein böses Erwachen geben wird! Denn die 230 000 Menschen, die täglich in der warmen Jahreszeit mit dem Rad unterwegs sind, wählen nicht alle Grün, auch wenn ich es gerne hätte, dass diese Leute alle Grün wählen, denn dann hätten wir ganz andere Prozentzahlen in der Stadt!

Einmal mehr: Sie lassen Ihre eigene Klientel im Stich, wenn die Leute mit dem Rad unterwegs sind! Und ich verstehe auch, warum Sie das tun, nämlich aus einem wirklich äußerst kurzzügigen politischen Kalkül. Aber Sie werden das in den nächsten Jahren bereuen, denn Menschen sind mit dem Rad unterwegs, sie sind teilweise täglich mit dem Rad unterwegs, und sie wissen es sehr zu schätzen, wenn jemand versucht, eine vernünftige Verkehrspolitik zu machen.

Stichwort: Vernünftige Verkehrspolitik. – Das ist der Punkt, auf den ich zum Schluss zu sprechen kommen möchte, bevor ich mich bei den vielen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen meines Ressorts bedanken möchte, die sehr viel gute Arbeit geleistet haben.

2013 war ein Jahr der Auseinandersetzungen und der starken, teilweise extrem kontroversiellen Debatten rund um die Verkehrspolitik der Stadt und rund um das Thema Mobilität. Und zweifelsohne ist das auch gut und richtig so, denn in einer Stadt, die wächst, ist es – wie gesagt – wichtig, sich sehr wohl ziemlich präzise zu überlegen, was man tun kann, um im Inneren der Stadt mehr Lebensqualität im Alltag sicherzustellen, und was man tun kann, um in den Randgebieten sicherzustellen, dass die Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine gute, brauchbare, schnelle und leistbare Alternative haben. – Ich denke, Letzteres haben wir mit der 365-EUR-Jahreskarte brillant gelöst. Das ist eine Maßnahme, um die uns andere Städte wirklich beneiden!

Es geht vor allem auch darum, sicherzustellen, dass in den Randgebieten nicht in fünf bis zehn Jahren alles im Dauerstau erstickt, ohne dass etwas weitergeht. – Nun, diesbezüglich gibt es sehr viel Polemik. Das verstehe ich! Was ich aber nicht verstehe, ist, warum gerade diejenigen unter Ihnen, die – wie ich es einmal ausdrücken möchte – durchaus über die intellektuellen Potenziale verfügen, um sich die eine oder andere Expertenstudie zur Hand zu nehmen und anzuschauen, das nicht tun!

Der Weg, den wir in Wien einschlagen, ist nicht von uns erfunden worden. Es gibt konservative Bürgermeister – nicht zuletzt etwa Bürgermeister Bloomberg –, die weltweit ein Beispiel für Maßnahmen geben, die wir in Wien setzen. Desgleichen ist Boris Johnson – auch ein konservativer Bürgermeister – weltweit ein Star für die Projekte, die wir auch in Wien umsetzen.

Sie aber scheinen nichts davon mitzubekommen! Nein! Sie klammern sich am Auspuff fest und glauben, dass das die Rettung ist, dass von dort sozusagen die Erlösung bei der nächsten Wahl kommen wird. Diese steckt aber nicht im Auspuff, sie wird nicht vom Auspuff

kommen! Ich würde es großartig finden, wenn wir alle vernünftig gemeinsam Politik machen können! Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, obwohl schon nächstes Jahr das Wahlkampfbjahr sein wird.

Ich schließe, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts ab. Auch 2013 hatten sie ein hartes Jahr, ein Jahr voll Arbeit zu bewältigen, ein Jahr, in dem sie in der Öffentlichkeit teilweise auch sozusagen die Kritik bekommen haben, die für mich bestimmt war. – Ich bedanke mich für den Einsatz, ich bedanke mich für das Engagement, ich bedanke mich für die Kompetenz! Und ich bedanke mich dafür, dass es eine so große Loyalität zur Stadt Wien gibt. Wir wollen unser Bestes geben! – Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Das liegt bei der Geduld des Vorsitzenden.

Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energie, Planung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales mit der Postnummer 2, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2013, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen.

Ich erlaube mir auch, in unserer Runde die Wiener Pflege- und PatientInnenanwältin Frau Dr Pils zu begrüßen. Herzlich Willkommen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN, von GR Dr Wolfgang Aigner und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger sowie von StR Dr Manfred Juraczka.)*

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Schönfärben ist offensichtlich eine besondere Profession der Finanzstadträtin, und zwar nach dem Motto: Alles ist super! – Ist alles super? Wir haben Rekordarbeitslosigkeit, wir haben Rekordschulden, wir haben Rekordgebührenerhöhungen. Das lässt sich nicht wegleugnen. Und auch die Anzahl der MindestsicherungsbezieherInnen in Wien ist eine Schande für die Weltstadt Wien. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sind nunmehr 153 000 Menschen, es gab also einen Anstieg um 5,7 Prozent, und diese Zahl, meine Damen und Herren, ist der schlagende Beweis für Ihre fehlende Bildungspolitik, für Ihre falsche Arbeitsmarktpolitik und für die fehlende und falsche Wirtschaftspolitik. Wien braucht ein Signal für Arbeit und Beschäftigung und ein klares Signal für Standortsicherung. Es wäre eben eine entsprechende Unternehmenspolitik vonnöten, die aber, obwohl viel davon gesprochen wird, tatsächlich

nicht vorhanden ist.

StR Juraczka hat heute schon erwähnt, dass, seitdem der Bürgermeister 1994 hier angetreten ist – immerhin sind seit damals Jahrzehnte ins Land gezogen! –, die Arbeitslosenquote um 50 Prozent gestiegen ist. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen: Die Zahl der Arbeitslosen ist um 50 Prozent gestiegen!

Was hat sich, seit wir eine rot-blassgrüne Regentschaft haben, verändert? – In Österreich ist die Zahl der Arbeitsplätze gestiegen, in Wien gibt es um 50 Prozent Arbeitslose mehr. Es ist nicht die Zahl jener gestiegen, die Arbeit haben, sondern die Zahl der Arbeitslosen. – Das sind halt Fakten und Tatsachen, meine Damen und Herren von der rot-grünen Fraktion!

Aber kommen wir jetzt zur Gesundheitspolitik: Gesundheit und Soziales wurden heute von der Frau Finanzstadträtin gar nicht so in den Vordergrund gestellt, obwohl gewaltige Summen für Gesundheit und Soziales bereitgestellt werden. *(GR Kurt Wagner: Gott sei Dank!)* Gott sei Dank, Herr Kollege Wagner, ich bin ganz bei Ihnen! Wir sind nicht immer einer Meinung, aber in diesem Punkt sind wir einer Meinung.

3,5 Milliarden EUR sind, wenn man auch den Bereich des Finanzressorts dazu gibt, immerhin fast 30 Prozent des Gesamtbudgets. Das ist wahrlich ein stolzer Betrag! Und wir, die Wiener ÖVP, bekennen uns dazu, für Gesundheit und Soziales das auszugeben, wenn es sinnvoll für die Menschen eingesetzt wird. Viele dieser Ausgaben sind nämlich notwendig, aber – da ist es schon, das unvermeidliche Aber! – leider werden die Gelder teilweise planlos, mit wenig Effizienz und ohne Nachhaltigkeit ausgegeben. Und das, meine Damen und Herren, ist nicht schlau.

Frau Stadträtin! Sie wissen, dass ich der Gesundheitspolitik im Allgemeinen und der Spitalsreform 2030 grundsätzlich positiv gegenüber stehe. *(GR Kurt Wagner: Das ist schlau!)* Das ist schlau, Herr Kollege Wagner, und daher sage ich es ja auch!

Aber Theorie und Praxis sind halt zweierlei Paar Schuhe. Im Hinblick darauf sage ich jetzt einige Worte zur Primary Health Care, zur sogenannten Primärversorgung in Österreich. – Die Wiener ÖVP unterstützt alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Primärversorgung in Wien beitragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu ist eine umfassende und integrierte Strategie notwendig, wobei aber – und darauf legen wir ganz besonderen Wert – die Hausärzte im Mittelpunkt zu stehen haben. Wir alle wissen, dass großer Reformbedarf besteht. Wir alle wissen, dass vieles patientenfreundlicher und flexibler werden muss. Wir brauchen bessere Öffnungszeiten etwa am Wochenende und flexiblere Tagesöffnungszeiten. Vieles ist überfällig. Daher ist das Ziel eine deutliche Veränderung beziehungsweise starke Verbesserung der medizinischen ambulanten Versorgung für die Wienerinnen und Wiener, aber mit Unterstützung der Hausärzte. – Mein Kollege Bernhard Dworak wird noch im Besonderen auf das Problem eingehen, aber es ist mir wichtig, das hier einmal grundsätzlich festzuhalten. Wir sind gegenüber Neuerungen sehr aufgeschlossen, aber Altes und Bewährtes darf man

deshalb nicht über Bord werfen.

Apropos Hausärzte: Im Zusammenhang mit den Straßenbeschilderungen werde ich immer wieder von Ärzten angesprochen, warum in einer Weltstadt wie Wien nicht an jeder Ecke ein Straßenschild vorhanden ist. Weder Touristen, die ja immerhin einen Eckpfeiler unserer Wirtschaft darstellen, noch Wienerinnen und Wiener empfinden das als erfreulich. Mein diesbezüglicher Antrag hat zwar nicht direkt mit dem Gesundheitsbereich zu tun, aber mittelbar eben doch, und daher bringe ich mit meinen Kollegen Dworak, Walter und Flicker folgenden einen Beschlussantrag ein:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, eine Überprüfung aller Straßen in Wien auf eine ausreichende Beschilderung mit Straßennamensschildern, jedenfalls an den Straßenecken durchzuführen.“

In formeller Hinsicht verlangen wir die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung et cetera.“

Meine Damen und Herren! Schlau ist nämlich, dass Straßen flächendeckend mit Straßenschildern beschildert werden.

Frau Stadträtin! Jetzt komme ich in aller Kürze zum Spitalsbereich. Im Spitalsbereich gibt es viele, viele Baustellen. *(GR Kurt Wagner: Ja! Weil wir so viel bauen!)* Bitte? *(GR Kurt Wagner: Weil wir eben so viel bauen!)* Ja, aber gerade beim Bauen muss man halt sehr aufpassen, da muss man besonders effizient sein. Darüber könnte ich jetzt stundenlang reden, ich habe mir aber zwölf Minuten eingegeben, und daher mache ich es kurz.

Beispiel Krankenhaus Nord oder Franz-Jonas-Spital, wie es jetzt auch genannt wird, es wird sich ja herausstellen, wie es letztendlich heißen wird. Wir alle wissen, dass das Krankenhaus Nord immer mehr zum sündteuren Spitalskomplex wird und dass sich die Fertigstellung immer weiter verzögert. Das Phantom Krankenhaus Nord ist aus vielerlei Gründen eine „Neverending Story“. *(GR Kurt Wagner: Für ein Phantom ist es aber schon sehr weit fertig gestellt!)* Es ist ein Phantom! Es ist völlig leer! *(Weiterer Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)*

Aber die Ankündigung, Herr Kollege Wagner, war 2005. Damals war der geplante Eröffnungstermin 2011. Dazwischen gibt es viele Stationen. Und die Frau Stadträtin hat zum Beispiel 2009 von einer Teilinbetriebnahme 2014/2015 gesprochen. Dann werde das Spital in Betrieb gehen. Das war die Aussage der Frau Stadträtin. *(GR Kurt Wagner: Das hat sie damals im Ausschuss schon anders erklärt! Teilinbetriebnahme bedeutet nicht Vollbetrieb!)*

Ich habe mir das extra angeschaut! Glauben Sie mir! Weil ich schlau bin, Herr Kollege Wagner, hab ich mir das schon extra angeschaut! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Sie sind schon lange genug im Ausschuss, um das zu wissen!)*

Herr Kollege Wagner! Hören Sie zu! Am 23.10.2013 hat die Frau Stadträtin – schau, schau! – plötzlich vom technischen Probetrieb 2015 gesprochen. Das hat sie 2013 gesagt. Und zum Vollbetrieb werde es 2016 kommen. – Bis jetzt, meine Damen und Herren, ist nicht

einmal ein Viertel der Fertigstellungsleistungen erbracht. Jetzt kommt der wichtige Teil des Ausbaus mit den technischen Feinheiten, und da ist sehr, sehr viel zu tun.

Frau Stadträtin! Weil da vieles herumschwirrt, erwarte ich von Ihnen, dass Sie uns heute einmal eine klare Antwort geben, wann Ihres Wissens das Krankenhaus Nord wirklich in Vollbetrieb geht. Und mit Vollbetrieb meine ich, dass die Betten sozusagen von den Patienten wirklich genützt werden können. *(Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)* Die Informationen sind immer wieder andere.

Herr Kollege Wagner! Erlauben Sie mir nun auch einige Worte zur Kostensituation: 2006 waren es 300 Millionen EUR. Allerdings hat man damals noch von einem kleineren Bereich beziehungsweise einer kleineren Variante gesprochen. Einige Monate später waren es 450 Millionen EUR. 2008 waren es dann 600 Millionen EUR. Davon können wir heute allerdings nur träumen! Dann hat man lange nichts gehört, plötzlich waren es dann aber 825 Millionen EUR, und nun sagt die Frau Stadträtin, dass es jetzt auf Grund des Baukostenindex und so weiter – das müsse man ja einsehen! – 954 Millionen EUR sind. *(GR Kurt Wagner: Das müssen Sie genauso gut wissen! Sie brauchen ja nur bei Ihrer Wirtschaftskammer fragen, wie sich das entwickelt!)* Die Differenz zwischen 300 und 450 Millionen EUR und 954 Millionen EUR möchte ich gerne haben, das kann ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Ich hätte auch gern die Differenz, aber das liegt eben an den steigenden Kosten im Bausektor!)*

Ich meine – dazu gibt es ja schon genug Aussagen schon von mir –: Bis das Krankenhaus fertig ist, kostet es 1,3 Millionen EUR, und das würde ich als Untergrenze sehen. *(GR Kurt Wagner: Milliarden!)* Ja: 1,3 Milliarden EUR! Hab ich Millionen gesagt? Ich meinte natürlich Milliarden! *(Ruf bei der FPÖ: Das spielt eh keine Rolle!)*

Herr Kollege Wagner! Bleiben wir bei 954 Millionen EUR: Diesfalls kostet ein Bett im Krankenhaus Nord mehr als doppelt so viel wie zum Beispiel ein Bett im Landeskrankenhaus Klagenfurt. *(GR Kurt Wagner: Vergleichen Sie das aber bitte einmal wirklich!)*

Wenn ich dann noch einen Blick über die Grenze werfe und mir zum Beispiel das Schwarzwald-Baar-Klinikum in Baden-Württemberg ansehe, dann sehe ich, dass der Unterschied noch eklatanter ist. *(GR Kurt Wagner: Wollen Sie dort behandelt werden? Waren Sie in Deutschland schon in einer einzelnen Klinik? Haben Sie sich das angeschaut?)*

Dort kostet ein Bett 351 000 EUR, und bei uns kostet es mehr als 1 Million EUR. – Wenn die Frau Vizebürgermeisterin heute gesagt hat, dass sie mit dem Steuergeld der Wiener so sparsam umgeht, dann kann ich nur sagen: Wenn das sparsam ist, dann ist das nicht schlau!

Meine Damen und Herren! Auch Sie von der Grünen Fraktion sollten zuhören. Von Ihnen ist fast niemand da, weil Sie das offensichtlich nicht interessiert! Aber regieren heißt auch, Verantwortung übernehmen. Wo sind Sie also? *(GR Kurt Wagner: Uns interessiert das sehr!)* Sie sind immer da, Herr Wagner, sehr brav! Sie sind jedes Mal da, das muss ich positiv anmerken. *(GR Kurt Wag-*

ner: Ich würde mir nicht erlauben, bei Ihrer Rede nicht dabei zu sein!)

Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich ist die Verantwortung besonders gefragt, denn diesfalls geht es um die Menschen in dieser Stadt. Als Oppositionspartei war die Grüne Fraktion sehr engagiert. Frau Kollegin Dr Pils – sie ist ja hier – hat zu Recht kritische Anfragen gestellt und Anträge gerade im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord eingebracht. – Heute kann man sagen: Der Rest ist Schweigen.

Wenn Herr Kollege Margulies gerade heute gemeint hat, dass wir nichts anerkennen, obwohl so viel in dieser Stadt getan wird, dann sage ich: Ja! Das stimmt! Ich bekenne mich dazu: Die 365-EUR-Jahreskarte finde ich großartig! Und ich finde, es ist auch großartig, dass der Kindergarten umsonst ist, gar keine Frage! Es gibt viele Maßnahmen, die durchaus positiv zu sehen sind. Dass man aber auf Grund von Ineffizienz und Managementfehlern wie zum Beispiel beim Krankenhaus Nord den Menschen das Geld aus der Tasche zieht, Herr Kollege Wagner, das ist nicht entschuldbar und das ist auch nicht schlau! *(GR Kurt Wagner: Schlau sind Ihre Bemerkungen jetzt nicht!)*

Ich fasse zusammen. Rot-Grün kann nicht wirtschaften, und Sie gehen in einer skandalösen Art und Weise mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener um. Schlau wäre, das Geld, das im Krankenhaus Nord versickert, möglichst für sozial Schwache einzusetzen.

Frau Stadträtin! Wir werden zum Krankenhaus Nord eine Anfrageserie starten. Wir werden eine Kontrollamtsprüfung verlangen. Wir werden alle demokratischen Mittel nutzen. *(GR Kurt Wagner: Frau Kollegin! Dem sehe ich mit größter Gelassenheit entgegen!)*

Herr Kollege Wagner! Ich verspreche Ihnen und den Wienerinnen und Wienern: Wir werden den Finger in die offene Wunde Krankenhaus Nord legen und so tief bohren, Frau Stadträtin, bis alles an die Oberfläche kommt. *(GR Kurt Wagner: Wunden gibt es da keine! Die gibt es nur bei einer Operation!)* Schlau ist nämlich, wenn die Vorgänge um das Krankenhaus Nord endlich Transparenz erfahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Rechnungsabschluss ist der Abgesang der rot-grünen Regierung, und da wir smart und schlau sind, werden wir diesen im Sinne der Wienerinnen und Wiener natürlich ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Das ist aber nicht schlau!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Frau Kollegin hat 16 Minuten in Anspruch genommen. Dementsprechend beträgt die Restredezeit der ÖVP nunmehr 13 Minuten 15. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau GRin Korosec hat von vielen Baustellen gesprochen. Und ich gebe ihr in einem Punkt recht: Einer der wesentlichsten Grundpfeiler sowohl des Geriatriekonzeptes als auch des Spitalskonzeptes ist Investition

in Infrastruktur, und zwar in neue Infrastruktur. Daher gibt es viele Baustellen.

Das angebliche Phantom Krankenhaus Nord ist zum Beispiel eine Baustelle, an der es in 20 Monaten Bauzeit zur Fertigstellung des Rohbaus gekommen ist. – Wenn aber ein Phantom so deutlich, so schnell und so sichtbar wächst, dann meine ich, dass das kein Phantom ist! Es ist sichtbar. Es ist da. Man kann sich sogar bei Baustellenbesichtigungen anschauen, wie dieses Gebäude ausschaut. Die Dachgleiche wurde vor Kurzem gefeiert.

Ja. Es stimmt: Die größere Herausforderung ist wie bei jedem hoch technisierten Bauprojekt die Infrastruktur und die technische Ausstattung des Rohbaus. Ich gebe zu: Das ist im zweiten Abschnitt sicherlich noch eine wesentlich größere Herausforderung, und das auch noch auf einer der größten Baustellen Österreichs.

Neben dem Krankenhaus Nord gibt es aber auch andere Infrastrukturerneuerungen, sogenannte Baustellen: die Modernisierung und Erweiterung der Rudolfstiftung, die Sie ja auch kennen, das neue Mutter-Kind-Zentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital zum Beispiel. Aber auch im Zuge des Geriatriekonzeptes gab es und gibt es in weiterer Folge den Neubau von elf Häusern. Letztes Jahr sind, falls ich den Überblick richtig habe, drei neue eröffnet worden: das Pflegewohnhaus Liesing, das Pflegewohnhaus Döbling und die Sanierung während des laufenden Betriebs vom Rosenhügel. Da haben wir ja sowohl Döbling als auch den Rosenhügel besichtigt und gesehen, was das für eine, wie soll ich sagen, hochkomplizierte und wirklich vorbildlich durchgeführte Managementleistung ist, in drei Bauabschnitten ein volles Haus bei laufendem Betrieb zu sanieren.

Also ich finde, das ist ein Beispiel von Effizienz gewesen. Ich würde mir, wenn Sie Managementfehler und Ineffizienz hier vorne anklagen, tatsächlich auch genaue Hinweise wünschen, wo das ist, denn so im Allgemeinen und im Groben gesprochen ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ja, aber auch in dem Punkt, an welchen Beispielen machen Sie die Ineffizienz oder den Managementfehler fest? (*GR Mag Wolfgang Jung: An der Zeitverzögerung! – GR Kurt Wagner: Es gibt keine Zeitverzögerung! – GR Mag Wolfgang Jung: Nein, überhaupt nicht! Denken Sie an den Flughafen!*) Das wäre wirklich interessant, und deswegen sehe ich Ihrer Anfragenserie, anders als Kollege Mayer, nicht mit Gelassenheit, sondern durchaus mit Interesse entgegen, weil ich mir denke, dann kommen die Fakten auf den Tisch.

Beim Geriatriekonzept sind wir jetzt quasi vor der Fertigstellung – noch nicht ganz, aber die letzten infrastrukturellen Erneuerungen sollten nächstes Jahr abgeschlossen werden –, und dann ist etwas, was 2007 angestoßen wurde und seither im Laufen ist, in einer Art und Weise abgeschlossen, von der ich sagen kann, dass ich der Stadträtin meine höchste Gratulation dazu ausdrücke, dass ihr das in diesem Maße gelungen ist, und ich denke, das sollte auch der Oppositionsseite Respekt abnötigen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Eine weitere Baustelle – und diesmal nicht im faktischen, sondern tatsächlich im übertragenen Sinn, wie Sie es gemeint haben könnten, Frau Kollegin – ist natür-

lich das AKH und die bereits eingeleiteten Schritte zur Reform des AKH. Da werden wir ja erst in weiterer Folge sehen, ob das, was im letzten Jahr begonnen wurde an organisatorischen Weichen, tatsächlich das bringt, was wir uns erhoffen. Aber etwas, was ich schon beim Budget für 2014 erwähnt habe, nämlich die verbindlichen Eckpunkte, die in einem Vertrag zwischen der Stadt Wien und der MedUni Wien festgehalten worden sind, halte ich für tatsächlich richtungweisend, wenn es darum geht, eine gemeinsame Betriebsführung, ein gemeinsames Budget und eine gemeinsame Leistungsplanung zu haben. Umgesetzt wird das aber auch erst im nächsten Jahr, aber so ist es in der Politik. Diese langfristigen und tatsächlich richtungweisenden Weichenstellungen müssen einmal gesetzt werden, um dann in wenigen Jahren Wirkung zu zeigen.

Aber eine Wirkung sieht man, und es ist gerade im Rahmen des Rechnungsabschlusses wichtig, darauf hinzuweisen. Die Investitionen in die Infrastruktur und in die Zukunftsbereiche, bei gleichzeitiger Dämpfung der Kostenentwicklung, waren ja ein Plan, und ich finde, gerade bei dem Vergleich der Ausgaben des KAV sieht man, dass die ersten Schritte greifen. Die Ausgaben 2012 beim KAV liegen höher als die Ausgaben 2013, und im mehrjährigen Plan, der ja auch mit den Budgets der letzten Jahre beschlossen worden ist, wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Mit diesem sehr schnellen Überblick schließe ich jetzt auch, vor allem deswegen, weil ich weiß, dass meiner Kollegin mehr Zeit für Soziales übrig zu bleiben hat, und ich freue mich auf ihre Rede. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Lasar. Seine Redezeit beträgt 15 Minuten.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte einige Punkte ansprechen, vor allem einmal den Dauerbrenner AKH. Die Errichtung und Instandhaltung ist ja nicht gerade ein Ruhmesblatt für die involvierten Institutionen, Gremien, beteiligten Dienstleister, und man hat ja auch keine Lehren daraus gezogen. Siehe auch Krankenhaus Nord, zu dem ich dann zum Schluss noch zu sprechen kommen werde.

Kostenschätzungen zum Beispiel, die bis zum Abschluss des Projekts bis zum Zehnfachen steigen, ein von einem ehemaligen Krankenhausmanager geführter Dienstleister VAMED, dem man quasi ohne Kontrolle gleich einmal im Voraus das ganze Budget überweist, Entscheidungen über Millionenbauten ohne nachvollziehbare Grundlagen – siehe zum Beispiel das Kinder-OP-Zentrum im AKH, wo man einfach auf das Personal vergessen hat; bis heute ist das nicht voll in Betrieb, weil man dort diverses Personal nicht hat –, Rohre zum Beispiel, die falsch verlegt wurden, was dazu geführt hat, dass nur 60 Prozent der vorhandenen Kühlanlagen ausgenutzt werden können, also 40 Prozent sind dort an und für sich ungenützt.

Und für all diese unglaublichen Zustände sind zwei kongeniale Partner verantwortlich, nämlich das AKH und

die VKMB, das ist die VAMED-Krankenhausmanagement und Betriebsgesellschaft. Seit 1991 hat das AKH die technische Betriebsführung der VKMB übertragen. Der Rechnungshof kritisiert das ja zum wiederholten Male, und zwar neben den diversen Unzulänglichkeiten auch die personellen Verflechtungen. Und das muss man sich einmal ein bisschen genauer anschauen.

2010 wurde der technische Direktor des AKH kareziert und wechselte dann gleich direkt in die Geschäftsführung der VKMB. Das sind die Kontrollen, die vorhanden sind! Das führte natürlich zu einer weiteren personellen Schwächung des AKH, und in einer Abteilung, wo ohnedies schon kein Know-how mehr da war, kein Personal mehr da war, ist dann natürlich die Kontrolle der VAMED fast unmöglich gewesen.

Wenn man sich das jetzt einmal noch genauer anschaut, dann kann man sich irgendwie, muss man ehrlich dazusagen, des Eindrucks nicht erwehren, dass seitens des AKH ja überhaupt gar keine Kontrolle mehr bestanden hat. Also meiner Meinung nach wollte man das einfach gar nicht mehr kontrollieren, denn eine Kontrolle schaut normalerweise anders aus. Es war ja oft gar kein Wille mehr vorhanden. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, dass das EDV-Controlling-System zwar im Jahr 2000 bestellt wurde, aber erst sechs Jahre später dann in Betrieb gegangen ist, wo bitte bleibt da die Kontrolle? Also es gibt so viele Sachen – das AKIM und anderes –, und da gibt es keine Kontrolle. Ich meine, das AKIM ist überhaupt ein eigenes System, das wahrscheinlich nie richtig funktionieren wird. Aber das sind halt die Glanzleistungen im AKH.

Oder schauen wir uns einmal die Sanierung der Tiefgarage an. Das ist ja eigentlich ein Glück im Unglück, was da jetzt passiert ist. Veranschlagt waren 3,2 Millionen EUR, jetzt sind wir bei über 31,5 Millionen EUR. Dann hat man massive Schäden festgestellt. 30 Jahre wurde dort nichts bemerkt, und das ist das Glück im Unglück. Wenn das Wasser nämlich dort nicht eingedrungen wäre, hätte man nie feststellen können, dass die Statik dort gar nicht stimmt, denn die Statik war viel zu schwach für das ganze Gebäude. Also das heißt, dort ist wieder alles außer Kontrolle geraten, meine Damen und Herren.

Die Traglast an der Garagendecke war dann überhaupt deutlich geringer als gefordert, und das führte dazu, dass sich durch die ständige Überlastung schon regelrecht die Decke durchgebogen hat. Also man muss sich ja vorstellen, das AKH wäre irgendwann einmal eingestürzt. Das wäre überhaupt eine Katastrophe gewesen.

Aber eines muss man auch dazusagen bezüglich AKH: Seit Jahren hören wir Versprechungen, auch von Ihnen, Frau Stadträtin, dass es besser wird, ein besseres Controlling, ein besseres Management. Ich finde, hier ist keine Lösung Ihrerseits in Sicht, und ich bin sehr gespannt, wie Sie das dort überhaupt einmal alles in den Griff kriegen werden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Überhaupt nicht!)*

Noch etwas möchte ich auch kurz ansprechen: Spi-

talsmitarbeiter und Gewalt gegen Spitalsmitarbeiter, eine Problematik, der man sich eigentlich nicht mehr verschließen kann. Fast täglich kommt es zu Übergriffen auf Spitalsmitarbeiter. Was machen Sie, Frau Stadträtin? Jetzt gibt es Hinweiszettelchen, zum Beispiel im Wilhelminenspital, wo draufsteht, dass bei einem tätlichen Angriff mit einer Anzeige zu rechnen ist. Na, sehr freundlich, da werden sich die Aggressiven sehr abschrecken lassen. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Sie sollten stattdessen endlich einmal hergehen und dort mehr Sicherheitsbeamte, mehr Sicherheitsleute einstellen, damit das hintangehalten wird, denn anders dürfte es dort wahrscheinlich gar nicht mehr funktionieren. Aber, wie gesagt, Sie machen hier viel zu wenig oder eigentlich fast gar nichts.

Jetzt, Frau Stadträtin, möchte ich zum Krankenhaus Nord kommen. Wie wir alle schon mitbekommen haben, dürfte für den Bau des Krankenhauses Nord langsam aber sicher das Geld ausgehen. Erfreulicherweise wurde der Budgettopf für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung aus diversen Gründen nicht komplett ausgeschöpft. Das waren zirka 62 Millionen EUR. Anstatt dass man das wieder den sozial schwachen Leuten zukommen hätte lassen oder dass man hergegangen wäre und gesagt hätte, okay, wir bezahlen endlich einmal den Heizkostenzuschuss aus, geben Sie es natürlich zurück an die Finanzstadträtin. Das wird umgewidmet, und Sie stopfen mit diesem Geld sozusagen wieder einmal ein Budgetloch, nämlich für das Krankenhaus Nord *(GR Kurt Wagner: Sollen wir ein Darlehen aufnehmen und dafür hohe Zinsen zahlen? Wäre es das, was Sie sich wünschen?)* Aber das, Frau Stadträtin, haben Sie ja bis heute nicht zugegeben. Ich habe bis jetzt eigentlich nichts von Ihnen gehört. Anstatt dass man hergeht und diese Mittel für die sozial schwachen Menschen verwendet, stopfen Sie dort das Budgetloch.

Zwischenzeitlich bestätigt ja auch der KAV, was angesichts des Baufortschritts selbst für einen Laien erkennbar war, dass der Eröffnungstermin 2016 nicht hält. *(GR Kurt Wagner: Schauen wir uns das dann an! Warten wir einmal ab!)* Also die eigenen Leute haben es bestätigt, und es ist nicht so, wie es in Zwischenrufen bei der Frau Korosec gesagt wurde. *(GR Kurt Wagner: Herr Kollege, Sie werden dann wahrscheinlich auch in der ersten Reihe sitzen und jubeln!)* Ihr bestätigt es ja selber. Der KAV dementiert ja nicht einmal mehr, dass das Krankenhaus deutlich später, voraussichtlich erst 2017, in Betrieb geht, also wieder nicht 2015 oder 2016, wie es schon war. Insider – die kommen ja auch von Ihnen, denn die ganzen Sachen kommen von Ihnen – sprechen ja eigentlich schon davon, dass es überhaupt erst 2019 in Vollbetrieb gehen wird. *(GR Kurt Wagner: Insider können höchstens von euch kommen, denn so genau informiert ist von uns keiner!)* Das werde ich jetzt deshalb auch etwas näher ausführen.

Wie auch aus den Medien zu erfahren ist, liegen vertrauliche Papiere mit dem Titel „Zum Zustand des Projekts Krankenhaus Nord“ vor. Da ist nämlich die Rede von chaotischen Zuständen, Fehlplanungen, Misswirtschaft und massiven Kostensteigerungen, Frau Stadträ-

tin. In den Papieren wird die massive Kritik der begleitenden Kontrolle – das ist die Überwachung der Entwicklung des ganzen Projekts – festgehalten. Da steht drinnen, es sei nicht mehr sichergestellt, dass die Projektziele hinsichtlich der Termine eingehalten werden können. In Bezug auf die Kosten sind die Reserven bereits weitgehend aufgebraucht.

Frage an Sie, Frau Stadträtin: Wie werden Sie das in Zukunft finanzieren, wenn jetzt bereits alle Reserven aufgebraucht sind? *(GR Kurt Wagner: Wenn 97 Prozent der Leistungen schon vergeben sind, dann brauchen wir keine Rücklagen mehr!)* Es sind dort keine Leistungen vergeben. Zu dem komme ich jetzt auch. *(GR Kurt Wagner: 3 Prozent! Das schau ich mir an, wie sich das ausgeht!)* Die Beantwortung unserer Anfrage durch die Frau Stadträtin am 24.3. zum Beispiel lässt ebenfalls tief blicken. Sie sagen unter anderem in der Beantwortung: „Nach derzeitigem Stand befindet sich das Krankenhaus Nord im geschätzten Kostenrahmen.“ Zu diesem Zeitpunkt, Frau Stadträtin, war allerdings längst bekannt, dass auf der Baustelle nicht alles rund läuft. Bereits Ende 2012 hat sich nämlich herausgestellt, dass die Statistikberechnung für das Tragwerk falsch war. *(GR Kurt Wagner: Von einer Statistikberechnung für ein Tragwerk habe ich überhaupt noch nie etwas gehört! Wenn, dann ist es eine Statikberechnung!)* Im März 2014 ging auch noch die Fassadenerrichtende Firma in Konkurs. Zusätzlich haben damals die auf der Baustelle arbeitenden Firmen zu ihrer Absicherung eine gerichtliche Beweissicherung initiiert. Hier müsste meines Erachtens einmal dringend geklärt werden, seit wann Sie von diesen Zuständen wissen, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was auch nicht zum reibungslosen Ablauf des Bauverfahrens beiträgt, ist die Tatsache, Frau Stadträtin, dass die Hauptmitwirkenden bereits das Krankenhaus Nord oder sozusagen das sinkende Schiff verlassen. Der Generaldirektor hat 2014, angeblich aus privaten Gründen, den KAV verlassen. Der Vertrag mit dem stellvertretenden Generaldirektor ... *(GR Kurt Wagner: Herr Kollege, das ist eine Unterstellung sondergleichen! Sie waren selbst dabei!)* Ich war nicht dabei. *(GR Kurt Wagner: Da gibt es einen Vertrag! Der Herr Dr Frigo kann Ihnen das erklären!)* Ich werde ihm das dann sagen. Ich unterstelle ihm hier nichts, ich habe nur gesagt, aus angeblichen Gründen und sonst nichts. *(GR Kurt Wagner: „Aus privaten Gründen“ haben Sie gerade gesagt!)* Also der Herr Generaldirektor hat angeblich aus privaten Gründen den KAV verlassen. *(GR Kurt Wagner: Was er für Gründe hat, geht Sie gar nichts an, Herr Kollege!)* Der Vertrag mit dem stellvertretenden Generaldirektor, der für die Finanzen und für die Umsetzung des Neubaus des Krankenhauses Nord zuständig war, wurde nicht verlängert und endete damit auch 2013, nämlich im Jänner. Die Projektleiterin des Krankenhauses Nord ließ sich kanzeln und verließ im Dezember 2013 das Unternehmen. Der Stellvertreter der Projektleiterin ist bereits im November 2013 gegangen.

Ich frage Sie jetzt noch einmal: Wer koordiniert dort noch? Dort ist niemand mehr. Der Generaldirektor Marhold zum Beispiel hat gemeint, dass er die Vergabe

selbst in die Hand nimmt, sozusagen als Generalunternehmer. So, wie es derzeit aussieht, ist dort Chaos und sonst nichts in dem zukünftigen Krankenhaus. Und warum hat er das gesagt, keinen Generalunternehmer? Damit es zu keiner Kostenexplosion kommt. *(GR Kurt Wagner: Herr Kollege, Sie können bei jeder Ausschusssitzung dabei sein! Sie waren nicht dabei! Dann informieren Sie sich wenigstens in Ihrer Fraktion!)* Damals meinte man ja noch, dass 2015 die technische Inbetriebnahme erfolgen könnte, Vollbetrieb ab Mitte 2016. Sämtliche Patienten sollten zu dem Zeitpunkt eigentlich schon in das Krankenhaus übersiedeln. Doch jetzt könnte die Vergabe der einzelnen Gewerke ohne Generalunternehmer zum kostenmäßigen und zeitmäßigen Bumerang werden. Weil wir eben keinen Generalunternehmer gehabt haben.

Diese Baufirmen, die an der Errichtung des Krankenhauses Nord beteiligt sind, stellen jetzt noch dazu finanzielle Nachforderungen, die seitens des KAV ja nicht einmal dementiert werden. *(GR Kurt Wagner: Hören Sie sich in Ihrer eigenen Fraktion um! Die hat nämlich Auskunft bekommen! Die hat das genau erklärt bekommen! Aber anscheinend ist das bei euch wurscht!)* Ich weiß nicht, ist das jetzt eine Strafe, weil du dich nicht zu Wort melden darfst oder was, dass du da jetzt dauernd dreinreden musst. Ich weiß nicht, das ist ja unglaublich. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist ja wie bei der Muppet Show. Unglaublich! *(GR Kurt Wagner: Ich muss mich nicht zu Wort melden, aber du könntest bei jeder Ausschusssitzung dabei sein und dich informieren!)* Na ja, also wie gesagt, diverse Baufirmen, die an der Errichtung des Krankenhauses Nord beteiligt sind, stellen jetzt finanzielle Nachforderungen. Seitens des KAV wird das natürlich auch nicht dementiert, habe ich gerade gesagt.

Hinsichtlich der Kosten kann man davon ausgehen, dass auch die 825 Millionen EUR, die prognostiziert waren, schlussendlich deutlich überschritten werden. *(GR Kurt Wagner: Es steht im Vertrag, dass der Baukostenindex herangezogen wird!)* Das heißt, Insider und andere sprechen davon, dass es zwischen 1,2 und 1,4 Milliarden EUR kosten wird. Noch dazu für ein Schwerpunktkrankenhaus, Frau Stadträtin, das ja in Wahrheit gar keines ist. Ich weiß nicht, vielleicht können Sie mir sagen, warum Sie dort ein Schwerpunktkrankenhaus initiieren, das keines ist. Das möchte ich gern wissen. Hat das einen finanziellen Hintergrund? Ich weiß es nicht, aber vielleicht können Sie es mir wirklich erklären. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. *(GR Kurt Wagner: Dann müssen Sie aber genau zuhören!)*

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, ist festzustellen, dass eine Vielzahl schlechter Erfahrungen, zum Beispiel Skylink, Stadthallenbad, niemanden hier im Haus – von Ihrer Partei natürlich – klüger gemacht haben. In Wahrheit sind Sie nichts anderes als beratungsresistent, sage ich einmal.

Wieder einmal haben Planungen und das Controlling an und für sich kläglich versagt, sodass das Budget, das für benachteiligte Menschen bereitgestellt war, jetzt möglicherweise für vermeidbare Finanzdebakel herhalten muss.

Ich sage Ihnen abschließend, Frau Stadträtin: Eine soziale Politik für die Bürger sieht meiner Meinung nach ganz anders aus. Darum werden wir natürlich auch dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. 5 Minuten und 30 Sekunden stehen zur Verfügung.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ein ganz zentraler Bereich, in dem die Lebensqualität und die Versorgungsqualität einer Stadt zum Ausdruck kommen, ist der Gesundheits- und Sozialbereich. Wir haben hier wirklich einen Spitzenwert und einen Spitzenplatz zu verteidigen, aber diese Verteidigung ist oft gar nicht so einfach. Ich möchte jetzt meine Befürchtungen irgendwie der Reihe nach anbringen und eben die Befürchtung äußern, dass ich meine, dass wir dabei sind, diese Spitzenplätze relativ leichtfertig zu vergeben und aufzugeben.

Ich sehe im neuen Spitalskonzept sehr wohl ein Herunterfahren der Stadt von deren Gesundheitsbetreuung in Wien. Wir schließen Spitäler, um auf der anderen Seite andere Spitäler auszubauen, aber gleichzeitig werden ehemalige umfassende Schwerpunktspitäler heruntergefahren, es werden Abteilungen geschlossen, und man bedient sich jetzt im Endeffekt eines Tricks, indem man sagt, immer je zwei Spitäler gehören zusammen und bilden gemeinsam ein Schwerpunktspital. Aber, meine Damen und Herren, ein Schwerpunktspital einer fast Zwei-Millionen-Stadt muss irgendwie anders funktionieren wie ein Bezirkskrankenhaus weit am Land draußen. Spitalsinterne Zusammenarbeit, universitäre Zusammenarbeit leben davon, dass die verschiedenen Abteilungen am gleichen Ort beisammen sind. Es mutet daher schon etwas eigenartig an, wenn man die alten Substanzen wie im Krankenhaus Hietzing, im ehemaligen Lainz, schließt und sagt, da hat man nicht alles in einem Gebäude, da muss man zwischen einem Pavillon und dem anderen hin und her gehen, und dann sagt man gleichzeitig, die Hälfte der Abteilungen gibt es nicht mehr in Hietzing, sondern da muss man gleich ins Wilhelminenspital fahren. Oder wir bauen ein neues Krankenhaus Nord und sagen, die Hälfte der Abteilungen gibt es aber nicht im Krankenhaus Nord, sondern die sind im Donauspital zu finden. Also ich weiß nicht, ob man sich dort als Patient gut aufgehoben fühlen kann und ob dort auch Ärzte verantwortungsvoll zusammenarbeiten können. Daher sollten wir wirklich Schwerpunktspitäler so umfassend ausgestalten und finanzieren, damit nicht auch das ganze Know-how verloren geht.

Das bringt mich jetzt gleich zum AKH. Das AKH ist ja nicht irgendein Spital, das ist mehr oder weniger unser Flugzeugträger, unser Flaggschiff, und das wird eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten im Kompetenzstreit zwischen Bund und Land Wien, zwischen MedUni und Stadt Wien zerrieben. Ich bin jetzt der Letzte, der Schuldzuweisungen aussprechen möchte, aber eigentlich rennen uns ja schon die Professoren und die guten

Leute davon. Wir sind nicht mehr so wie früher in einer Situation, wo wir lange Listen mit Turnusarzt-Kandidaten haben, wo Menschen jahrelang gewartet haben, dass sie einen Facharztausbildungsplatz in einem Wiener Gemeindespital bekommen. Die Zeiten sind vorbei. Die Leute rennen uns schlichtweg davon. Die Professoren gehen woanders hin, die Assistenten gehen woanders hin. Ich frage mich wirklich: Was macht die Stadt, damit Wien auch ein attraktiver Arbeitgeber im Spitalsbereich ist, für Ärzte, für Pflegepersonal und auch für das notwendige administrative Personal? Wir haben nichts davon, wenn wir dann zu dem Schluss kommen, zwischen Bund und Land funktioniert das Ganze nicht, er geht letztendlich um das Ergebnis, und das Ergebnis ist ein sehr dürrtiges, denn das AKH ist schon baufällig im wahrsten Sinne des Wortes, noch bevor es eine ordentliche Betriebsgesellschaft hat, die genau diese Fragen klären sollte.

Da haben wir massiven Handlungsbedarf. Eine Versorgung kann man relativ schnell herunterfahren, aber es ist nicht mehr möglich, den Standard, an den wir uns bisher mit guten Gründen in Wien gewöhnt haben, auf Knopfdruck wieder hinaufzufahren, wenn die Infrastruktur nicht passt und wenn die Menschen nicht mehr da sind, die diesen Standard halten können. Da hoffe ich wirklich, Frau Stadträtin – und ich habe in Ihre Problemlösungskompetenz durchaus auch ein großes Vertrauen –, dass Sie sich da durchsetzen und dafür Sorge tragen, dass wir vielleicht auch eine Diskussion darüber führen, welche Leistungen in der Stadt ganz gratis sein sollen und wo man vielleicht den einen oder anderen Kostenbeitrag verlangen kann. Ich meine, auch im Gesundheitsbereich wäre das möglich, und eine Ambulanzgebühr von 15 oder 20 EUR ist durchaus nicht so gestaltet, dass man sich die Ambulanz dann nicht mehr leisten kann. (*GRin Dr Claudia Laschan: Die hatten wir schon! Die ist gescheitert!*) Ja, die ist gescheitert, weil so viele Ausnahmen hineinreklamiert worden sind, dass es dann am Schluss verfassungswidrig war. Aber, ganz ehrlich, es gibt so viele andere Gebühren. Wasser ist genauso ein Grundrecht wie das Abwasser, und da haben Sie keine Hemmungen, Gebühren zu kassieren. Warum verlangt man dann nicht auch für hochwertige Spitalsversorgung im Ambulanzbereich einen moderaten Beitrag, der zumindest dazu führen könnte, dass man nicht leichtfertig mitten in der Nacht in die Spitäler geht mit Krankheiten oder mit Leiden, die man vielleicht schon die längste Zeit mit sich herumschleppt?

Ich habe nicht mehr viel Zeit, aber ich möchte noch ein Plädoyer für unseren klassischen Hausarzt halten. Ich glaube nicht, dass wir mit dem DDR-System von irgendwelchen verstaatlichten Gesundheitsversorgungen glücklich werden. Die Menschen brauchen einen Lotsen durch das Gesundheitssystem, und das soll der freiberuflich tätige Hausarzt sein. Doch diese Hausärzte sind massiv unter Druck, einerseits von Seiten der Stadt, die die Spitalsversorgung herunterfährt, andererseits von Seiten der Krankenkassen, die schlichtweg die Kassenarztstellen immer weiter einschränken. Da beißt sich die Katze in den Schwanz, und am Ende bleibt der Bürger

über, der eine schlechtere Gesundheitsversorgung gewährleisten muss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Laschan. Bitte schön. 15 Minuten.

GRin Dr Claudia **Laschan** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schwierig, mit 15 Minuten auszukommen nach diesen Vorgaben. Ich möchte daher von den schlechten Erfahrungen und den Schwarz-Weiß-Malereien auf die Wiener Gesundheitspolitik zurückkommen und möchte berichten, dass ich, so wie viele Kolleginnen und Kollegen auch, im Vorjahr mit großem Interesse an einer Studienreise teilgenommen habe, und zwar an einer Studienreise des Gesundheitsausschusses, die nach Hamburg und Kopenhagen geführt hat.

Wir haben dort ein Gespräch mit der Hamburger Bürgerschaft geführt – das ist als Äquivalent zum Wiener Gemeinderat zu sehen –, und ich habe mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Hauptthemen dieses politischen Gesundheitsgremiums die Antirauerkampagne und Alkoholpräventionsmaßnahmen sind. Die stationäre Versorgung der Hamburger Patientinnen und Patienten spielt im Gesundheitsausschuss keine Rolle. Warum? Weil der überwiegende Teil der Hamburger Krankenhäuser privatisiert wurde oder werden musste, besser gesagt. Diese Privatisierung wurde im Übrigen gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt.

Wir sind der Meinung, dass Gesundheitsversorgung keine Privatangelegenheit ist, sondern eine öffentliche Aufgabe. Daher wollen wir in Wien keine Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser. Jetzt könnte man sagen, das steht ja gar nicht zur Diskussion. Das ist richtig und ist darauf zurückzuführen, dass in Wien alle Anstrengungen unternommen werden, die öffentlichen Krankenhäuser inhaltlich und organisatorisch so aufzustellen, dass sie den modernsten medizinischen Anforderungen entsprechen, aber auch wirtschaftlich und effizient mit der Ressource Steuergeld umgehen. Daher gibt es das Spitalskonzept 2030, das mitten in der Umsetzung ist.

Ich habe an dieser Stelle aus schon öfter gesagt, dass ich als Bezirkspolitikerin keine Freude mit der Übersiedlung der Abteilungen des Kaiserin-Elisabeth-Spitals hatte, weil das ein Spital war, das bei der Wohnbevölkerung sehr beliebt war. Dennoch wäre es verantwortungslos gewesen, auf der durch das Alter der Bausubstanz notwendigen und extrem teuren Sanierung und medizinisch notwendigen Adaptierung zu bestehen. Darüber hinaus ist auf Grund der enormen medizinischen Fortschritte bei vielen Erkrankungen eine hochwertige Versorgung vor allem und hauptsächlich in sogenannten Zentren gewährleistet.

Was heißt das konkret? Zum Beispiel ist eine Operation der Bauchspeicheldrüse ein extrem schwieriger und eher seltener Eingriff, und jeder Patient/jede Patientin will naturgemäß von einem erfahrenen Chirurgen operiert werden. Deshalb ist es sinnvoll, solche Operationen auf einige wenige Abteilungen zu konzentrieren. Daher wurde in Wien beschlossen, bestimmte Operationen nur

mehr von auf diesem Gebiet erfahrenen Abteilungen durchführen zu lassen und dies über die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung zu steuern. Das heißt nämlich, dass es ist nicht verboten ist, eine solche Operation durchzuführen, sondern dass es, wenn in einer Krankenanstalt so eine Operation durchgeführt wird, eben keine LKF-Punkte dafür gibt. Das ist der Steuerungsmechanismus.

Um weiter in Richtung Zentrumsbildung zu gehen, werden – und daran wird gerade gearbeitet – Schwerpunkte in den einzelnen Häusern beziehungsweise in den einzelnen Pärchen, wie die zwei zusammengeschlossenen Häuser so nett heißen, gesetzt. Daran wird jetzt gearbeitet, dass Schwerpunktsetzungen dort zu finden sind.

Ich behaupte einmal, dass es in Wien völlig wurscht ist für einen Patienten, ob er das Krankenhaus mit dem Schwerpunkt vor der Tür hat oder ob er über die Donau fahren muss. Das ist völlig wurscht vor dem Hintergrund, dass er über der Donau dann dort behandelt wird, wo alle diese Erkrankungen behandelt werden und die größte medizinische und fachliche Expertise vorliegt.

Was ist jetzt der Vorteil des öffentlichen Krankenanstaltenverbundes gegenüber miteinander konkurrierenden privaten Krankenhäusern? Die Frage ist legitim, die könnte man ja stellen und kriegt man auch oft gestellt. Der Unterschied ist der Profit, den private Betreiber machen müssen. Das liegt in der Natur der Sache. Wir haben in Hamburg mit dem Chefmanager eines großen privaten Krankenhauses diskutiert, der mit stolzeschwellter Brust berichtet hat, dass die Bezahlung der leitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – und da gehören die Stationsschwester genauso dazu wie die Oberärzte und Oberärztinnen – nur zu 60 Prozent ein Fixum ist und 40 Prozent leistungsorientiert, nämlich nach den Kennzahlen der Mitarbeiterzufriedenheit, Patientenzufriedenheit – das ist ja noch nachvollziehbar –, aber natürlich auch nach finanziellen Kennzahlen. Und das bedeutet, dass ein Chirurg gut überlegen muss – zum Beispiel ein Chirurg, jeder Arzt muss gut überlegen –, ob er bei einem Patienten eine computertomographische Untersuchung machen soll oder nicht. Ich bin dafür, dass das immer gut überlegt wird, aber ausschließlich nach dem Kriterium, ob es für den Patienten notwendig ist oder nicht, und nicht danach, ob es günstig ist für Spitalerhalter oder nicht.

Ich behaupte, in unserem System, nämlich im öffentlichen System, wird im Zweifelsfall – und Zweifelsfälle gibt es immer in der Medizin, weil dort auch nicht alles schwarz oder weiß ist – eher eine Computertomographie gemacht und im privaten System wird eher keine gemacht. Und mir ist lieber als Patientin, es wird eher eine gemacht, wenn man sich nicht sicher ist. Und das ist für mich ein Grund, warum Gesundheit öffentlich zu bewerkstelligen ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vor einiger Zeit sind einige Ärzte aus privaten deutschen Krankenhäusern im „Zeit-Magazin“ zu Wort gekommen, die über ihren klinischen Alltag berichtet haben. Ein Beispiel: Da ruft ein Krankenhausmanager die Oberärztin an und sagt, der Herr Y muss morgen entlas-

sen werden. Der hat eine Lungenentzündung gehabt, dafür sind soundso viele Spitalstage vorgesehen, und das ist morgen überschritten. Die Oberärztin muss nun begründen, warum Herr Y nicht entlassen werden kann. Vielleicht, weil er noch zu schwach ist, oder vielleicht, weil er zu Hause niemanden hat. Wenn die Ärzte öfter Begründungen schreiben müssen, werden sie zu einem Mitarbeitergespräch gebeten, und was das heißt, weiß man.

Ich möchte ein Gesundheitssystem, das leistungsorientiert im Sinne der Patientinnen und Patienten ist und in dem verantwortungsvoll mit Steuer- und Versicherten-geld umgegangen wird. Und es geht auch anders. In Wien zum Beispiel gibt es im LKF-System definierte tagesklinische Leistungen – das ist bekannt –, das sind Leistungen, die an einem Tag erbracht werden können, und man braucht nicht über Nacht im Spital zu bleiben. Dazu gehören auch operative Eingriffe, wie zum Beispiel die Kataraktoperation, das ist die Grauer-Star-Operation. Das ist ein relativ kleiner Eingriff. Durch gezielte Steuerungsmechanismen ist es in Wien gelungen, die meisten Kataraktoperationen von bis zu vier Tagesaufenthalten, also drei Nächte im Spital, in den tagesklinischen Bereich zu verlegen. Das ist eine Maßnahme, die von den Patienten begeistert aufgenommen wird und gleichzeitig Ressourcen spart. So geht es auch.

In diesem Bereich gibt es aber meiner Meinung nach natürlich noch viel zu tun, etwa hinsichtlich der medizinischen Entwicklung in der Onkologie. Das ist halt mein Lieblingsbeispiel, weil es auch die meisten Fortschritte in diesem Bereich gibt, nämlich in Richtung personalisierte Medizin. Das heißt, es gibt immer mehr individuell zugeschnittene Behandlungskonzepte. Man weiß molekularbiologisch, wie ein Tumor auf Chemotherapien ansprechen wird, auf welche er ansprechen wird, auf welche nicht. Das heißt, es ist sehr wichtig, dass die Patientinnen und Patienten sehr individuell behandelt werden. Und da ist es so, dass es natürlich viel differenzierterer Angebote bedarf. Es wird nämlich immer mehr Behandlungen geben, die nicht nur tagesklinisch, sondern auch zu Hause durchgeführt werden können, indem man nämlich einfach nur ein Medikament schluckt. Es wird daher auch nicht zu vermeiden sein, dass in Wirklichkeit viele onkologische Patienten im niedergelassenen Bereich behandelt werden müssen, dass man das anbieten muss, weil es für sie einfach besser sein wird. Im Moment geht das noch nicht, weil verschiedene Leistungen von den Krankenkassen im niedergelassenen Bereich nicht angeboten werden. Das muss daher politisch verhandelt werden mit der Krankenversicherung, die ja für den niedergelassenen Bereich zuständig ist.

Und auch hier ist Wien vorne, denn Wien war das erste und einzige Bundesland, das den Landeszielsteuerungsvertrag in der gesetzlich verankerten Frist beschlossen hat. Das ist deshalb so wichtig, weil eine gemeinsame Planung in einem modernen Gesundheitswesen unabdingbare Voraussetzung für eine gute Patientenversorgung ist.

Ich komme nun zum Bereich Gesundheitsförderung. Ich bin der Meinung, dass pädagogische Vorträge und

bewusstseinsbildende Kampagnen in der Gesundheitsförderung ihren Platz haben und haben sollen, aber in bestimmten Bereichen muss es auch gesetzliche Maßnahmen geben, die schädliche Stoffe vom Menschen fernhalten. Ein gutes Beispiel ist die Transfette-Verordnung, die es seit einiger Zeit in Österreich gibt, wonach es Grenzwerte für schädliche Fette in der Back- und Nahrungsmittelindustrie gibt.

Ich finde, eine weitere wichtige Maßnahme wäre die Ausweitung der Rauchverbote. Der Gesundheitsminister vertritt hier eine eindeutige Meinung, ist aber auf Grund zahlreicher Rauchlobbys in einer sehr schwierigen Position. Tatsache ist, dass Rauchen eindeutig massiv gesundheitsschädlich ist, das ist unumstritten. Bluthochdruck, Herzinfarkt, Schlaganfall, diverse Krebserkrankungen, COPD – das ist die Krankheit, wo man keine Luft kriegt, wenn man nicht ein Sauerstoffgerät im Kinderwägelchen neben sich herführt – sind nur einige besonders häufige Folgeerscheinungen des Rauchens. Daher muss meiner Meinung nach ein Gesetz her, und zwar ein eindeutiges Gesetz, das Nichtraucher schützt und das Rauchen möglichst aus dem öffentlichen Bereich verbietet. Ich weise nur darauf hin, in Nachbarländern wie in Italien funktioniert das. Da wird auf der Straße geraucht und nicht mehr in Lokalen. Da hätte man sich das auch nicht gedacht. Bei der Gurtenpflicht vor weiß ich nicht wie viel zig Jahren haben auch alle gesagt, das ist aber eine Freiheitsbeschränkung und eine Einschränkung des persönlichen Individualismus. Darüber kann man heute nur mehr lachen, und ähnlich wird es mit dem Rauchen auch in zehn Jahren sein. Also ein falsch verstandener Freiheitsbegriff und ein parteipolitischer Populismus sind da nicht angebracht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein vielleicht weniger emotional besetztes Thema ist die Zahngesundheit. Auch hier gilt: Bewusstseinsbildung und Zahnpädagogik bereits im Kindergarten ist eine wichtige Maßnahme in der Gesundheitsförderung. Und hier geschieht in Wien auch einiges vorbildhaft. Ich sage nur „Tiptopp Kariesstopp“ und Ausweitung in diese Richtung, das ist eine großartige Sache. Aber darüber hinaus sollte endlich die Zahngesundheit im Mutter-Kind-Pass verankert werden. Wir haben im 15. Bezirk im Rahmen unseres Projektes Gesundheitskonferenz eine Initiative in diese Richtung gestartet, die Zahngesundheit in den Mutter-Kind-Pass aufzunehmen. Ich hoffe, dass wir das erreichen können. Es gibt niemanden, der dagegen ist, und trotzdem ist es nicht geschehen. Das muss endlich geschehen.

Stichwort Gesundheitskonferenz. Wir haben im 15. Bezirk vor einigen Jahren, vor vielen Jahren, besser gesagt, eine Gesundheitskonferenz etabliert. Da kommen alle im weitesten Sinn mit Gesundheitsdingen befassten Leute zusammen, etwa aus Magistratsabteilungen, aus der Stadt Wien, aus der Wiener Gebietskrankenkasse, aus NGOs, zum Austausch, zur Ideensammlung und zur konkreten Projektentwicklung.

Unser letztes Projekt war das Projekt Wasserschulen. Auf Initiative des Bezirksvorstehers haben sich alle Volksschulen entschlossen, Wasserschulen zu werden. Und das ist nicht so, dass das einfach gesagt wird und

behauptet wird, wir haben das schon immer gefordert, sondern das muss auch umgesetzt werden, das muss vermittelt werden, das muss den Eltern vermittelt werden, den Kindern vermittelt werden, den PädagogInnen vermittelt werden. Das muss dann durchgeführt werden, das muss überlegt werden. Dazu braucht man Wasserflaschen. Das muss so gestaltet werden, dass die Kinder das mittragen und dass das auch nachhaltig ist. Das hat funktioniert, und es gibt im 15. Bezirk an den Grundschulen, an den Volksschulen nur mehr Leitungswasser, das gute Wiener Wasser. Und das ist ein Erfolg.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang herzlich bei Prof Beate Wimmer-Puchinger bedanken, die die Organisation und inhaltliche Begleitung unserer Gesundheitskonferenzen von Anfang an übernommen hat. Sie ist eine Gesundheitsexpertin, die Theorie und Praxis perfekt zusammenführen kann und die daraus erwachsenden Erkenntnisse dann in konkrete Projekte oder gesundheitspolitische Forderungen umsetzt. Und das nach dem Motto – und das finde ich besonders wichtig –: „Möglichst gleich!“ und „Geht nicht, gibt's nicht!“ Deswegen herzlichen Dank für die Unterstützung. Außerdem arbeitet sie federführend an den Gesundheitszielen der Stadt Wien mit.

Stichwort Wiener Pflege- und Patientinnen- und Patienten-anwaltschaft. Im Regierungsübereinkommen wurde eine unabhängige Patientinnen- und Patienteninformationsstelle festgeschrieben. Die ist mittlerweile eingerichtet, und zwar mit dem Ziel, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu erhöhen. Dazu ist es notwendig, einerseits das Gesundheitssystem verständlich zu machen und andererseits die Befähigung zu erreichen, mit gesundheitsrelevanten Informationen besser umgehen zu können. Es gibt individuelle telefonische Information und Beratung über Zuständigkeiten, rechtliche Rahmenbedingungen und Erläuterungen von Diagnosen. Das ist einfach nur eine Information, wie gehe ich jetzt vor im Gesundheitswesen, wenn ich zum Beispiel 20 Zuweisungen in der Hand habe und mich nicht mehr auskenne. Das wird gut angenommen, und ich gratuliere und danke für diese Initiative. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bereits 2012 hat die PatientInnenanwaltschaft kritisiert, dass Patienten von privaten Belegspitälern nicht ausreichend über die medizinische Infrastruktur und über die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgeklärt werden und hat Empfehlungen zu größerer Transparenz in diesem Bereich abgegeben. Diese sind im Sand verlaufen, und im Berichtsjahr kam es neuerlich zu schweren Schadensfällen. Sie brauchen nur den ausgezeichneten Bericht zu lesen. Ich halte es daher für äußerst dringlich, die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie die medizinische Infrastruktur, die fachliche Ausstattung und die Rechtslage in den privaten Belegspitälern ist. Viele setzen leider „privat“ mit „medizinisch besser“ gleich, was keinesfalls gerechtfertigt ist.

Insgesamt gilt mein Dank der Wiener Patientenanwältin Dr Sigrig Pilz für ihr großes Engagement in diesem Bereich. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GRIn Ingrid Korosec.)*

Die Magistratsabteilung 15 ist unter vielen anderen

Dingen für die Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen und schulärztliche Untersuchungen zuständig. Im Berichtsjahr wurden in den Wiener Pflichtschulen über 175 000 schulärztliche Untersuchungen durchgeführt. Ich würde dringend anregen, die erhobenen Daten anonymisiert aufzuarbeiten, damit wir einen seriösen Überblick über den Gesundheitszustand der Pflichtschulkinder bekommen, denn ohne Daten gibt es keine epidemiologischen Aussagen und ohne Epidemiologie gibt es keine seriöse Gesundheitsplanung. Wir sollten meiner Meinung nach im Gesundheitswesen weniger aufs Glauben und mehr aufs Wissen setzen.

Damit komme ich zum Schluss zu einem Thema, das mir besonders wichtig ist, nämlich die Sterbehilfedebatte. Die Ursache für diese Debatte ist die Sorge vieler Menschen, im Falle einer lebensbedrohlichen Erkrankung hilflos starken Schmerzen und großem Leid ausgesetzt zu sein. Es gibt jedoch die Palliativmedizin, die zum Ziel hat, Schwerstkranken auch im letzten Lebensabschnitt Lebensqualität zu bieten. Die medizinischen Möglichkeiten sind mittlerweile so vielfältig und spezialisiert, dass niemand mehr Angst haben muss vor Schmerzen, vor Auszehrung, vor Atemnot oder vor Angstzuständen. Leider gibt es noch viel zu wenige Mediziner, die in diesem Fach ausgebildet sind. Die palliativmedizinischen Abteilungen im Krankenanstaltenverbund arbeiten auf jeden Fall auf höchstem Niveau.

Aber was ich ganz wichtig finde, ist, festzuhalten: Solange es noch keine flächendeckende Versorgung, auch im ambulanten oder niedergelassenen Bereich hinsichtlich der Palliativmedizin gibt, brauchen wir über Sterbehilfe nicht einmal zu reden. Da reden wir lieber darüber, wie wir zu einer solchen flächendeckenden Versorgung kommen.

Das ist auch ein Beispiel, wie wichtig die gemeinsame Planung der Gesundheitsversorgung, basierend auf Fakten, ist. Wien ist hier auf einem guten Weg. Es wird auf allen Ebenen sehr differenziert überlegt, was ist die beste Versorgung für den speziellen Patienten/die spezielle Patientin in einer speziellen Lebenssituation. Das stellt den Patienten und die Patientin in den Mittelpunkt, und das ist das Ziel der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dworak. 12 Minuten selbstgewählte Redezeit. Bitte schön. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak, auf dem Weg zum Rednerpult: 13 Minuten 15!)* Die Restredezeit der ÖVP, richtig, ist 13 Minuten und 15 Sekunden.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wenn die Frau Kollegin Laschan damit begonnen hat, von Hamburg und von der dortigen Bürgerschaft zu erzählen, möchte ich schon replizieren: In Deutschland gibt es bei den Krankenhäusern halt ein anderes System, durchaus eine Art privatisiertes Krankenhaussystem. Wenn ich denke, dass wir hier in Wien im letzten Jahr 2,14 Milliarden EUR beziehungsweise 1,94 Milliarden EUR nur für die Krankenhäuser ausgegeben haben,

dann kann ich mir durchaus vorstellen – und die Deutschen sind sicherlich auch nicht schlechter versorgt als die Menschen hier bei uns ... (GR Kurt Wagner: *Aber sie zahlen mehr!*) Ja, ja, durchaus, aber es könnte doch sein, dass man sich das halt anschaut – und deswegen waren wir ja dort –, welche Alternativen es gibt. (GR Kurt Wagner: *Sie zahlen auch mehr, Herr Kollege!*) Ja, ja, selbstverständlich. Ich will damit nur darauf hinweisen, dass es durchaus ein interessantes System für uns war, dass es auch private Anbieter im Gesundheitsbereich gibt, die wahrscheinlich durchaus ein gutes Geschäft machen.

Das Thema Rauchen und Alkohol haben wir in Wien sowieso, das behandeln wir ja in der Drogenkommission, und das wird, glaube ich, von der Stadt Wien durchaus gut erledigt. (GR Kurt Wagner: *Das heißt aber schon anders, Herr Kollege!*) Ja, für mich ist es jetzt die Drogenkommission. Aber, ich denke – weil die Frau Kollegin sich ja manches gewünscht hat –, bei manchen Dingen, etwa der täglichen Turnstunde, da fangen wir ganz weit unten an. Die ist bis heute noch immer nicht umgesetzt worden. Es können viele Wünsche ans Christkind kommen, Sie haben es allerdings in der Hand, so etwas leichter umzusetzen als wir.

Beim Krankenhaus Nord – und jetzt komme ich eigentlich zum Gesundheitsbereich – wird letztendlich einmal mehr der Steuerzahler zum Handkuss kommen, meine Damen und Herren. Es wird nicht bei den 953 Millionen EUR bleiben, oder 954 oder was immer, es wird sicher deutlich mehr werden. Wir haben aber nicht nur ein schlechtes Management im Krankenanstaltenverbund, wir haben auch in manchen Bereichen schlicht und einfach Ignoranz. Für mich ist beispielsweise die Druckkammer im AKH ein Beispiel der Ignoranz. Ich habe das schon einmal hier an dieser Stelle erläutert und möchte daher nicht allzu viel über diese Geschichte erzählen. 2007 ist nämlich diese Druckkammer geschlossen worden, weil sie damals nicht mehr den gültigen Sicherheitsstandard gebracht hat. Und wie ist das jetzt, wenn Sie sich das 2014 anschauen? Vor ein paar Wochen musste man, glaube ich, sogar zwei Kinder mit ihrer Mutter, die eine Kohlenmonoxidvergiftung gehabt haben, vom SMZ-Ost nach Graz verlegen. Das kann es ja auf Dauer nicht sein, meine Damen und Herren, denn die Gesamtkosten ... (GR Kurt Wagner: *Sind Sie der Meinung, dass wir das in jedem Bundesland brauchen?*) Nein, aber in Wien. (GR Kurt Wagner: *Bei fünf Personen im Jahr, Herr Kollege!*) Wir haben eine Bevölkerung von 1,85 Millionen, und wir haben ja heute schon gehört, wir werden auf 2 Millionen Menschen hier in dieser Stadt anwachsen. Ich halte es, wenn wir rund 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung haben, einfach für notwendig, dass auch Wien so eine Druckkammer bekommt. Die Gesamtkosten sind ungefähr 1,6 bis 2,6 Millionen EUR, und ich denke mir, wenn wir schon für die Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße 50 Millionen EUR ausgeben, können wir uns durchaus ein Gerät um 2,6 Millionen EUR leisten, meine Damen und Herren. (Beifall von GRin Uta Meyer.)

Sie wissen es alle, das AKH verkommt natürlich zu

einem teuren Gerätefriedhof. In diesem Sinne möchte ich einen Antrag einbringen mit meiner Kollegin Ingrid Korosec, der Kollegin Anger-Koch beziehungsweise Schneider – da steht noch Anger-Koch drauf, du weißt – und Martin Flicker für eine umgehende Inbetriebnahme der Druckkammer im AKH.

Wir ersuchen diesmal um Zuweisung dieses Antrags. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zu einem anderen Kapitel: Stärkung der Hausärzte. Meine Kollegin Korosec hat schon davon gesprochen, und wir wissen, dass die Verhandlungen der gesundheitlichen Primärversorgung derzeit laufen. Bis zum 30. Juni, also genau in einer Woche, soll dieses Vorhaben bei der Bundeszielsteuerungskommission fixiert sein. Wir sind hier wirklich gespannt, was Wien ausverhandelt hat. Die Ärzteschaft glaubt eher, dass es eine Aufweichung des Gesamtvertrages geben wird, aber wir wollen auf keinen Fall eine Schwächung der Hausärzte.

Sie wissen aber auch, dass die Wiener Gebietskrankenkasse ganz selten neue Verträge ausschreibt für die niedergelassenen Ärzte, und ich finde, das ist schon eine Schwächung der Hausärzte, die ja im Wesentlichen die Primärversorgung abseits der Krankenhäuser machen sollen. Es soll eine praktikable Lösung für die involvierten Berufsgruppen, also die Ärzte und die Gesundheitsberufe, geben, und insgesamt soll dann eine deutliche Verbesserung für die Wienerinnen und Wiener dahinterstehen.

Abschließend möchte ich ein grundsätzliches Problem ansprechen, von dem wir schon einige Male gehört haben, das ist die Liegenschaftsverwertung von Grundstücken des Krankenanstaltenverbundes durch die WSE Wiener Standortentwicklung, einer Tochtergesellschaft der Wien Holding. Entsprechend einer Grundsatzvereinbarung aus dem Oktober 2006 zwischen dem KAV und der Wien Holding, bereits unter der Führung unserer Stadträtin, gibt es eine Zusammenarbeit für die Verwertung der Liegenschaften, und diese wird in Form von Einzelverträgen, die uns nicht vorliegen, abgewickelt. Wir haben uns zwar den generellen Vertrag angeschaut, aber die Einzelverträge haben wir nicht gesehen. Die WSE soll im Sinne des Spitalskonzepts 2030 und des Geriatriekonzepts jene Grundstücke verwerten, die der KAV nicht mehr benötigt. Es geht dabei um das Pflegezentrum SMZ Otto-Wagner-Spital, das Geriatriezentrum am Wienerwald, das Krankenhaus Hietzing mit dem Neurologischen Zentrum am Rosenhügel, die Krankenanstalt Rudolfstiftung mit Standort Semmelweislinik, das Preyer'sche Kinderspital und das SMZ-Floridsdorf.

Was die WSE daraus gemacht hat, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach unakzeptabel. Es gibt einen Kontrollamtsbericht aus dem Jänner 2014, der empfiehlt, die Beendigung der Geschäftsbeziehung mit der WSE durchaus in Betracht zu ziehen. Meine Damen und Herren von SPÖ und GRÜNEN, wenn sogar der Stadtrechnungshof unmissverständlich empfiehlt, sich bei der Liegenschaftsverwertung von der stadt-eigenen WSE zu trennen, dann spricht das schon Bände. Da reicht die Redezeit gar nicht aus, um die Misswirtschaft

der WSE aufzuzählen.

Bei Lainz geht es um einen Betriebskindergarten, da geht es um Werkverträge, um Pauschalhonorare. Der Betriebskindergarten ist nie umgesetzt worden, trotzdem ist kassiert worden. Die Kosten für den KAV seit 2007 bis zum Jahre 2012 auf Grund dieses Vertrages waren 1,76 Millionen EUR, und zwar 1,25 Millionen EUR als Pauschalhonorar und 512 000 EUR für beauftragte Dritteleistungen. Die erbrachten Leistungen Dritter waren Bebauungsstudie Architektur 300 000 EUR, eben die Parkstadt Hietzing, Kindergarten im Krankenhaus Hietzing 80 000 EUR, weitere Gutachten 50 000 EUR.

Der Stadtrechnungshof sagt, diese beauftragten Dritteleistungen haben ein kaum brauchbares Ergebnis gebracht. Vielleicht hilft die neue Immobilienstrategie der Stadt Wien ein bisschen, manche Dinge hintanzuhalten, aber es heißt: Insgesamt gewann das Kontrollamt aus diesem Quartalsbericht der WSE den Eindruck, dass sich seit dem Jahre 2009 der Status der Liegenschaftsentwicklung nur unwesentlich verändert hatte. – Und genau das ist es.

Dann schreibt man in einem Aktenvermerk aus dem Februar 2012: Die Entlassung der Liegenschaft aus Erhaltung und Betrieb nach Absiedlung hat nun oberste Priorität und nicht mehr – wie man das nämlich 2006 gesagt hat – die Erzielung eines hohen Verkaufserlöses. Plötzlich ändert man mitten in der Immobilienentwicklung die Strategie. Es ist nicht mehr der Verkaufserlös interessant, sondern nur mehr die Verwertung.

Meine Damen und Herren! Die miserable Arbeit der WSE hat den Wiener Steuerzahler jedes Jahr einen Haufen Geld gekostet. Die Verwertung der KAV-Grundstücke gehört nicht in die Hände der WSE. Ich glaube, das ist mehr als Dilettantismus, und ich sage, das gehört umgehend abgestellt.

Das sind nur einige Beispiele, warum wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Der Kollege hat sich an seine eigenen Vorgaben gehalten. Das heißt, die ÖVP hätte noch eine Restredezeit von 1 Minute und 15 Sekunden. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Restredezeit der GRÜNEN insgesamt 21 Minuten.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Stadträtin! Werter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben es schon gehört, 3,4 Milliarden EUR investiert die Stadt Wien in den Sozial- und Gesundheitsbereich. Das heißt konkret, 830 Millionen EUR erhält der FSW, der insgesamt 1,2 Milliarden EUR ausgibt, und 445 Millionen EUR sind für die allgemeine Sozialhilfe.

Was steckt hinter diesen Zahlen? Ganz einfach soziale Verantwortung von Rot-Grün, denn nur eine gute Sozialpolitik gewährt sozialen Frieden für alle hier in Wien lebenden Menschen, nur eine gute Sozialpolitik hält auch unsere Gesellschaft zusammen. Davon bin ich überzeugt, und ich werde es an ein paar konkreten Beispielen aufzeigen.

Das eine ist die heute bereits erwähnte Mindestsiche-

rung. Es ist mir immer wieder ein Rätsel, warum sich die ÖVP über die steigende Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen beschwert. (*GRin Ingrid Korosec: Wir beschweren uns nicht darüber, sondern über die Politik!*) Ich frage mich dann immer, was wäre denn die Lösung der ÖVP. Sollte man vielleicht den Menschen sagen, der ÖVP taugt das nicht, zukünftig kriegt nur mehr jeder Zweite oder jede Zweite die Mindestsicherung, wenn er oder sie diese braucht?

Nie habe ich ein kritisches Wort darüber gehört, wie es eigentlich MindestsicherungsbezieherInnen geht. Es ist ein Faktum, dass die Zahlen steigen, und es ist ein Faktum, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit oder auch von ihrer Arbeitslosigkeit nicht leben können und die Aufzählung brauchen. Was soll man denn den Menschen sagen? Nein, ihr kriegt nicht die wichtige Aufzählung zum Leben. Ich finde das ein Stück weit zynisch, hier überhaupt keine Verantwortung zu übernehmen, nicht bereit zu sein, über Mindestlöhne zu sprechen oder darüber, wie es Frauen geht, vor allem im Niedriglohnbereich.

Das Zweite ist die steigende Kinderarmut. Auch diese nehmen wir in Wien ernst, mit den verschiedensten Ansätzen, die die Stadt Wien hier beschreitet. Wir werden nie aufhören, immer wieder die Entwicklungen zu hinterfragen, zu überlegen, was man noch tun kann. – Ja, ich halte es wirklich für einen hohen sozialpolitischen Verdienst der Stadt Wien, von Rot-Grün, dass es die Kindermindestsicherung gibt – die höchste bundesweit –, denn Menschen brauchen Geld zum Leben. Wir alle wissen, dass natürlich die Auswirkungen der Armut vielfältig sind, dass wir natürlich in leistbarem Wohnbau investieren müssen, in die Bildung, in den Ausbau der sozialen Dienstleistungen, und dass wir immer wieder auch schauen – wie wir das auch jetzt tun, worüber ich mich sehr freue, weil es eine Herzensangelegenheit ist –, was man auch ressortübergreifend – konkret in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und Jugend – neben den bisherigen Angeboten noch tun kann. Das sind wichtige Akzente, die die Stadt Wien hier setzt.

Jetzt versuche ich auch zu differenzieren und interpretiere einmal etwas positiv, was von der ÖVP kommt beziehungsweise heute zu meiner sehr angenehmen Überraschung nicht gekommen ist. Das muss ich zugeben, denn ich kann mich an keine Rede erinnern, bei der nicht die Streichung des Heizkostenzuschusses ein Thema war. Es kann sein – ich interpretiere es so –, dass inzwischen auch die ÖVP davon überzeugt ist, dass der Weg, den wir hier mit der Energieunterstützung gehen, ein guter Weg für die Menschen in der Stadt ist. Denn wir nehmen es sehr ernst, dass Menschen davon betroffen sind und ihre Heizkosten nicht bezahlen können. Das heißt, wir gehen hier seit einem Jahr einen Weg – und wir haben es auch evaluiert –, auf dem wir von Jänner 2013 bis März 2014 bereits 15 000 Haushalte mit der Energieunterstützung erreicht haben, sei es konkret durch die Bezahlung von offenen Heizkosten, sei es nachhaltig durch eine Energieunterstützung, weil wir alle wissen, dass Energiearmut verschiedenste Ursachen hat – das kann an veralteten Geräten bis zu un-

dichten Fenstern oder fehlendem Geld liegen.

Was uns nicht gelungen ist – das haben wir aber auch offen gesagt, insofern brauchen Sie uns gar nicht Schönrederei unterstellen –, noch nicht – betone ich –, ist, dass das Angebot der Stadt, die veralteten Durchlauferhitzer anzunehmen, auch tatsächlich angenommen worden sind. Ja, das ist so. Das wird uns aber nicht davon abhalten, hier auch weitere Aktivitäten zu setzen.

Jetzt komme ich zu einem heikleren Bereich, das ist die sichtbare Armut im öffentlichen Raum. Ich bin auch davon überzeugt, dass eine Gesellschaft sich daran misst, wie man mit den Ärmsten der Armen umgeht – das heißt, sei es mit Bettlern, Bettlerinnen, obdachlosen Menschen, Suchtkranken oder auch Sexarbeiterinnen. Der öffentliche Raum gehört uns allen. Das ist auch eine Herausforderung. Wir wissen alle, dass die Armutsmigration steigt und auch in unserer Stadt sichtbar ist. Wir wissen, wir können nicht alle Probleme lösen, weil in der EU Armut quasi nicht vorgesehen ist und es eine europaweite Mindestsozialversorgung geben muss. Insofern freue ich mich, dass die Moni Vana hier sicher in diesem Sinne auf EU-Ebene aktiv sein wird. Aber langer Rede kurzer Sinn: Ordnungspolitik wird nie, nie soziale Sicherheit ersetzen können. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Jetzt komme ich – ich kann nicht alle Bereiche aufzählen – aber noch zu einem sehr wichtigen Bereich, das ist der Bereich Behinderung. Der FSW unterstützt 12 000 Menschen, damit sie selbstbestimmt leben können. Es gibt 4 500 Tageseinrichtungen, 4 400 Menschen profitieren von der Mobilitätshilfe. Und – Rot-Grün hat es auch hier schon mehrmals zum Thema gemacht – es hat im Auftrag der Frau Stadträtin einen Partizipationsprozess gegeben, vom Dachverband der Wiener Sozialdienste, bei der sich Betroffene – Menschen mit Behinderungen –, NGOs und die Stadt Wien gemeinsam bei verschiedenen Themen überlegt haben, was es gibt und was es noch braucht, auch aus Sicht der Betroffenen. Dies wurde im April in der Behindertenkommission präsentiert, da ging es um die Themen Wohnen, Beschäftigung, Barrierefreiheit, Gesundheit und Themenübergreifendes. Ich finde das sehr, sehr spannend und weiß, dass die Arbeitsgruppen vor zwei Wochen wieder ein Treffen gehabt haben, um konkrete Empfehlungen an uns, an die Politik zu richten. – Dieser Aufgabe, dieser Umsetzung stellen wir uns als Rot-Grüne gerne.

Dann gibt es noch den Bereich Suchthilfe. Hier wollen wir im Sinne der Entwicklungen auch die Einrichtung Jedmayer entlasten, es kommt eine weitere Einrichtung. Die Stadt Wien hat in den Bereich Wohnungslosenhilfe 50 Millionen EUR investiert, es gibt jährlich 5 000 Wohn- und Schlafplätze in 90 Einrichtungen. Wir haben ein Tageszentrum eröffnet, und zwar für Frauen. Da die Obdachlosigkeit von Frauen noch immer ein großes Tabuthema ist, ist das auch ein toller und wichtiger Schritt. Die JOSI kommt wieder zur Josefstädter Straße – da gibt es auch einen Partizipationsprozess, damit das vor Ort sozialverträglich stattfindet. Und, und das werde ich immer und immer wieder sagen: Ich bin stolz darauf, in einer Stadt leben zu können, in der im Winter – jetzt ist es klass, jetzt ist es warm – niemand erfriert. Mit

NGOs gemeinsam hat die Stadt Wien Winterpakete auf die Füße gestellt – dieses Jahr noch größer als letztes Jahr – und 2 600 Menschen untergebracht. Darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Und auch das Housing First Projekt schreitet voran.

Aber vielleicht noch zwei andere Punkte – die Redezeit verfliegt leider so schnell: Das eine, das mir wichtig ist: Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik. Sozialpolitik hat Eckpfeiler, und diese Eckpfeiler sind Grund- und Menschenrechte, diese Eckpfeiler sind BürgerInnenrechte. Das heißt, wenn es in einer Stadt Wien, wie in den letzten Wochen und Monaten, immer wieder zu Polizeieinsätzen kommt, bei denen wir uns fragen, ob hier wirklich noch die BürgerInnenrechte gewahrt werden, dann geht uns das alle an. Ich bin vor einer Woche zu einem Vermittlungseinsatz geholt worden, wo zwei Punks mehr als 20 Polizisten/Polizistinnen gegenübergestanden sind. Da ist eine Entwicklung, die haben wir alle ernst zu nehmen. Wir müssen das vor allem an den Bund richten. Ich weiß, die Innenministerin ist dafür zuständig, nichtsdestotrotz sehen wir GRÜNE hier eine bedenkliche Entwicklung.

Und noch ein Punkt zur ÖVP: Ich habe ein Interview vom Direktor des Wirtschaftsbundes McDonald gelesen – er heißt wirklich so –, der darüber geschrieben hat, dass die ÖVP jetzt auch Sozialpolitik machen sollte. – Das ist ja einmal etwas Gutes. – Und er schreibt über das, was die ÖVP natürlich vertritt, über Eigenverantwortung, Eigenleistung. Aber er sagt auch noch, man muss im Gesundheitssystem mehr in die Prävention investieren. – Gleichzeitig sind es vor allem die ÖVP-Landeshauptleute, die das blockieren. – Er sagt, man muss das Bildungssystem weiterentwickeln, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. – Wer blockiert seit Jahren jegliche sinnvolle Entwicklung im Bildungsbereich? – Die ÖVP. Und noch dazu haben wir ein zunehmendes Problem bei einkommensschwachen Selbstständigen, die mit extrem hohen Sozialversicherungsbeiträgen beziehungsweise auch Selbstbehalten bei den Arztkosten konfrontiert sind. Ich hätte gerne, dass wir einmal wirklich sachlich darüber reden können und auch von der Opposition konstruktive Vorschläge erhalten würden. Das würde uns ein Stück weiterbringen.

Zum Abschluss noch eines, noch einmal: Wir von Rot-Grün übernehmen hier bestmögliche Sozialverantwortung für die Menschen in Wien. Das zeigt sich beim Budget, das zeigt sich bei unseren laufenden Projekten. Und dafür müssen wir allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Stadt danken, aber auch allen engagierten Menschen in der Zivilbevölkerung. Wir können euch und Ihnen nur sagen: Rot-Grün steht für eine soziale Sicherheit, für Solidarität, und wir nehmen die Herausforderungen an. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Uni-Prof Dr Frigo. Die Redezeit ist 10 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Zum Rechnungsabschluss: Es hilft leider kein Schönreden. Ich weiß auch nicht, was die Frau Dr Kickert für

einen Budgetvorschlag vor sich hat. Ich kann nur sagen, eine Erhöhung der Pflegegebühren in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten mit 1. Jänner 2011 um 3,5 Prozent, eine Erhöhung des Spitalskostenbeitrages in Wiener Spitälern ab 1. Jänner 2011 um 2,1 Prozent, eine Erhöhung der Gebühren des Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetzes mit 1. Jänner 2011 um 4,6 Prozent, eine Erhöhung der Ambulatoriumsbeiträge in den Wiener Spitälern ab 1. Jänner 2011. Dann haben wir noch eine Erhöhung des Kostenbeitrages für ambulante Pflege um 5,5 Prozent – eine Gebührenlawine in Wien. Und im Gegenteil: Das Gesamtdefizit unserer Wiener Spitäler ist 2012 auf 940 Millionen EUR angestiegen und erreichte 2013 einen Rekordwert von 994 Millionen EUR, ein Plus von 54 Millionen EUR, meine Damen und Herren. So schaut es aus mit der Wiener Gesundheitspolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich Inserate lese, habe ich ja früher gelesen „Wien ist anders“ – mit dem konnte man irgendwas anfangen –, jetzt lese ich Smart City. Nun habe ich mir diesen Begriff Smart City natürlich angeschaut, man liest ihn ja an allen Ecken und Enden: Smart City – intelligente Stadt – klingt gut, Anglizismen, okay, Anglizismen sind heute in. Was heißt das eigentlich? – Das heißt intelligent, energiesuffizient, und es heißt auch umwelteffizient. Effizient, wunderbar, ja. *(GR Kurt Wagner: Insuffizienz ist etwas anderes!)* – Insuffizient ist etwas anderes, genau. Aber wir sind wirklich nicht „amused“ über die vielen Inserate, die Sie um unser Steuergeld schalten, Herr Wagner, wirklich nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)* „Not amused.“

Nun kommen wir zur Energieeffizienz: Ich habe hier den Kontrollamtsbericht über den Wiener Krankenanstaltenverbund, und zwar über die Nachprüfung, Prüfung des Umweltmanagements. Kennen Sie ihn? Ich nehme an. Ich nehme ihn zur Hand. *(GR Kurt Wagner: Im Gegensatz zu Ihnen sitze ich im Kontrollausschuss!)* – Sehr gut. Wir haben über Konzepte gesprochen, über das Spitalskonzept, das ich nicht erkenne, außer, dass man halt die 100 Jahre alten Gebäude endlich einmal renoviert. Aber da steht ein interessanter Satz: „Nachdem im Jahr 2010 dort allerdings wieder eine weitere Vorschreibung des...“, und so weiter, „daher war zum Zeitpunkt der Nachprüfung eine bestehende Umweltstrategie des Krankenanstaltenverbundes nicht erkennbar.“

Das heißt, es gibt kein Umweltkonzept im Krankenanstaltenverbund, meine Damen und Herren. Dementsprechend, denke ich, sollte man hier etwas machen. Wenn man schon smart sein möchte, braucht man ein Umweltkonzept, und dieses Umweltkonzept fordern wir, meine Damen und Herren.

Gut, gehen wir weiter, ich muss mit meiner Zeit haushalten. Es gibt ... *(GR Heinz Hufnagl: Warum haben Sie so viele Zettel mit, wenn Sie nur zehn Minuten haben?!)* – Ja, das kann ich Ihnen gleich erklären. Wir gehen zum nächsten Thema, nämlich dem drohenden Ärztemangel. Die Zettel bekommen Sie alle vorgezeigt, die meisten davon ... *(GR Kurt Wagner: Wenn Sie Zeit haben!)* – Ja, die habe ich, die Zettel kriegen Sie alle vorgesetzt. *(Der Redner hält ein Blatt Papier in die Hö-*

he.) Wissen Sie, was das ist? Können Sie es lesen? – Go west. Ich lese es Ihnen vor: Go west. – Als Universitätslehrer halte ich auch auf der Studentenmesse MedSuccess Vorlesungen. Und als ich aus meinem Vortragssaal hinausgehe, sehe ich lauter Standln. *(GR Heinz Hufnagl: War das vielleicht am Christkindlmarkt?)* – Nein, das war im AKH. Und da sehe ich auch ein Standl: Turnusausbildung im Burgenland – keine Wartezeit, Möglichkeit zur Facharztausbildung, Berücksichtigung der persönlichen Interessen, KRAGES. Dann sehe ich da: Turnus in der gespag – extra für Sie. Dann lese ich: Go west, Vorarlberg. Auch die Niederösterreicher machen Werbung, und sogar von der Vinzenz Gruppe sehe ich Werbung.

Nur die Wiener haben kein Standl, das ist mir aufgefallen. Der Wiener KAV hat kein Standl. *(GR Kurt Wagner: Wissen Sie, wenn man gut ist, dann braucht man so etwas nicht!)* – Das wird man aber brauchen, denn die Wiener Abwanderung ist bekannt. In Wien schaut es schlecht aus, weil die Leute in Wien studieren. Und das ist unser Problem. In Vorarlberg etwa werden den Turnusärzten neben einem attraktiven Gehalt auch eine Wohnbeihilfe und Umzugsprämie angeboten. Wartezeiten gibt es hier überhaupt keine auf den Turnus, während es in Wien bald auch keinen mehr geben wird. Es gibt hier noch eine geringe Wartezeit, aber auch die wird bald vorbeigehen. In den Wiener Privatspitälern werden Turnusärzte sofort genommen. Und das Problem ist, die Zahl der Medizinstudenten nimmt ab. Im Jahr 2000 haben ungefähr 20 000 junge Menschen Medizin studiert, heute sind es nur mehr 13 000, und davon sind 25 Prozent Ausländer, hauptsächlich aus Deutschland, von denen gehen die meisten wieder zurück. *(GR Kurt Wagner: Das sind keine Ausländer, sondern EU-Bürger!)* – EU-Bürger, ich bitte mir den alten Begriff Ausländer zu verzeihen, EU-Bürger.

Das ist ein Problem. Wir werden bald keine Ärzte mehr haben und dementsprechend auch keine Hausärzte. Und damit bin ich gleich bei der Primärversorgung der Wienerinnen und Wiener, die uns ja hoffentlich allen am Herz liegt, diese Primärversorgung ist dann nicht mehr gegeben. Sie planen ja hier Primärversorgungszentren, das hilft aber nichts, wenn sie nicht einmal die Arbeitszeitregelung und die Primärstruktur in den Spitälern schaffen. Ich stelle daher – und bin damit schon am Ende meiner Rede – folgenden Beschlussantrag:

„Die Wiener Stadtregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für eine gesetzliche Begrenzung der zulässigen Dienstdauer für die gesamte Ärzteschaft auf maximal 25 Stunden durchgehender Dienstzeit und für eine verbindliche Regelung der Ruhezeiten einzutreten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr Mayer. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Dr Alois **Mayer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stadträtin!

Das war ja sehr interessant bis jetzt. Ich habe mitbe-

kommen, dass viele ... (StR David Lasar: *Bis jetzt!*) – Na warte, warte ab! – ... Multitalente hier anwesend sind, ich habe alles vom Kaffeesudlesen und Wahrsagen, Blick in die Zukunft bis natürlich zu „düstere Wolken“ gehört. Das Schönreden ist auch gekommen. – Frau Kollegin, wir brauchen nicht schönreden, es ist ganz einfach gut, was das Ressort gemacht hat, und es ist ganz einfach erfolgreich, was es gemacht hat.

Wenn Sie jetzt sagen, dass hier schöngeredet wird, dann würde ich Sie bitten, schauen Sie sich doch an, was geschehen ist im Bereich der Geriatrie, im Bereich der umgebauten Häuser, die pünktlich und exakt fertig geworden sind. Die düsteren Wolken, die offensichtlich bereits vor dem im Kaffeesud vorhandenen Krankenhaus Nord stehen, werden nicht kommen. Sie werden nicht kommen, sondern es wird ganz einfach dieses Spitalkonzept so durchgeführt werden, wie wir es uns vorgenommen haben. Ich muss euch wirklich enttäuschen. (GR Johann Herzog: *Starkregen, keine Wolken!*) – Starkregen, na, da brauchen wir einen Regenschirm, aber den habt ihr ja nicht, wir schon.

Wir werden danach trachten, dass das in aller Form und Ordnung durchgeführt wird. Wobei natürlich ein so großes Haus bei einer so ... (StR David Lasar: *Wo ist das Management im Krankenhaus?!*) – lieber David – ... großen Baustelle immer wieder mit Problemen behaftet sein wird. Das wissen wir, damit steigt ja auch die Hoffnung, dass vielleicht irgendetwas passieren könnte. Nur, es wird nichts passieren.

Ich glaube, der Kollege Aigner hat etwas Richtiges gesagt. Er hat gesagt, wir haben in Wien einen Spitzenplatz in der Medizin. – Das bestätige ich dir, wir haben einen Spitzenplatz, wir werden ihn auch behalten. Wenn du glaubst, dass die Professoren von hier abwandern, dann ist das richtig, weil sie nach Amerika, nach Deutschland gehen, weil sie ganz einfach gut sind. Aber sie kommen noch besser zurück. Keine Sorge, schau dir einmal die Bewerbungen an, wenn im AKH ein Posten ausgeschrieben ist, ein Primariat, wie viele Leute sich aus der ganzen Welt bewerben und hier ebenfalls wieder Spitzenmedizin nach Wien bringen.

Was mich ein bisschen beim Kollegen Frigo enttäuscht: Ich habe nämlich erwartet, dass er zumindest über sein eigenes Haus irgendetwas Positives sagt. Es ist eigentlich nichts gekommen. Das AKH liegt bekanntlich im Ranking der deutschsprachigen Spitäler am 3. Platz. Nur München und Heidelberg sind vorne, sogar Zürich liegt in der medizinischen Leistung hinter dem AKH. Wir haben eine hervorragende Bestückung an Spitzenkräften, wir haben wunderbare Werte auch bei Abteilungen wie der Rheumatologie oder der Herzchirurgie, wir haben die größte Lungentransplantationsabteilung der Welt, die ganz, ganz erfolgreich arbeitet. – Und das ist dem Herrn Prof Frigo aus dem AKH nicht einmal eine Erwähnung wert, sondern offensichtlich ist nur die schlechte Nachricht eine gute Nachricht. (StR David Lasar: *Für die Ärzte ist nicht die Stadträtin zuständig!*) – Wir werden dort mit dem nächsten Jahr eine gemeinsame Betriebsführung anstreben und wesentliche Verbesserungen vornehmen. Wie schon erwähnt, ist das das

größte Budget in diesem Ressort, und ich finde, es ist ganz, ganz gut und hervorragend verwaltet.

Nicht zur Sprache gekommen ist heute die hervorragende Leistung des Psychosozialen Dienstes, die des Fonds Soziales Wien und auch der Rettung, die in einer Koordination mit allen Rettungsdienststellen, die sonst noch auf privatem Sektor vorhanden sind, hervorragend ihrer Aufgabe nachkommt. Hier wird wirklich vorbildhaft gearbeitet, auch mit den Planungen in der Seestadt Aspern, aber auch natürlich beim Krankenhaus Nord, weil wir dort natürlich auch eine Rettungsstation brauchen werden.

Der Kollege Dworak hat heute ein paar Sachen ein bisschen missverstanden, über Hamburg und auch Hietzing, aber darüber werden wir uns vielleicht einmal als Hietzinger privat unterhalten.

Ich denke, dass das Spitalkonzept mit den ganzen Modernisierungsmaßnahmen genau am rechten Weg ist, dass das Geld bestens investiert wird und dass die Pärchenlösung, die ja so kritisiert wird, eine hervorragende Lösung ist, indem die Möglichkeiten der Konzentrierung der Spitzenmedizin nur so funktionieren kann und es wirklich auch zum Vorteil der Bevölkerung ist.

Dass wir in der Magistratsabteilung 40 – wobei ich da gleichzeitig der neuen Leiterin zu der Übernahme dieser Abteilung, die sie sicherlich hervorragend führen wird, gratulieren möchte – eine große Aufgabe haben, liegt in der Natur der Sache, weil wir einer sozialen Verantwortung nachkommen wollen und werden, das heißt, die ganzen Mindestsicherungen und Hilfen, die die Menschen in Wien brauchen, dort gewährleistet werden. Die Stadt wird sicherlich niemanden im Stich lassen und es wird sicherlich so sein, dass auf Grund der Wirtschaftslage viele Menschen weiterhin diese Hilfe brauchen werden.

Die großen Bauvorhaben, die wir haben, auch im AKH mit Umbauten und Renovierungsarbeiten, sind auf Grund des Alters des AKH logisch und dringend notwendig. Es ist vielleicht für die Opposition von Vorteil, dass hier immer wieder Anlass zur Kritik besteht, ein Umbau ist jedoch bei laufendem Betrieb ein Meisterstück, und ich glaube, bis jetzt sind sämtliche Maßnahmen, die dort getroffen wurden, hervorragend über die Bühne gegangen.

Die Führung dieses Ressorts ist sicher nicht einfach. Ich möchte mich an dieser Stelle bei unserer Stadträtin bedanken, dass sie derartig engagiert dieses Ressort führt und so viele Dinge umgesetzt hat und noch weiterhin umsetzen wird. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Ich glaube, dass wir hier am richtigen Weg sind und dass wir auch mit den Betreuungen zu Hause und mit all den Möglichkeiten, die wir mit dem Fonds Soziales Wien bieten, ein breites Spektrum abdecken und den Anforderungen der Zukunft gewachsen sein werden. – Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Die selbstgewählte Redezeit ist 3 Minuten.

GR Ing Bernhard **Rösch** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei der Rede von der VBgmin Brauner zeigte sie ihr sozialistisches Gesicht, wenn sie sich überheblich über die sachliche Kritik unseres Stadtrates DDr Schock lustig machte, um von einigen unsozialen Aspekten des Gesundheits- und Sozialbudgets abzulenken. Auch Frau Hebein, die zuerst gesprochen und irgendwie schon höhnisch gesagt hat, dass das mit dem Heizkostenzuschuss jetzt viel besser gemacht wurde. Zu mir ist noch niemand gekommen und hat gesagt, er kann sich jetzt mit diesem Zuschuss eine neue Therme leisten, von denen, die auf die 100 EUR angewiesen waren, damit sie im Winter heizen konnten. Das mögen sich vielleicht ein paar Mieter von Wiener Wohnen leisten können, mag sein, dass die einen Tausender oder zwei Tausender übrig haben und sich eine neue Therme leisten können. Aber die, die wirklich kein Geld haben, die haben nicht das restliche Geld, um sich eine Therme leisten zu können.

Und in Wien haben wir die höchsten Zahlen bei Schul- und Lehrabbrechern. Wien hat das größte Armutswachstum, den größten Kaufkraftverlust ... (GR Kurt Wagner: *Deshalb liegen wir im Ranking an 3. Stelle!*) – Ja, wir reihen uns immer weiter nach hinten. Und wenn man sich das dann anschaut, was machen denn das AMS, der WAFF und das BFI? In Wirklichkeit wird ja alles kaschiert, über sozialökonomische Betriebe, über das und über das, was Tausende und Abertausende kostet, nur um das Arbeitslosenbudget in Wien noch zu kaschieren.

Ich habe gerade gehört, wir sind stolz darauf, dass die Mindestsicherungsbezieher immer mehr werden. (GR Kurt Wagner: *Das hat kein Mensch gesagt!*) Mir wäre es lieber, es werden weniger, nicht weil wir jeden Zweiten zahlen, sondern weil wir die Mindestsicherung gar nicht mehr brauchen. Das kommt nämlich zum Kaufkraftverlust dazu, dass ja dadurch die Mindestsicherungsbezieher immer mehr werden. Und dann die große Verschwendung, weil die Politik ganz einfach nicht greift, weil sie einfach unfähig ist, mit vielen, vielen Wohlfühlinsparaten, die uns Abermillionen kosten. Die vielen Beauftragten, die in Wirklichkeit Daumen mal Pi nur schätzen und dann selbst um Zehnerpotenzen auseinanderliegen, wenn es um die Mariahilfer Straße geht. Der Förder- und Subventionsprotektionismus und vieles, vieles mehr. Der Schuldenrekord. Bei den Mitarbeitern der Stadt Wien kann man sich nur bedanken, denn mit deren Leistung können Sie so viele Unzulänglichkeiten kaschieren. Solidarisch mit den Wienerinnen und Wienern kann man den Rechnungsabschluss nur ablehnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Seine selbstgewählte Redezeit ist 3 Minuten.

GR Wolfgang **Seidl** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz natürlich auch zum Thema Heizkostenzuschuss. Im Jahr 2010, im Wahljahr, bekamen jene, die den Heizkostenzuschuss bekommen haben, damals 200 EUR, ein Jahr später 100 EUR, und ab dann war es das.

Da wir ja nächstes Jahr wählen, bin ich gespannt, wie es dann ausschauen wird, ob es den Sozialdemokraten vielleicht doch wieder einfällt, den Heizkostenzuschuss zu bezahlen. Es wäre Zeit, meine Damen und Herren.

Ja, und dann möchte ich natürlich auch etwas ansprechen, und zwar die Mindestsicherungsbezieher, die mit Ende 2013 auf einer unglaublichen Zahl von 153 000 Personen waren. Ich kann mich erinnern, vor drei Jahren – ich habe extra zuvor noch einmal nachgeschaut – haben mich damals die spärlich anwesenden Sozialisten fast verspottet, als ich gesagt habe, irgendwann einmal in dieser Legislaturperiode werden wir es wahrscheinlich noch erleben, dass wir 150 000 Mindestsicherungsbezieher haben. – Heute, ein Jahr vor der Wahl, stehen wir bei 153 000. Und in meiner letzten oder vorletzten Rede habe ich die 140 000, die damals aktuell waren, mit der Einwohnerzahl der Stadt Salzburg verglichen. Heute, mit 153 000 Personen, kann ich das Ganze um die Einwohnerzahl der Stadt Eisenstadt erweitern. Das heißt, in Eisenstadt und Salzburg Stadt leben genau so viele Personen, wie in Wien heute Mindestsicherung beziehen. Meine Damen und Herren ... (Zwischenruf von GRin Barbara Novak.) – Ja, anstatt hier großartig gescheitete Kommentare von sich zu geben, würde ich vielleicht irgendwann einmal beginnen, irgendetwas zu ändern, irgendein Konzept vorzuschlagen, wie wir die Zahl reduzieren. Denn ich befürchte, irgendwann einmal in dieser Legislaturperiode – und auch jetzt können Sie mich wieder komisch anschauen und eventuell verspotten oder was auch immer – werden wir vielleicht bei 200 000 Personen liegen. Da sind wir dann bei der Stadt Linz. Und da muss ich sagen, das möchte ich nicht erleben.

Ganz kurz vielleicht noch zum Abschluss: Krankenanstaltenverbund. Ich zitiere aus „Der Standard“, also bei Gott keine freiheitliche Postille, vom 4. Dezember 2013: Zum KAV gehören derzeit 11 Krankenhäuser sowie 10 Geriatriezentren und Pflegewohnhäuser, rund 30 000 Mitarbeiter sind dort beschäftigt. Das Jahresbudget beträgt knapp 4 Milliarden EUR. – Das ist der Krankenanstaltenverbund in Wien, also bei Gott – ich glaube, da sind wir uns alle einig – kein kleines Unternehmen, auch für Wiener und österreichische Verhältnisse.

Ich habe mir das jetzt kurz angesehen. Der Krankenanstaltenverbund in Wien beschäftigt mehr Mitarbeiter als alle 125 Versicherungsunternehmen Österreichweit. Das ist so. Nur der Unterschied zwischen den 125 Versicherungsunternehmen und dem Krankenanstaltenverbund ist, die haben alle einen Generaldirektor, der Krankenanstaltenverbund mittlerweile seit 23 Tagen nicht. Und das ist ja nicht von jetzt auf gleich gekommen, sondern war spätestens am 4. Dezember 2013 klar, als der ehemalige Generaldirektor Marhold angekündigt hat, er wird Ende Mai 2014 zurücktreten. Das heißt, ich bin jetzt einmal wirklich gespannt, wann es auch in diesem sehr sehr wichtigen Unternehmen wieder einmal gescheitete Zustände gibt, eine gescheitete Führung gibt und auch wieder einen Generaldirektor.

Wie ich gelesen habe, wird jetzt derzeit einer ausgeschrieben und irgendwann einmal dann, vielleicht kurz

vor der Wahl im Jahr 2015, haben wir dann einen. Gut, meine Damen und Herren ... (GR Kurt Wagner: Bei Versicherungen wird ein halbes Jahr vorher ausgeschrieben?) – Na, selbstverständlich, na, selbstverständlich. Wenn ich es weiß. Na, geh bitte. (GR Kurt Wagner: Bei uns ist das nicht so!) – Ja, ja, vielleicht in der Beamtenversicherung nicht, in einer richtigen Versicherung ist das so.

Meine Damen und Herren, aus den Gründen, die ich soeben erwähnt habe, werden wir selbstverständlich den Rechnungsabschluss ablehnen. – Herzlichen Dank. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist die Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Die Redezeit ist 15 Minuten.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Debatte. Herzlichen Dank, insbesondere den Rednerinnen und Rednern der Regierungsparteien, die es mir sozusagen ersparen, hier vieles an Aufklärung zu bewirken. Aber auch herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsparteien, bei denen ich mich bemühen möchte, einige Dinge richtigzustellen.

Die Gesundheits- und Sozialpolitik dieser Stadt steht für Solidarität, Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung. Das klingt so ein bisschen nach Selbstverständlichkeit. Tatsache ist aber der Blick über die Grenzen Wiens, denn, wenn wir es mit anderen Hauptstädten und anderen Millionenstädten vergleichen, kann man wirklich sagen, dass man seinesgleichen suchen kann und nicht finden wird. Das ist nicht gut für die Bewohnerinnen und Bewohner anderer Millionenstädte in Europa, wir aber können gemeinsam stolz darauf sein, dass das in Wien der Fall ist. Dass Wien ein Garant für soziale Gerechtigkeit ist und für die beste medizinische Versorgung, glaubt ja sogar die Opposition, sonst wären die Wortmeldungen ein bisschen anders ausgefallen.

Man kann auch gerne – ich werde das jetzt unterlassen, weil wir die Debatte schon geführt haben, Herr GR Dworak – über die Druckkammer sprechen, bei der wir fünf Leute im Jahr nach Graz fliegen. Und ja, ich halte es für richtig, dass es eine Einrichtung, die fünf Wienerinnen und Wiener im Jahr benötigen, in der Mitte eines Landes wie Österreich gibt, das auch geographisch kein so großes Land ist, und von ganz Österreich genutzt wird. Ich halte das für genau gar kein Problem, sondern genau für richtig, und deshalb wird es auch so bleiben.

Aber ich freue mich, dass wir viele Dinge schon grundsätzlich außer Streit stellen können und auch heute außer Streit stellen konnten, wie zum Beispiel das Spitalskonzept 2030, das für uns gemeinsam ein ganz wesentlicher Punkt ist, um diese medizinische Versorgung nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die nächsten Generationen in öffentlicher Hand in Wien sichern zu können. Und das ist ein Wert an sich.

Ich möchte zum Bereich der Mindestsicherung der Sozialpolitik einige Anmerkungen machen. Sozial schwache Menschen brauchen eine starke Stadt. Die, die gut ausgebildet sind, die, die gute Jobs haben, die,

die in wohlhabende Familien geboren sind, brauchen in der Regel keine starke öffentliche Hand. Und da geht es – und das ist ein ganz wesentlicher Punkt – um Rechtsansprüche und nicht um Almosen. Wenn man sich Systeme ansieht, die auf Almosen basieren, dann weiß man, was der Unterschied zwischen einem Rechtsanspruch und einem Almosen ist. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, wie die Mindestsicherung in dieser Stadt vollzogen wird, dann möchte ich einige Zahlen, die hier genannt worden sind, noch einmal wiederholen und dann auch erklären, warum rund 153 000 Wienerinnen und Wiener im letzten Jahr durch die Mindestsicherung unterstützt wurden. Ja, das ist richtig, aber hinzuzufügen ist, dass nicht einmal 10 Prozent all jener ausschließlich von der Mindestsicherung leben, sondern entweder die Arbeitslosenunterstützung oder das Einkommen so gering ist, dass sie zusätzlich Mindestsicherung beziehen.

Es haben nämlich 116 000 Wienerinnen und Wiener eine Leistung aus der Mindestsicherung bekommen, die auch ein anderes Einkommen haben. Das ist eine Frage, die wir nicht in Wien alleine lösen können, die wir uns aber schon vor Augen halten sollen. Wenn jetzt heute hier kritisiert wurde – und ich konnte meinen Ohren gar nicht wirklich trauen –, dass wir im letzten Jahr weniger Mittel für die Mindestsicherung gebraucht haben, als wir budgetiert hatten, dann frage ich mich, wo hier diese Kritik ist und wie die begründet ist. Denn wir haben eine andere Zusammensetzung in der Mindestsicherung, und es ist uns hier gelungen, dass die Menschen, die den Anspruch haben, diesen auch einlösen konnten. Andererseits – und das sage ich auch immer – ist das eine Leistung, für die sehr viel Steuermittel zur Verfügung gestellt werden, damit alle Menschen, die einen Anspruch haben, diese bekommen sollen, die aber streng zu prüfen ist, was die MA 40 in hervorragender und vorbildlicher Art und Weise macht. Und daher reicht ein Blick ins Haushaltsrecht, um zu sehen, dass Mittel, die nicht verbraucht werden, zurück an die Finanz fließen. Dass diese Mittel für das größte Hochbauprojekt, das es in der Republik nach dem Hauptbahnhof gibt – und der ist bald fertig –, verwendet werden, ist ja wohl die sinnvollste Art und Weise.

Ganz besonders wichtig ist mir, dass selbstverständlich jede und jeder, der einen Anspruch hatte und einen Antrag gestellt hat, in Wien Mindestsicherung bekommen haben, dass wir die höchste Kindermindestsicherung haben und dass wir mit der Mindestsicherung gerade in schwierigen Zeiten die Menschen unterstützen. Denn, und das habe ich in diesem Raum auch schon einmal gesagt, Wien bekämpft die Armut und nicht die Armen. Und das ist ein ganz besonders wesentlicher Unterschied. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Liebe Frau Kollegin Korosec, bei Ihnen tue ich mir immer ein bisschen schwer beim Replizieren, weil ich glaube zu wissen, dass Sie viele Dinge, die Sie hier sagen, gar nicht „in echt“ – wie man im Kindergarten so sagt – so meinen: Sie wissen, dass Wien die Mindestsicherung so umgesetzt hat, wie es der Gesetzgeber vorgesehen hat, und zwar als einziges von allen Bundesländern. Personen, die einen Rechtsanspruch in dieser

Stadt haben, bekommen die Leistung, auf die sie einen Rechtsanspruch haben. Und zwar streng geprüft, nach den Buchstaben des Gesetzes. Aber wir machen in Wien keinerlei Schwierigkeiten und Hürden und bürokratische Verwerfnisse, damit die Menschen nur ja ihre Leistung nicht abholen.

Lassen Sie mich einfach ein Beispiel und einen Zahlenvergleich aus dem benachbarten Niederösterreich bringen, und dann kann man sich überlegen, was man lieber will. Ich bin in dieser Frage ganz klar entschieden. Die Mindestsicherung wirkt gegen drohende Armut, und daher ist es auch eine ganz skurrile Debatte, anhand der Zahlen der Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher zu sagen, weil es so viele gibt, ist die Armut besonders hoch. – Falsch! Die Mindestsicherung ist eine Leistung, die vor Armut schützt. Mit der Mindestsicherung sind andere Maßnahmen verbunden, wie zum Beispiel der Mobilpass, wie zum Beispiel freier Eintritt in viele Kunst- und Kultureinrichtungen, die auch dafür sorgen, dass Menschen Teil der Gesellschaft sind. Denn Armutsbekämpfung bedeutet nicht nur, Geld zu geben, sondern es ist auch ganz wichtig, dass man in dem gesellschaftlichen Leben inkludiert ist.

Genau das schaffen wir. Denn dass die Mindestsicherung gegen drohende Armut wirkt, zeigt sich dadurch, dass in Wien auf einen Mindestsicherungsbezieher beziehungsweise eine Mindestsicherungsbezieherin 1,6 armutsgefährdete Menschen kommen. Hingegen kommen in Niederösterreich auf einen Mindestsicherungsbezieher oder eine Mindestsicherungsbezieherin 5,6 armutsgefährdete Menschen. Was schließen wir daraus? – Wir schließen daraus nicht, dass es in Niederösterreich, obwohl es gleich viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Wien hat, den Menschen besser geht. Nein, der richtige und einzig richtige Schluss daraus ist, dass Wien Menschen, die von Armut bedroht sind, nicht in die Armutsfalle tappen lässt, sondern dass wir unsere Systeme so organisiert haben, dass die Menschen ihr Recht bekommen. Das ist gut so, und in genau so einer Stadt möchte ich leben und arbeiten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nächster Punkt ist die bestmögliche medizinische Versorgung für alle Menschen. Ich habe ja schon gesagt, ich freue mich darüber, dass heute wieder ausgesprochen wurde, dass dem Grunde nach das Spitalskonzept 2030 eines ist, das über alle Parteigrenzen hinweg akzeptiert ist. Das ist gut und das ist wichtig so, da gerade die Frage der medizinischen Versorgung und gerade die Frage, welche Chancen habe ich auf bestmögliche medizinische Versorgung, wenn ich krank bin, das Kernstück von Sozialpolitik ist. Deshalb ist es bei diesen großen Vorhaben, die wir gemeinsam planen, so wichtig, dass wir diese aus dem politischen Kleingeld heraushalten.

Wir haben im letzten Jahr eine Reihe von sehr großen Projekten umgesetzt, sei das die wesentliche Modernisierung und Erweiterung der Rudolfstiftung, das Mutter-Kind-Zentrum und OP-Zentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital wurde schon genannt, aber natürlich auch das Krankenhaus Nord. Und da bin ich bei den Wortmel-

dungen, die zum Thema Krankenhaus Nord von den Vertreterinnen und Vertretern der Opposition kamen, nicht mehr aus dem Schmunzeln herausgekommen. Wir hatten ausgesprochen informative und gute Debatten dazu im Gemeinderatsausschuss. Dort ist keine Öffentlichkeit, vielleicht hören uns heute hier viele Internetuserinnen und -user zu, wunderbar. Dennoch wäre es gut, irgendwie bei der Wahrheit zu bleiben und nicht zu glauben, mit einem Projekt politisches Kleingeld machen zu können, von dem Sie in Wahrheit alle wissen, dass es gut und richtig ist, dass es das gibt.

Ich muss mich über Ihre Wortmeldung schon wundern, Frau Kollegin Korosec – da ich von Ihnen ganz genau weiß, dass Sie es anders wissen –, wenn Sie hier beginnen aufzuzählen, welche Kostenexplosionen es gibt, und darüber sprechen, dass es einmal geheißen hat, dass es 300 Millionen EUR kostet. Ich sage das jetzt nur, damit es im Protokoll steht und dann niemand sagt, es ist nicht unwidersprochen geblieben: Sie wissen ganz genau, das war der erste Plan – da war ich noch nicht einmal Gesundheitsstadträtin –, bei dem die Idee war – der Kollege Aichinger schmunzelt, da er das ja auch alles weiß –, das Krankenhaus Nord in zwei Etappen zu bauen, zunächst einmal 400 Betten zu bauen und dann die weiteren Betten. Ja, damals war die Rede von rund 320 Millionen EUR. Ja, jeder hier im Saal, der sich entweder für das Thema interessiert oder damals schon im Gemeinderat war, kennt diese Debatten. Jeder und jede, der im Gesundheitsausschuss ist – und das ist eben bei uns anders organisiert als das in Hamburg der Fall ist, wie die Frau Kollegin Laschan schon dargestellt hat –, kennt diese Debatten. Man kann es natürlich hier auch wieder verwenden, es wird dadurch nur weder richtiger noch zum Problem. – Bleiben wir doch bei dem, was die Wahrheit ist, nämlich, dass der Rohbau nach 20 Monaten Bauzeit termingerecht und im Kostenrahmen fertig war. Das ist das, was man sich anschauen kann, jede und jeder von Ihnen, der oder die noch nicht dort war. Ich organisiere gerne persönlich für Sie alle Führungen, um sich das dort vor Ort anschauen zu können.

Herr StR Lasar, Ihre Wortmeldung verstehe ich da ja auch gar nicht. Sie sagen nämlich, das ist jetzt fertig, es sei aber jetzt zu Tage getreten, dass es im Jahr 2012 Probleme mit der Statik gab. *(StR David Lasar: Mit der Statik!)* Die sind mir nicht bekannt, aber mir sind Probleme mit der Statik bekannt.

Was Sie nicht erwähnt haben, deswegen möchte ich es noch sagen: Es gab auch Probleme mit der Fassade, weil nämlich die Fassadenfirma in Konkurs gegangen ist. Und an dem Beispiel lässt sich jetzt sehr gut darstellen, was der Unterschied zwischen einem Risiko ist, das man ignoriert, und einem Risiko, Frau Kollegin Leeb, auf das man reagiert und das daher nicht Realität wird. Das ist ungefähr vergleichbar damit: Man will in der Früh ein kurzärmeliges Kleid anziehen, schaut auf das Thermometer und sieht, oje, plötzlicher Wintereinbruch, es hat minus ein Grad. Nun hat man auf einmal zwei Handlungsoptionen. Die eine Handlungsoption ist, das zu ignorieren und trotzdem im kurzärmeligen Kleid hinauszugehen – da ist die Wahrscheinlichkeit der Verkühlung

eine große. Die andere Option ist, dieses Risiko wahrzunehmen und die entsprechenden Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel Hose und Pulli und Jacke anzuziehen – dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man auf Grund dessen erkrankt, weil es draußen kalt ist, verhältnismäßig gering.

Und weil Sie, Herr Kollege Lasar, hier aus einem Zeitungsbericht zitieren, der die begleitende Kontrolle – zum Teil falsch, zum Teil richtig – erwähnt hat, möchte ich auch in aller Deutlichkeit klarstellen: Die begleitende Kontrolle ist eine Einrichtung, die im Auftrag des KAV arbeitet. Das ist nicht irgendeine fremde, böse Macht, die hier schlimme Berichte schreibt, sondern sie ist, im übertragenen Sinn, genau die Einrichtung, die sagen muss: Achtung, minus 1 Grad, nicht plus 20, unternimmt jetzt geschwind etwas, denn wenn ihr jetzt nichts macht, wird es nämlich kalt werden. – Und genau das Krankenhaus Nord ist bis zum heutigen Tag – und ich sage, auch in der Zukunft – so aufgestellt, dass wir alle Risiken, die bei einem solchen Bauprojekt selbstverständlich bestehen, rechtzeitig erfahren und dann rechtzeitig Entscheidungen treffen können, um dagegen aufzutreten.

Frau Kollegin Leeb, auch in aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit: Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht schon einmal ein Badezimmer umgebaut haben. (*GRin Ing Isabella Leeb: Mehr als ein Badezimmer. Viel mehr!*) Wenn Sie sich einfach überlegen, was da möglicherweise alles passieren kann und dass man da wie ein Haftelmacher aufpassen muss, dass weder die Interessen der verschiedenen Unternehmungen noch deren gegenseitiges einander Ausspielen in die Tat umgesetzt werden, dann glaube ich, dass wir genau wissen, wovon wir reden, wenn wir von einem Projekt reden, das 954 Millionen EUR kosten wird.

Ich sage Ihnen, wir werden das in sehr guter Art und Weise umsetzen. Es werden drei ganze Spitäler übersiedeln und dann dort ab dem Jahr 2016 den Betrieb starten. Wir werden 46 000 Menschen im Jahr stationär behandeln und 250 000 Ambulanzbesuche haben, 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dort arbeiten. Das ist gut so, und wir werden das miteinander auch gut machen. Und Sie wissen das ganz genau, nur fürs Protokoll musste es noch einmal gesagt werden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich habe sehr vieles nicht gesagt. Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die im vergangenen Jahr für diese Stadt gearbeitet haben, damit wir all das umsetzen konnten, was der Gemeinderat auch beschlossen hat. Das Budget 2013 zeigt, dass Wien ein dichtes soziales Netz hat, ein umfassendes System der Gesundheitsversorgung, auf das die Wienerinnen und Wiener zu Recht stolz sind. Unsere Programme zeigen aber auch, dass wir uns niemals auf dem Erreichten ausruhen und nicht nur in den nächsten Jahren, sondern in den nächsten Jahrzehnten denken, und dass hier Reformen eingeleitet sind, die die Weichen für die Zukunft gestellt haben. Und genau das ist verantwortungsvolle Politik, die wir in dieser Stadt gestalten.

Vielen herzlichen Dank an alle 32 000 Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter. Das ist mehr als die Hälfte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien, die zu einem großen Teil an 365 Tagen 24 Stunden für uns alle da sind. Vielen herzlichen Dank aber natürlich auch an die Führungskräfte, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Beste für die Wienerinnen und Wiener machen.

Ich ersuche Sie, trotz aller Wortmeldungen, sich noch einmal zu überlegen, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen, denn wer nicht zustimmt, kann dann auch nicht die Lorbeeren für das, was erfolgreich in dieser Stadt umgesetzt wird, mittragen. Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft, und ich darf den Herrn Stadtrat willkommen heißen. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Leeb. Die selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorab kann ich Ihnen mitteilen, dass wir uns auch im Kulturbereich die Lorbeeren nicht abholen werden, wir werden auch dem Rechnungsabschluss im Kulturbereich nicht zustimmen. Die Lorbeeren überlassen wir dann wirklich gerne der rot-grünen Koalition.

So ein Rechnungsabschluss besteht ja aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnungen und sonstigen Angaben. Daher ist es auch an der Zeit, ein bisschen Bilanz zu ziehen – weil wir ja bereits fast vier Jahre die rot-grüne Koalition in Wien haben – und einen kurzen Blick darauf zu werfen, was der Plan war und welche kleine Zwischenbilanz man nach vier Jahren ziehen kann.

Für die Wiener Kultur ist ja Rot und Grün eine interessante Liaison eingegangen. Auf der einen Seite die SPÖ mit einem Stadtrat, der sich im Amt nicht allzu schnell bewegen möchte, der nicht sehr entscheidungsfreudig scheint. – Im Wienerischen würde man das, was da im Kulturressort gelebt wird, vielleicht sogar ein bisschen als Beamtenmikado bezeichnen. – Auf der anderen Seite die GRÜNEN, eine Partei, die Kunst und Kultur sehr gerne instrumentalisiert, sehr gerne ihren ideologischen Stempel aufdrückt. Das kommt jetzt nicht von mir, was ich sage, aber ich kann mich dem nur vollinhaltlich anschließen: Wer Kunst und Kultur für sich selbst instrumentalisiert, der erweckt ein bisschen einen Anschein an eine Zeit, die wir uns wohl nicht zurückwünschen. Im Stalinismus war das eigentlich gang und gäbe, dass man seine Ideologie der Kultur aufoktroiert hat.

Es ist Zeit, Bilanz über die Kulturpolitik der ersten gemeinsamen rot-grünen Stadtregierung zu ziehen, und es war keine gute Zeit für die Kultur in Wien. Ich möchte gleich zu Beginn mit der wichtigsten und größten Ankündigung der GRÜNEN beginnen, und das war die Reduzierung der Subventionen bei den Vereinigten Bühnen. Das Ganze wollte man zu Gunsten der Klein- und Mittelbühnen durchführen. Es sei am Rande nur erwähnt, dass

es in diesen vier Jahren zwar einmal kurz zu einer Kürzung gekommen ist, mittlerweile aber wesentlich mehr Geld als 2010 in die Vereinigten Bühnen hineinfließt. Und auch nur am Rande: Das für März dieses Jahres versprochene Konzept zur Neuausrichtung liegt im Übrigen auch noch nicht vor. Ich weiß schon, Kürzungen allein sind noch kein Programm, aber wenn ich in diesen vier Jahren auch nicht im Stande bin, ein Konzept zur Neuausrichtung vorzulegen, dann ist das schon ein Armutssymbol.

Schauen wir an, was sonst in Wien passiert ist: Die Josefstadt hat es in den letzten Jahren geschafft, aber fast ausschließlich – das möchte ich schon sagen – mit privater Initiative, sich modern und für die Zukunft aufzustellen. Das Volkstheater hat zwar eine neue Intendantin, darbt aber finanziell dahin. Die Sanierung ist dringend notwendig, das Depot ist, das wissen wir alle, ebenso dringend notwendig. Es gibt zwar Pläne, es gibt aber kein Geld dafür, und wir können der neuen Intendantin wirklich nur sehr viel Glück wünschen. Sie übernimmt ein schweres Erbe. Die freie Szene, die Klein- und Mittelbühnen sind chronisch unterfinanziert, die Künstler arbeiten dort größtenteils unter prekären Verhältnissen.

Der Hauptgrund, warum das vielleicht so ist: Es gibt sie ja doch, die paar Günstlinge der rot-grünen Stadtregierung, die dann ordentlich ausgestattet werden. Ich möchte nur zwei Beispiele herausnehmen. Das eine ist die Kammeroper, die wurde – schwupps – an die Wien Holding gegeben und wird auch kräftig finanziert. Das andere Beispiel ist das Kabelwerk, ein besonderes Musterbeispiel an liebloser Behandlung durch die Stadt.

Dann haben wir, oder besser gesagt, die GRÜNEN es noch geschafft, diese interessante Liaison, eigentlich diese Liebesheirat zwischen Rot und Grün im Kulturbereich zu einem ersten großen Ehekrach zu bringen. Und das war die Kunsthalle. Da hat man sich ja auch ein bisschen der Bande der Bundespolitik bedient, und die SPÖ-Kulturpolitiker haben sich zum Thema Kunsthalle nicht wirklich mit Ruhm bekleckert. Denn, Herr Stadtrat, es hat sich rückblickend sicher nicht ausgezahlt, zu mauern, abzublocken, das über Monate und Jahre, und erst mit dem Rücken zur Wand und als es nicht mehr ging, einzugestehen, wie groß die Misswirtschaft wirklich war, die dort betrieben wurde. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch auf eines verweisen: Der Untersuchungsbericht oder die Untersuchungsberichte, die zu diesem Fall vorliegen, hat niemand gesehen, auch nicht der grüne Koalitionspartner.

Das ist überhaupt so eine brandgefährliche Tendenz, auch im Kulturreisort: Es wird nach und nach ausgegliedert, mit Vorliebe an die Wien Holding. Und dort heißt es dann: Ihr dürft zahlen, ihr dürft aber nicht fragen, ihr dürft nur tatenlos zusehen. Aber da werden wir ganz genau eben nicht nur zusehen, sondern immer wieder darauf hinweisen, dass das inakzeptabel ist.

Das Musikschulwesen hat in den letzten vier Jahren de facto gar nicht mehr stattgefunden. Gruppenunterricht findet statt, das ist jetzt eigentlich das, worauf das Musikschulwesen aufbaut. Einzelunterricht, um Talente zu fördern, gibt es de facto überhaupt nicht mehr. Denn so

etwas passt auch nicht in die rot-grüne Ideologie, da Eliten oder Menschen, die ein Talent haben, pfui sind und nicht gefördert werden dürfen. Nur vergessen Sie bitte nicht: Ohne Spitze wird es auch keine entsprechende Breite geben.

Apropos Musik: Da hat sich ja der grüne Kultursprecher als Zensor aufgespielt, indem er jemandem mit dem Entzug der Subventionen gedroht hat, weil eine ihm oder seiner ideologischen Gruppe nicht nahestehende oder genehme Band auftreten würde. Das habe ich jetzt einmal als böses Zeichen für die Zukunft ab, denn daran sieht man, was passieren würde, wenn Sie wirklich Macht hätten. Denn dann würden Kunst und Kultur noch mehr parteipolitisch missbraucht und instrumentalisiert.

Schauen wir weiter zum Wien Museum, eine sehr lange Geschichte: Das Wien Museum war ja bereits vor der letzten Wahl, also vor der 2010, großes Thema. Da hat der Herr Stadtrat versprochen, innerhalb eines halben Jahres einen Architekturwettbewerb auszuloben, einen Standort zu finden und ein Bauwerk mit Leuchtturmcharakter entstehen zu lassen.

Jetzt, vier Jahre später, hat man sich auf einen Standort geeinigt - sicher nicht auf einen spektakulären, ich möchte auch nicht behaupten, auf den optimalen, denn die Entscheidung ist eigentlich dann auf Grund von parteipolitischem Druck gefallen und nicht sachlich, so wie es eigentlich sein sollte. Auf das, was Sie da jetzt in die Wege leiten werden zum Thema Wien Museum Neu, möchte ich heute nicht näher eingehen. Wir werden am Mittwoch noch wirklich ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Das Konzerthaus: seit 17 Jahren keine Subventionsanpassung. - Ich gehe jetzt einfach schnell weiter.

Subventionsvergaben - auch so ein Thema -: Es gibt bis heute keine verpflichtenden Zielvereinbarungen mit Subventionsnehmern. Das ist ein Thema, das ich immer wieder anspreche. Das ist nicht etwas, was ich mir persönlich wünsche, sondern das wünschen sich auch die Kulturschaffenden. Die wollen eine klare Subventionsvereinbarung treffen. Die gibt es nicht. Deswegen darf ich heute zum wiederholten Mal den Antrag auf verpflichtende Zielvereinbarung von Subventionsnehmern der Stadt Wien mit der MA 7 einbringen. *(Beifall bei der ÖVP und von GRin Uta Meyer.)*

Die Subventionen werden in Wien eigentlich manches Mal so wie Geschenke, so wie Almosen vergeben. Da gibt es jetzt einen aktuellen Fall, den wir uns in den nächsten Monaten auch noch sehr genau anschauen werden, nämlich das, was 2010 rund um die Sofiensäle passiert ist. Da gab es eine 2-Millionen-Förderung für denkmalpflegerischen Mehraufwand. Darauf möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen, darüber haben wir ohnedies 2010 schon gesprochen. Aber in den Subventionsakt hineinzuschreiben, dass das Gebäude ja dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und man dort kulturelle Veranstaltungen abhalten wird, das Ganze dann aber nicht zu tun - da werden wir, und ich hoffe, Sie werden dem Antrag am Mittwoch dann auch beipflichten, den Stadtrechnungshof einschalten, denn so geht es ja dann auch nicht. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich komme jetzt zum Schluss der eher dürrtigen Bilanz dieser Legislaturperiode. Sie sehen das bestimmt ganz anders. Wir haben ja auch schon die Aussendung des Herrn Kulturstadtrates gesehen, wo er sich de facto eigentlich auf Punkte bezieht, die es ohnedies immer schon gibt; also es war nichts wirklich Neues dabei. Das Einzige, was sofort deutlich wird, ist eine auffallende Beschäftigung mit der Vergangenheit. Das wird sehr in den Mittelpunkt der rot-grünen Kultur gestellt, die Erinnerungskultur. Das ist schon wichtig, keine Frage, denn wer mit seiner Vergangenheit nicht im Reinen ist, der kann auch nicht mit Gegenwart und Zukunft umgehen. Aber wer nur in der Vergangenheit lebt, beweist eigentlich, dass er kein Konzept für Gegenwart und Zukunft hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stadt hat Zeit verloren in der Kultur. Wir haben Geld und Bedeutung verloren als Kulturstadt. Die GRÜNEN haben sich mit Hilfe des Regierungspartners die „Wienwoche“ gegönnt, ein selbstreferenzierendes Festival ohne Zuschauer und Relevanz. Und das sage nicht ich, das sagt die IG Kultur und das sagt auch der „Falter“, nicht gerade eine Postille der ÖVP. Wie gesagt, die Klein- und Mittelbühnen chronisch unterfinanziert, Musikschulwesen gibt es nicht, Vereinigte Bühnen ein einziges Desaster.

Und dann kommt noch ein Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt, das ist der zweite Bereich Ihres Ressorts: Das Wissenschaftsressort, das ja auch in den Einflussbereich Mailath-Pokorny fällt, braucht seit 2010 kräftige Unterstützung. Wir haben seit 2010 einen Wissenschaftsbeauftragten, der eigentlich ja nur ins Leben gerufen wurde, um den Wahlbetrug, den Sie als Partei der GRÜNEN begangen haben, zu vertuschen und zu verschleiern.

Wir stellen auch heute wieder den Antrag, die Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten nicht der Wissenschaft zu entziehen, sondern dem Wissenschafts- und Technologiefonds zuzuführen, und ersuchen um Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Eines muss Ihnen schon klar sein: Dieser Wissenschaftsbeauftragte hat über die gesamte Periode hinweg gerechnet mehr als eine Million Euro verschlungen. Der Output ist mehr als dürrtig. Und die Arbeit, Herr Kollege – ja, Sie sind anwesend – Van der Bellen, hätten Sie, so wie wir alle, als Gemeinderat bewältigen können. Dazu braucht es keine Zusatzdotations. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend bleibt mir festzuhalten: Es war eine Liebesheirat zwischen Rot und Grün in der Kultur. *(Widerspruch bei den GRÜNEN.)* – Doch! Am Anfang war es das. Es hat zwischendurch erheblich geknirscht. Aber es waren verlorene Jahre für Wien als Kulturstadt.

Ich habe jetzt noch zwei Anträge einzubringen. Der erste ist ein Antrag, der auch jedes Jahr kommt:

Wir ersuchen wirklich höflich, den Kulturbericht und Wissenschaftsbericht der Stadt Wien den Gemeinderatsmitgliedern etwas früher zu übermitteln und nicht erst unmittelbar vor der Rechnungsabschlussdebatte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Antrag ist einer, der auch immer wieder kommt und wo ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass

vielleicht auch die GRÜNEN einmal über ihren Schatten springen, nämlich der Antrag betreffend Subventionsberichterstattung: Die Stadt Wien möge einen jährlichen Bericht vorlegen, der alle Subventionen der Gemeinde Wien auflistet und öffentlich einsehbar macht.

Und ich hoffe sehr, dass das vielleicht zum Abschluss Ihrer segensvollen Tätigkeit endlich auch einmal gemeinsam angenommen wird. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Information für die nachfolgenden Redner der ÖVP: Das waren 14 Minuten.

Kollegin Leeb, du hast am Beginn deiner Rede die Kulturpolitik der Regierung mit Kulturpolitik des Stalinismus gleichgesetzt. *(Widerspruch von GRin Ing Isabella Leeb und bei der ÖVP.)* Der Stalinismus war ein Terrorregime erster Klasse *(Beifall bei der FPÖ.)*, daher kann ich das nicht zulassen, und ich erteile dir für diesen Ausdruck einen Ordnungsruf.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Kollegin Leeb wird das wahrscheinlich nicht anrühren, sie macht oft gerne übertriebene Vergleiche mit Stalinismus und mit Zensur und mit Verboten, wo wir alle wissen, dass es nicht stimmt. Ich lasse das einmal so dahin gestellt.

Ganz zu Beginn möchte ich etwas ganz anderes machen, es passt nämlich gut zur Kulturdebatte: Ich möchte der ehemaligen Stadträtin Ursula Pasterk herzlich zum 70. Geburtstag gratulieren. Der ist nämlich heute. - Sie können jetzt applaudieren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* - StRin Pasterk wurde also heute 70 Jahre. Ich erwähne das auch deswegen, weil ich mich gerne mit ehemaligen Politikern und Politikerinnen treffe, um mich auch beraten zu lassen und mir erzählen zu lassen, was so passiert ist. Und ich habe sowohl mit der ehemaligen Stadträtin Pasterk als auch mit dem ehemaligen Stadtrat Peter Marboe ein sehr gutes Verhältnis, so wie ich auch ein sehr gutes Verhältnis, Arbeitsverhältnis zum derzeitigen Stadtrat habe, auch wenn es keine Liebesheirat ist. Es ist, glaube ich, ein Irrtum, dass zwei Parteien miteinander eine Liebesheirat eingehen müssen, sondern sie sollen gut zusammenarbeiten, und das tun wir seit vier Jahren. Und wenn daraus eine Lebenspartnerschaft werden sollte, dann soll es mir recht sein.

Im Unterschied nämlich zum ehemaligen Stadtrat Marboe fährt die ÖVP heute eine Kulturpolitik, die sich seit vier Jahren - es ist Ihnen sicher aufgefallen - auf das reine Kritisieren beschränkt, also darauf, alles schlecht zu machen, was hier in Wien in der Kulturpolitik geschieht. Und wenn wir uns international vergleichen, dann brauchen wir diesen Vergleich wirklich nicht zu scheuen.

Es ist eine Tatsache - das muss man hier anlässlich der Debatte zum Rechnungsabschluss sagen -, dass es in früheren Jahrzehnten auf Grund sehr, sehr guter Wirtschaftslage gelungen ist, das Kulturbudget jedes Jahr

um sehr, sehr große Summen zu steigern, innerhalb von 10 Jahren sogar um fast 50 Prozent, und auf Grund der derzeitigen Wirtschaftslage geht das in den letzten Jahren nicht mehr so leicht. Deswegen muss man, glaube ich, auch wertschätzen, dass es unter den gegebenen Bedingungen in einem Bereich, der wie viele andere Bereiche durch Valorisierungen, und so weiter automatisch jedes Jahr teurer wird, eine große Leistung ist, trotzdem hin und wieder Neues zu ermöglichen und das, was das Kulturleben der Stadt Wien in seiner Diversität ausmacht, so weit wie möglich zu erhalten. Das ist eine extrem schwierige Aufgabe, der wir uns, alle Kulturpolitiker dieser Stadt, vor allem jene der Regierung, täglich gegenübersehen, wo wir täglich auch Leuten sagen müssen, es ist leider nicht genug Geld für alle da.

Diese Aufgabe ist sehr schwierig zu bewältigen, und die machen wir, glaube ich, gemeinsam sehr konstruktiv. Und trotzdem ermöglichen wir hin und wieder neue Dinge. Ich vergleiche das Kulturleben dieser Stadt immer gerne mit einem sehr, sehr gut eingerichteten Haus, wo man dann die Entscheidung treffen muss, was die Schmuckstücke in diesem Haus sind, die man unbedingt erhalten möchte, und wo man hin und wieder natürlich auch schmerzhaft Entscheidungen treffen muss, indem man sagt, das eine oder andere Möbelstück muss ich möglicherweise rausräumen, damit ich andere hereinbekomme, denn das Haus an und für sich wird nicht größer. Aber das Kulturleben in Wien ist sicher eines der am besten eingerichteten Häuser der Welt – in einer Stadt mit einem Kulturbudget, das rund 2 Prozent des Budgets ausmacht, und wo es natürlich unser gemeinsames Anliegen ist, das Anliegen aller KultursprecherInnen oder aller Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen, dass dieses Budget steigen sollte, wo immer es möglich ist. Und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam darum kämpfen, das Kulturbudget zu steigern, weil wir natürlich der Überzeugung sind, dass Kulturpolitik eines der wichtigsten Politikfelder ist.

Dies nämlich auch in einem Bereich, den du gerne kritisierst, Isabella: im Bereich dessen, was die Kultur an Potenzial hat, Gesellschaft positiv zu beeinflussen. Und weil ich gerade, weil sie heute Geburtstag hat, von ihr gesprochen habe: Ursula Pasterk hatte den Ruf - und sie hat das ja auch gesagt -, die Kulturpolitik, das Kulturressort zu einem Ideologieressort zu machen. Das ist natürlich für dich etwas ganz, ganz Böses. Du wirfst den GRÜNEN vor, die Kulturpolitik zu instrumentalisieren. Ich stehe dazu, nur: Wir instrumentalisieren sie nicht für Parteipolitik. (*GR Armin Blind: „Nein!“, „Niemals!“*) Wir wollen tatsächlich das Potenzial von Kultur und Kunst - als Tätigkeitsbereich von Menschen, die besonders viel nachdenken, die besonders viel Neues schaffen, die besonders avantgardistisch sind, die besonders viel auch über gesellschaftliche Missstände nachdenken - nutzen, um die Gesellschaft positiv zu gestalten. Ich glaube, dass wahrscheinlich wenige Bereiche so sehr wie die Kultur und die Kunst in der Lage sind, hier Avantgarde zu bieten, Dinge voranzutreiben und in die Zukunft zu denken. Deswegen halte ich es ja auch für eine gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe, eine vorausschauende,

eine erlaubende, eine möglich machende Kulturpolitik zu betreiben und diese auch mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Ich beschränke mich jetzt auf wenige Beispiele, wo uns das vor allem im letzten Jahr gelungen ist. Ich habe jetzt keine Lust, jedes Jahr beim Rechnungsabschluss irgendwie alle Dinge neu zu erzählen, wie das manche machen. Wenn etwa meine Vorrednerin hier immer die gleichen Dinge neu aufrollt, die wir alle in diesem Haus schon ungefähr hundert Mal gehört haben, finde ich das ein bisschen langweilig. Ich beschränke mich daher auf jene Dinge, die wir im letzten Jahr vorangetrieben haben. Auch nur beispielhaft sei da ein Bereich angeführt: Wenn man merkt, dass die Budgets knapp sind, dann ist etwas, was man tun kann, Kooperationen anzuregen. Und das haben wir zum Beispiel im Bereich des Theaters ganz aktiv angegangen.

Es gibt zum Beispiel eine Kooperation zwischen dem Hamakom Theater und dem Salon5, die sich jetzt schon als äußerst erfolgreich zeigt. Eine weitere Kooperation - die du ohne Begründung kritisiert hast; ich weiß nicht, warum, was dich daran stört - ist die, die letzte Woche vorgestellt werden konnte und an der wir wesentlich mitwirken konnten, nämlich das Zusammengehen von Garage X und dem Kabelwerk. Da ist jetzt eine neue, wirklich sehr, sehr spannende Konstruktion entstanden, wo im Kabelwerk das WERK X die erfolgreiche Arbeit der Garage X weiterführen wird, internationalisieren wird und wo im Zentrum der Stadt in der ehemaligen Garage oder im ehemaligen Ensemble Theater am Petersplatz das sogenannte Diversity Lab gegründet wird oder schon seit einem Jahr betrieben wird. Dort genießen unter der Ägide von Asli Kislal junge Menschen vor allem migrantischer Herkunft eine professionelle künstlerische Ausbildung, und nicht nur das, sondern eine künstlerische Ausbildung, die sich nicht darauf beschränkt, zum Beispiel, was weiß ich, sprechen zu lernen in einer Theatersprache, in einer Bühnensprache, die sich nicht darauf beschränkt, das einfache Handwerk des Theaters zu lernen, sondern die auch zur Reflexion über den eigenen gesellschaftlichen Status einlädt und Künstler und Künstlerinnen dazu einlädt und auch dazu ausbildet, Gesellschaft, sich selbst und ihre Rolle in der Gesellschaft kritisch zu reflektieren.

Das halte ich für ein extrem spannendes Projekt. Ich glaube - ja, auch wenn das die rechten Parteien sehr stört -, ich glaube fest daran, dass es eine wesentliche Aufgabe von Kunst und Kultur ist, Gesellschaft kritisch zu reflektieren in Zeiten, in denen wir mit immer mehr Repression zu rechnen haben, in Zeiten, in denen wir damit konfrontiert sind, dass immer größere Gruppen gesellschaftlich diskriminiert sind, mit Rassismus konfrontiert sind, mit Homophobie konfrontiert sind, mit Sexismus konfrontiert sind, und all diese Dinge. Immer wenn wir darauf hinweisen, dann ist das für euch ganz böse, dann ist das für euch etwas, wo ihr sagt, ihr missbraucht das ideologisch. Aber dazu stehe ich: Ja, wenn das ein ideologischer Missbrauch ist, eben auch in der Kunst- und Kulturpolitik Rassismus zu bekämpfen, Sexismus zu bekämpfen, Homophobie zu bekämpfen, Diskriminierung

zu bekämpfen, dann stehe ich dazu und bin sogar stolz darauf. (GR Mag Dietbert Kowarik, in Richtung GRÜNE und SPÖ: Applaus! Was ist? – Die schlafen!)

Deswegen bin ich sehr froh, dass wir dieses neue Projekt geschaffen haben. Wir haben auch ein anderes Projekt neu gegründet, nämlich „kültür gemma!“, wo wir auch junge Migranten und Migrantinnen, die künstlerisches Potenzial haben, die Talente haben, fördern, wo wir Menschen, die unterprivilegiert sind, unterprivilegierten sozialen Status haben, dabei fördern, dass sie ihrer künstlerischen Arbeit nachgehen können und sich in der Gesellschaft und auch im Kulturbetrieb etablieren können.

Dieses Projekt wird jetzt auch ausgebaut. Es wird nicht nur, wie im vergangenen Jahr, Stipendien geben für junge Leute, sondern es wird auch Internships geben, wo man diese jungen Leute auch an bestehende Kulturinstitutionen heranführt und sie einlädt, dort ihren Beitrag zu leisten und natürlich auch im Umgang mit bestehenden Kulturinstitutionen zu lernen, groß zu werden, zu wachsen und sich möglicherweise auch durch Professionalisierung und all diese Dinge die ökonomische Basis zu schaffen. Und ich glaube, dass das zu einem großen Teil Leute sein werden, von denen wir hoffen, dass wir in fünf, in zehn Jahren sagen können: Aha, diese Person, die jetzt wirklich sichtbar ist im Wiener Kulturleben, die hat damit begonnen, dass sie mit „kültür gemma!“ groß werden konnte.

Ein anderer Bereich, der uns wichtig ist, ist - auch das sehr ideologisch - der ganze Bereich des kritischen Umgangs mit der eigenen Vergangenheit. Ich freue mich sehr, dass wir es auf den Weg gebracht haben, dass wahrscheinlich heuer noch das Deserteursmahnmal eröffnet werden kann. Das war ein langer Prozess, es war ein schwieriger Prozess, und wir sind sehr, sehr stolz darauf, dass das an so einem prominenten Ort wie dem Ballhausplatz eröffnet werden wird. Dafür haben wir lange genug gekämpft, und ich freue mich sehr, dass das nun Wirklichkeit wird und dass wir das angreifen, anschauen und uns Gedanken machen können über unsere eigene Vergangenheit.

Ich freue mich natürlich auch sehr, dass es gelungen ist, den 8. Mai, den Tag der Befreiung Österreichs von der Nazi-Herrschaft entsprechend zu würdigen und den Heldenplatz nicht mehr zu einem Aufmarschplatz für vergangenheitsorientierte, für in der Vergangenheit gefangene rechte Burschenschaften zu machen, sondern hier ein Fest der Freude gemeinsam mit den Wiener Symphonikern zu machen, denen ich an dieser Stelle herzlich dafür danke. (GR Mag Dietbert Kowarik: ... Demonstrationenfreiheit ... Was Freiheit ist, bestimmen die GRÜNEN!)

Ein anderer Bereich, den ich jetzt als Letztes noch erwähnen möchte, ist das große Thema des Wien Museums. Auch da freut es mich sehr, dass es durch einen intensiven Diskussionsprozess, zu dem auch die KultursprecherInnen der Oppositionsparteien eingeladen waren und sich daran beteiligen konnten, zu denen wir viele Experten und Expertinnen einladen konnten, gelungen ist, sich jetzt einmal auf den Standort festzulegen, dass

es dem Wien Museum gelungen ist, schon einmal die Mittel für das längst überfällige Depot in die Hand zu nehmen, und dass es gelungen ist, mit der Standortentscheidung auch eine inhaltliche Entscheidung zu treffen, nämlich die, dass das kein exklusives Wien Museum nur für eine kulturinteressierte Elite sein soll, sondern dass es ein Haus, ein Wien Museum sein soll, mit dem sich alle Wiener und Wienerinnen, unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig von ihrem sozialen Status, identifizieren können. Das ist unsere Hoffnung, die wir damit verbinden. Dazu wird es natürlich mehr brauchen, aber eben auch eine Standortentscheidung. Aber das soll es sein: Das Wien Museum soll nicht nur etwas sein, wo man ein Mal im Jahr hingehet und sich eine tolle Ausstellung anschaut, sondern ein Lebensraum, ein Identifikationsort für Wiener und Wienerinnen, egal, welcher Herkunft sie sind.

Deswegen glaube ich, dass wir hier trotz einer Budgetlage, die nicht einfach ist, auf einem sehr guten Weg sind, und bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu diesem Rechnungsabschluss. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Die selbstgewählte Redezeit ist 20 Minuten. – Bitte.

GR Mag Gerald **Ebinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich möchte zuerst kurz auf meine beiden Vorredner eingehen. Also in Grundzügen kann ich mich der Rede von Isabella Leeb anschließen, ich möchte aber sagen, nicht hinsichtlich des Satzes, in dem sie den Stalinismus angesprochen hat – nicht, dass du jetzt auf die Idee kommst, mir auf Grund dieses einen Satzes auch einen Ordnungsruf zu erteilen.

Zum Kollegen Werner-Lobo: Wenn du gesagt hast, das mit der Zensur, so gibt es da schon Beispiele - ich sage nur: „Die Hinichen“ und so. Das steht irgendwie noch im Raum.

Dann ein lustiges Beispiel, wie GRÜNE in der Kulturpolitik Praxis und Theorie auseinanderhalten: Es gibt einen Künstler, der nennt sich „unbekannter Künstler“. Der hatte zum Beispiel auf dem Schwarzenbergplatz so ein Affen aufgestellt. Oder: Vor der Secession unter den Löwen des Marc Anton – wo praktisch der Löwe, der König der Tiere, im Zaum ist für Marc Anton - hat er drinnen kleine Löwenbabys so hineingeklebt, dass sie zusammenkleben, dass sie nirgends etwas beschädigen, dass man sie aber nicht herausnehmen kann. Das musste auch entfernt werden, obwohl es in den Tageszeitungen Gegenstand eines Quiz war. Am Zentralfriedhof hat er auch ein Grabdenkmal für Bugs Bunny aufgestellt - das steht, glaube ich, als Einziges noch immer dort.

Und dieser Künstler hat auch zwei Denkmäler am Augustinplatz im 7. Bezirk hingestellt: so ein Hasenkonglomerat auf einem Sockel und einen Fuchs auf einem anderen Sockel. Und da sieht man dann Theorie und Praxis: In der kulturliberalen Praxis der GRÜNEN musste das natürlich entfernt werden. Das wurde dann beim Naturhistorischen Museum in dieses Eck zur Zweierlinie

hingestellt und musste von der Burghauptmannschaft dort auch entfernt werden. Dass nicht sein kann, was nicht sein darf, das trifft hier wieder zu.

Und das, was du gesagt hast über diese spannenden neuen Projekte - Kabelwerk, Garage X -: Es ist halt schwer. Was würdest du sagen: Wie sollen wir das objektiv betrachten können, wenn es dann den Akademikerball gibt und dazu diverse Gegendemonstrationen und eine besondere, die „No WKR“, wo wir alle wissen, dass es da, wie wir jetzt erst gelesen haben, 700 Anzeigen gab - ein paar sind die ganze Zeit jetzt gesessen und haben auf ihre Verhandlung gewartet -, wo sehr viel zertrümmert wurde, was die Wienerinnen und Wiener nicht verstehen, und wo die Afterparty nach der Demonstration genau für diese Demonstranten - der Schwarze Block; auf der Homepage ist gestanden, wo sich die alle melden konnten in Deutschland – dann dort auf dem Petersplatz in der Garage X stattgefunden hat? Wie sollen wir das dann objektiv beurteilen? (*GR Mag Wolfgang Jung: Zufall!*)

Und dann heißt es in der Antwort, die man mir auf meinen Pressedienst gegeben hat, nur: Das geht uns nichts an, das macht der, der die Restauration gemietet hat, nach der Veranstaltung. - Ja, super: Das ist „reiner Zufall“, wir können überhaupt nichts dafür. Über eine Millionen Subventionsgelder - aber die Stadt Wien kann nichts dafür, niemand kann etwas dafür. Zufällig sind die genau dort!

Und dann ist es natürlich sehr schwer, objektiv zu sagen, okay, das ist ein super Theater, was sie dort machen, oder nicht. Es wird einfach damit überfrachtet. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was ist gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen zu sagen?*) – Na, Entschuldigung: Wenn Leute, die die Stadt zertrümmern, sich dann dort zur Party treffen, dann wirst du mir das nicht als gutes Theater verkaufen - die können dort aufspielen, was sie wollen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte auch noch sagen: Den Anträgen der ÖVP werden wir alle zustimmen – Subventionsliste, und so weiter, Zielvereinbarungen. Das führt mich dann zu einem anderen Thema, wo man auch den Satz von Klaus Werner-Lobo ins Treffen führen kann: Man muss halt manchmal Möbelstücke rauswerfen, damit man etwas anders einrichten kann. – Ja, okay, und wo werft ihr jetzt etwas raus, bei den Vereinigten Bühnen zum Beispiel? Wo passiert denn das? Wo wird denn das transparent?

Damit komme ich jetzt zum folgenden Punkt: Die meistgehörten Wörter heute waren Smart City. Das hat jetzt mit der Kultur nicht so viel zu tun. Smart City, das ist Energieeffizienz, Klimaschutz, und so weiter. Es geht um die Frage: Wie kann man eine Stadt in dieser Hinsicht effizienter machen? – Das sieht man am Stadthallenbad, das sieht man zum Beispiel beim System AKIM im AKH, wo seit 10 Jahren versucht wird, ein Computergesamtsystem zu machen, das jetzt nach 10 Jahren nur Grundfunktionen ausführen kann und 60 Millionen EUR kostet. Das ist der Wiener Weg von Smart City, könnte man sagen. Aber das ist nicht das, was damit gemeint wird.

Und das andere Schlagwort, auch von der Frau Vizebürgermeisterin, war Transparenz. Wien ist Mitglied

von Transparency International, und Transparenzbeispiele - und da kannst du mir jetzt auch nicht widersprechen - gibt es hier ja viele, also Intransparenzbeispiele.

Damit komme ich auch schon zu einem Thema, nämlich den Vereinigten Bühnen, über die wir neulich, vor einem Monat oder so, eine Dringliche Anfrage gestellt haben, wo die meisten Fragen mit einem Hinweis auf Datenschutz beantwortet wurden. Was für mich besonders interessant ist: Da gibt es ja die Kultursprecher der SPÖ und der GRÜNEN, die Vorstellungen haben, was sich ändern soll, und dann gibt es einen Stadtrat, der sagt, das ist ein Global Player, ist super, ist international anerkannt, und es wird keine Auskunft gegeben.

Und der Grund, warum ich das heute noch einmal erwähne: Erstens einmal hat es damals geheißen, im 1. Quartal soll ein Zukunftskonzept geliefert werden - das 2. Quartal ist um, wir haben noch keines gesehen. Wir wissen, dass gewisse Kräfte in der Regierung - sagen wir, die konstruktiven Kräfte in der Regierung - gerne auch vielleicht ein Haus ausgliedern würden. Wir haben auch unterschiedliche Ansichten, was man dann mit den Häusern machen soll. Es steht im Raum, ob es eine private Musical-Halle gibt oder nicht gibt, wer diese betreibt. Wir wissen, dass Herr Generaldirektor Drozda das anders sieht, dass er die vielleicht mitbetreiben will, aber nichts hergeben will. Aber konkret haben wir als Opposition von diesem Zukunftskonzept jetzt nach Ende des 2. Quartals auch noch nichts gehört.

Und die vielen Fragen, die wir drinnen gestellt haben, sind auch größtenteils nur rudimentär beantwortet worden. Zu allem Überdross hat mir jetzt der Generaldirektor, weil ich in einer Frage auf den Artikel in der „Zeit“ eingegangen bin, ein Schreiben geschickt, aus dem ich im Folgenden zitiere: „Ich bin weit davon entfernt, Ihr Interpellationsrecht in Frage stellen zu wollen, stehe aber auch, wie Sie wissen, immer für persönliche Auskünfte zur Verfügung. Ich möchte Sie dennoch bitten, nicht einen Artikel zum Gegenstand von Anfragen zu machen, bei dem, außer dem Namen des freien Redakteurs, so gut wie gar nichts stimmt.“

Das hat mich schon geärgert! Ich habe jetzt gehört, andere Parteien kriegen öfter Schreiben von ihm. Aber das hat mich schon geärgert, denn die Frage, die ich gestellt habe, lautete: „In dem Artikel von ‚Zeit online‘ mit dem Titel ‚Tristesse mit Methode‘ wird im Zusammenhang mit der Vermietung des Burgtheaters an die Telekom behauptet – Zitat -: ‚In der Sache ermittelt die Staatsanwaltschaft bis heute. Drozda, für den die Unschuldsvermutung gilt, zählt zu den Beschuldigten.‘ - Trifft diese Behauptung zu? Und wenn ja: Warum wurde Herr Drozda trotz laufender Ermittlungen zum Generaldirektor der Vereinigten Bühnen Wien ernannt?“

Das war eine Frage an den Herrn Stadtrat. Und alles andere ist unter Anführungszeichen; ich habe gesagt, eine Behauptung dieser Zeitschrift, sonst gar nichts. Es ist völlig unnötig, dass ein Generaldirektor mir deswegen ein Schreiben schickt. Dies umso mehr, als die wirklichen Fragen, zum Beispiel was er verdient, was die Intendanten verdienen, wofür die eine Prämie kriegen, wie hoch die Prämie ist, unter Hinweis auf den Daten-

schutz nicht beantwortet werden. Das sind Zustände, meine Damen und Herren, da kriegt man Magenkrämpfe, wenn man an Transparency International denkt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich werde oft über dieses Thema reden! Und du weißt es ganz genau - du hast mir gesagt, du weißt es auch nicht, was die verdienen. Das ist ja in Wirklichkeit haarsträubend! Auf Bundesebene wird der Herr Hartmann rausgeworfen, die kaufmännische Direktorin ist suspendiert - das war einmal die Assistentin vom Herrn Drozda, denn der war vorher kaufmännischer Direktor. Jetzt schläft das alles so auf österreichische Art und Weise wieder ein, und gleichzeitig hat die Stadt Wien einfach die Stirn zu sagen: Keine Auskünfte! Datenschutz!

Wie ich gehört habe, hat die ÖVP an den Herrn Stadtrat eine Anfrage gestellt, was seine Meinung ist. Die hat er auch mit Hinweis auf den Datenschutz beantwortet. Also auch seine Meinung unterliegt dem Datenschutz, wie wir feststellen können.

Dabei sind das wichtige Fragen, denn dass jemand Mitte 2008 Generaldirektor wird und eine Ganzjahresprämie bekommt und mir dann nicht beantwortet wird, wie hoch die ist und wofür die ist, so kann es ja nicht sein. Ich kann doch nicht, wenn ich Mitte des Jahres komme, eine Leistungsprämie für das ganze Jahr kriegen! Das ist ja absurd! Das widerspricht an sich jeder Geschäftsführung!

Oder: Wenn Herr Intendant Struppeck nebenbei noch das Buch schreibt für Stücke, die er aufführt, und ich dann frage, kriegt er das extra bezahlt, so hast du mir das dann beantwortet, aber offiziell ist es mir nicht beantwortet worden. Offiziell hat es geheißen: Datenschutz!

Oder: Dass ein früherer Geschäftspartner von Creative Agency Berlin jetzt laufend bei uns Regie führt, das ist so wie Family Business, das macht auch keine gute Optik. – Datenschutz!

All diese Dinge. Und was passiert damit? - Datenschutz, Datenschutz, Datenschutz! Keine Auskünfte! - Das kann man in diesen Zeiten nicht mehr verlangen, dass irgendein mündiger Bürger das einfach so schluckt und hinnimmt, und das wird Sie zu Fall bringen.

Es ist nicht überall in der Stadt Wien so – das will ich gar nicht sagen. Man soll nicht nur negativ reden. Es gibt Bereiche, da bekommt man Auskunft. Aber bei allem, was offensichtlich mit der Wien Holding zu tun hat, da wird es ganz haarig. Und das ist auch der Grund. Wir haben uns bisher gefreut über diesen partizipativen Fortgang im Bereich Wien Museum. Wir haben eine Reise gemacht, wir waren bei dieser Anhörung der Experten dabei, wir waren bei diesen zwei Gruppen dabei. Wir hatten zumindest das Gefühl, dass wir als Opposition bei einem so großen, wichtigen Projekt so weit ernst genommen werden, dass man uns zumindest teilhaben lässt. Und dass wir jetzt nicht mit können, wenn die Wiener Standort Entwicklungs GmbH eine Tochtergesellschaft gründet mit dem Auftrag, die „notwendigen Projektmanagementleistungen für das Wien Museum Neu mit dem Ziel, eine Empfehlung für eine Architekturlösung als beschlussreife Entscheidungsgrundlage für die weite-

re Umsetzung eines baureifen Projektes für das Wien Museum Neu auszuarbeiten“, das ist logisch! Denn: Da gibt es Firmen, die das auf dem freien Markt machen, Profis, die das machen. Das Folkwang-Museum ist von einer Profifirma gemacht worden – transparent!

Wir wissen heute schon - wenn wir an die Vereinigten Bühnen denken, können wir uns das ungefähr vorstellen -, was auf uns zukommt mit dieser Tochtergesellschaft: Es wird uns wahrscheinlich nichts mehr gesagt werden. Und das ist einfach unzumutbar, und deswegen müssen wir hier dagegen sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt ja jetzt schon in der Zeitung Vorschläge für das Wien Museum - sehr gewagt, nicht schlecht. Ich finde das gar nicht schlecht. Ich stehe ja den Lösungen offen gegenüber. Aber es steht schon dabei, dass das ohnedies nicht kommt. Das ist nur ein Vorschlag, den bringen sie jetzt einmal, aber das wird nicht genehmigt werden und da gibt es überhaupt keine Chance.

Meine Kollegin Uta Meyer wird dann auch noch kurz über Musikschulen sprechen. Das ist ja auch so typisch: Wasser predigen und Wein trinken, oder: Theorie und Praxis in der Stadt Wien. Da gibt es Inserate in Wien, worin es heißt: „Eine Stadt fürs Leben“, „Gemeinsames Musizieren macht Kinder klug und froh.“ - Super, das wird propagiert. Und gleichzeitig haben, ich weiß nicht, seit wie vielen Jahren, Blau, Schwarz und früher auch Grün gefordert, dass es mehr Musikschulen geben soll. Wir sind alle einer Meinung, dass das ein integrativer Faktor ist: Wenn die Kinder gemeinsam musizieren, das bringt etwas! - Aber dann wird das einerseits inseriert, gleichzeitig aber wird gespart und keiner ist zuständig. Wir sind das Land mit den wenigsten Musikschülern überhaupt, weil es ja nirgends angeboten wird.

Ich möchte abschließend etwas noch vortragen von wegen Transparenz, was mir zufällig beim Wohnbauausschuss aufgefallen ist. Da geht es nämlich um die Anmietung eines Kunstdepots von der Kunsttrans Spedition GmbH im Artport in Wien 11, Bertl-Hayde-Gasse 4. Da habe ich einmal die Kollegen vom Wohnbauausschuss gefragt: Wieso kommt das eigentlich nicht in den Kultur-ausschuss? Ich meine, wir haben ja heute schon gehört, wir haben jetzt das Depot für das Wien Museum - das kostet, glaube ich, 1,2 Millionen EUR Miete im Jahr, oder so irgendwie - für 2 Millionen Objekte in Himberg, auch irgendwie mit der Kunsttrans. Und jetzt lese ich hier in diesem Wohnbauakt, die Stadt Wien hat 35 000 Kunstwerke von 4 500 Künstlern, und die können irgendwie in Sandleiten beziehungsweise in der Rathausstraße 11 nicht mehr untergebracht werden, und auch in einem Freiluftdepot in einer Gärtnerei der Stadt Wien in Eßling. Das soll jetzt alles in einem Ersatzdepot untergebracht werden. Dazu wird eine Halle gebaut im 11. Bezirk - das heißt, die gibt es noch gar nicht. Es wird neu errichtet, steht im Akt drinnen, von der Kunsttrans Spedition GmbH. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wem gehört denn die?)* - Das weiß ich leider nicht.

Da gehört dann wahrscheinlich auch die Plakatsammlung hin? - Da bin ich jetzt auch überfragt. Ich stelle das jetzt einfach nur so in den Raum. Ich frage mich, warum die Plakatsammlung nicht beim Wien Mu-

seum ist. (GR Ernst Woller: Weil sie bei der MA 9 ist!) Na ja, schon, aber muss man das so aufwändig machen? Und wenn das stimmt, wenn das Depot in Himberg wirklich für 2 Millionen Gegenstände ist, warum macht man dann ein neues Depot, das sage und schreibe 34 000 EUR Monatsmiete kostet - das sind 400 000 EUR im Jahr - mit einem verpflichtenden Mietvertrag von 8 Jahren? Das heißt, um 3,5 Millionen EUR hätte man sich vielleicht überlegen können, schon selbst wieder eine Halle auf einem Gemeindegrundstück zu errichten und das nicht der Kunsttrans zu geben.

Also warum werden solche Dinge am Kulturausschuss vorbeigespielt? Das ist für mich nicht nachvollziehbar. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt viele Beispiele, speziell im Bereich Kultur, wo eigentlich Intransparenz statt Transparenz herrscht. Da würde ich mir viel mehr Einbindung wünschen.

Jedenfalls: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir klarerweise dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsbehandlung hat sich Frau GRin Leeb zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Leider ist der Herr Vorsitzende, der mir vorhin einen Ordnungsruf erteilt hat, jetzt offenbar gerade nicht anwesend. Ich habe mir das Protokoll ausheben lassen. Das war ganz am Anfang meiner Rede, und ich habe versucht, ein bisschen die Kulturpolitik der GRÜNEN zu charakterisieren. Ich darf Ihnen vorlesen, was ich tatsächlich gesagt habe: „Wer Kunst und Kultur für sich selbst instrumentalisiert, der erweckt ein bisschen einen Anschein an eine Zeit, die wir uns wohl nicht zurückwünschen. Im Stalinismus war das eigentlich gang und gäbe, dass man seine Ideologie der Kultur aufoktroziert.“

Also ich habe in keinster Weise die Kulturpolitik von Rot-Grün mit Stalinismus gleichgesetzt. (GRin Birgit Hebein: Na, was denn?)

Soll ich es Ihnen noch einmal vorlesen? Ist sinnerfassend zuzuhören so schwierig in Ihrer Fraktion? (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Ich ersuche Sie, den Ordnungsruf zurückzunehmen. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schinner. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GRin Katharina **Schinner** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Also erstens einmal, der Ausdruck „sinnerfassend zuhören“ - ob das möglich ist? Ich finde es wirklich mühsam, wenn man so miteinander reden muss. (GR Mag Dietbert Kowarik: ... werden Sie wieder beleidigt sein! – Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.) Ja, das finde ich wirklich unter jeglicher Gürtellinie.

Lieber Herr Kollege Ebinger, Sie haben den Ausdruck Smart City vorher erwähnt. Smart City gehört für mich ganz eindeutig zur Kulturstadt dazu. Es ist für mich

eine Brücke zu Kreativität und zu Innovation. Es ist für mich Teil einer Nachhaltigkeit, die den nächsten Generationen, der nächsten Generation zu Gute kommt. Und deswegen halte ich sozusagen die Kulturpolitik der Stadt Wien für sehr smart. Ich möchte das gerne an ein paar Beispielen festmachen, denn Wien ist ganz eindeutig eine Stadt mit niederschwelliger Kulturvermittlung.

Wenn ich an Kunst im öffentlichen Raum, an KÖR, denke, so handelt es sich da um Kunst und Kultur, die jedem und jeder in dieser Stadt zu Gute kommt, über die man drüberstolpert, die man erlebt, vom Kleinkind bis zum Erwachsenen, keine Behübschung, sondern wirklich ein Auftrag zum Diskurs, zur Auseinandersetzung für alle Teile unserer Gesellschaft. Ich finde, da ist in den letzten Jahren in den einzelnen Grätzeln sehr viel Wichtiges und Gutes passiert. So etwa die Initiative, die mich sehr berührt hat, von Axel Stockburger, der die Reflexion über das Finanzsystem im 1. Bezirk auf eine ganz simple - und oft sind ja die einfachsten Dinge die besten - Art und Weise verdeutlicht hat. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, wie eben in den letzten Jahren, ist das ein Thema, das auf viele Arten nähergebracht werden sollte. Und in diesem Fall ist das, finde ich, mit der Initiative der KÖR und mit der Kunstinstallation ganz ausgezeichnet gelungen.

Und so verwundert es nicht, dass KÖR mittlerweile, von 2004 bis 2013, insgesamt 150 Projekte umgesetzt hat - 2013 waren es 18 Projekte, 2 Publikationen, 1 Kurzfilmwettbewerb - und so wirklich mit diesen permanenten und auch temporären Installationen nicht mehr wegzudenken ist aus unserer Kulturstadt Wien.

Wien ist aber auch ganz eindeutig die Stadt der jungen Künstlerinnen und Künstler. Was wären wir, wenn wir nicht auf den Nachwuchs schauen würden? Und das macht unser StR Andi Mailath-Pokorny auf eine ganz selbstverständliche Art und Weise, die sich wirklich wie ein roter Faden durch alle Kunst- und Kulturprojekte unserer Stadt zieht. Ich würde gerne stellvertretend das MUSA nennen: Museum, Startgalerie und Artothek. In der Startgalerie konnten 2013 - und das ist einfach nicht selbstverständlich - zehn junge Künstlerinnen und Künstler vor einem breiten Publikum, vor einer breiten Öffentlichkeit ihre Kunstwerke, ihr Schaffen zeigen und damit einen ersten großen Schritt in die Tür ihrer zukünftigen Arbeit tun.

Das MUSA hat andererseits wiederum - und das ist auch etwas, was zeigt, wie Kunst und Kultur für jeden und für jede in dieser Stadt passiert - mit der Artothek gezeigt und zeigt täglich, wie man sich Kunst für zu Hause um ganz, ganz wenig Geld borgen kann, wie man tolle, großartige Kunst für daheim, in den eigenen vier Wänden haben kann. Das ist eine Initiative, die von Jahr zu Jahr besser wird und die ein großer Schwerpunkt der Arbeit des MUSA ist, genauso wie uns das MUSA jedes Jahr durch seine Sammelgeschichte führt - die 70er Jahre waren es 2013 - und somit immer wieder ein Fenster aufmacht zu der Sammlung, die die Stadt Wien und damit die Wienerinnen und Wiener besitzen.

Was ich auch großartig finde - weil ich es immer für sehr gut halte, wenn Dinge miteinander verschränkt

werden -, das ist die neue Veranstaltungsserie der Literatur im MUSA. Was gibt es Schöneres, als an einem Ort der bildenden Kunst Literatur zu haben, junge Autorinnen und Autoren, die miteinander diskutieren, die jeweils zu zweit sozusagen über ihre Werke sprechen? Ich glaube, das ist ein großer Schritt dahin, zu zeigen, wie alles zusammengehört und wie die Dinge auch zusammenrücken und wie man Kunst auch nicht als Einzelmaterie sehen kann, sondern wie das Ganze ein großes Bild ergibt, das miteinander funktioniert und sich ergänzt.

Wien ist aber auch jene Stadt, die es auf unvergleichliche Art und Weise versteht, ihr kulturelles Erbe hochzuhalten und das mit der modernen zeitgenössischen Welt und den modernen zeitgenössischen Wegen zu verschränken. Ich denke da jetzt - es ist vorher schon genannt worden - an den Neubau des Wien Museums, diese Verschmelzung von Alt und Neu, die hier passieren wird, diese Bedachtheit, mit der das Wien Museum auf diesen Weg gebracht wurde. Ich glaube, man muss immer aufpassen, denn ein Museum ist ganz, ganz schnell gebaut, wie alles im Leben, ist schnell errichtet, aber das soll ja auch im besten Sinne für die nächsten Generationen funktionieren, für die nächsten Generationen Fundament, für die nächsten Generationen, so wie es heute unsere Finanzstadträtin gesagt hat, Wert sein.

Und in diesem Sinne ist das Wien Museum, das ja wirklich das Wohnzimmer der Wienerinnen und der Wiener ist, auf einen sehr, sehr guten Weg gebracht. Ich sehe hinten im Saal auch Herrn Kircher und möchte mich wirklich bei ihm und bei dem ganzen Team und auch beim Direktor bedanken für diese Arbeit, die ihr hier jahrein, jahraus leistet. Ich glaube, es gibt selten ein Haus, wo man so oft darauf angesprochen wird, wie toll die Ausstellungen sind, wie großartig die Kunstvermittlung passiert, wie sehr willkommen hier alle Generationen sind. Und ich weiß, dass das nicht vom Himmel fällt, sondern Ergebnis eurer tagtäglichen Arbeit und eures tagtäglichen Einsatzes ist. Dafür auch danke! Danke auch dafür, dass ihr es geschafft habt, das Zentraldepot - eine der größten Herausforderungen, die es museal überhaupt gegeben hat - so gut und so effizient zu übersiedeln, und hier auch sozusagen mit viel Bedachtheit, auch viel an Restauration und allem, was passieren musste, die Schätze der Wienerinnen und Wiener erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich hier davon rede, was sozusagen die zeitgenössischen, die modernen Wege sind, dann ist das auch die Kunsthalle Wien, die transparent gemacht wurde, wo die KÖR herausgelöst wurde, wo neue Weichen gestellt wurden, wo ein Neustart geschaffen wurde, der mit einem Festival, einem Festival um Thomas Bernhard herum, begonnen hat. Es wird in der Kunsthalle gezeigt, was sozusagen Kunst auch alles sein kann, wie dieses Haus sich auch neu aufricht und neu gestaltet, auch mit dem Salon der Hoffnung und mit dem Salon der Angst Themen aufgreift, die wir ja alle in unserem täglichen Leben kennen, und damit auch jungen Künstlern, zeitgenössischen Künstlern, die noch nicht oft ihre Werke zeigen konnten, ein Fenster bietet. Die Kunsthalle hat sich in der Stadt Wien über die Jahre einen Ruf erarbei-

tet als das Haus für junge, moderne, zeitgenössische Kunst, und ich glaube, dass auch mit den Partnerschaften und mit dem Bildungsprogramm, das für Schulen und für Universitäten gemeinsam gemacht wird, diese Häuser ein sehr breites Portfolio haben. Ich finde es auch schön, dass man jetzt den „project space“ und den Standort im MuseumsQuartier noch enger miteinander verschränkt, dass wir hier ein sehr gutes Fundament für die Zukunft gelegt haben.

Dann würde ich noch gerne das WERK X, das neue Theater, erwähnen. Hier passiert ganz viel, auch in „Kultur in den Außenbezirken“. Ich glaube, das ist ganz wichtig und ein besonderes Kennzeichen unserer Stadt, dass wir immer schauen, dass die Dinge breit sind, dass ganz, ganz viele Menschen davon partizipieren können, dass Kultur - und in dem Fall auch Theater - nicht nur in einem Grätzel stattfindet, dass es möglich ist, mit der freien Szene auch sozusagen experimentierfreudig in die Theaterwelt hineinzugehen. Ich glaube, dass das mit dem WERK X auf eine ganz spannende und charmante Art und Weise gelingt und dass uns hier noch viel Überraschung und persönlicher Kunst- und Kulturgenuß ins Haus stehen.

Auch sehr schön finde ich das Diversity Lab. Es ist nicht selbstverständlich, dass es auch hier sozusagen Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Die Akademie, die Stipendien, die Kulturvermittlung, das sind alles sehr, sehr gute Säulen, um sozusagen auch jungen Künstlerinnen und Künstlern den Weg in die Musik, in die Theaterlandschaft hinein zu ebnet.

Und abschließend möchte ich gerne sagen, weil es mir ein besonderes Anliegen ist: Ich empfehle Ihnen allen, den Frauenkulturbericht zu lesen. Wien ist nämlich auch die Kulturstadt der Frauen. Es ist nicht selbstverständlich und es ist ein ganz großes Ansinnen von uns allen, dass Förderungsvergabe in allen Bereichen und auf allen Ebenen sozusagen auch damit in Zusammenhang gesetzt ist, wie Frauen mitagieren, wie Frauen hauptverantwortlich, mitverantwortlich in den Initiativen, in den Bereichen, in den Geschäftsetagen tätig sind. Da zeigt der Frauenkulturbericht ein sehr schönes Bild über alle Spektren unserer Kulturlandschaft.

Somit bleibt mir abschließend nur zu sagen: Ich bin davon überzeugt - und Klaus hat es vorher auch schon gesagt -, Kultur ist eine Brücke zu den Menschen, ist eine Brücke zu uns allen, die uns, im besten Fall eingesetzt, immer näher zueinander bringt. Es gibt wenige Dinge, die so viel an Kreativität und an Innovationskraft fördern, die in die unterschiedlichsten Bereiche hineingehen. Und mir bleibt abschließend nur, weil dieses viele Tun und Machen in vielen Bereichen eben nicht vom Himmel fällt, sondern tagtägliches Werk und tagtägliche Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, mich von ganzem Herzen bei allen zu bedanken, die dazu beitragen, dass die Kulturstadt Wien eine so starke, eine so kräftige und eine so zukunftsorientierte ist. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der SPÖ beträgt 21 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile ihm das Wort. Die

selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit gerade einmal 236 519 953 EUR ist der Rechnungsabschluss für Kultur und Wissenschaft der kleinste, aber durchaus nicht der geringste im Rechnungsabschluss des Jahres 2013. Nachdem meine Kollegin Isabella Leeb bereits einige Punkte aus dem Reich des Herrn Stadtrats kritisiert hat, setze ich fort mit drei Punkten: einerseits dem Komplex Wien Museum und Außenstellen, dann dem WienTourismus, der eigentlich zum Reich der Frau VBgmin Brauner gehört, und schließlich mit dem Kulturförderungsbeitrag.

Generell möchte ich zum Wien Museum sagen - und heute ist ja der Vizedirektor oder der kaufmännische Direktor des Wien Museums bei uns -, dass beim Rechnungsabschluss des Wien Museums weder im Rechnungsabschluss noch im Rechnungsabschluss der Stadt Wien ausreichend Mittel für den Neubau des Museums vorgesehen sind. Offenbar lebt man hier von den jährlichen Finanzierungen und kann keine Rücklagen bilden, zumindest was den Rechnungsabschluss des Wien Museums anbelangt.

Offenbar ist es auch bis zum heutigen Tag nicht klar, wie das zukünftige Wien Museum finanziert wird, denn für 120 Millionen EUR - jetzt sage ich, maximal, oder möglicherweise mehr, wir wissen es bis heute nicht - sind offensichtlich keine Vorsorgen getroffen worden. Ebenso ist für mich zwar die Erhöhung der Kosten für das Depot in Himberg erkennbar, aber bei der Zuführung der Reserven gilt für mich das Gleiche wie beim Museumsneubau: Zwar sind die Personalkosten durch Fixanstellung der Mitarbeiter für die Übersiedlung um 1 Million EUR gestiegen; ein Großteil dieses Betrages wird aber sicherlich noch über einen größeren Zeitraum - zumindest heuer oder vielleicht auch noch nächstes Jahr - notwendig sein, bis die Übersiedlung und teilweise auch die Archivierung abgeschlossen sein werden. Ich sehe hier also deutlich zu wenig an finanziellen Mitteln für das Wien Museum.

Aber kommen wir zu einem Thema, das durchaus erfreulich ist: Vorige Woche konnten wir den Otto-Wagner-Hofpavillon eröffnen. Hier wurde das Budget von 1,8 Millionen EUR, das über die MA 34 finanziert worden ist, exakt eingehalten. Übrigens ein interessanter Bau, der zeigt, dass es durchaus möglich ist - vielleicht ist es auch eine kleinere Summe -, dass von Bauprojekten, die auch hinein in die Kunst und Kultur reichen, durch gutes Baumanagement das Budget exakt eingehalten werden kann.

Was mir aber jetzt wichtig erscheint: Jetzt haben wir einen schönen, renovierten Hofpavillon. Was machen wir mit dem Hofpavillon? Jetzt muss man einen Gedanken haben: Was macht man daraus, denn es kann ja nicht sein, dass wir in dieser Stadt 1,8 Millionen EUR investieren und nachher vielleicht für 100 Leute hier und da Vermietungen vornehmen. Das widerspricht eigentlich einer intelligenten Sparsamkeit. - Das wäre die eine Geschichte.

Und nun komme ich zum zweiten Punkt, zu etwas, das ich an dieser Stelle auch schon öfters erwähnt habe, der Hermesvilla. Derzeit werden im Bereich des Haupthauses laut Kontrollamtsbericht oder Stadtrechnungshofbericht 1,8 Millionen EUR investiert. Die Investition - was ungefähr 50 Prozent der Gesamtinvestition wäre - soll im Herbst beginnen. Aus meiner Sicht bleiben hier der Zeitplan für die Restinvestition und auch eine erweiterte Nutzung im Dunkeln. Sie wissen alle, dass früher die Lipizzaner im Bereich der Hermesvilla ihr Sommerquartier hatten, bevor sie auf den Heldenberg übersiedelt worden sind. Da hat offensichtlich der niederösterreichische Landeshauptmann reagiert und hat sich die Lipizzaner zur Landesausstellung auf den Heldenberg geholt, und dort sind sie bekanntlich bis heute geblieben.

Ich erinnere mich, bei dem Gespräch im Kontrollausschuss hat StRin Ulli Sima anlässlich dieser Diskussion gesagt - ich zitiere wörtlich: Na ja, wir können kein Geld ausgeben, solange nicht geklärt wird, in welcher zukünftigen Nutzung die Hermesvilla sein wird. - Und, meine Damen und Herren, jetzt investiert man 1,8 Millionen EUR. Daher bringe ich mit meinen Kolleginnen Karin Holdhaus und Isabella Leeb den Antrag betreffend Nutzungskonzept für die gesamte Hermesvilla inklusive deren Außenanlagen ein. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Hermesvilla ist mir also ein wichtiges Anliegen, und ich hoffe, dass wir bald irgendetwas weiterbringen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, den ich angekündigt habe, zum WienTourismus. Sie wissen alle, dass im Vorjahr die Ortstaxe von 2,8 Prozent auf 3,2 Prozent erhöht worden ist, und gleichzeitig wurde auch die Berechnungsbasis verändert. Ursprünglich hat man viel weniger Betriebe dabei gehabt, jetzt hat man deutlich mehr Betriebe, hat aber - die Wirtschaftskammer hat das verhandelt - einen kleinen Abschlag gemacht. Trotzdem sind um 2 Millionen EUR mehr hereingekommen. Das heißt, die Stadt Wien bekommt von den Unternehmerinnen und Unternehmern um 2 Millionen EUR mehr durch die erhöhte Taxe - die die Unternehmerinnen und Unternehmer nur zum Teil weitergeben können -, und um diese 2 Millionen EUR wurde von der Stadt Wien weniger für den Tourismusverband investiert.

Da möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Tourismusdirektor Norbert Kettner danken. Er hat nämlich etwas gemacht, was sonst bei den ausgelagerten Betrieben, beispielsweise der Wien Holding, Stadtwerke und so weiter, fast unmöglich ist, und zwar ein Gehaltsmodell, das den WienTourismus innerhalb eines Jahres weniger kostet als im Jahr zuvor. Also, meine Damen und Herren, auch das ist möglich: Man kann, wenn man geschickt verhandelt, wenn man mit den Mitarbeitern eine vernünftige Basis findet, durchaus interessante Gehaltsmodelle, die das Budget weniger belasten, umsetzen.

Abschließend möchte ich nochmals auf den Kulturförderungsbeitrag eingehen. Sie wissen, dass die Stadt Wien über den Zuschlag zur ORF-Gebühr, ich glaube, 5,10 EUR pro Monat und pro ORF-Teilnehmer bekommt. Das summiert sich auf zirka 34 Millionen EUR pro Jahr, und nach dem Landesgesetz sollte dieser Betrag mehr-

heitlich für das baukulturelle Erbe genutzt werden. Aber er wurde 2013 nicht zur Hälfte genutzt, sondern es wurden gerade 14,5 Prozent, nämlich 4,8 Millionen EUR, für dieses baukulturelle Erbe ausgegeben, der Rest ist im allgemeinen Ansatz für kulturelle Maßnahmen verschwunden.

Ich habe das schon einmal an dieser Stelle gesagt: Entweder man ändert das Gesetz - indem man nicht sagt, mehrheitlich, sondern, einen bestimmten Betrag höchstens, damit müsste man sozusagen auskommen - oder man wendet mehr Geld für die Altstadterhaltung auf. Denn ich kann Ihnen von meiner Seite her sagen, dass viele Projekte für den Altstadterhaltungsfonds warten. Es werden viele Projekte eingereicht, und es hilft nichts, wenn man dann die Zusage um immer mehr kürzt, sondern ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, dass man für die Altstadterhaltung deutlich mehr Geld in die Hand nimmt.

In diesem Sinne dürfen wir, auch wenn manche Dinge super wären, diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 4 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Van der Bellen. Ich erteile ihm das Wort. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Dr. Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Dass die Erstrednerin der ÖVP von Stalinismus nicht den blassen Schimmer hat, war nun doch etwas erstaunlich. Ob Frau Leeb dafür jetzt einen Ordnungsruf erhält oder nicht, ist mir persönlich vollkommen gleichgültig. Ich finde es schlimm genug, wenn eine Politikerin mit doch langjähriger Erfahrung solche Vergleiche zieht, ohne sich offensichtlich im Geringsten bewusst zu sein, was sie da sagt. *(Beifall bei den GRÜNEN. – GR Johann Herzog: Und wenn die GRÜNEN uns beschimpfen, Faschismus et cetera?! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Umgekehrt habe ich nicht den blassen Schimmer von der ÖVP-Kulturpolitik oder der ÖVP-Wissenschaftspolitik, weil es Frau Leeb nicht der Mühe Wert gefunden hat, auch nur in zwei Sätzen zu skizzieren zu versuchen, was denn die Oppositionspartei ÖVP für eine alternative Kulturpolitik oder Wissenschaftspolitik in Wien machen würde. Gut, Sie haben uns das nicht mitgeteilt, ist in Ordnung. Schade, finde ich. *(Widerspruch bei der ÖVP.)*

Eine Oppositionspartei kann sich etwas mehr Mühe machen als Sie, Frau Leeb. Dass Sie die Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten streichen wollen, ist ja nicht neu. Neu ist aber, dass Sie sie ersatzlos streichen wollen. *(GRin Ing. Isabella Leeb: Nein, das stimmt nicht, steht im Antrag drinnen!)* Früher haben Sie diese Mittel immerhin für den WWTF-Zweck widmen wollen. Ich habe mir den Antrag durchgeschaut, da steht kein Wort von Übergabe an den WWTF. Wenn Sie das übersehen haben, dann ist das sehr bedauerlich und zeigt nur, wie schlampig Sie Ihre Anträge machen.

Frau Leeb, gibt es denn wirklich gar nichts in Wien, was Sie in der Wissenschaftspolitik positiv oder besonders negativ interessiert hätte? 2013 ist zum Beispiel ein

Riesenneubau der Wiener Universitäten eröffnet worden, wie Sie genau wissen. Ist Ihnen der neue Campus der Wirtschaftsuniversität zwischen Messe und Prater nicht eine Bemerkung wert? Finden Sie das in irgendeiner Weise bemerkenswert, dass hier ein Architekturjuwel ersten Ranges entstanden ist, bei dem man nicht nur wegen der Universität, sondern auch sonst jedem nur empfehlen kann, sich dieses einmal anzuschauen? Waren Sie schon einmal dort? Ich hoffe, schon. *(GRin Ing. Isabella Leeb: Ja!)* Es ist ja ein Projekt, das nur in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Stadt und der jeweiligen Universität entstehen kann. Bei größeren Bauten dieser Art haben wir dieses Problem immer wieder, nämlich dass es nur in dieser Kooperation funktioniert. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ein nächstes großes Projekt ist beispielsweise die Übersiedlung der Biologie der Universität Wien von der Althanstraße im 9. Bezirk in den 3. Bezirk, in das Biocenter. Ich finde, das ist eine sehr interessante und wichtige Sache, auch in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Universität Wien, Stadt und Bund, weil im 3. Bezirk ja schon jetzt diese enorme Konzentration der Biologie und der Live Sciences im Allgemeinen vorhanden ist, und Stärken zu stärken, ein sehr gesundes Prinzip ist, auch in der Wissenschaftspolitik.

Wie sich die Stadt über die Zeit durch diese nahezu 200 000 Studenten in Wien verändert, ist sehr interessant zu beobachten. Prof. Hubert Christian Ehalt, der gerade den 11. Wissenschaftsbericht vorgelegt hat, spricht, glaube ich, mit Recht von dieser Kultur der Jugendlichkeit, die hier in Wien entstanden ist und weiter entsteht. Ich hätte mir gewünscht, dass auch der ÖVP diese Veränderung des Charakters einer Millionenstadt über die Zeit eine Bemerkung wert wäre.

Es ist richtig, dass der Wissenschaftsbericht jetzt quasi druckfrisch auf unseren Tischen liegt, aber, Frau Leeb, so schlimm ist das nun auch wieder nicht. Die grundlegende Struktur ändert sich nicht. Prof. Ehalt hat das in verdienstvoller Weise wie immer sehr gut zusammengestellt und redigiert. Man muss nicht so tun, als ob die 300 Seiten jetzt vollkommen neu wären. Auch da hätte ich mir gewünscht, dass einmal von Seiten der ÖVP ein Vorschlag dazu kommt, was man anders machen soll. Soll man es genau so weitermachen oder anders? – Nein, kein Wort, außer dass man sich's zwei Tage früher wünscht. Ich finde das ein bisschen wenig.

Zum Beispiel wird auch im Wissenschaftsbericht erwähnt, dass Teile der Wissenschaftsförderung der Stadt Wien über sogenannte Calls, also auf kompetitive Weise vergeben werden. Das trifft zu auf das sogenannte Universitätsinfrastrukturprogramm der Universitäten und es trifft zu auf die Förderung der Fachhochschulen in Wien. Im ersten Fall wickelt der WWTF das Infrastrukturprogramm ab und im zweiten Fall, bei den Fachhochschulen, wickelt das die MA 23 ab. Ist das gut oder schlecht nach Meinung der ÖVP? Es gäbe eine Alternative, nämlich schlicht die Basisfinanzierung zu erhöhen und es nicht auf kompetitive Weise zu machen. Ich persönlich halte diese Form der Förderung, nämlich über Ausschreibungen, Juryentscheidungen und Zuteilung der

Mittel auf diesem kompetitiven Weg, für einen sehr guten Weg, vorausgesetzt natürlich, dass eine ausreichende Basisfinanzierung vorhanden ist.

Rektor Engl von der Universität Wien hat in seinem Vorwort zum Wissenschaftsbericht auf etwas hingewiesen, das, finde ich, eine Bemerkung wert ist, nämlich: „Österreichs Universitäten bilden viel und gut aus – unterm Strich profitiert Österreich aber zu wenig davon. Mehr AbsolventInnen gehen ins Ausland, als nach Österreich kommen. Dieser Entwicklung gilt es gemeinsam gegenzusteuern.“ – Zitat Ende. Nun gibt es schon Ansätze in Österreich, diese „brain circulation“, wie man das auf Neudeutsch nennt, zu fördern. Schrödinger-Stipendien zum Beispiel des FWF oder die Vienna Research Groups, ein besonderes Programm des Wiener WWTF. Aber darüber hinaus –, und das ist eine der Plattitüden, die Frau Leeb in meinem Jahresbericht immer zu lesen vorgibt – ist das Fremdenrecht in Österreich hinderlich, als Ökonom würde ich sagen, Humankapital nach Österreich zu bringen, das heißt, intelligente, junge Leute nach Österreich mit vertretbarem Aufwand zu bringen.

Im „Standard“ von heute beispielsweise gibt es eine ganze Seite über die Schwierigkeiten, die Sie als intelligenter junger Mensch haben, wenn Sie aus einem sogenannten Drittstaat kommen, also nicht aus der Europäischen Union, sondern aus einem Drittstaat – mit Visumerteilung, Aufenthaltsbewilligung, den Fristen, die jeweils verstreichen, und so weiter, und so fort. Viele scheitern schon an der jeweiligen österreichischen Botschaft im Ausland. Da haben Sie noch Glück, wenn Sie bis zur MA 35 vordringen; dann haben Sie noch mehr Glück, wenn Sie dann rechtzeitig Ihr Studium beginnen können.

Aber es gibt noch was anderes in diesem Zusammenhang. Österreich wendet relativ viel Geld dafür auf, dieses Humankapital, diese intelligenten jungen Leute, wenn sie denn nun in Österreich sind, auszubilden, also studieren zu lassen, auszubilden und schließlich mit einem akademischen Grad zu entlassen, auch wenn sie aus dem Ausland, aus sogenannten Drittstaaten kommen. Es wäre doch im österreichischen Interesse, diese Leute, wenn sie denn hier studiert haben – das heißt automatisch, dass sie auch ausreichend Deutsch können – und einen Titel einer Universität in Österreich haben, hier zu behalten, wenn sie denn wollen und in den österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren, statt hunderttausende Euro sozusagen à fonds perdu in der Ausbildung stecken zu lassen.

Ich hatte neulich den Fall einer gebürtigen Libanesin, die im Libanon studiert hat, dort einen akademischen Grad erworben hat, nach Österreich gekommen ist, hier weiterstudiert hat und an einer Universität in Wien den Master erworben hat. Sie hat auf dem Arbeitsmarkt ein für eine junge Frau gleich nach dem Studium sehr attraktives Jobangebot. Bei diesem Job würde sie, wenn ich mich recht erinnere, rund 3 000 EUR brutto verdienen, jedenfalls deutlich über der Grenze, die für die Rot-Weiß-Rot-Karte vorgesehen ist. Sie hat alle Erfordernisse für die Rot-Weiß-Rot-Karte erfüllt. Was ist passiert? Das

AMS lehnt ab, in krasser Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen. Natürlich sind die in Berufung gegangen – das kostet Zeit, das kostet einen Anwalt, und so weiter – und in der nächsten Instanz haben sie recht bekommen. Ich habe diesen mir befreundeten Leuten empfohlen, eine Anzeige wegen Amtsmissbrauch zu erstatten, denn eine derartige Willkür von Behörden ist mir schon lange nicht untergekommen, aber aus begreiflichen Gründen haben sie von dieser Anzeige abgesehen.

Ich erwähne dieses Beispiel, weil es erstens tatsächlich rechtliche Hürden gibt, wenn es darum geht, diese intelligenten jungen Leute nach Österreich zu holen und hier zu halten, zweitens administrative Hürden, drittens eine gewisse, im Einzelfall hoffe ich, Willkür der Behörden. Und zumindest in diesem konkreten Fall entsteht ganz sicher nicht der Eindruck einer Willkommenskultur seitens Österreich so nach dem Motto: Intelligente junge Leute aller Länder, vereinigt euch in Österreich!

Abschließend ein Blick in die Zukunft. Wir wissen ja alle, dass Universitäten, Forschung und Wissenschaften im Wesentlichen eine Kompetenz des Bundes sind, aber ich finde, die Stadt Wien darf sich genauso wenig darauf ausruhen wie Graz, Innsbruck oder Salzburg. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass in einem Budget von rund 12 Milliarden EUR etwas mehr für Forschung und Wissenschaft dabei ist als derzeit. Nach der offiziellen F&E-Statistik – wenn wir den Zahlen glauben dürfen, sie sind, glaube ich, von der MA 23 zusammengestellt worden – gibt Wien inklusive Landeskrankenhäuser und AKH rund 90 Millionen EUR jährlich für F&E aus. 90 Millionen EUR sind viel Geld, aber es ist nicht einmal 1 Prozent des Wiener Budgets von 12 Milliarden EUR.

Man muss hier das Rad nicht neu erfinden. Es gibt in Wien vorzügliche Arbeiten der Institutionen, die auf bewährte Weise Projekte fördern, seien es die verschiedenen Hochschuljubiläumstiftungen für die Wirtschaftsuniversität, die Bodenkultur und so weiter, die im Wesentlichen von der MA 7 administrativ verwaltet werden, und es gibt eine hervorragende andere Institution, nämlich den WWTF.

Es wurde gerade eine sogenannte Wirkungsanalyse einer internationalen Jury fertiggestellt, nämlich von Leuten aus Spanien, den USA, Deutschland, Schweden und Italien. Ich bitte Sie herzlich, sich diese Wirkungsanalyse anzuschauen. Ich lese Ihnen nur den letzten Satz vor: „Alle Kommissionsmitglieder“ – dieser internationalen Jury – „haben noch nie zuvor an einer Evaluierung teilgenommen, bei der die Meinungen aller Beteiligten über die zu überprüfende Institution so übereinstimmend positiv waren wie im vorliegenden Fall.“ – Zitat Ende. Der WWTF kann ruhig das Doppelte an Mitteln erhalten seitens der Stadt, seitens der zuständigen Geschäftsgruppe; und ich bin überzeugt, er würde auch mit den doppelt so hohen Mitteln ausgezeichnete Arbeit machen. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 3 Minuten, glaube ich. Das Programm funktioniert gerade nicht, aber es sind 3 Minuten

nach meiner Rechnung. - Zu Wort gemeldet ist GRin Meyer. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 6 Minuten 30 Sekunden. Ich erteile Ihnen das Wort.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Eigentlich ist es schade, dass gerade in der Kulturpolitik die Reihen sich so lichten, denn ist doch der Spiegel unserer Gesellschaft: Das scheint wenige zu interessieren. Aber macht nichts. Ich möchte heute zur Subvention des Life Balls von 800 000 EUR, die von uns abgelehnt wurde, Stellung nehmen. Sie werden doch nicht wirklich glauben, dass wir diese Veranstaltung ablehnen, die der Stadt wirtschaftliche Impulse bringt und eine internationale Breitenwirkung hat! Die Umwegrentabilität dieser Veranstaltung ist beachtlich. Hut ab vor der Organisation! Alleine die Sponsorengelder ermöglichen diese spektakuläre Veranstaltung, sodass ein Reingewinn von 2,3 Millionen EUR übrig bleibt.

Auch die Stadt macht ihres. Sie stellt dem Life Ball die gesamte Infrastruktur des Rathauses zur Verfügung, was natürlich eine wichtige Kostenstelle für diesen Abend ist. Um die Finanzen der Stadt steht es ja nicht zum Besten, wie wir alle wissen; und trotz der Gebührenerhöhungen, die zum Teil unzumutbar sind, müssen soziale Leistungen gestrichen werden, wie zum Beispiel der Heizkostenzuschuss. Daher waren wir eben der Meinung, dass 800 000 EUR dort notwendiger eingebracht werden sollten. Die Energieunterstützung macht nämlich den Heizkostenzuschuss nicht wett. (*Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Also ich muss schon sagen: Die Zeiten unter Bürgermeister Slavik sind endgültig vorbei. Damals gab es in Wien nämlich 1 Milliarde als Reserve im Jahr. Davon können wir nur träumen, jetzt haben wir nämlich 5 Milliarden EUR Schulden. Die Stadt ist übrigens Spitzenreiter bei den Werbungskosten. Insgesamt werden 80 Millionen EUR ausgegeben. Davon bekommen drei Viertel die „Kronen Zeitung“, „Österreich“ und „Heute“. Da ist doch die Optik ziemlich schief! Man fragt sich: Wie kann man eine objektive Berichterstattung bei solchen Investitionen erwarten? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mir ist ein Inserat ins Auge gestochen, das, glaube ich, immerhin 80 000 EUR kostet: „Musizieren macht Kinder klug und froh.“ – Ich kann das nur unterschreiben, aber was macht denn die Stadt für diese Kinder? Die Musikschulen sind Stiefkinder der Stadt. In einigen Bezirken gibt es keine Musikschule, und die vorhandenen haben zu wenig Lehrer, zu wenig Instrumente, zu wenige Räume, und auch da wäre es notwendig, 800 000 EUR zu investieren. (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Der Chef der Wiener Philharmoniker – der Herr Stadtrat wird mir das bestätigen – hat sich anlässlich seiner Ordensverleihung sehr darüber beklagt, dass aus unseren Musikschulen kein Nachwuchs kommt. Seit Jahren zeigen wir die Missstände in Musikschulen auf, denn es ist nicht einzusehen, dass aus diesem Grund interessierte, begabte Kinder Privatunterricht nehmen müssen, den sich doch wieder nur besser situierte Eltern leisten können und wollen. In der Musikerziehung und -

bildung sind Sie Wegbereiter einer Zweiklassengesellschaft. Machen Sie die Kinder klug und froh! Bauen Sie die Musikschulen aus, damit alle begabten und interessierten Kinder das Spielen eines Instruments erlernen können! (*Beifall bei der FPÖ.*) Wien ist als Musikstadt weltweit bekannt und beliebt. Ich wünsche mir sehr, dass es so bleibt. (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der FPÖ beträgt 10 Minuten. - Zu Wort gemeldet ist Herr GR Baxant. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Es gibt Widerstände hier. Schon am ersten Tag, beim letzten Tagesordnungspunkt, nämlich Kultur, haben wir Parlamentarier und Parlamentarierinnen im Großen und Ganzen darüber zu entscheiden, ob wir den eingeschlagenen Weg, den die Wiener Kulturpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegangen ist, weiterverfolgen oder ob wir Maßgebliches verändern wollen. Ich habe mir wirklich lange überlegt: Was werde ich heute sagen? Was ist interessant? Welche Projekte sind mir besonders wichtig? Dann hat mich die Frau Kollegin Leeb inspiriert, weil sie darüber gesprochen hat, dass es eigentlich nicht richtig ist, Ideologien für die Kulturpolitik anzuwenden.

Das finde ich vollkommen falsch. Politik ohne Ideologie ist etwas vollkommen Neutrales und führt meines Erachtens nirgendwo hin. Politik ohne Ideologie ist eigentlich nicht Politik, sondern Verwaltung. Wir sind deswegen Politiker und Politikerinnen, weil wir eine Wertvorstellung haben, weil wir uns einbilden oder vielleicht sogar wissen, wohin wir wollen, wohin die Gesellschaft will. Ich möchte Ihnen vielleicht einfach nur erklären, Frau Kollegin Leeb, warum es uns so stört, wenn Sie die Wiener Kulturpolitik mit dem Stalinismus zwar nicht gleichsetzen, aber immerhin vergleichen. Man darf und soll meiner Meinung nach nicht Ungleiches miteinander vergleichen.

Wörtlich weiß ich es nicht mehr, aber sinngemäß haben Sie gemeint, na ja, im Stalinismus hat man die Ideologie in der Kulturpolitik angewendet. – Ich hoffe, das tut man überall. Ich hoffe, man wird überall auf der Welt auch für Kulturpolitik, für Sozialpolitik, Bildungspolitik und vor allem Budget- und Finanzpolitik natürlich ideologisch machen; denn wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind zum Beispiel von unseren wichtigen Idealen überzeugt. Dementsprechend ist unsere Kulturpolitik ausgerichtet.

Deswegen möchte ich vielleicht einen kurzen Überblick darüber machen, wie sich die Wiener Kulturpolitik an den Idealen des Humanismus orientiert, was ich absolut richtig finde. Deswegen fände ich es nicht richtig, sondern verwerflich, wenn der Ordnungsruf zurückgenommen würde, denn Sie haben etwas verglichen, das nicht zu vergleichen ist. Der Stalinismus hat für Millionen Tote gesorgt. Es ist eine schreckliche Ideologie gewesen, die Menschen hinweggerafft hat und die meiner Meinung nach bis heute ihre negativen Folgewirkungen

zeitigt, nämlich in vielen Köpfen in der entsprechenden Region, so wie der Nationalsozialismus. Deswegen ist es meiner Meinung nach vollkommen verwerflich, die Wiener Kulturpolitik mit dem Stalinismus zu vergleichen. Auch wenn sie nicht gesagt haben: „Das ist stalinistisch.“; Ungleiches sollte man nicht mit Gleichem vergleichen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja, ich bin Sozialdemokrat. Meine Werte sind zum Beispiel Freiheit, Gleichheit, Solidarität; und ich wäre eigentlich nicht zufrieden mit der Wiener Kulturpolitik, wenn sie sich nicht auch an diesen Werten orientieren würde. Ich bekenne mich auch ganz offen dazu. Zum Beispiel sind wir Sozialdemokraten überzeugt davon, dass Kultur, Wissenschaft, Forschung und vor allem das Denken und das Durchdenken eigentlich die ganze Gesellschaft durchdringen sollten. Deswegen stehen wir hinter dem großen Ideal, dass wir Kultur für alle bereitstellen wollen; und nach Möglichkeit sollen jeder und jede die Möglichkeit haben, Kultur zu schaffen. Die GRin Schinner hat darüber gesprochen, wie niederschwellig die Wiener Kulturpolitik ist. Ich nenne einfach nur die Stichworte „Cash for Culture“: Jugendliche können selbst Kultur und Kunst schaffen. Wenn sie kein Geld haben, bekommen sie Geld von der Stadt Wien dafür, und Jugendliche können natürlich diese Kultur auch rezipieren – vollkommen niederschwellig, nach Möglichkeit in ihrem Wohnbezirk, in ihrer Wohnregion.

Da bin ich auch schon beim Nächsten: Kultur für alle bedeutet auch, dass sich Kultur nicht nur in der Innenstadt abspielt. Eine wichtige Säule der Wiener Kulturpolitik ist auch, dass sie dezentral ist; dass zum Beispiel die Bezirke und die dort ansässigen Initiativen, Vereine, aber auch einzelne Künstler und Künstlerinnen, Kulturschaffende vor Ort Kultur machen können, Kultur vermitteln können. Stichwort Bezirksmuseen: Das ist etwas, das überhaupt nicht selbstverständlich ist. Das ist in anderen Ländern und anderen Städten überhaupt nicht selbstverständlich. Wir in Wien sind sehr stolz darauf, dass wir in den Bezirken, in den Grätzeln wirklich eigenständige Kulturpolitik machen können, die nicht von der Zentrale aus gesteuert ist. Das ist, wie gesagt, etwas, worauf wir Wiener – und ich glaube, wir alle gemeinsam – stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ.)* – Danke schön, danke sehr.

Die Wiener Kulturpolitik ist klein und fein und genauso riesig und umwerfend. Wenn ich, wie gesagt, an die Bezirksinitiativen denke, wo zum Teil vielleicht nur 20, 30 Personen anwesend sind, ist es genauso wichtig und genauso förderungswert für uns als Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen wie etwa ein riesengroßes Festival wie zum Beispiel das Donauinselfest – hinter dem ich übrigens auch ideologisch ganz sicher stehe. Nicht nur parteipolitisch, da gebe ich Ihnen vollkommen recht; sondern ich finde es gut, dass es so etwas in Wien gibt. In anderen Städten gibt es das nicht, und das Wiener Publikum unterstützt es, indem es einfach kommt. *(Beifall von den GRen Gerhard Kubik und Christoph Peschek.)* – Danke, Herr Peschek, danke sehr! – Das gilt zum Beispiel auch für die von Frau Kollegin Kathi Schinner angesprochene Initiative KÖR, Kunst im öffentlichen

Raum. – Super, muss ich aber nicht näher ausführen, weil es die Kollegin schon gemacht hat.

Was mir auch unglaublich wichtig ist – und ich glaube, auch uns –, und das ist auch ein Ausdruck von ideologisch, politisch geprägter Kulturpolitik, ist, dass die Kulturpolitik und die Kultur in Wien im Zentrum des politischen Diskurses steht. Auch das ist nicht selbstverständlich. Oft versucht man nämlich, und das finde ich vollkommen falsch, Kunst und Kultur absolut apolitisch zu sehen und apolitisch zu unterstützen, apolitisch zu fördern. Das finde ich falsch, weil Kultur und Kunst nie apolitisch sein kann. Politik hat immer mit Kunst und Kultur zu tun und auch umgekehrt. Da meine ich zum Beispiel das ständige Ringen um die Freiheit der Kunst. Sogar innerhalb der eigenen Koalition, innerhalb von Rot-Grün, auch innerhalb meiner eigenen Fraktion gibt es diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen. Die Freiheit der Kunst muss quasi tagtäglich neu erkämpft und verteidigt werden.

Weil sich die Opposition darüber mokiert hat, dass eine, dass die Regierungspartei der GRÜNEN diesbezüglich vielleicht auch im Diskurs steht: Führen sie sich nicht so auf! Es kommen immer wieder Initiativen aufs Tapet, mit denen Sie alles andere als einverstanden sind. Ich erinnere nur an diese Veranstaltung im Keller des Secession-Gebäudes. Ich weiß gar nicht mehr, was da stattgefunden hat. Es hat auf jeden Fall mit Sexualität, Kultur und auch Prostitution zu tun gehabt. Sie haben gefordert, dass man die Secession zusperrt, dass man den Geschäftsführer der Secession entlässt, und so weiter, und so fort.

Das heißt, niemand von uns ist davor gefeit, in die Falle zu tappen, dass jemand sagt, weil mir etwas moralisch oder vielleicht ästhetisch nicht gefällt, fordere ich die Nichtzulassung dieser Kunstinitiativen. – Meiner Meinung nach ist das vollkommen falsch. Die Freiheit der Kunst ist etwas, das nicht verhandelbar ist. Es gibt auch keine Interpretationsspielräume, sondern die Freiheit der Kunst ist einfach eine Tatsache. Sobald sie in Frage gestellt wird, ist auch unsere Demokratie in Frage gestellt. Ich bedanke mich recht herzlich beim Kulturstadtrat und ich bedanke mich auch recht herzlich bei der Kulturpolitik der Stadt Wien, dass diesbezüglich überhaupt keine Interpretationsspiele gelassen werden. *(Beifall bei SPÖ.)*

Ich habe noch 5 Minuten und 38 Sekunden. Die werde ich natürlich ausnutzen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Minderheiten: Dass Kultur im politischen Diskurs steht, hat natürlich auch mit Minderheitenschutz und mit Minderheitenförderung zu tun. Ich meine da nicht nur ethnische Minderheiten, sondern Minderheiten wie zum Beispiel Menschen mit einer anderen sexuellen Ausrichtung als die der Mehrheit. Da sehe ich zum Beispiel den Life Ball, den die Stadt Wien ganz bewusst und meiner Meinung nach richtigerweise unterstützt, auch als wichtigen Bestandteil hin zu mehr Toleranz und Schutz für eben die Minderheit jener Menschen, die eben nicht heterosexuell sind, sondern sich anders sexuell orientieren.

Ganz wichtig ist mir auch das Fest der Freude am 8. Mai. Auch meine Kollegin hat darüber schon gespro-

chen. Auch das ist etwas, das meiner Meinung nach absolut erwähnenswert ist. Hier haben wir es geschafft als Stadt Wien, den 8. Mai innerhalb von ein, zwei Jahren vollkommen umzudeuten. Bis dahin war der 8. Mai ein Trauertag derer, die es traurig finden, dass der Zweite Weltkrieg nicht von Hitler-Deutschland gewonnen wurde. Seit der Initiative von unserem Kulturstadtrat, den 8. Mai zu einem Tag der Freude zu machen, ist es auf jeden Fall ein Tag der Befreiung, ein Tag der Freude, ein Tag der Demokratie, und das ist meiner Meinung nach auch richtig so. Frau GRin Leeb, auch das hat auf jeden Fall mit Ideologie zu tun. Natürlich sind wir überzeugt davon, dass die Niederlage Nazi-Deutschlands ein Anlass zu Freude ist. Ich glaube, sehr viele oder eigentlich alle in diesem Raum sind meiner Meinung. Deswegen ist es auch richtig, dass wir ideologische Kulturpolitik machen. *(Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)*

So, ich habe noch 3 Minuten. *(GR Franz Ekkamp: Du musst die Zeit nicht ausnützen!)* – Ach so, es ist nicht Pflicht, das auszunützen? *(GR Heinz Hufnagl: Es ist eine Kann-, keine Muss-Bestimmung!)* – Okay, gut. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Na, das Schlusswort kommt noch in 3 Minuten und 17 Sekunden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kultur in Wien ist aber auch innovativ. Auch das ist nicht selbstverständlich. Wir bewegen uns ständig weiter. Wir erfinden ständig Neues und passen uns auch an die Gegebenheiten an. Das machen wir vielleicht ein bisschen zu langsam, meiner Meinung nach, aber immer zeitgemäß und zeitgerecht. Ich meine, ein Beitrag zur Innovation – und da werden Sie sich vielleicht ein bisschen aufregen – ist auf jeden Fall die Grüne Woche. Ich lasse es überhaupt nicht gelten, dass die Grüne Woche eine grüne Propagandaveranstaltung ist. *(Heiterkeit und Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* – Bitte? *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was ist die Grüne Woche?)* – Die „Wienwoche“, genau.

Ich habe mir „Grüne Wienwoche“ aufgeschrieben, weil sie natürlich von den GRÜNEN initiiert wurde. Ohne die GRÜNEN in der Regierung hätten wir die „Wienwoche“ nicht. Aber die „Wienwoche“ ist – ganz nach dem Prinzip, das Klaus vorher erwähnt hat – etwas, das diese Stadt und ihre Bewohner und Bewohnerinnen einfach brauchen. Das ist etwas, das diese Stadt und die Kulturpolitik auf jeden Fall bereichern wird; und ich bin stolz darauf, dass Rot-Grün die „Wienwoche“ in Wien initiiert hat. Ich glaube, mittlerweile gehört sie einfach zum Jahreslauf in Wien, und ich möchte sie eigentlich nicht mehr missen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auch die vollkommene Innovation des Wien Museums ist ein Beispiel für die Innovationsfreundlichkeit der Kulturpolitik. Auch darauf ist meine Kollegin bereits eingegangen. Ich möchte, bevor ich zum Schluss komme, vielleicht noch eine wichtige Information im Sinne der Aufklärung weitergeben. Das ist mir wichtig, weil die Musikerziehung beziehungsweise das Musikschulwesen in dieser Stadt zwei Mal angesprochen wurde. Es ist Ihnen vielleicht entgangen, aber das Musikschulwesen gehört nicht ins Kulturressort, sondern ins Bildungsressort. Wahrscheinlich ist Ihnen auch entgangen, dass das

Bildungsressort und der zuständige Stadtrat Oxonitsch gemeinsam mit den Leitern, mit den Direktoren und Direktorinnen der Wiener Musikschulen in den letzten Jahren eine unglaublich wichtige und eindrucksvolle Initiative gestartet hat zur eigentlich Revolution des Wiener Musikschulwesens. Stichwort ELEMU, elementares Musizieren.

Schauen Sie sich das bitte an, Frau Kollegin Meyer, das ist wirklich eindrucksvoll! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* – 25 Sekunden noch. – Es ist wirklich eindrucksvoll, was da geleistet wird. Was Sie kritisiert haben, ist eigentlich richtig, aber wir haben schon längst reagiert. Das ist vielleicht an Ihnen vorbeigegangen, aber es ist sehr interessant, sich das anzuschauen. Das heißt, die Wiener Kulturpolitik – 6 Sekunden noch –, 360-Grad-Kulturpolitik für alle und mit allen, möchten wir weiterhin unterstützen. Und ich als Abgeordneter dieses Hauses bitte Sie, die Kulturpolitik dieser Stadt auch weiterhin mit Ihrer Stimme zu unterstützen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* – GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Bravo!*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich darf darauf hinweisen, dass die Restredezeit der SPÖ noch 6 Minuten betragen würde. – Als Letzter zu Wort gemeldet vor dem Herrn Stadtrat ist Herr GR Unger. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen und, ich hoffe, auch noch ein paar Zuseher im Internet!

Ganz kurz zu ein paar Vorrednern: Liebe Kollegin Schinner! Wenn Sie Kulturpolitik in Wien smart finden, ist das okay, da kann man anderer Meinung sein; aber was Kollege Ebinger angesprochen hat in dieser Smart City, nämlich die Rahmenstrategien, sind von 82 Seiten genau 1, wenn man es positiv sieht. Also eigentlich nicht einmal eine Seite ist der Kultur gewidmet, nämlich mit genau drei Schlagwortthemen: Neubau des Wien Museums, kulturelle Zwischennutzung leerstehender Immobilien und Geschäftslokale und Vermittlung im Kulturbereich. Also da hat der Kollege Ebinger sicherlich recht, wenn er sagt, dass das Konzept Smart City nicht unbedingt mit der Kultur zu tun hat.

Ein kurzes Wort auch noch zum Herrn Prof Van der Bellen. Ich sehe ihn jetzt nicht, aber vielleicht können Sie ihm ausrichten: Nicht böse sein, aber der neue Campus WU ist kein Verdienst des neuen Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien, das hat es schon vorher gegeben *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* – weil er gemeint hat, es sei jetzt gerade so aktuell.

Lassen Sie mich noch ganz kurz zum Rechnungsabschluss kommen. Zuerst möchte ich die personelle Situation bei den Wiener Festwochen beleuchten. Wir wissen, es wurde zuerst die Frau Shermin Langhoff engagiert. Diese Dame hat es vorgezogen, ihren Job nicht anzutreten. Sie hat das Berliner Gorki-Theater übernommen. Gleich im Anschluss wurde die Frau Frie Leysen – ich hoffe, ich spreche das richtig aus – präsentiert, nämlich mit einem Vertrag für die Jahre 2014 bis 2016. Man sollte glauben, sie tritt diesen Job auch an, aber nein: Im

September 2013 hat sie schon gesagt, dass sie nach der ersten Festwochensaison Wien wieder verlassen wird.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir ein paar Zitate von der Frau Leysen, nämlich aus dem Interview im „Standard“ zu ihrem Rückzug: „Vielleicht habe ich eine fundamental andere Idee, was ein Festival sein sollte. Wenn man keine gemeinsamen Visionen hat und dies auch nicht diskutieren kann, beginnt man über Kleinigkeiten zu streiten.“ – Auch ihre weitere Meinung ist wirklich zu hinterfragen: Die Hauptaufgabe von Festivals müsste es sein, zu stören. – Meiner Meinung und unserer Meinung nach ist es die Hauptaufgabe von Festwochen, das Publikum zu begeistern, zur Kultur hinzuführen. Das wäre unserer Meinung nach ein richtiger Ansatz für Festwochen-Politik. Weiters wäre es ein sinnvolles Zeichen, wieder verstärkt auf österreichische Produktionen zu setzen.

Ich frage mich, wie man im Entscheidungsprozess für einen Vertrag für die Wiener Festwochen jemanden bestellen kann, bei dem im Nachhinein nach einem Dreivierteljahr klar wird, dass es fundamentale Auffassungsunterschiede gibt. Sie hat am Schluss, jetzt vor einer Woche, gesagt, dass sie mit dem Intendanten Markus Hinterhäuser „grundsätzlich nicht darüber einig geworden“ sei, „was ein Festival sein sollte oder könnte – auf allen Ebenen: künstlerisch, politisch und gesellschaftlich; lokal, national und weltweit.“ – Das ist eine sehr fragwürdige Besetzungspolitik. Ich glaube, das gibt es in keiner anderen Kulturstadt und schon gar nicht in einer Weltkulturstadt, wie Wien von sich behauptet zu sein.

Eine weiterer Aspekt, vielleicht noch ganz kurz: Wie schaut es mit der Bezahlung aus? Der Vertrag wurde, wie schon erwähnt, für die Zeit bis 2016 abgeschlossen. Jetzt ist sie zurückgetreten. Wird sie jetzt für ein Jahr bezahlt, für die gesamte nicht eingehaltene Laufzeit? Muss sie ein Pönale dafür zahlen, dass sie den Vertrag nicht eingehalten hat, wie es in der Wirtschaft ist? Keine Ahnung. Lassen wir das Thema.

Anderes Thema, ich habe leider nicht mehr viel Zeit, die Kunstszene, im Speziellen die Off-Szene: Da gibt es 230 Institutionen, 48 Off-Bühnen. Die meisten dieser Theater bewegen sich noch immer am Rande der Existenz. Nur wenige erhalten Förderungen. Jahressubventionen, mit denen man überleben kann, zum Beispiel so eine Hartmann-Burgtheater-Regie-Subvention von 52 500 EUR bekommen wenige. Manche bekommen gar nichts. Aber auf der anderen Seite gibt es immer mehr Institutionen, auch im Kulturbereich, wo es langjährige, dreijährige, mittlerweile auch vierjährige Subventionsvereinbarungen gibt.

Jetzt komme ich fast schon auf den Kollegen Baxant zu, denn das lässt bei mir Befürchtungen hochkommen. Wenn man böse denkt, könnte man sagen: Jene, die langfristige Subventionen bekommen, sind die braven Verteidiger der rot-grünen Stadtpolitik unter den Kulturschaffenden; und jene, die ideologisch noch nicht ganz so gefestigt sind, müssen sicherheitshalber jedes Jahr um Unterstützung ansuchen, damit man noch schnell das Wohlergehen prüfen kann. – So viel zum Thema Ideologie in der Kulturpolitik. – Habe ich noch Redezeit?

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** (*unterbrechend*): Jawohl, und zwar weitere 5 Minuten auf Grund der Restredezeit Ihrer Fraktion. (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung und GRin Uta Meyer.*)

GR Christian **Unger** (*fortsetzend*): Danke. Eine Frage – und jetzt wirklich zum Schluss, ich will das nicht ausdehnen – stelle ich noch, und zwar: Wir bekommen in den Kulturausschuss die Ansuchen um Subvention. Nämlich genau diese Ansuchen um Subvention, die vorher schon vom Stadtratsbüro oder in rot-grünen Besprechungen geprüft und für würdig befunden wurden. Welche anderen Vereine um Subventionen angesucht haben, in welcher Subventionshöhe, warum diese Subventionen abgelehnt wurden, erfährt man leider nicht. Werden sie abgelehnt, weil sie der Wiener Stadtregierung gegenüber nicht politisch korrekt sind? Weil sie nicht künstlerisch wertvoll sind? Ich frage mich, wer entscheidet, ob etwas künstlerisch wertvoll ist oder nicht. Da muss ich sagen: Das hat einen sehr, sehr schlechten Beigeschmack.

Solange diese Missstände nicht aufhören, meine Damen und Herren von der rot-grünen Stadtregierung, solange in den verschiedensten Bereichen wie zum Beispiel bei den Bestellungen von Leuten dilettantisch gearbeitet wird, können wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich könnte es mir jetzt relativ einfach machen und unter anderem auf die Meldungen der letzten Tage verweisen, als beispielsweise gesagt wurde, dass in Italien die Kulturförderung massiv gekürzt wird, dass die freien Eintritte für die Pensionisten in den Museen gestrichen werden. Ich könnte es mir einfach machen und auf die verschiedenen anderen Städte und Länder – Holland war immer ein großes Vorbild für uns, wo es Kürzungen massiver Natur gegeben hat und noch immer gibt – verweisen.

Das ist alles hier nicht der Fall, sondern wir sprechen über den Rechnungsabschluss für das abgelaufene Jahr 2013, der einmal mehr ein zusätzliches Engagement der Stadt für die Kunst und für die Kultur bedeutet. Wir haben Ihnen in den letzten Tagen zwei dicke Berichte vorgelegt, nämlich den Kunst- und Kulturbericht und den Frauenkulturbericht. Darin steht mehr als nur Zahlen. Das sind Berichte, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kulturverwaltung und der Wissenschaftsverwaltung zusammengestellt wurden, die Auskunft geben über das, was im Jahr 2013 geschehen ist.

Ich habe hier im Gemeinderat schon die eine oder andere Diskussion über Rechenschaftsbericht, über Budgets miterlebt, und ich wundere mich, dass insbesondere von der Opposition – ich habe mir das jetzt sehr genau angehört und teilweise auch mitgeschrieben – mit einer einzigen Ausnahme, nämlich einem Lob zum Otto-Wagner-Pavillon, gar nichts gekommen ist, was in irgendeiner Form eine Perspektive wäre; eine eigene

Idee, eine konstruktive Kritik an diesen zwei sehr dicken Berichten, an dem, was wir gemeinsam im vergangenen Jahr an Kultur- und Wissenschaftspolitik gemacht haben.

Nun weiß ich ja, dass mit Kulturpolitik keine Wahlen gewonnen werden; aber ich habe mir vorgestellt, ich würde dort oben sitzen und nicht der sozialdemokratische Kulturpolitiker sein. – Es ist nett, dass die zwei Damen hinten zuhören, ich freue mich sehr darüber. – Ich habe mir vorgestellt, ich würde dort oben sitzen und mir die Debattenbeiträge anhören. Ich müsste mir dann überlegen: Wem traue ich da jetzt eher zu, Kulturpolitik in dieser Stadt zu machen? Aber dieser völlige Mangel an eigener Idee, an eigener Ambition, an eigenen konstruktiven Vorschlägen, der ist tatsächlich nicht nur enttäuschend, sondern erschütternd; insbesondere für eine Partei, wie die ÖVP, die doch irgendwann einmal auch den Kulturstadtrat gestellt hat.

Mir ist es wurscht, muss ich ganz ehrlich sagen, mir ist es egal. Ich habe Sie, nämlich beide Parteien, immer wieder dazu eingeladen mitzumachen: bei einem konstruktiven Dialog, bei der Theaterreform – einem ganz großen, wesentlichen Vorhaben der Kulturpolitik der Stadt. Ich habe Sie jetzt bei der Neuausrichtung des Wien Museums eingeladen – immerhin auch ein ganz großes, wichtiges Vorhaben. Nein, Sie steigen aus. Sie sagen, Sie können das nicht mehr nachvollziehen, weil das jetzt bei der Wien Holding ist, weil das irgendwo bei einer Gesellschaft ist, wo Sie sagen, das können Sie ja nicht machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie machen Fundamentalopposition auch in der Kulturpolitik. Ich halte das für schade, denn gerade mit der Kulturpolitik werden, wie ich schon gesagt habe, keine Wahlen gewonnen. Ihre Vorgängerin hat ja selber gesagt, das ist ein Pipifax-Ressort. Und genau so behandeln Sie es auch weiter. Aber dann versuchen Sie doch, nicht sozusagen einfach nachzubeten, was Sie irgendwo in einer Zeitung als Kritik an der Kulturpolitik gelesen haben, sondern hören Sie dann überhaupt auf, dann brauchen wir das auch nicht mehr zu debattieren. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, was von Ihnen kommt, ist weniger als nichts, keine Idee, keine konstruktiven Vorschläge, kein Mitmachen, sondern Ausschlagen von Einladungen. Auch dort, wo ich sage, das sind größere Projekte, da macht es vielleicht Sinn, dass Sie mitmachen können, steigen Sie aus.

Ich finde das schade, weil es hier in diesem Haus – jedenfalls für diesen Zeitraum, den ich überblickt habe – auch schon anders möglich war, Kulturpolitik zu machen und durchaus bei der einen oder anderen Sache zusammenzugehen, durchaus bei der einen oder anderen Sache eine vernünftige Diskussion zu führen, durchaus den einen oder anderen Weg miteinander zu gehen.

Jetzt aber zum Rechnungsabschluss. Der Rechnungsabschluss zeigt einmal mehr, dass wir in dieser Stadt versuchen, die Kulturpolitik, die Kultur und die Unterstützung von Kunst nicht nur ausreichend zu finanzieren, sondern auch ernst zu nehmen; nämlich als einen ganz wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses der Stadt, als einen ganz wichtigen Bestandteil auch der

Außengerichtetheit der Stadt, aber auch für die Menschen hier. Die Kultur ist jener Bereich, den die Menschen in Wien, die Wienerinnen und Wiener, mit dem höchsten Prozentsatz der Zustimmung versehen, weit über 90 Prozent. Und diese Zustimmung steigt noch.

Sonst könnten wir ja sagen, das wird eben gefragt, mein Gott, die Kultur ist nicht so wichtig; aber wenn man sich die Umfragen, die Analysen und die Studie „Leben in Wien“ anschaut – eine sehr tiefgehende Analyse mit einem Sampling von 5 000 Befragten –, erkennt man Folgendes: Nicht nur, dass wir hier den Menschen ein Angebot machen, das sie annehmen – über 20 Millionen Besucherinnen und Besucher in Kultureinrichtungen der Stadt Jahr für Jahr –, sondern sie befürworten und unterstützen das auch. Sie sagen, ja, das ist sehr gut, was die Künstlerinnen, Künstler und Kultureinrichtungen mit unserer Unterstützung machen. Das Kulturangebot insgesamt ist eines, das den höchsten Zustimmungsgrad von allen Sachbereichen in den letzten Jahren überhaupt hat, und ist auch noch gestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch in diesem Rechnungsabschluss wieder eine Steigerung von 2,3 Prozent gegenüber dem Voranschlag mit 237 Millionen EUR. Und wenn man sich anschaut, was in den vergangenen 10 Jahren geschehen ist – davon waren 5 Jahre Wirtschaftskrise –, dann muss man feststellen, dass wir von 191 Millionen EUR im Jahr 2003 auf 237 Millionen EUR im Jahr 2013 gestiegen sind. Das sind um 46 Millionen EUR mehr oder 45 Prozent innerhalb von 10 Jahren. Das ist eine in Zahlen gegossene Kulturpolitik der Stadt, das ist ein Bekenntnis der Stadt zur Kulturpolitik, und das lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch im vergangenen Jahr versucht, Schwerpunkte zu setzen, nämlich auf Basis von sehr intensiven Diskussionen, von inhaltlichen Auseinandersetzungen, wie sich das in der Kulturpolitik gehört. Das haben wir mit unseren Partnerinnen und Partnern von den GRÜNEN gemacht. Da gab es immer wieder auch heftige Diskussionen, selbstverständlich – ich würde nicht in einer Regierung, auch wenn sie monocolor ist, sein wollen, wo man nicht vorher heftig darüber diskutiert, was man eigentlich tut –, und diese Diskussionen haben auch zu Ergebnissen geführt.

Wir haben beispielsweise im Theaterbereich, es wurde heute schon angesprochen, sehr viel Neues gemacht. Wir sind neue Partnerschaften eingegangen. Wir versuchen, die Kulturpolitik, auch gerade, was den Theaterbereich angeht, an die verschiedenen neuen Ansprüche anzupassen. Es sind beispielsweise folgende Partnerschaften eingegangen worden: Jene zwischen dem Stadtkino und dem Künstlerhaus; Theater an der Wien, das vielverschmähte Vereinigte-Bühnen-Theater, und Kammeroper haben ein neues Opernhaus, ein neues Ensemble entstehen lassen; die Musiktheaterplattform, Nestroyhof und Salon5; und als jüngstes Beispiel wäre noch die Partnerschaft zwischen Garage X und dem Kabelwerk unter der Dachmarke WERK X zu erwähnen.

In Wien wird im Durchschnitt ein neues Theater pro

Jahr gegründet beziehungsweise aufgesperrt. Ich kenne keine andere Metropole, wo das auch der Fall ist. Wir haben die Fördertöpfe neu ausgerichtet, wir versuchen auch bei großen Bühnen – Stichwort: neue Personalbesetzungen im Volkstheater –, neue Ausrichtungen, neue inhaltliche Ausrichtungen. Das Theater in der Josefstadt wurde erwähnt. Also wunderbar, was die Privatinitiative der Josefstadt angeht und ein Hoch auf den Sponsor; nur gäbe es die Josefstadt heute nicht, hätte es nicht verantwortungsvolle Politiker gegeben, die teilweise vor meiner Zeit – beziehungsweise war ich damals auf der anderen Seite, beim Bund –, aber auch seither die Josefstadt entsprechend unterstützt hätten. Also das ist jedenfalls definitiv auch ein Theater, das es ohne die Partnerschaft mit der Stadt Wien in dieser Weise nicht geben würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wien Museum – ich muss mich beeilen, weil auch ich nur eine beschränkte Redezeit habe – werden wir wahrscheinlich am Mittwoch noch einmal behandeln, aber lassen sie mich nur so viel sagen: Ja, wir haben intensiv diskutiert, wir haben uns auch intensiv mit dem Standort auseinandergesetzt; und ich halte es unverändert für eine zentrale kulturpolitische Aufgabe der Stadt Wien beziehungsweise des Landes Wien, ein vollständig neu konzipiertes Museum zu machen.

Ich wiederhole mich: Ich finde es schade, das Sie aus dem Prozess aussteigen. Aber gut, jetzt kommen die Wahlen; und da werden Sie eben begründen müssen, warum Sie an einem dieser zentralen Projekte nicht teilnehmen. Wir sind dabei, die Leitung neu zu besetzen, wir haben die Organisation neu aufgestellt. Es wird jetzt darum gehen, den Architekturwettbewerb entsprechend zu organisieren; und es wird ein tolles und wichtiges Museum für die Stadt Wien weit über die Stadtgrenzen hinaus sein.

Auch zur Erinnerungskultur wurde bereits einiges gesagt. Ich halte es im Unterschied zur ÖVP für essentiell, dass wir auch über unsere Vergangenheit nachdenken, dass wir uns mit ihr auseinandersetzen, dass wir sie beziehungsweise herzeigen und beispielsweise entsprechende Mahnmale machen, dass wir uns etwas in Bezug auf die Straßennamen überlegen. Das hat nichts damit zu tun, das wir uns ausschließlich mit der Vergangenheit beschäftigen, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir, eben weil wir uns mit unserer Zukunft beschäftigen, uns auch mit unserer Vergangenheit beschäftigen müssen, und dass wir uns die Dinge sehr genau anschauen, die über die vergangenen Jahrzehnte nicht aufgearbeitet wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Wissenschaft sagen. Weil vorhin so lustig hereingerufen wurde, was denn der Herr Wissenschaftsbeauftragte mit der Neugründung des Campus WU zu tun habe: Selbstverständlich sind die Universitäten unverändert, gehören zur Zuständigkeit des Bundes; aber ohne die Stadt Wien wäre sehr, sehr vieles nicht möglich gewesen. Da können Sie alle Rektoren und Rektorinnen in dieser Stadt fragen. Lesen Sie vielleicht den Wissenschaftsbericht, bevor Sie über ihn sprechen.

Darin steht nämlich, wie sehr die Univeritäten glücklich darüber sind, dass es die Kooperation mit der Stadt gibt, dass der Campus WU und auch der Campus Altes AKH nicht möglich gewesen wären ohne die Kooperation mit der Stadt, ohne ihre organisatorische sowie finanzielle Hilfe.

Selbstverständlich sind die Univeritäten und die Hochschulen sehr zufrieden mit dem, was die Stadt Wien, sei es über Prof Ehalt, sei es über die vielen Einrichtungen der Stadt, an Unterstützung und Wertschätzung den Univeritäten gegenüber macht. Die Univeritätsstadt Wien gäbe es in dieser Form nicht, gäbe es nicht auch eine kohärente, auch zwischen den einzelnen Geschäftsgruppen abgestimmte Wissenschafts- und Forschungspolitik der Stadt Wien, die sich über die letzten 10, 15, vielleicht 20 Jahre radikal verändert, nämlich sozusagen zu einer Kooperation mit den Forschungsanstalten der Stadt Wien.

Dass Wien heute die größte und eine der wichtigsten Univeritäts- und Forschungsstätten in Europa überhaupt ist, hat selbstverständlich auch etwas mit der Politik zu tun, die wir zu verfolgen versuchen; die etwas mit einer kleinteiligen und etwas mit einer großen Unterstützung zu tun hat. Unverändert ist der Fonds der Stadt Wien, nämlich der WWTF, nach wie vor der größte privatwirtschaftlich organisierte Fonds, den es in ganz Österreich gibt. Jeder und jede Zweite im Alter zwischen 19 und 26 Jahren in Wien studiert an einer Univerität oder Fachhochschule. Wien ist also eine wissensbasierte Stadt, und die Politik der Stadt trägt dem auch Rechnung.

Ja, ich bin da wie dort, nämlich in der Wissenschaft wie in der Kultur, sehr dafür, dass wir da auch mehr Mittel zur Verfügung hätten; Sie können sicher sein, dass ich mich auch dafür einsetze. Aber gleichzeitig bin ich auch Realist genug und muss sagen, 3,7 Prozent mehr im Jahr 2014 für Wissenschaft und Kultur sind in Zeiten, in denen allenthalben gekürzt wird, eine gute Investition in die über 100 Bühnen, 300 Museen, 80 Festivals, 90 000 m² allein im MuseumsQuartier, und ich könnte Ihnen noch viele, viele andere Zahlen nennen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich an dieser Stelle, weil meine Redezeit zu Ende gegangen ist, für die hervorragende Arbeit, für die Mitarbeit, für die eigenständige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die in meiner Geschäftsgruppe tätig sind; sei es in der Wissenschaft und Forschung, sei es im Bereich Kultur in der Stadtbibliothek, im Archiv, im Museum selbstverständlich. Wir stehen vor vielen ganz interessanten, tollen Herausforderungen, die wir jetzt unmittelbar in Angriff nehmen werden. Die Legislaturperiode ist noch nicht zu Ende. Es gibt viel zu tun. Ich bin guten Mutes, dass wir das in den kommenden Monaten genau so gut erledigen werden wie in der Vergangenheit. Deshalb bin ich auch guten Mutes, dass Sie unverändert diesem Rechnungsabschluss zustimmen müssen; weil er beredt Auskunft gibt über eine hervorragende Wissenschafts- und Kulturpolitik. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung

mehr vor.

Wir unterbrechen nun die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setzen sie morgen um 9 Uhr mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Umwelt fort.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Restabend und alles Gute. Auf Wiedersehen!

(Unterbrechung der Sitzung um 20.56 Uhr.)